

6 Millionen um Sch...
Karibu-H...

Mittwoch, 10. Oktober 1984 - D ***

Arzt Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 020 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 304-1
Anzeigenabteilung Köln (020 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 238 - 41. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 160 Dr.,
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 25 wfr.,
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12 S., Portugal 100 Esc.,
Schweiz 6,50 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flick-Ausschuss: Der Flick-Untersuchungsausschuss beschloß auf Antrag der Grünen, sich mit der möglichen Verwicklung des Bundestagspräsidenten Barzel in die Spendenaffäre zu befassen. Hierzu sollen Kanzler Kohl, der CDU-Politiker Biedenkopf, der Unternehmer Henkel, Konzernchef Flick und der frühere Flick-Manager von Brauchitsch gehört werden. (S. 4)

Kernenergie-Zustimmung: Gegen einen Atomenergie-Ausstieg und einen Baustopp für Kernkraftwerke sprach sich der ÖTV-Kongreß in Karlsruhe aus. Der Grund: Tausende von Arbeitsplätzen würden vernichtet. (S. 12)

Kreml-Einstellung: Nach Erkenntnissen der USA baut die Sowjetunion derzeit östlich des Ural ihre SS-20-Stellungen für strategische Raketen vom Typ SS 25 aus. Außerdem würden westlich des Ural SS-20-Regimenter in die Reserve verlegt und 13 neue SS-20-Stellungen installiert. (S. 4)

Glomp-Besuch: Auf Einladung des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Meiner, besucht der polnische Primas Glomp vom 22. bis 24. Oktober Ost-Berlin. Er erwidert eine Polen-Visite Meiners im vergangenen Jahr.

Parteitag: Die britischen Konservativen wollen in den seit sieben Monaten dauernden Bergarbeiterstreik nicht nachgeben. Auf ihrem Brightoner Parteitag erklärten die Innenminister, der Energieminister und der Parteivorsitzende, man lasse sich nicht in die Knie zwingen. (S. 8)

Truppenverstärkung: Moskau soll nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad in jüngster Zeit seine Truppen in Afghanistan um bis zu 70 000 Mann verstärkt haben. Man versuche, die Grenzen zu Pakistan und Iran gegen Infiltrationen der Befreiungskämpfer abzuriegeln. (S. 10)

Verhaftungen: Um einer neuen Protestwelle zuvorzukommen, ordnete Chiles Militärregime die Verhaftung aller führenden Oppositionspolitiker an. Sie hätten mit der Durchführung der „Protesttage“ Anfang September gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen.

Algerien-Besuch: Mit einem Besuch am 19. Oktober in Algerien, politisch und wirtschaftlich wichtiger Partner Frankreichs im nördlichen Afrika, will Präsident Mitterrand nach der Entscheidung über den Truppenabzug in Tschad wieder Ruhe in der Afrika-Politik Frankreichs demonstrieren. (S. 8)

Berlin nimmt diesmal voll am Wirtschaftsaufschwung teil

Mehr und sicherere Arbeitsplätze / Investitionen sind kräftig gestiegen

LEO FISCHER, Berlin
Ein selten günstiges Bild von der wirtschaftlichen Situation in der geteilten Stadt zeichnet der 18. Bericht zur Lage der Berliner Wirtschaft, der in der gestrigen Senatssitzung verabschiedet wurde. Denn anders als in früheren Phasen konjunktureller Belebung hat Berlin diesmal in vollem Umfang am Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen.

Die Investitionen stiegen 1983 mit 13 Prozent sogar deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (zwei Prozent). Und das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs mit 2,6 Prozent schneller als im gesamten Bundesgebiet mit einem Prozent.

Der Regierende Bürgermeister Diepgen wies darauf hin, daß die Entwicklung, vor allem bei der Beschäftigung, deutlich nach oben zeige. Die Arbeitsmarktsituation sei so gut wie seit Jahren nicht mehr. „Die bestehenden Arbeitsplätze sind sicherer geworden, neue sind hinzugekommen.“

Er wies darauf hin, daß Berlin vor zwei Jahren unter den Bundesländern zu den Schlusslichtern zählte,

mittlerweile jedoch auf Platz fünf liege. Von den zehn Großstädten nördlich Frankfurts stehe Berlin auf dem Arbeitsmarkt am besten da, meinte Diepgen.

Steigende Beschäftigungszahlen in allen Bereichen trugen zu der günstigen Entwicklung bei:

- Im verarbeitenden Gewerbe stieg die Beschäftigtenzahl von Januar bis August 1984 um 1500.
- Das Handwerk erhöhte die Zahl

SEITE 4:
Solide Finanzen

der Beschäftigten um 600 oder 0,5 Prozent (Bund: minus 1,5 Prozent).

● Der Einzelhandel meldet im ersten Halbjahr ein Plus von 0,5 Prozent.

● Das Baugewerbe verzeichnete 1983 eine Zunahme der Arbeitskräfte um 1,5 Prozent und im ersten Halbjahr 1984 sogar von 1100 Beschäftigten oder plus 3 Prozent.

● Das Gaststättengewerbe kommt im ersten Halbjahr auf ein Plus von 7 Prozent.

Die Reform der Berlinförderung,

die Strukturprogramme, die zwei Wirtschaftskonferenzen von Dezember 1982 und Juli 1984 haben nach Diepgen nicht nur zu einer atmosphärischen, sondern auch zu einer realen Trendänderung geführt. Daß die Zahl der Existenzgründungen 1983 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel zugenommen hat, bestätigt dieses Resümee.

Der Senator für Wirtschaft und Verkehr, Elmar Pieroth, wies allerdings darauf hin, daß die zu Beginn der 80er Jahre sichtbar gewordenen, aber in den vergangenen 20 Jahren gewachsenen Strukturprobleme der Stadt sich nicht in drei Jahren überwinden ließen.

„Für eine durchgreifende Modernisierung brauchen viele Unternehmen Zeit“, erklärte Pieroth. „Diese Zeit“, so Pieroth, „ist für die Arbeitsplätze in Berlin entscheidend.“ Das erste Stappenziel sei nun erreicht. Jetzt komme es unter anderem darauf an, junge Menschen für Berufe auszubilden, die morgen gebraucht würden und die Berlin für den Ausbau zu einem Zentrum für Zukunftsindustrien benötige.

Li zu Kohl: Sowjets unbeweglich

Der chinesische Staatschef begrüßt Ceausescu Festhalten am Besuch in Bonn

HERBERT KREMP, Peking
Bundeskanzler Kohl und der chinesische Staatspräsident Li Xianmin (74) kamen gestern in einem einstündigen Gespräch zu einer einmütigen Bewertung der gegenwärtigen sowjetischen Politik. Wie aus deutscher Quelle zu erfahren war, begrüßte es der Staatspräsident ausdrücklich, daß der rumänische Staatschef Ceausescu sich in der Atmosphäre sowjetischen Gegendrucks zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland entschlossen habe.

Ceausescu habe einen harten Schicksal, meinte Li aus seiner Kenntnis der Rumänen, die auch in den Jahren schwerer und offener Spannungen zwischen Moskau und Peking an der freundschaftlichen Beziehung zur Volksrepublik China festgehalten hätten.

Die Äußerungen Lis, der dem Ständigen Ausschuss des Politbüros angehört, bestätigen den Eindruck, daß China sich weiter bemüht, den sowjetischen Einfluß in den Ländern Ost- und Mitteleuropas den Rücken zu stärken. So äußerte sich der Staatspräsident dem Vernehmen nach positiv über die ursprüngliche Absicht Honeckers und des hiesigen Staatschefs Schiwkow, die Bundesrepublik zu besuchen. Die Reisen waren auf sowjetischen Druck hin in letzter Minute abgesagt worden, was nach chinesischer Lesart eine Folge der „hegemonistischen Politik“ Moskaus darstellt.

Li bezeichnete die sowjetische Politik als unbeweglich und steif, wie weiter verlautete. Er bezog sich bei diesem Urteil auf die sechsstündigen Gespräche, die der chinesische Außenminister Wu Xueqian zu Beginn der diesjährigen UNO-Sitzung mit seinem Kollegen Gromyko geführt hatte. Der Gedankenaustausch sei ergebnislos verlaufen, da sich die Sowjets den Forderungen Pekings, die Truppen an den Grenzen zu reduzieren, Afghanistan zu räumen und die Hilfe für Vietnam einzustellen, weiter verschlossen.

Es sei im Augenblick schwierig, mit der Sowjetunion zu reden, sagte Li. Die Ansichten und Vorschläge widersprächen einander. Während die eine Seite erkläre, die Sonne scheine und sei groß, meine die andere Seite,

die Sonne sei groß und scheine: Man drehe sich im Kreise. Wie weiter verlautete, waren Li und Kohl sich darüber einig, daß es gleichwohl wichtig sei, mit Moskau ins Gespräch zu kommen. Die deutsche Seite hofft für die Zeit nach den amerikanischen Wahlen auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung. Die chinesische Seite bereitet sich auf die fünfte Runde der Konsultationsgespräche mit den Sowjets vor, die in naher Zukunft beginnen soll.

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren die Rüstungsbegrenzung und die deutschen Fragen auch Gegenstand einer Unterredung Kohls mit dem Generalsekretär der chinesischen KP, Hu Yaobang (69), am Dienstag nachmittag. Kohl hob, wie bei jeder Gelegenheit, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung hervor.

Vorsichtig erklärte Regierungssprecher Boenisch im Anschluß daran vor Journalisten: „Wir haben nicht schlecht über die Sowjetunion gesprochen.“

Seite 13: Peking erwartet Leistungen

Gezielte Walddüngung als Ausweg?

Chemie-Industrie: Nährstoffhaushalt des Bodens wieder ins Lot bringen

HEINZ HECK, Bonn
Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) ist gestern in Bonn mit eigenen Vorschlägen zur Rettung des Waldes hervorgetreten: Neben der Verminderung der Luftschadstoffe (vor allem Schwefeldioxid) müsse durch gezielte Walddüngung mit Magnesium, Kalium und Kalium der Nährstoffhaushalt des Bodens wieder ins Lot gebracht werden, erklärte Manfred Häberle, Vorsitzender des Arbeitskreises Walddüngung im VCI.

Die Verbandsexperten räumen ein, daß es bis heute keine wissenschaftlich fundierte Kausalkette für die gerade in den vergangenen drei Jahren zu beobachtende „absolut erschreckende“ Zunahme der Waldschäden gibt. Doch seien neben den klassischen Rauchschäden (Schwefeldioxid) der Nährstoffmangel und die zunehmende Übersäuerung der Waldböden für die Entwicklung verantwortlich. Jahrzehntlang seien lebenswichtiges Magnesium, Kalium und Kalium durch den Regen ausgewaschen und durch die Bäume selbst dem Boden entzogen worden. Der saure Regen habe diese Situation noch verstärkt. Bereits in den dreißiger Jahren seien jährlich rund drei Millionen Tonnen Schwefeldioxid, also etwa soviel wie heute, emittiert worden. Aber vor allem die Tropenperioden 1982 und 1983 hätten zum dramatischen Anstieg der Waldschäden beigetragen: Trockenheit und Sonneneinstrahlung trafen einen bereits durch Nährstoffmangel und Versauerung geschwächten Wald.

In dieser Situation empfiehlt die chemische Industrie die gezielte Walddüngung und testet mit Forstverwaltungen und -wissenschaftlern zur Zeit in Großversuchen an mehr als 20 Standorten, wie man den Waldböden fehlende Nährstoffe, also vor allem Magnesium, Kalium und Kalium, zuführen kann. Die Kosten einer solchen, zunächst alle fünf Jahre erforderlichen Aktion werden auf 300 bis 1000 Mark je Hektar veranschlagt. Die Chemie wehrt sich gegen den

Verdacht, hiermit Umsatz „machen“ zu wollen: Ein Umsatzplus von allenfalls 90 Millionen Mark entspreche zum Beispiel 0,08 Prozent des 1984 erwarteten Umsatzes.

Im Gegensatz dazu erfordere die Verminderung der Luftschadstoffe wesentlich mehr Zeit und setze eine rasche Einigung mit den Nachbarländern voraus. Die in Europa geplante Senkung um 30 Prozent bis 1993 reiche nicht aus.

Dabei tritt VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Munde der verbreiteten Meinung entgegen, die chemische Industrie gehöre zu den Hauptverursachern von Waldschäden. Nach den Zahlen des Umweltbundesamtes entfallen vom gesamten Schwefeldioxidausstoß der Bundesrepublik nur 4,3 und bei Stickoxiden nur 2,6 Prozent auf die chemische Industrie. Lasse man die Anteile der industrie-eigenen Kraftwerke heraus, ergebe sich für beide Schadstoffe nur noch ein Anteil von je 0,9 Prozent.

Späth erinnerte daran, daß Baden-Württemberg Ende 1983 eine ähnliche Vorreiterrolle bei der Entschärfung der Kraftwerke gespielt habe. Ein entsprechendes Abkommen mit der Energiewirtschaft sieht vor, daß die SO₂-Abgabe von 87 000 auf 21 000 Tonnen Anfang der 90er Jahre „beruntergefahren“ werden soll. Dies ist ein Drittel mehr als nach bundesweiter Regelung obligatorisch.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

Späth: „Die Übernahme dieses Konzepts durch alle Bundesländer würde eine zusätzliche Verringerung des Schwefeldioxidausstoßes bis zu 250 000 Tonnen jährlich bedeuten.“ Späth und Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) dankten der Energiewirtschaft für die Bereitschaft, im Umweltbereich aktiv mitzuziehen.

DER KOMMENTAR

Zaudernde FDP

RÜDIGER MONIAC

Die Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Genscher zur Bundeswehr werfen die Frage auf, ob der Koalitionspartner der Union in einer ohnehin schwierigen Phase des Regierens in Bonn die Arena neuen Streites betreten will. Wenige Tage vor der Kabinettsentscheidung über die Zukunftsplanung der Bundeswehr hat Genscher so, als fehlten ihm und den Fachleuten in seiner Partei die entscheidenden Einblicke in eben diesen Stoff, und dies, obwohl Verteidigungsminister Wörner mit Unterstützung des Generalinspektors nicht nur ihn, den FDP-Vorsitzenden selbst, sondern auch die weiteren Mitglieder des Präsidiums eingehend über die Bedingungen der künftigen Planung für die Streitkräfte unterrichtet hat.

Darum ist es unerfindlich, warum Genscher bei seinem Auftritt vor Journalisten dermaßen an den Problemen vorbei redete, gerade so, als werde er erst in der am Mittwoch nächsten Woche anberaumten Kabinettsitzung über den Rahmen der Planungsvoraussetzungen informiert. Indem Genscher erläuterte, erst müsse es um die Herstellung der Wehrgerechtigkeit gehen, bevor die Koalition eventuell auch die Verlängerung des Wehrdienstes auf ein-

einhalb Jahre beschließen könne, vernebelte er die zur Entscheidung anstehenden Fragen. Wenn etwa von 1988 an die Jahrgänge wehrpflichtiger junger Männer stark zu schrumpfen beginnen und die Bundeswehr in den neunziger Jahren die größte Mühe haben wird, überhaupt noch ihren Friedensumfang zu halten, dann geht es nicht mehr um Wehrgerechtigkeit, sondern - umgekehrt - darum, zu erkennen, wer aus gesundheitlichen oder anderen Gründen keinesfalls gezogen werden darf.

Für die Fachleute steht längst fest, daß die Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate unbedingt erforderlich ist, um der Bundeswehr - zusammen mit einer Erhöhung des Anteils freiwillig längerdienender Soldaten und mit weiteren Maßnahmen - einen Umfang von wenigstens 450 000 Mann im Friedensbetrieb zu sichern. Spätestens 1989 müssen Rekruten für 18 Monate in die Kasernen einrücken. Dafür müssen schon in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn sich Genscher FDP zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr bekennt, muß sie auch unpopuläre Maßnahmen mitverantworten. Alles andere wäre nicht aufrichtig.

Genscher hält Adam-Schwaetzer im Gespräch

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der frühere Regierungssprecher von Düsseldorf, Achim Rohde, hat sich nach dem Verzicht des FDP-Landesvorsitzenden Jürgen Möllemann auf die Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen öffentlich bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen. Im WDR äußerte Rohde gestern die Hoffnung, daß schon auf der nächsten Landesvorstandssitzung am kommenden Montag eine Entscheidung getroffen werde. Weiter sprach er sich dafür aus, daß die FDP mit einer Mannschaft an der Spitze, der auch Bundestagsabgeordnete angehören sollten, in den Wahlkampf ziehen sollte.

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher brachte dagegen nach einem entsprechenden Vorstoß der Jungen Liberalen abermals Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer als Spitzenkandidatin ins Gespräch. Solche Aufforderungen würden „auch von anderer Seite noch erfolgen“.

Frau Adam-Schwaetzer bekräftigte gestern noch einmal: „Ich habe schon vor Monaten gesagt, ich kandidiere nicht. Dabei bleibe ich.“ Als weitere mögliche Antwort nannte Genscher die Bundestagsabgeordnete Dieter Julius Cronenberg und Karl-Hans Larmann sowie Rohde.

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt forderte Möllemanns Rücktritt als Staatsminister. Wer wegen finanzieller Affären, so Voigt, nicht mehr gut genug als Spitzenkandidat sei, der solle auch nicht die Bundesrepublik Deutschland im Ausland vertreten.

Burt hob die Rolle der Türkei in der NATO und der islamischen Welt hervor. Sie sei eine Brücke zwischen Ost und West. Für lange Jahre sei die Türkei der einzige islamische Staat gewesen, der diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt. Zugleich sei die Türkei Mitglied der Islamischen Konferenz und unterhalte enge Beziehungen zu Pakistan, einem Gegner des sowjetischen Expansionsismus. „Die Türkei ist deshalb in der einzigartigen Lage, abschreckend auf Bedrohungen der Stabilität in Süd-Asien zu wirken.“

An den Meerengen von Bosporus und Dardanellen nehme die Türkei

Verlängerung des Wehrdienstes? Die FDP zögert

rnc/DW, Bonn

Die Freien Demokraten sind auf Distanz zu den Plänen von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) gegangen, die Personalprobleme der Bundeswehr durch eine Verlängerung des Wehrdienstes zu mildern. Der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, brachte den Widerstand seiner Partei persönlich an die Öffentlichkeit. Eine Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate werde von der FDP „auf der Prioritätenliste möglicher Maßnahmen ganz unten gesehen“.

Genscher sagte, die Einsatzbereitschaft und die ausreichende konventionelle Stärke der Bundeswehr sei für seine Partei ein wichtiges Ziel. Eine Verlängerung des Wehrdienstes werde auch nicht völlig ausgeschlossen. Ob sie aber notwendig sei, müßten erst noch „ausführliche Diskussionen“ innerhalb der Koalition ergeben.

Im Vordergrund stehe für die Freien Demokraten die Verbesserung der sogenannten Wehrgerechtigkeit. Der FDP-Vorsitzende wies darauf hin, daß gegenwärtig rund 62 Prozent eines Jahrgangs Wehrdienst leisten, sechs Prozent Ersatzdienst, aber 32 Prozent weder das eine noch das andere.

Vermutungen, daß die gesetzlichen Maßnahmen für die unpopuläre Verlängerung des Wehrdienstes auf die lange Bank geschoben oder erst nach den Bundestagswahlen 1987 getroffen werden sollen, wies der Vizekanzler als abwegig zurück.

USA betonen Verantwortung gegenüber der Türkei

Strategische Bedeutung hervorgehoben / Warnung an Athen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Washington hat seine Beistandspflicht gegenüber der Türkei hervorgehoben. In einer in Brüssel veröffentlichten Rede sagte der Staatssekretär im US-Außenministerium, Burt: „Es darf keinen Zweifel an unseren Versprechen geben, unsere feierliche Verpflichtung gegenüber der Türkei einzuhalten, wenn die Sicherheit der Türkei bedroht ist.“

Burt hob die Rolle der Türkei in der NATO und der islamischen Welt hervor. Sie sei eine Brücke zwischen Ost und West. Für lange Jahre sei die Türkei der einzige islamische Staat gewesen, der diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt. Zugleich sei die Türkei Mitglied der Islamischen Konferenz und unterhalte enge Beziehungen zu Pakistan, einem Gegner des sowjetischen Expansionsismus. „Die Türkei ist deshalb in der einzigartigen Lage, abschreckend auf Bedrohungen der Stabilität in Süd-Asien zu wirken.“

An den Meerengen von Bosporus und Dardanellen nehme die Türkei

eine bedeutende strategische Stellung ein. Zur Verteidigung Westeuropas bestehe strategisch kein Unterschied. Wer die Rolle der Südlanke übersehe, entstelle die globalen strategischen Interessen der Vereinigten Staaten, sagte Burt. In diesem Zusammenhang hob Burt die Bedeutung der Wirtschafts- und Militärhilfe der USA an die Türkei hervor. Seit 1980 habe Washington seine Militärhilfe an die Türkei um das Dreifache gesteigert. Inzwischen seien neue wichtige militärische Vereinbarungen zwischen Washington und Ankara getroffen worden.

Mit keinem Wort ging Burt auf das Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei ein. Seit dem Amtsantritt des sozialistischen Premiers Papandreu beobachtet Washington eine zunehmend anti-türkische und anti-amerikanische Kampagne in Athen. Burts Ausführungen wurden in diplomatischen Kreisen als eine indirekte Warnung der USA an Griechenland angesehen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (SAD)

ZITAT DES TAGES



„Die Grünen sind die letzten, die unseren Bauern wirklich eine Zukunft sichern könnten. Eine Partei, welche die Abschaffung des Grundeigentums fordert, ist in Wirklichkeit bauernfeindlich.“

Bauernpräsident Freiherr von Heereman in einem Interview der Zeitschrift „Quick“
FOTO: JUPP OARCHINGER

WIRTSCHAFT

EG-Agrarausgaben: Um 32,9 Prozent oder 35,2 Milliarden Mark stiegen 1983 die EG-Agrarausgaben gegenüber 1982. Nach einem Bericht des Agrarorientierten und -garantierten wurde vor allem für Rindfleisch (50 Prozent), Getreide/Reis (33) und Milchprodukte (32) mehr bezahlt. (S. 13)

Bundesobligationen: Die Deutsche Bundesbank senkte innerhalb weniger Tage erneut die Rendite für Bundesobligationen von 7,15 auf 7,05 Prozent.

China-Hilfe: Die von Kanzler Kohl zugesagte 50-Millionen-Mark Kapitalhilfe für Peking wird von beiden Seiten nur als Einstieg

gewertet, zumal ihr Volumen für die chinesischen Projektwünsche (Stahlwerke, Kohlegruben, Binnenschifffahrt, Eisenbahnen, Kernkraftwerke) keineswegs ausreicht. Bisher erhielt China von 1980 bis 1984 nur eine technische Hilfe von knapp 100 Millionen Mark. (S. 13)

Börse: Bei insgesamt schleppendem Handel sorgten weitere Auslandskäufe für leichte Kursgewinne. WELT-Aktienindex 156,4 (156,1). Am Rentenmarkt gaben die Kurse nach Gewinnmitnahmen leicht nach. Dollar-Mittelkurs 3,0723 (3,0438) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,25 (341,60) Dollar.

KULTUR

Mustik-Festival: Mit perfekten Klang-Dispositionen und starker Ausdruckskraft beeindruckte das Orchester der Jungen Deutschen Philharmonie bei den „13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik“ im französischen Metz. (S. 23)

Schulbuch „Zeitung“: In einem Experiment des Zeitungsverleger-Verbandes erfuhren Schüler, daß Zeitungslektüre nicht nur unterhaltsam, sondern dank der Informationen und Kommentare auch gewinnbringend und vorteilhaft ist. (S. 23)

SPORT

Fußball: Der Welt-Fußballverband (FIFA) will jetzt die Vorwürfe gegen Weltmeister Italien untersuchen. Die Italiener sollen das WM-Spiel gegen Kamerun gekauft haben.

Schaak: Bei der Weltmeisterschaft in Moskau endete die zehnte Partie zwischen Weltmeister Karpow und Herausforderer Kasparow remis. Karpow führt weiterhin 4:0. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Adelsbandbuch: In einer Neuauflage des 158 Jahre alten englischen Handbuchs Burke's Peerage will Herausgeber Brooks-Baker auch die unehelichen Adels-Sprünge auflisten. Ungewiß ist das Erscheinungsdatum, da die Zahl der Unehelichen kaum auszumachen ist. (S. 24)

„Aktion Sorgenkind“: Seit ihrer

Gründung vor 20 Jahren half die „Aktion“ Behinderten mit einer Milliarde Mark. Hauptverdienquellen waren die Sendungen „Vergeltung“ (20 Millionen), „3 x 9“ (25 Millionen) und „Der große Preis“ mit bisher 771 Millionen Mark.

Weiter: Im Norden Regen, im Süden bewölkt. 14 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Gefahr für Berlin - Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2

Bulgarien: Das Attentat von Plowdiw - Ist es nur die Spitze eines Eisbergs? S. 3

Afghanistan: Moskau sucht am Hindukusch nur noch die militärische Lösung - Neue Taktik S. 6

Ost-West-Lage: Des Sowjetsystems der Zukunft braucht Flexibilität - Von Carl G. Ström S. 7

Landesbericht Spanien: Der Fall Rumasa oder Test für den Rechtsstaat - Von Rolf Götz S. 8

Medien: Neue Privilegien für den WDR? - „Unternehmensverfassung“ für den Sender S. 9

Japan: Die Wirtschaft läuft weiter auf Hochtouren - Exporte stützen Konjunktur S. 13

Fernsehen: Paul von Lettow-Vorbeck - Tapferer Soldat, aber ein Feind der Republik S. 22

Nones vom Film: „Familienbande“ aus Holland - Die Hölle brütet am heimischen Herd S. 23

Julie Iglesias: Start der Welttournee - Schmelz und Schmalz esst halt serviert S. 24

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Klerus und Ökonomie

Von Wilhelm Furler

In den letzten Wochen hat sich die Kritik an der Regierung Thatcher von einer Seite gehäuft, von der dies manche nicht erwartet hätten: von der Landeskirche, der Church of England. Erst war es der neue Bischof von Durham, Jenkins, der die Regierung wiederholt beschuldigte, für das „Scargill-Phänomen“ – die heftigen Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikposten der Bergarbeiter unter ihrem Gewerkschaftsführer Scargill – voll verantwortlich zu sein.

Jetzt ist es kein geringer als das Oberhaupt der anglikanischen Kirche selbst, Robert Runcie, Erzbischof von Canterbury, der die Regierung Thatcher zu Beginn des Parteitages der Konservativen in einem langen Interview mit der „Times“ einer Wirtschaftspolitik beschuldigt, die zu Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und schließlich zu schlimmen Auswüchsen wie den Gewalttätigkeiten vor den Zechentoren führten.

Spätestens hier geht es an die christliche Wahrheitsliebe. Will der Kirchenführer wirklich behaupten, die konservative Regierung habe die hohe Arbeitslosigkeit bewußt einkalkuliert und unternehme nichts, um sie abzubauen?

Es ist eine Frage der Strategie, wie Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden kann. Frau Thatcher und ihre Minister haben sich immer zum Kampf gegen dieses soziale Hauptübel bekannt. Ihr Weg läuft völlig zu Recht über die Wiederherstellung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Über Wirtschaftspolitik läßt sich sehr wohl streiten. Geistliche mögen sich an derart profanen Diskussionen beteiligen – sofern sie etwas von der Materie verstehen. Runcie und seine Bischöfe haben aber ganz offensichtlich nicht verstanden, daß, wer unwirtschaftliche Zechen offenhält, anderen Arbeitsplätze vorenthält.

Überdies ignorieren sie, daß Scargill selber sich dazu bekannt hat, mit manipulierten Streik-Mehrheiten einen Kampf nicht allein um die Aufhebung der Zechenschließungen, sondern um den Sturz der Regierung Thatcher zu führen. Die Anglikaner sind in der Atomdebatte kräftig nach links gerutscht; diese Art von Sozialpolitik aber überzeugt niemanden.

Parteimoral

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Geist Juri Andropows schwebte offenbar über den Wassern der Moskwa, als die „Prawda“ ihren neuen Startschuß im Kampf gegen die Korruption abfeuerte. Da wurde die Absetzung eines ersten Vizeministers für Energiewirtschaft namens Pawel Falalejew und seines Stellvertreters Stanislaw wegen „Amtsmissbrauchs“ und „grober Verletzung der Parteimoral“ bekanntgegeben. Da wurde ferner ein Direktor wegen versuchter Einnischung in das Verfahren und ein weiterer Parteifunktionär wegen „Begünstigung der Verbrecher“ aus der KPdSU ausgeschlossen.

Und wenn es in Moskau schon losgeht, dann darf die von der Natur gesegnete Sowjetrepublik Georgien nicht fehlen, in deren levantinischem Klima nicht nur Zitronen, sondern auch Protektionen, Geschäftssinn und tüchtige Vetterwirtschaft gedeihen. Da ist von Kindern hoher Funktionäre die Rede, denen die Eltern „alles erlauben“, von einer Generation „apolitischer Egoisten“. Sogar eine Petition führender Funktionäre soll es geben, in der die Verschonung von der Todesstrafe für vier Flugzeugführer beantragt wird – denn die vier waren Kinder angesehener Familien.

Schon seit Jahrzehnten kann man beobachten, wie die Generation der Väter im Sowjetimperium für ihre Söhne und Töchter privilegierte Positionen zu erringen sucht. Familiensinn ist stärker als Ideologie. Zugleich zeigt sich, daß das sowjetische System, in dem ursprünglich alle gleich sein sollten, Korruption und Bevorzugung provoziert. Wo alles zugeteilt wird und Bevorzugung die wichtigste Belohnung (sowie deren Entzug die schlimmste Bestrafung) darstellt, ist die Korruption institutionell eingebaut.

Das Schlimme daran: Alle objektiven Kriterien für Leistung schwinden dahin. Was bleibt, sind die Beziehungen. Jene, die jetzt gegen die Korruption kämpfen, sind selber Teile dieser seltsamen Ordnung. So wird man den Verdacht nicht los, als sei die Korruptionskampagne – die Tschernenko nun nach langem Zögern im Stil seines verstorbenen Vorgängers wieder aufnehmen muß – nichts anderes als eine getarnte politische Auseinandersetzung. Korrupt ist, wer mir im Wege steht; wer im Machtkampf den kürzeren gezogen hat.

Die Absage

Von Evangelos Antonaros

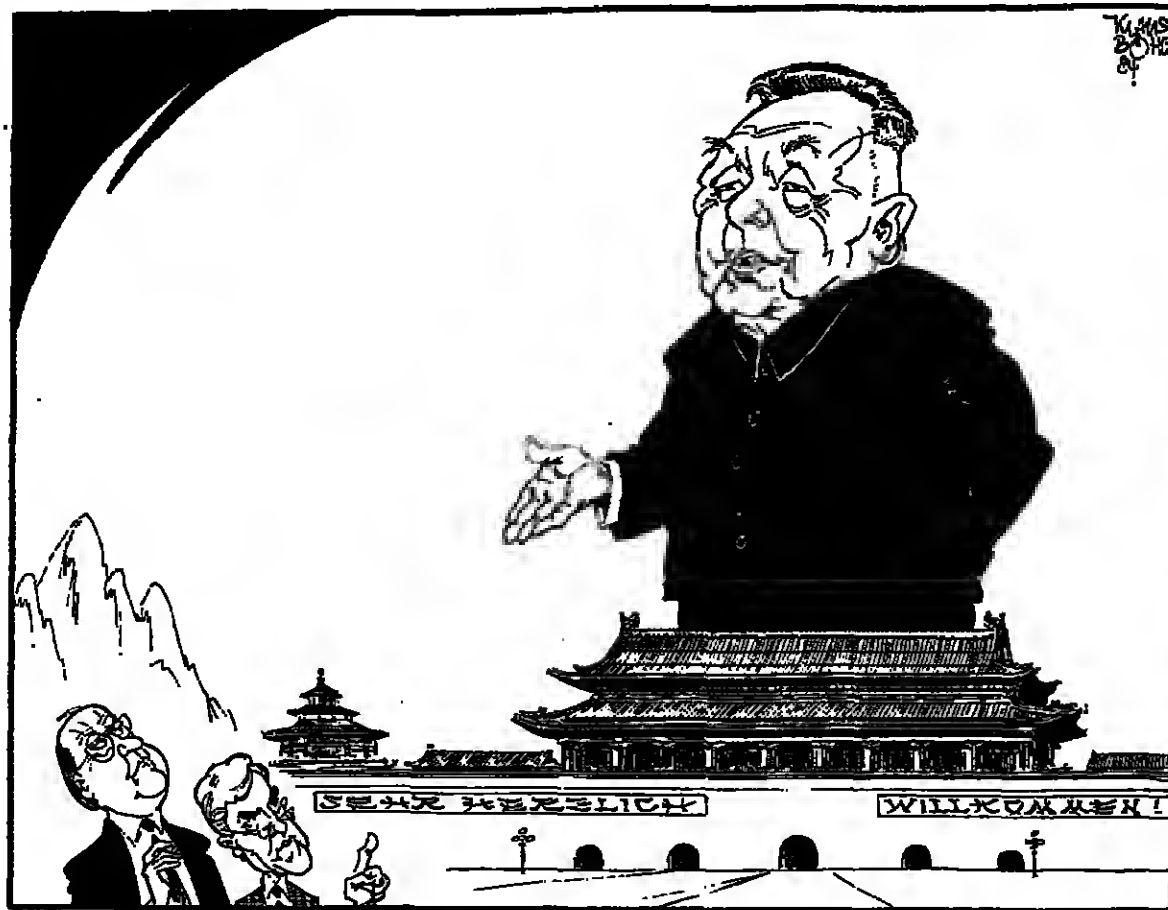
In Athen ist eine politische Bombe geplatzt, die gegen die regierende Pasok-Partei gerichtet war. Der zweimalige frühere Staatsminister Assimakis Fotilas hat jetzt den Brief veröffentlicht, mit dem er Ministerpräsident Andreas Papandreu im Juni seinen Rücktritt als Staatsminister für die Auslandsbeziehungen erklärt hatte.

Die sechzehnseitige Abrechnung mit seiner bisherigen Partei – Fotilas hat gleichzeitig seinen Austritt bekanntgegeben – enthält zwar keine direkten Angriffe gegen Papandreu. Bei genauerem Lesen fällt allerdings auf, daß Fotilas das Scheitern der Sozialisten doch auf Papandreu zurückführt. Wer sonst könnte dafür verantwortlich sein, daß Konzept- und Programmlosigkeit immer spürbarer wurden, daß linkslastige Entscheidungen zur Tagesordnung gehörten und die Glaubwürdigkeit der Regierung stark belasteten, daß innerparteiliche Fehden nicht geschlichtet werden konnten?

Das Fotilas Schreiben sagt nichts Neues; dennoch stellt es verblüffend deutlich dar, wie realitätsfremd und daher auch gefährlich manche Kräfte in der Regierung denken und handeln. So soll ein Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium dem indischen Botschafter in Athen unmittelbar nach der sozialistischen Regierungsbildung gesagt haben, daß Griechenland in absehbarer Zeit aus der NATO austreten und sich den Blockfreien anschließen werde.

Fotilas wurde übrigens im Januar 1982, damals Staatsminister im Außenministerium, von Papandreu telefonisch entlassen – weil er während einer NATO-Sitzung in Brüssel das polnische Regime kritisiert hatte; Papandreu macht demnächst Jaruzelski seine Aufwartung.

Fotilas gehört nicht zur ersten Garnitur der Athener Sozialisten. Dennoch wird seine Kritik von der Partei als besonders störend empfunden, weil dadurch der Unmut eines ganzen Parteiflügels zum Ausdruck kommt. Der aus einer traditionsreichen Politikerfamilie stammende Kritiker gilt als Mann der gemäßigten Mitte. Ähnlich wie er dürften viele Abgeordnete der Pasok-Partei über die Unberechenbarkeit der Parteispitze und das ständige Umwerben der linken Stimmen denken.



Größer als gedacht

Die Gefahr für Berlin

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Man erinnert sich, daß Bömer vor der letzten Hesseswahl die Grünen mit der Dachlatte ins demokratische „Aus“ prügeln wollte. Nach der Wahl überlegte er es sich anders. Sein Argument: Die Wähler hätten entschieden, daß die Grünen in den Landtag gewählt, und das habe er zu respektieren. Sein Machtinstinkt verdrängte die demokratischen Skrupel. Nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen bediente sich der CDU-Prominente Biedenkopf ungeniert des gleichen Arguments, um zu folgern, daß man mit den Grünen in mancher Sache durchaus zusammenarbeiten könne.

Wenn man bereit ist, die Bömer/Biedenkopf-Philosophie vorurteilslos zu prüfen, dann lassen sich folgende Argumente pro und contra vorbringen:

1. Pro: Der Wählerwille ist zumindest in der Weise zu achten, daß keine ins Parlament gewählte Gruppe „ausgespart“ werden darf. Contra: Das ist ein Scheinargument; denn angenommen, die DKP schaffte den Sprung in die Parlamente, so würde weder Bömer seine Minderheitsregierung auf sie stützen, noch wäre Biedenkopf bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten. In den Ländern und Gemeinden stehen vor allem Verwaltungsaufgaben an, die, wenn es die Möglichkeit der klassischen Kleinen Koalition nicht gibt, von den beiden großen Parteien gemeinsam wirkungsvoller bewältigt werden können als von einem Erpressungsbündnis der Grünen mit der SPD.

2. Pro: Die Grünen stellen berechtigte Fragen. Es gibt unter ihnen nicht nur Hirnrissige, sondern auch ganz Vernünftige. Deshalb lohnt der Versuch, die Integrierbaren in die Disziplin verantwortlicher parlamentarischer Arbeit zu nehmen und so von den außerparlamentarischen „Chaoten“ zu sondern. Contra: Im Stuttgarter Landtag ist der Beweis geführt worden, daß es ein frommer Wunsch ist, die Grünen näher zur demokratischen Mitte integrieren zu wollen, und in Hessen ist Bömer dabei, die gleiche Erfahrung zu machen.

3. Pro: Man muß die Grünen vor die Gretchenfrage stellen, ob sie bereit sind, unmittelbare politische Verantwortung zu übernehmen. Im Saarland will Lafontaine im Falle seines Wahlsieges am 10. März nur dann mit den Grünen zusammenarbeiten, wenn sie die Ministerverantwortung auf sich nehmen. Contra: Lafontaine betreibt Augenauswaschung, solange er

Jo Leinen als Minister-Aspiranten nennt. Leinen ist zwar Initiator und Aushängeschild der „neuen sozialen Bewegung“ – von den Bürgerinitiativen bis zur „Friedensbewegung“ –, doch in diesem Zusammenhang bleibt entscheidend, daß er SPD-Mitglied ist. Wer könnte es rechtfertigen, Grüne zu Ministern zu machen, solange diese „Partei“ sich nicht eindeutig zur Verfassung, zu Recht und Gesetz bekennt?

Die Trugschlüsse beginnen damit, daß man die Grünen als „Partei“ bezeichnet. Dazu trägt halbwegs das Bild bei, das ihre Bundestagsfraktion bietet. Doch die Bonner Repräsentanz ist von der Basis am weitesten entfernt und deshalb am wenigsten typisch. In Baden-Württemberg hat die Basis nicht zugelassen, daß sich die grünen Abgeordneten im Landtag mehr und mehr wie die Vertreter einer demokratischen Partei benahmen. Auch in Hessen vollzieht sich nach dem Tolerierungspakt mit Bömer jetzt die Rückwendung zur Basis.

In beiden Bundesländern erweist sich die Basis jedoch nicht als das geordnete Gebilde einer Partei, sondern als „Bewegung“. Die Grünen/Alternativen geben sich nur in dem Maß als Partei, wie es unvermeidlich ist, um an Wahlen teilnehmen zu können; im übrigen entziehen sie sich als sammelbeckenartige „Bewegung“ der verpflichtenden Rechtsform einer Partei.



Was es mit dieser „Bewegung“ auf sich hat

Probleme Erpressungsbündnisses: Grüne (vorn Kerschgens, Kern) in Mainhausen

sich hat, kann am besten in Berlin studiert werden. Dort treten die vereinten Alternativen und Grünen als die dogmatische Linke auf. Im einzelnen bedeutet das:

– Die AL steuert erklärtermaßen die „deutsche Paktfreiheit“ an, also den Neutralismus. Sie sagt Nein zu Bündnistreue der Bundesregierung zur NATO, fordert den Austritt aus der NATO. Das ist ein Konzept der sowjetischen Hegemonie über ganz Europa.

– In Berlin will die AL die westlichen Alliierten ihres Charakters als Schutzkräfte entwickeln. Sie sollen ihre Streitkräfte bis auf einen symbolischen Rest abziehen. Würden den Alliierten in solcher Weise ihre originalen Rechte entzogen, dann wären die Sowjets ihrem Ziel einer „freien Stadt“ sehr nahe.

– Die bisherige Berlin-Förderung will die AL im Sinne eines wirren sozialistischen Wirtschaftsprogramms umwandeln. Unter dem CDU-geführten Senat befindet sich die Berliner Wirtschaft wieder auf gutem Wege. Gewinne der AL Einfluß auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik, so stünde die Stadt über Nacht vor ihrer Existenzfrage.

– Die AL ist in Berlin als die „Partei“ der Hausbesetzer aufgetreten. Ihr Rechtsverständnis hat sie demonstriert, indem sie Kunzelmann, den gerichtlich belangten Politclown aus der Zeit der Studentenrevolte, in den Parlamentsausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie in den Rechtsausschuß entsandte.

– Die AL praktiziert das imperiative Mandat. Ihre Form chaotischer „Basisdemokratie“ widerspricht eindeutig der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes.

Es mag genügen. In Berlin erkennt man Politik, Wirtschaft und Gesellschaft deutlich als anderswo in der Bundesrepublik Deutschland. So viel ist klar. Es wäre eine Katastrophe für Berlin und für Deutschland, wenn die AL als kommunistisch unterwanderte Protestbewegung nach der Wahl am 10. März nächsten Jahres die Geschichte der Stadt beeinflussen könnte.

Damit ist zugleich generell das Entscheidende über die Grünen/Alternativen in der Bundesrepublik ausgedrückt. Der SPD-Vorsitzende Brandt denkt darüber anders; hat er verdrängt, daß er einst der Regierung der Bürgermeister von Berlin war?

Mozambiques Rebellen sind verbittert über Südafrika

Der „ehrliche Makler“ gilt eher als unehrlicher Partner / Von Monika Germani

Südafrika sieht sich seit der Ankündigung von Verhandlungen zwischen der Regierung und der anti-kommunistischen Widerstandsbewegung in Mozambique um Waffenstillstand und eventuellen Frieden in der Rolle des „ehrlichen Maklers“. Außenminister Roelof Bothas Angebot, eine Friedensstruppe nach Mozambique zu senden, wurde freilich von beiden Verhandlungspartnern umgehend zurückgewiesen. Doch dann erklärte ein Sprecher der Rebellen in Lissabon, Südafrika habe Truppen und Hubschrauber zum Schutz des Kraftwerkes Cabora Bassa nach Mozambique geschickt.

Außenminister Botha hatte in dem Gespräch mit Journalisten zugegeben, daß beim Abschluß des Nkomati-Vertrages die Möglichkeit einer Intensivierung der Rebellen-tätigkeit innerhalb Mozambiques übersehen worden war. Trotz der Einstellung der südafrikanischen Militärhilfe trug die Renamo Kämpfe vor die Tore der Hauptstadt. Die Straßen ins benachbarte

Swaziland und nach Südafrika sind praktisch nicht mehr sicher, die erhofften Stromlieferungen aus Cabora Bassa wurden durch Sabotage zunichte gemacht.

Die offizielle mozambiquanische Nachrichtenagentur AIM wiederholt laufend Erfolge der Regierungstruppen: zerstörte Guerillabasen, erbeutete Waffen und Radioausrüstungen; sechsundsechzig Rebellen seien kürzlich in dem Lager Matongomane, zwanzig Kilometer von der südafrikanischen Grenze entfernt, getötet worden. Eine echte Waffenruhe scheint demnach noch in weiter Ferne zu liegen, im Gegensatz zu den optimistischen Verlautbarungen aus Pretoria, wonach die Verhandlungen in ein kritisches Stadium getreten seien: Man verhandle über eine Amnestie für die Renamo.

Über die beiden Widerstandsbewegungen in Mozambique ist im Westen wenig bekannt. Die Organisation des Nordens nennt sich RNM. Sie wurde gleich nach der Machübernahme durch die kom-

munistische Frelimo 1975 gegründet. Nur über Umwege gelangen vereinzelte Journalisten zu den im Busch lebenden Rebellen. Anfang 1983 erfuhr man, daß diese die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen hätten und einen erfolgreichen Kampf gegen die marodierenden Frelimo-Truppen führten. Die Angriffe auf die Stromleitungen von Cabora Bassa und die Öltanks in der Hafenstadt Beira waren von ihnen verübt worden. Waffen erhielten sie aus Südafrika und anderen, ungenannten, Ländern. Seit März dieses Jahres sind jedoch die Quellen in Südafrika versiegt.

Die Resistencia Nacional de Mozambique (Renamo) ist demgegenüber von Südafrika voll unterstützt worden. Es ist kaum ein Geheimnis, daß auf einer Farm bei Pretoria ein Ausbildungslager für die Renamo bestand. Dort wurde unter bis heute nicht geklärten Umständen der ehemalige Führer der Guerrillas, Orlando Christina, im März 1983 erschossen. Gemeinsam ist beiden Gruppen nun das Gefühl

IM GESPRÄCH Mahtar M'Bow

Der zornige Autokrat

Von Gitta Bauer

Wenn in den nächsten Wochen der geschäftsführende Ausschuß der Unesco über Verbesserungen berät, geht es um das Überleben der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen. Denn vom Resultat dieser Beratungen der 51 Länder wird abhängen, ob die USA als mächtigster Geldgeber auch am 1. Januar kommenden Jahres noch zahlendes Mitglied dieses Vereins sein werden. Auf der Tagesordnung stehen Verbesserungen des Einstellungs- und Finanzgebarens, der öffentlichen Information und der Selbstbeurteilung der seit 39 Jahren bestehenden Organisation.

In Wirklichkeit jedoch geht es um etwas, was nicht auf der Agenda steht, nämlich eine Person: die des seit zehn Jahren als Generaldirektor die Organisation und ihre 4300 Bediensteten lenkenden, manche sagen diktatorisch regierenden Senegalesen Amadou Mahtar M'Bow. Denn die Probleme, die die USA, Großbritannien und viele andere Staaten mit der Richtung haben, in die sich die auf die Kultur verpflichtete Organisation politisch entwickelt hat, haben fast ausschließlich mit der Monokratie des ehemaligen Erziehungsministers in Dakar zu tun.

Die einseitige Einstellungspraxis? Die Beförderungen, in deren Genuß nur Beamte der Dritten Welt kommen? Auf dem Tisch des Generaldirektors stapeln sich Bewerbungen und Bewertungsunterlagen. Die mangelnde Aufsicht über die Finanzen? M'Bow hat fast jede Empfehlung der Finanzprüfer mißachtet. Die Höhe der Personalkosten? Auf M'Bows Anweisung beschäftigt die Unesco zusätzlich zum Personal über 2000 Fachleute in beratenden Funktionen, während 200 Planstellen unbesetzt blieben. Die Verwendung von Mitteln, zu denen die USA ein Viertel beitragen? Es gibt weder eine Erfolgskontrolle noch eine Übersicht über die Zweckmäßigkeit von Programmen. Warum? Weil M'Bow bei Kritik in Wutanfälle ausbricht.

Bedrückender aber als die beiläufige Bürokratie, zu der die Behörde an der Pariser Place de Fontenay gewuchert ist, wird die politische Richtung emp-



Staatsskontrolle über die Medien. M'Bow

funden, die die Unesco unter M'Bow eingeschlagen hat. Das begann 1978 mit einem von Fachleuten erstellten Bericht über die Schulsituation in dem von Israel besetzten Westjordanland, der zu positiv für Israel ausfiel und deshalb von dem Senegalesen unterdrückt und bei einer mehr vorangegangenen Kommission erneut bestellt wurde, die dann auch die gewünschte Verdammung lieferte.

Das setzte sich fort in dem unablässigen Streben des Generaldirektors, der freien Presse das Zwangskorsett einer „neuen Weltinformationsordnung“ anzupassen, unter dem Vorwand besserer, sprich regierungsgelenkter Berichterstattung über die Dritte Welt und der Abwehr an der „kulturellen Aggression“ westlicher Medien. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, der rundliche, heute 63jährige Absolvent der Sorbonne hat das Handtuch noch nicht geworfen. Im Gegenteil: M'Bow hat bereits wissen lassen, daß er an einen Rücktritt nicht denkt. Wer trennt sich schon gern von einem mit einer sechsstelligen Dollarsumme dotierten Posten, zu dem überdies ein mietfreies Penthouse mit Terrasse in Eiffelturmhöhe gehört? Dennoch muß der Stein des Anstoßes sich bewegen. Wie die amerikanische Unesco-Botschafterin Jean Gerard sagte: „Wir dürfen nicht drin bleiben und uns zu Komplizen (einer Staatskontrolle) machen lassen.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest Zeitung

In dem Oldenburger Blatt wird der Gewerkschaftsleiter kommentiert:

Daß sich der „Tag X“ als ein Tag wie jeder andere entpuppte, ist der Vorsicht der Verantwortlichen zu verdanken und nicht etwa einer späten Einsicht auf der anderen Seite. Die – vielleicht verständliche – Angst in der Bevölkerung vor einem atomaren Anschlag sollte einmal mehr als Vehikel für Aktionen gegen Recht und Staat dienen. Wie sonst ist die Untergrundstrategie zu verstehen, die sich gegen mittlerweile „normale“ Transporte radioaktiver Abfälle richtet? Nuklear-Müll wird nicht erst seit gestern über Straßen und Schienen geführt. ... Für solche Transporte gibt es präzise behördliche Auflagen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Das Blatt sieht das Fazit der Frankfurter Diskussion:

Daß Frankfurt allerdings ein Forum der geistigen Aufklärung von heute sei, wird man – vielleicht abgesehen von manchen Paulskirchen-Beiträgen – kaum sagen können. Denn unsere vielgepriesene Liberalität – wir sprechen jetzt von der deutschen Verfassungsproduktion – „beglückt“ uns mit einem unvorstellbaren Sammelsurium von zweifelhaften Geistesprodukten, das die Buchmes-

se nicht erst in diesem Jahr allerdings zu einem Krambauchladen von „Aufklärung“, Gegenauflärung, Mystifikation, Kitsch und Schund gemacht hat.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorf-Zeitung kommentiert die Vorwürfe gegen den Bundestagspräsidenten:

Ziemlich zweifelhaft ist, daß Barzel zumindest von 1973 bis 1977 die Steuerung der Bundestagsarbeit im Interesse Flicks beeinflusst haben kann. Denn 1973 war der Politiker am Tiefpunkt seiner Karriere angekommen. Auf Jahre hinaus war sein Einfluß auf die Politik gering, möglicherweise gleich Null. Zwischen 1977 und 1979 folgte Barzel Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses. Wie auch immer: Schnelle Aufklärung ist erforderlich. Barzel muß, sobald er aus Spanien zurück ist, dafür sorgen, daß keine Zweifel und keine Fragen bleiben.

Schwabinger Blatt

Das Oberndorfer Blatt überlegt zu Mülle-

Kann Jürgen Möllemann sein hohes Bonner Amt behalten, nachdem er als FDP-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen nicht mehr akzeptabel ist? Vielleicht ist es noch verfrüht, gleichwohl nicht unbedingt abwegig, über diesen Zusammenhang nachzudenken.

Das Attentat von Plowdiw – die Spitze eines Eisbergs?

Bulgarien scheint ein Muster an sozialistischen Tugenden zu sein. Aber es häufen sich Zwischenfälle, die Zweifel an der Idylle nähren. Verbirgt sich hinter dem Attentat in der Messestadt Plowdiw politischer Sprengstoff?

Von CARL G. STRÖHM

Die Explosion, die sich auf dem Bahnhof der bulgarischen Stadt Plowdiw kurz vor dem diesjährigen Befreiungsjubiläum vom 9. September und vor dem Eintreffen einer Sonderzug mit Partei- und Staatschef Todor Schiwkow ereignete, bleibt auch nach einem Monat noch ungeklärt. Gerichte in Bulgarien wollten von zahlreichen Todesopfern wissen. Man munkelte von ähnlichen Explosionen, die sich in den Schwarzmeerbäfen Varna und Burgas, ja sogar in der Hauptstadt Sofia zugetragen haben sollen. Die Behörden beschränkten sich auf die Version, „gewöhnliche Kriminelle“ hätten auf dem Bahnhof von Plowdiw eine Detonation ausgelöst.

Nun ist Plowdiw nicht irgendeine Stadt, sondern das internationale bulgarische Messezentrum. Wer die Aufmerksamkeit etwa des Auslands auf sich lenken will, hat hier mehr Chancen, als wenn er etwas in der abgelegenen bulgarischen Provinz unternimmt. Und schließlich: „Gewöhnliche Kriminelle“ verfolgen mit ihren Aktionen ein gewisses eigennütziges Ziel, sei es, daß sie eine Bank überfallen oder einen Raubmord begehen. Welchen Nutzen hätten solche Kriminellen davon, auf einem Bahnhof eine Bombe zu zünden? Und wie kommen sie in einem Polizeistaat wie Bulgarien überhaupt zu Sprengstoff?

Die Sofioter Behörden haben offenbar eine totale Nachrichtensperre im Zusammenhang mit dem Bahnhof-Attentat – und möglicherweise anderen ähnlichen Attentaten – verhängt. Gemunkelt wird allerdings, die türkische nationale Intelligenz in Bulgarien habe auf diese Weise gegen die gewaltsame Bulgarisierung, etwa ihrer Familiennamen, protestieren wollen. Doch auch diese Version läßt zumindest Zweifel aufkommen. Die bulgarische Nationalitätenpolitik gegenüber der türkischen Volksgruppe ist seit mehreren Jahrzehnten kon-

stant. Warum sollten also die „bulgarischen“ Türken gerade jetzt gegen etwas protestieren, das seit langem unverändert ist?

Bulgarien präsentiert sich heute als „Musterland“ des realen Sozialismus – ein fleißiges, ruhiges Volk, ein Regime, das der Sowjetunion „auf ewige Zeiten“ ergeben ist, eine nationale Geschichte, die sich auf prussische, und so folgend man, auch auf sowjetische Gefühle gründet. Die Bulgaren wurden von den Deutschen gerne als „Preußen des Balkans“ bezeichnet, von den Russen als „kleinere slawische Brüder“ gelobt.

Dennoch – die bulgarische Geschichte ist, trotz der letzten äußerlich ruhigen Jahrzehnte, alles andere als eine Idylle gewesen. Das bulgarische Volk wurde gerade nach der Befreiung vom Türkenjoch 1878 von schweren inneren Auseinandersetzungen heimgesucht. Auch die heute historisch verkörperte „ewige Dankbarkeit“ der kleinen slawischen Nation gegenüber dem großen russischen Bruder – Sofia ist die einzige kommunistische Hauptstadt, in deren Zentrum das Denkmal eines russischen Zaren, des Zar-Befreiers Alexander II., steht – war keineswegs eine ewige. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es Zeiten, in denen Bulgarien die Beziehungen zu Rußland wegen ständiger russischer Einmischungsversuche in die bulgarische Politik abbrach. Dankbarkeit ist in der Politik stets eine unsichere Größe. Sie kann unter gewissen Umständen auch in ihr Gegenteil umschlagen.

Festzuhalten bleibt, daß Bulgarien in beiden Weltkriegen nicht auf der russischen oder sowjetischen Seite kämpfte und daß sich in Sofia der Frontwechsel 1944 erst vollzog, als die Niederlage des deutschen Verbündeten außer jedem Zweifel stand und die Sowjets bereits den Einmarsch ins Land begonnen hatten. Vorher hatten die bulgarischen Kommunisten – eine damals kleine, aber sehr aktive Minderheit – ihre politischen Ziele mit Aktionen verfolgt, die durchaus der „kriminellen Tat“ vom Bahnhof Plowdiw ähnlich sehen: nämlich mit Bombenanschlägen.

Größte Aktion dieser Art war das Attentat in der Sveta-Nedelja-Kirche von Sofia im Jahre 1925. Hier hatten

die Kommunisten den Fußboden des Gotteshauses unterminiert, um bei einem feierlichen Gottesdienst den bulgarischen Zaren, die Mitglieder des Königshauses und die gesamte Regierung in die Luft zu sprengen. Es kam zur Explosion, es gab zahlreiche Tote – nur der Zar und die wichtigsten Politiker, gegen die sich der Anschlag richtete, waren nicht anwesend.

Das Attentat in der Sveta-Nedelja wurde zum Musterbeispiel für kommunistischen Terrorismus. In gewissem Sinne schloß sich diese Praxis an die Tradition der Türkenzeit an. Auch damals hatten Freischärler – heute würde man sie „Partisanen“ nennen – mit Anschlägen und Sabotageakten auf die Fremdherrschaft reagiert. Nach der Befreiung von den Türken übertrug sich diese Methode des Kampfes auf die innenpolitische Auseinandersetzung.

Vor und nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Bulgarien ein Geheimbund besonders aktiv: die „Innere mazedonische Revolutionäre Organisation“ (IMRO). Sie kämpfte für den Anschluß des von Serbien beziehungsweise Jugoslawien annektierten mazedonischen Gebiets an Bulgarien, teils auch für eine mazedonische Autonomie. Zahlreiche Attentate in Jugoslawien gehen auf ihr Konto. Ihre prominentesten Opfer waren der jugoslawische König Alexander und der damalige französische Außenminister Barthou, die beide 1934 in Marseille bei einem von IMRO-Leuten und kroatischen Ustaša-Nationalisten gemeinsam vorbereiteten Attentat erschossen wurden.

Von der IMRO gingen damals Verbindungsstellen nach links und rechts, zu den Kommunisten (und zur Sowjetunion) ebenso wie zum italienischen Faschismus und viel später auch zum deutschen Nationalsozialismus. Aber auch die Kommintern (Kommunistische Internationale) war mit eingeschaltet. So unterschiedlich die ideologischen Ziele waren – gemeinsam blieb den Revolutionären die Vorstellung, daß sich politische Ziele mit Gewalt verwirklichen ließen.

Dieser Auffassung schlossen sich auch die bulgarischen Kommunisten an, die in gewissem Sinne die Tradition der Geheimbünde für sich weiterführten. Übrigens ist das beim großen sowjetischen Bruder nicht viel anders. Auch die KPdSU hat bis heu-



Die nationale Pilgerstätte: Das Denkmal auf dem Schipka-Paß, wo 1878 die Türken von Russen und Bulgaren zurückgeschlagen wurden

FOTO: LOTHAR KUCHARZ

te immer noch gewisse Elemente einer „Geheimorganisation“ an sich – eine Eigenschaft, die auf die Zarenzeit zurückgeht.

Die kommunistische Herrschaft in Bulgarien begann 1944 mit einem Massenterror, erst gegen die sogenannten Faschisten und Monarchisten, dann gegen die antifaschistische demokratische Opposition (Einrichtung des Bauernführers Nikola Petkoff 1947). Schließlich fraß die Revolution auch in Sofia ihre eigenen Kinder: Traitscho Kostow, Politbüromitglied und einer der prominentesten bulgarischen Kommunisten, der Folterungen und Haft der königlichen Polizei standgehalten hatte, wurde als „Titoist“ 1949 vor Gericht gestellt und hingerichtet.

Aus diesen schweren inneren Konflikten ging das heutige kommunistische Bulgarien hervor. Selbst unter der Führung Todor Schiwkows, die nun schon seit 1954 andauert, gab es immer wieder Machtkämpfe: einmal mit den Stalinisten Tschewenkov und Jugow (letzterer wurde neulich rehabilitiert und wieder in die KP aufgenommen), dann aber 1965 auch gegen eine nationalkommunistische Gruppierung. Es heißt sogar, damals, vor 19 Jahren, solle es einen Staats-

streichversuch kommunistischer Militärs gegeben haben.

In jüngster Zeit versuchte Ludmilla Schiwkova, die Tochter des Parteichefs, das bulgarische Nationalgefühl zu mobilisieren. Sie bildete zugleich einem für kommunistische Verhältnisse selbst anmutenden nationalen Mystizismus, der bei den 1200-Jahrfeiern des bulgarischen Staates deutlich zum Ausdruck kam. Ludmilla Schiwkova starb unerwartet knapp vierzigjährig. Dann war da der seltsame Regenschirm-Mord, dem in London der bulgarische Emigrant Markow – ein abgesprungener Günstling des kommunistischen Regimes – zum Opfer fiel. Und da waren das Papst-Attentat sowie die Behauptung des türkischen Attentäters, der bulgarische Geheimdienst habe ihn angestiftet. Schließlich behaupteten die Amerikaner kürzlich, Bulgaren duldeten den Transit von Rauschgift aus dem Nahen Osten nach Westeuropa (obwohl bulgarische Zollbeamten in den USA als Rauschgift-Spezialisten geschult worden sind).

Das schematische idyllische Bulgarien birgt einige unbeantwortbare Fragen. Das Attentat von Plowdiw erscheint so möglicherweise als Spitze eines Eisbergs.

Der „fremde Onkel“ ist meist ein guter Bekannter

Eine Studie des BKA über Sexualstraftaten an Kindern beweist: Je näher die Beziehungen zwischen Täter und Opfer, desto intensiver und für das Opfer gefährlicher ist die Tat.

Von JOACHIM NEANDER

Im Umgang mit den Sexualstraftaten, bei der Verfolgung der Täter und der Behandlung der Opfer muß einiges neu durchdacht werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte Studie des Kriminalistischen Instituts beim Bundeskriminalamt (BKA). Sie enthält als Fazit unter anderem den höchst provozierend klingenden Satz: „Die Warnung vor dem fremden Onkel ist wenig sinnvoll; angebracht wäre eher die Warnung vor dem echten Onkel, dem Vater, dem Freund ...“

Auch wenn man sich vor allem bei den Folgerungen der Studie des Eindrucks nicht ganz erwehren kann, als solle nun endlich auch das BKA seinen Pflichtbeitrag zum Gedeihen des Zeitgeistes leisten – die Zahlen der gründlichen Untersuchungen bleiben interessant. Ziel der Studie war es herauszufinden, wie sich bestimmte Delikte auf bestimmte Täter- und Opfergruppen verteilen, welchen Fortgang eine Strafanzeige nimmt und vor allem, welche Schäden langfristig beim Opfer festzustellen sind. Material waren 8058 bei der Polizei angezeigte Sexualdelikte in Niedersachsen. Nur 131 Fälle endeten mit einer gerichtlichen Verurteilung der Täter.

Von den drei in der Kriminalstatistik unterschiedenen Deliktgruppen entfallen auf exhibitionistische Handlungen 24 Prozent, auf den sexuellen Mißbrauch von Kindern (z. B. gegenwärtige Manipulationen) 35 Prozent und auf sexuelle Gewaltdelikte 22 Prozent.

Untersucht man die Beziehung zwischen Täter und Opfer, so ergeben sich zwischen den Gruppen jedoch gravierende Unterschiede. Von den ermittelten Exhibitionisten waren 93 Prozent ihren Opfern vorher vollkommen fremd oder nur sehr flüchtig bekannt. Beim sexuellen Mißbrauch und bei den Gewaltdelikten trifft dies hingegen nur noch auf etwas über 46 Prozent der Fälle zu.

Zieht man bei den sogenannten Gewaltdelikten außerdem alle Fälle ab, in denen mit Gewalt nur gedroht wurde, dann ergibt sich für den Bereich der tatsächlichen Gewaltanwendung ein erschreckendes Bild: 59,8 Prozent der Täter waren mit ihrem Opfer verwandt, weitere 31 Prozent gut bekannt (Nachbar, Freund des Hauses oder sogar Lehrer) und nur 9,2 Prozent unbekannt. Da sich fast 75 Prozent der mit einer Verurteilung endenden, also schwereren Fällen in der Wohnung entweder des Täters oder des Opfers abspielten, kommt die Studie zu dem Schluss: Je näher die Beziehungen zwischen Täter und Opfer, desto intensiver und für das Opfer gefährlicher ist die Tat.

Außerdem zeigt sich, daß Gewalt vor allem von jüngeren Männern (zwischen 25 und 35 Jahren) vor allem gegen relativ ältere Mädchen (zwischen 14 und 20 Jahren) angewandt

wird. Bei gleichgeschlechtlichen Kontakten (insgesamt 10 bis 15 Prozent der Fälle) dagegen verließen die Täter ausschließlich ohne Anwendung von Gewalt.

Das Verhalten der Opfer und ihrer Angehörigen nach der Tat scheint nicht ganz dazu zu passen. Im Durchschnitt aller Fälle wird die Entscheidung darüber, ob man Anzeige bei der Polizei erstattet, in 26,4 Prozent der Fälle von der Mutter des Opfers, in 23,8 Prozent vom Vater, aber nur in 8,3 Prozent vom Opfer selbst getroffen. Dort aber, wo Gewalt im Spiel war, entschloßen sich sogar 32,4 Prozent der Opfer selber zur Anzeige.

Der Autor Michael Baumann schließt aus diesen Zahlen, daß vor allem bei Exhibitionismus die Empörung der Angehörigen groß ist und die Tatsache, daß es sich in der Regel um einen fremden Täter handelt, ihnen den Entschluß zur Strafanzeige erleichtert. Dort jedoch, wo Verwandte oder Bekannte die Täter waren, wachsen bei den Angehörigen die Skrupel – auch dann, wenn das Delikt relativ schwer ist.

Besonderes Gewicht legt die Untersuchung auf die Folgen für das Opfer der Sexualdelikte. Einige Zahlen: Fast 90 Prozent der Opfer sind Mädchen oder Frauen. Etwa 50 Prozent verhielten sich bei der Tat (woher gemerkt sind darin auch die Fälle von Exhibitionismus enthalten) passiv, 35 Prozent protestierten, wehrten sich oder riefen um Hilfe, 15 Prozent beteiligten sich (dies gilt natürlich vor allem für die relativ harmlosen Manipulationen und „Spiele“ ohne Gewalt).

Die gründliche Nachuntersuchung der Opfer durch Psychologen ergab: 34 Prozent der Opfer trugen große oder sogar sehr große Schäden davon – in der Hauptsache sogenannte soziale Schädigungen wie Ängste, Mißtrauen, Schreckhaftigkeit, Probleme mit anderen Menschen oder auch Sexualstörungen und Schuldgefühle. Bei 18 Prozent wurden geringe Schäden festgestellt, bei 48,2 Prozent überhaupt keine.

Interessant sind auch die Antworten der Opfer auf die Frage, ob man die Täter bestrafen solle. 55,4 Prozent hatten dazu keine Meinung, 4,1 Prozent waren ausdrücklich gegen eine Strafe, der Rest war für Bestrafung. Unter diesen plädierten 24,6 Prozent für Kastrieren, Todesstrafe oder Freiheitsentzug, 36,5 Prozent für eine therapeutische Behandlung, der Rest für sonstige Maßnahmen. Auffallend ist, daß es bei dieser Befragung zwischen der Strafforderung und dem Grad der Schädigung beim Opfer keine signifikanten Zusammenhänge gab. Geschädigte Opfer forderten also keine schärferen Strafen als nicht geschädigte.

Die Studie des BKA konzentriert ihre Folgerungen auf die Handhabung jener Fälle, in denen zwar ein strafbares Verhalten vorliegt, der Täter jedoch keine Gewalt anwendet und beim Opfer hinterher auch keine Schädigung durch die Tat selbst festzustellen ist. Hier solle die Polizei, so wird gefordert, darauf achten, daß Schäden nicht erst durch übertriebene Vernehmungen und zu große Aufregung bei Eltern und Behörden entstehen.

WIE WAR DAS? Als die IG Bau einen „falschen“ Vorstand wählte

Von GÜNTHER BADING

Das Oberlandesgericht in Frankfurt entscheidet heute über den Bestand der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden (IG BSE) und ihres Vorstands. In der Berufungsverhandlung muß geklärt werden, ob das Landgericht Frankfurt vor gut einem Jahr, im September 1983, Recht sprach, als es die Wahl des IG Bau-Vorstandes auf dem Gewerkschaftstag – wiederum ein Jahr zuvor am 18. Oktober 1982 – für nichtig erklärte.

Der Gewerkschaftstag vor zwei Jahren verlief zunächst ganz normal, sieht man von der Kritik eines Teils der Basis ab, die im Tagungsraum über den Stallgeruch von Schweiß und Arbeit verspürte hätte, statt sich dem

Lüsterglanz der gerade wiedereröffneten Alten Oper zu Frankfurt ausgesetzt zu sehen.

Die 380 Delegierten waren ordentlich geladen – so schien es –, die Tagesordnung lag vor, wenn auch nur im Mitgliedermagazin abgedruckt und nicht als eigene Beilage zur Einladung. Und so konnte denn der Kongreß zunächst jene Satzungsänderung vornehmen, die die Zahl der Vorstandsmitglieder von neun auf sieben reduzierte, was noch am selben Tag bei der Wahl des neuen Vorstands angewandt wurde. Daß dabei zwei Kandidaten des aufmüpfigen Stuttgarter IG Bau-Bezirks „hinten runterfielen“, wie man zu sagen pflegte, regte die Mehrzahl der Delegierten nicht auf. Der Vorstand hatte durch

die Reduzierung der Beisitzerposten „seinen“ Mann durchgebracht.

Durch die geänderte Satzung kamen die Stuttgarter nicht zum Zuge, die sich Hoffnung auf die Plätze acht und neun im Vorstand gemacht hatten. Wo gab es das nicht schon einmal auf einem Gewerkschaftstag, daß hinter den Kulissen Drähte, auch Stolperdrähte, gezogen wurden? Niemand regte sich auf – mit Ausnahme des Stuttgarter Bezirksleiters Schramm, dessen Sprung in die Gewerkschaftsspitze durch den Satzungsstrick verhindert worden war. Schramm galt der Führung als zu kompromittiert; er hätte die seit Jahrzehnten auf verständigungsbereites Umgehen mit dem Sozial-„Partner“, den Arbeitgeber, ausgerichtete Poli-

tik des IG Bau-Vorstandes stören können. Die Erregung bei den Stuttgarter hielt an, steigerte sich noch, als die Bezirkswahlen vom Hauptvorstand in Frankfurt in Frage gestellt wurden. Nun klagte der Stuttgarter Bezirksvorstandler Werner Röhm beim Landgericht in Frankfurt und bekam im September vergangenen Jahres recht.

Die zweite Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt entschied, daß „... alle gefaßten Beschlüsse und Wahlen“ des Gewerkschaftstages „unwirksam“ seien. Der Grund: Zum einen habe der Einladung an die Delegierten keine Tagesordnung beigegeben, aus der die angestrebte Satzungsänderung ersichtlich gewesen wäre. Des weiteren seien die Dele-

gierten nicht rechtmäßig bestimmt worden: „Der Klage war schon deshalb stattzugeben, weil der Gewerkschaftstag nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt war.“ Der Delegiertenschlüssel habe in der Satzung zu stehen. Bei der IG Bau aber legt laut Satzung der Gewerkschaftsbeirat den Delegiertenschlüssel fest.

Das Dilemma: Muß der Delegiertenschlüssel wirklich in der Satzung verankert werden, so kann dies nur ein ordentlicher Gewerkschaftstag beschließen. Der aber kann nach diesem Richtspruch niemals „ordnungsgemäß“ einberufen werden. Seine Beschlüsse liefen Gefahr, jederzeit vom Landgericht wieder kassiert zu werden – auch wenn sie nur dessen Auflagen erfüllten.

Oberstudienrat Meintrup lehrt höhere Mathematik. Aber mit wem kann er bei der Ausbildungsfinanzierung seiner Kinder rechnen?



Thorsten (12) und Jens-Uwe (14) haben schon jetzt etwas vom Vater geerbt: ein kluges Köpfchen. Das wird teuer: „1 x Physiker + 1 x Arzt – 24 Semester“, kalkuliert Vater Meintrup. Seine Frau und er sind froh, daß sie bereits im ABC-Schützenalter ihrer Kinder mit uns über deren Ausbildung gesprochen haben. So schlossen sie für unser „Sparen mit Zuschlag“ einen Sparvertrag ab und zahlten das Kindergeld von Anfang an darauf ein. Zusätzlich rieten wir den Meintrups zu einer Ausbildungsversicherung. Mit diesem „Startpaket“ sind Junioren rundherum abgesichert. Und auch eine lange, teure Ausbildung bleibt keine Gleichung mit zu vielen Unbekannten.

Oberstudienrat Meintrup brauchte sich nur an uns zu wenden, um seinen Kindern bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

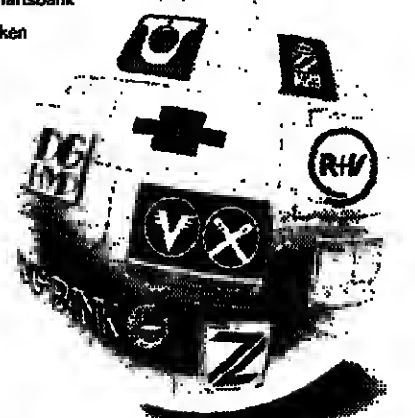
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn

die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

OG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
OG HYP
Deutsche Genossenschafts-
Hypothekbank
DIFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener
Hypothekbank eG
R+V Versicherung
Union-Investment-
Gesellschaft



V X Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Flick-Ausschuß will Rolle von Barzel klären

STEFAN HEYDECK, Bonn

Jetzt wird auch Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre geladen. Das Gremium will zu klären versuchen, ob der Konzern über die Anwalts-Societät Dr. Dr. Paul an Barzel Zahlungen geleistet hat.

Der Ausschuß will herausfinden, ob Barzel dazu veranlaßt wurde, "unmittelbar oder mittelbar Einfluß" auf die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den damals von Flick gestellten Anträgen über die steuerbegünstigte Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets oder "in anderer Weise" zu nehmen.

Nach den erst jetzt vom Landgericht freigegebenen Unterlagen soll die Anwalts-Societät über mehrere Jahre jeweils 250 000 Mark vom Flick-Konzern erhalten haben. Der frühere Chefbuchhalter Rudolf Diehl hatte in seinen Listen diese Leistungen mit dem Zusatz "wg. Dr. Barzel", der in der Anwalts-Societät von 1973 an tätig gewesen war, versehen. Zu diesem Fall sollen auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der westfälische CDU-Chef Kurt Biedenkopf und Friedrich Karl Flick, die früheren Manager Eberhard von Brauchitsch und Günter Max Paetgen sowie der Industrielle Konrad Henkel verurteilt werden.

Bundestagsvizepräsident Richard Wurf betonte gestern vor dem Ausschuß, er habe weder mit Flick noch mit einem Beauftragten von ihm über Spenden gesprochen, "noch Geld bekommen". Als ehemaliger FDP-Schatzmeister habe er insgesamt selbst keine Spenden akquiriert. Entsprechende Vorwürfe gegen den früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wies er ebenfalls zurück. Davon sei ihm nichts bekannt. Wurf bestätigte aber, daß es am 29. Oktober 1982 ein Gespräch zwischen "12 bis 14" Industriellen und FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, dessen Vorgänger Walter Scheel, Lambsdorff und ihm gegeben habe. Dabei habe er allein den desolaten Finanzzustand der FDP geschildert. Die Gegenseite habe aber vor weiteren Spenden die damalige in der Beratung befindliche Reform des Parteienfinanzierungsgesetzes abwarten wollen. Während seiner Amtszeit sei nicht gegen die Veröffentlichungspflicht von 20 000 Mark überschreitenden Spenden verstoßen worden. Ihm sei auch nicht bekannt, "daß irgendwelche Mittel aus Steuerhinterziehungsgründen geflossen sind". Er habe es allerdings nicht für seine Aufgabe gehalten, zu überprüfen, ob angegebene Spendennamen tatsächlich mit den Gebern identisch gewesen seien.

Der frühere SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg sagte zu einer Geldsammelaktion seines verstorbenen Vorgängers Alfred Nau im Jahre 1980, dieser habe ihm keine Quellen genannt. Weiter sagte er zu Aufzeichnungen von Diehl, nach denen 1979 insgesamt 130 000 Mark über Nau an die SPD geflossen sein sollen, hier paßten die Zahlungseingänge nicht zusammen. Gleichzeitig fragte Halstenberg: "Warum ziehen wir nicht die Bücher der Partei bei? Ich habe nichts zu verschweigen."

Solide Finanzen Basis für Berlins Aufschwung

Scheidender Senator Kunz hinterläßt geordnetes Ressor

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit eindrucksvollen Beweisen für den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Stadt seit 1981 legte der scheidende Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) die Etablierung Berlins bis 1988 vor. Sie setzt auf hohe Investitionen für Zukunfts-Industrien, eine angemessene Bundeshilfe, preußische Sparsamkeit, neue Arbeitsplätze durch dynamisches Wachstum und sinkende Netto-Neuerschuldung.

Kunz ließ seine Pläne gestern durch den Senat absegnen. "Wir haben Berlin nach vorn gebracht", sagte er zusammenfassend. Der Vertraute des Kanzlers verläßt nach Richard von Weizsäcker als zweites Senatsmitglied die Landesregierung und übernimmt im Frühjahr 1985 eine anspruchsvolle neue Aufgabe, offenbar außerhalb der Politik. Kunz' Verhandlungsgeschick mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg war es zu verdanken, daß die Stadt jeweils mit einer angemessenen Bundeshilfe bedacht wurde. Kunz appellierte dabei stets erfolgreich an die Bonner Einsicht in die besonderen, nationalen Aufgaben Berlins.

Aus dem Papier des Senators geht hervor, daß die Stadt unter seiner Finanz-Regie ein gutes Stück vorankam. 1983 verzeichnete Berlin ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent - erheblich höher als der Bundesdurchschnitt. Kunz gelang es innerhalb kurzer Zeit, die Drei-Milliarden-Lücke zu schließen, die der alte SPD/FDP-Senat hinterlassen hatte.

Berlin bleibt weiter auf die Bundeshilfe angewiesen, die bis 1988 auf 12,4 Milliarden Mark jährlich leicht steigt. Kunz' ehrgeiziges Ziel: Er will

den Bundesanteil am Berliner Etat nicht über 63 Prozent klettern lassen. Mit schrittweise sinkender Netto-Neuerschuldung hält sich der Senat an die Bonner Sparlinie. Wie das "Musterland" Baden-Württemberg gänzlich auf neue Schuldenaufnahme zu verzichten, bleibt für Berlin jedoch eine Illusion. Allein die Zinslast aus dem hohen Sozialwohnungsbau beläuft sich auf 13 Milliarden Mark.

Auch Berlins Schatzmeister bereite die Folgen der Steuerreform Kopf-schmerzen: Von 1986 bis 1988 nimmt die Stadt dadurch rund eine Milliarde weniger ein. Dennoch spricht er für die zunehmende Wirtschaftskraft, wenn der Senat 1988 beispielsweise ein Viertel aller Ausgaben aus dem eigenen Steueraufkommen Berlins bestreiten will.

Lobend hebt Kunz in seinem Papier hervor: "Die Bundeshilfe ist seit 1981 beachtlich erhöht worden... Hierin kommt das Verständnis zum Ausdruck, das die Bundesregierung trotz ihrer eigenen Konsolidierungsanstrengungen für die Belange Berlins zeigt." Wer immer sein Nachfolger sein möge, Kunz warnt ihn schon jetzt: Auch künftig könne nur das Gebot "sparsamster Haushaltsführung" gelten, zumal die Steuerreform als "neue Herausforderung" begriffen werden müsse. Denn Berlin muß in den nächsten Jahren auch finanziell untermauern, was politisch von erst-rangiger Bedeutung ist: die 750-Jahr-Feier 1987, die Anbindung an Erdgasnetze und der Ausbau der von der "DDR" übernommenen maoistischen Bahn zu einem modernen Nah-schnellverkehr.

Koalition plant Verpflichtung zum Bau von Schutzräumen

Auch FDP bekennt sich zur Novellierung der gesetzlichen Grundlage für den Zivilschutz

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die christlich-liberale Koalition scheint entschlossen zu sein, in der gerade begonnenen zweiten Hälfte der Legislaturperiode in einem neuen Zivilschutzgesetz eine allgemeine Pflicht zum Bau von Schutzräumen und eine Dienstpflicht für die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes einzuführen. Ein vorläufiger Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium soll nach der Anhörung der freiwilligen Hilfsorganisationen in der nächsten Zukunft so aufbereitet werden, daß er als Gesetzentwurf der Bundesregierung dem Bundestag zugeleitet werden kann.

Im zuständigen Bundesinnenministerium wird darauf verwiesen, daß die FDP sich rückhaltlos zur Novellierung der gesetzlichen Grundlagen für den Zivilschutz bekannt hat. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, der in der Fraktion für diese Fragen zuständig ist, sagte gestern zur WELT: "An uns wird ein neues Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht scheitern, wenn dafür die richtigen Voraussetzungen geschaffen sind." Der FDP-Politiker wies aber darauf hin, daß nach der Anhörung der Verbände und freiwilligen Hilfsorganisationen, die er, Hirsch, in eigener Verantwortung am 17. September veranstaltet habe, sich eine zu wenige exakte Definition der Grundlagen für eine Novellierung herauskristallisiert habe. Hirsch machte sich zum Sprecher der Verbände und sagte, der bisher aus dem Innenministerium vorliegende Entwurf sei aus deren Sicht "rundum enttäuschend".

Andere Ansicht ist der CDU-Bun-

destagsabgeordnete Paul Laufs. Er hält es für möglich, den Gesetzentwurf noch bis Dezember fertigzustellen. Allerdings möchte er die Koalition nicht unter Zeitdruck setzen und will akzeptieren, daß das Gesetzgebungsverfahren spätestens im kommenden Frühjahr in Gang gesetzt wird. Auch meinte Laufs gegenüber der WELT, seine Fraktion sei kompromißbereit. Allerdings stehe oder falle das ganze Vorhaben mit der Schutzbaupflicht.

Auch Hirsch sagte, die Einführung einer Pflicht zum Bau von Schutzräumen für den privaten Sektor sei "kein Tabu". Gleiches allerdings müsse auch für die gewerbliche Wirtschaft gelten. Ähnlich äußerte er sich auch zu der Absicht des Bundesinnenministers, zur personellen Auffüllung der Hilfsorganisationen eine Dienstpflicht im Zivilschutz einzuführen. Dies sei eine richtige Überlegung. Er könne sie aber nur unterstützen, wenn von vorneherein der Personalbedarf zwischen dem Verteidigungsministerium, das Aufgaben in der zivilen Verteidigung zu erfüllen hat, und den freiwilligen Hilfsorganisationen, die vor allem im Katastrophenschutz tätig sind, "klar abgegrenzt" werde.

Nach den Berechnungen im Bundesinnenministerium soll den privaten Bauherren die Errichtung von Schutzplätzen pro Person rund 400 Mark kosten. Zur Senkung der Baukosten soll der Staat den Bauherren wie bisher steuerliche Erleichterungen gewähren. Der Unterschied zum gegenwärtigen rechtlichen Zustand wäre künftig allerdings der, daß der Bauherr bei der Errichtung eines

Wohnhauses zum Bau von Schutzrichtungen gegen die Einwirkung konventioneller Waffen einschließlich herabstürzender Trümmer verpflichtet sein soll. Die allgemeine Verpflichtung zur Schaffung des sogenannten "Grundschutzes" ist nach Auffassung aller in der Koalition die Mindestvoraussetzung für die anvisierte Bemühung, die bisher verstreuten Regelungen im Zivilschutz nicht nur in einem Gesetz zusammenzufassen, sondern auch entscheidende Weichen zur generellen Verbesserung der Zivilverteidigung zu stellen.

Bislang gibt es in der Bundesrepublik lediglich für 2,2 Millionen Menschen Schutzplätze. Im Bundesinnenministerium wird bei Einführung einer allgemeinen Schutzbaupflicht mit der Errichtung von jährlich rund 1,2 Millionen weiteren Plätze gerechnet, so daß sich auf diese Weise die Versorgung der Bevölkerung schrittweise ungefähr um je ein Prozent verbessern würde. Heute liegt sie bei rund drei Prozent. Die bislang schon möglichen steuerlichen Erleichterungen würden die Bundeskasse bei einer Schutzbaupflicht jährlich rund 30 Millionen Mark kosten. Würde sich die Bundesregierung einigen, für die Errichtung von Schutzplätzen durch private Bauherren auch noch Zuschüsse zu zahlen, soll die Belastung des Bundeshaushaltes auf weitere 20 bis 30 Millionen Mark begrenzt werden. Über die Details dieser Finanzierungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand will Innenminister Zimmermann mit seinen Kollegen Schneider (Bau) und Stoltenberg (Finanzen) heute ein klärendes Gespräch führen.

Moskau baut Nuklearrüstung weiter aus

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Beim Ausbau der Nuklearrüstung der Sowjetunion ist nach westlichen Erkenntnissen keine Pause zu erwarten. Mit diesem Ausblick wird der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger die Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der Allianz (NPG), die am Donnerstag und Freitag in der norditalienischen Stadt Stressa tagen wird, konfrontieren. Die sowjetischen Anstrengungen in der atomaren Rüstung konzentrieren sich auf die machtpolitische Einwirkung auf Westeuropäer, wurde der WELT aus NATO-Kreisen bekannt.

Nach amerikanischen Erkenntnissen werden östlich und westlich des Ural-Gebirges gegenwärtig Stellungen zur Aufnahme weiterer Nuklearkraftwerke europäischer und wahrscheinlich darüber hinausgehender Reichweite erweitert oder neu aufgebaut. Im Osten des Ural werden fünf Baukomplexe, die bislang SS-20-Raketen mit Reichweiten um 5000 Kilometer beherbergten, so verändert, daß mit der baldigen Aufnahme der neuen strategischen Rakete SS 25 zu rechnen ist. Bisher standen dort fünf Regimenter mit SS-20-Raketen (insgesamt 45 fahrbare Abschussgestelle). Sie sind herausgelöst worden. Man vermutet, daß sie entweder nach der Westseite des Ural oder in die strategische Reserve verlegt werden. Westlich des Ural werden derzeit 13 neue für SS-20-Regimenter bestimmte Stellungenkomplexe gebaut.

Die SS 25 ist die erste Atomrakete mit strategischer Reichweite, die von einem beweglichen und damit kaum bekämpfbaren Fahrzeug aus gestartet werden kann. Die USA haben eine derartige Waffe bislang nicht. Der neue sowjetische Waffentyp soll nach westlichen Erkenntnissen in den modifizierten Stellungenkomplexen östlich des Ural stationiert werden. Westliche Fachleute vermuten, daß die SS 25 vorerst gemeinsam mit älteren SS 11 die Bedrohung Nordamerikas und Westeuropas übernehmen werden. Die mobile SS 25 wird anders als die SS 20 über einen Gefechtskopf verfügen und eine mehr als 8000 Kilometer große Reichweite haben. Zusätzlich zu diesem Typ baut die Sowjetunion SS 24, die als mobile wie auch als Silo-verbunkerte Rakete produziert werden dürften. Sie verfügt über zwei Antriebsstufen, so daß ihre Reichweite kaum über 8000 Kilometer hinausgehen dürfte.

Neben dem Ausbau der Stellungenkomplexe für die SS 20 in Europa sind auch im asiatischen Teil der Sowjetunion weitere Bauarbeiten im Gange. In der NATO rechnet man damit, daß bis Ende 1985 50 Bereiche mit insgesamt 531 Werferfahrzeugen für SS-20-Raketen einsatzbereit sein können. Eingerechnet eine Nachladekapazität von einer Rakete wird die Sowjetunion dann 3186 unabhängig voneinander lenkbare Atomgefechtsköpfe für eine Reichweite um die 5000 Kilometer haben.

THE WELT (USPS 405-520) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: THE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Streit in Hamburgs SPD wegen einer „Friedensdemo“

Bürgerschaftspräsident Schulz: Nicht auf Rathausmarkt

UWE BAHNSEN, Hamburg

Eine von der norddeutschen Friedensbewegung für den 20. Oktober auf dem Hamburger Rathausmarkt geplante Abschlussskundgebung hat zu massiven Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Regierpartei geführt. Bürgerschaftspräsident Peter Schulz (SPD) hat die erforderliche Ausnahme-genehmigung vom Bankkreisgesetz, eine zwingende Voraussetzung für die Freigabe des Rathausmarktes durch den Senat, in einem Schreiben an Bürgermeister Klaus von Dohnanyi verweigert. Schulz, der in der vergangenen Woche von der Landesregierung und von der SPD-Mehrheitsfraktion in der Bürgerschaft um diese Ausnahme-genehmigung gebeten worden war, hat sich bei seiner Ablehnung auf zu erwartende Rechtsbrüche berufen, mit denen bei vor-hergehenden Demonstrationen im Stadtgebiet zu rechnen sei.

Der Bürgerschaftspräsident bezog sich dabei auf das von der Regional-konferenz Nord der Friedensbewegung entwickelte Gesamtkonzept, in dem Verkehrsberuhigungen vorgesehen sind. Nach dem ergebnislosen Ablauf eines Ultimatus, in dem Schulz bis Montag vormittag 10 Uhr

von den Veranstaltern eine öffentliche Absage an jegliche Verkehrs- und Gebäudelockaden verlangt hatte, verweigerte er endgültig seine Zustimmung. Der Bürgerschaftspräsident, der dem Mitte-Rechts-Lager der SPD angehört, erntete dafür sogleich heftige Kritik aus der eigenen Partei. So telegraphierte der vom linken Flügel dominierte SPD-Kreis Hamburg-Nord, man habe die Entscheidung „mit Unverständnis“ zur Kenntnis genommen. Die SPD Hamburg-Nord wende sich ausdrücklich dagegen, "die Friedensdemonstrationen vom zentralen Platz unserer Stadt zu verbannen". Diese Entscheidung sei "kleinmütig und falsch" und werde "dem Anlaß in keiner Weise gerecht".

Das "Hamburger Forum" als Veranstalter der geplanten Kundgebung hat unterdessen deutlich gemacht, man werde an dem Konzept für die Friedensdemonstrationen festhalten. Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Friedensbewegung die Freigabe des Rathausmarktes für eine Großkundgebung vor dem Oberverwaltungsgericht der Hansestadt erstritten, nachdem der Senat seine Zustimmung verweigert hatte. Das "Hamburger Forum" will jetzt erneut das Verwaltungsgericht anrufen.

Management von G+J in der Schußlinie

Kujaws Verteidiger Kurt Groenewold: Vertragspartner wurden getäuscht

UWE BAHNSEN, Hamburg

Im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts gerät das Management des Verlagsgründers Gruner + Jahr, in dem die illustrierte "Stern" erscheint, immer mehr in die Schußlinie. Der Verteidiger des angeklagten Tagebuch-Fälschers Konrad Kujaw, der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold, stellte gestern vormittag erneut den Antrag, verlagsinterne Unterlagen über die Fälschungen und ihre Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Es handelt sich dabei um insgesamt 3070 Blatt Protokolle der Vernehmungen durch einen Untersuchungsausschuß der "Stern"-Redaktion, den der frühere Hamburger Justizsenator Professor Ulrich Klug geleitet hatte.

Groenewold verband diesen Antrag mit scharfen Angriffen auf das Verlagshaus. Er warf dem Gruner-Jahr-Management vor, Verhandlungspartner des Verlages in Sachen Hitler-Tagebücher getäuscht zu haben. Wörtlich erklärte der Verteidiger: "Die Verlagsleitung wußte, daß keine Gutachten vorlagen, und hat dennoch gegenüber den Vertrags- und Verhandlungspartnern erklärt, die Echtheit der Tagebücher sei geprüft worden. Gegenüber einem

Kaufinteressenten wurde sogar die Behauptung aufgestellt, das Bundesarchiv habe die Tagebücher geprüft."

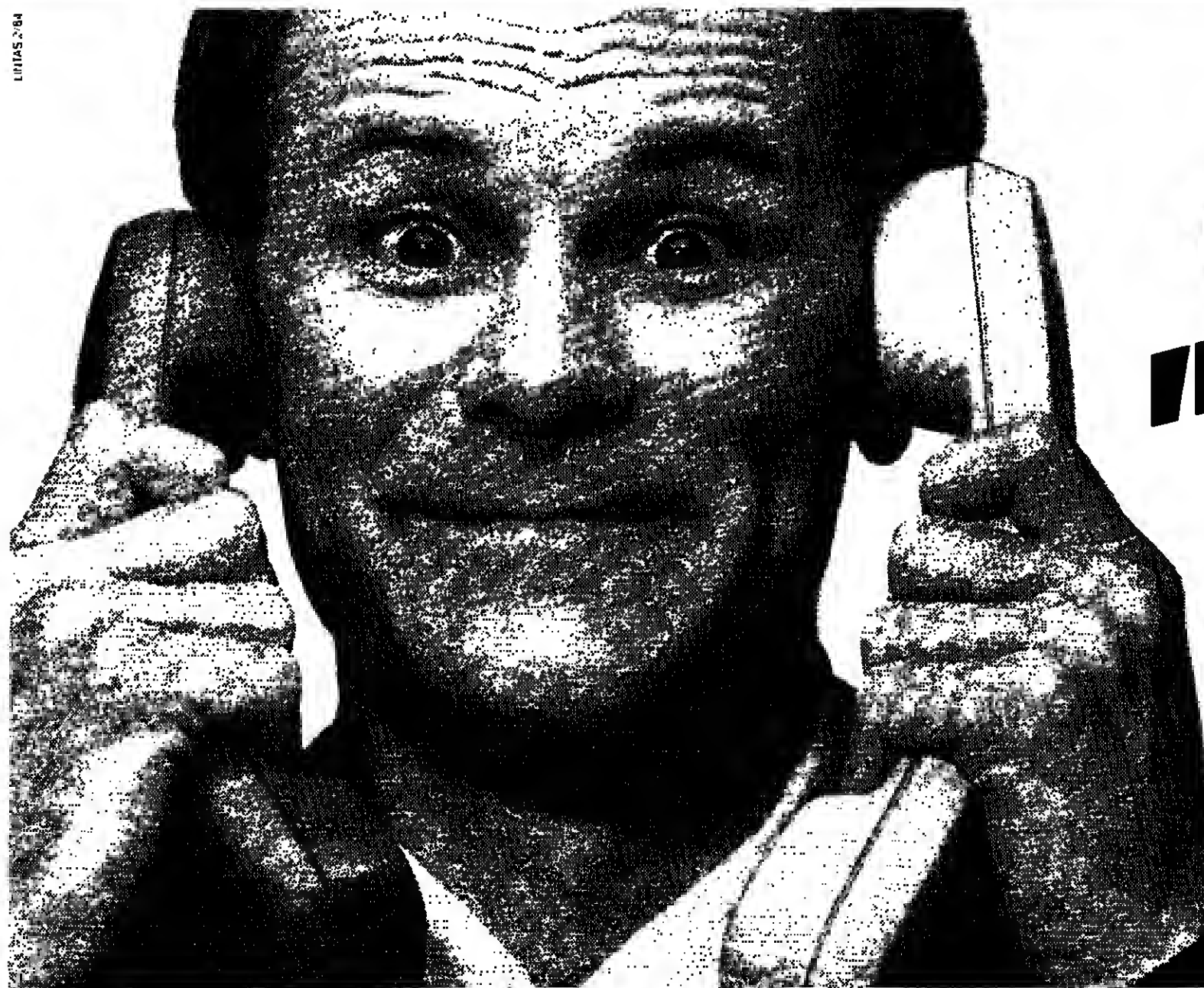
Durch Täuschung habe der Verlag Gruner + Jahr überdies sowohl von dem Zeithistoriker Professor Werner Maser als auch vom Bundesarchiv Verträge erlangt. Dabei seien weder der Wissenschaftler noch das Bundesarchiv darüber informiert worden, daß ein bislang unbekanntes Tagebuch Hitler veröffentlicht werden sollte und daß es um die Urheberrechte daran gehe.

Die Strafkammer wird in den nächsten Tagen über diesen Antrag Groenewolds entscheiden. Vor Beginn des Prozesses hatte das Gericht einen gleichlautenden Beschlagnahme-trag des Verteidigers abgelehnt.

Als erster Zeuge wurde gestern vormittag der Unternehmer und Militärsammler Fritz Stiefel (55) aus Walldingen gehört. Er erklärte, trotz anfänglicher Zweifel habe er bis zuletzt die angeblichen Hitler-Handschriften, die Kujaw ihm geliefert hatte, für echt gehalten. Experten hätten ihn darin bestätigt. Stiefel nannte in diesem Zusammenhang unter anderem den Stuttgarter Historiker Professor Eberhard Jäckel und einen Papierschaffenden der Industrie- und Handelskammer Stuttgart, an dessen Namen er sich allerdings nicht

mehr erinnern könne. Jäckel, der angebliche Hitler-Handschriften aus Stiefels Besitz und Kujaws Werkstatt später in einem zeithistorischen Buch als Quelle aufführte, habe sich auf Kujaws Angaben verlassen, daß die Tagebücher aus der "DDR" stammten. Er habe aber nicht weiter nachgefragt. Als der Gerichtsvorsitzende Hans Ulrich Schroeder darauf hinwies, Jäckel habe später die Echtheit dieser Materialien bezweifelt, meinte Stiefel, er habe sich weder mit Jäckels Buch noch mit dessen späterer Warnung befaßt.

Bei Stiefel hatte der damalige "Stern"-Reporter Gerd Heidemann zum ersten Mal eines der insgesamt 60 Tagebücher mit den angeblich heimlichen Aufzeichnungen Adolf Hitlers gesehen. Stiefel schilderte, wie Heidemann im Januar 1980 plötzlich bei ihm vor der Tür gestanden und sich als "Stern"-Reporter vorgestellt habe. Der Journalist habe ihm von der früheren Göring-Yacht "Carin II" erzählt, ihm NS-Devotionalien zum Kauf angeboten und ihm um ein Darlehen von 300 000 Mark für die Renovierung des Schiffes gebeten. Er habe in diesem Wunsch nichts Unsittliches sehen können. Bei einem zweiten Besuch habe er Heidemann das Hitler-Tagebuch gezeigt, das er selbst von Kujaw erhalten hatte.



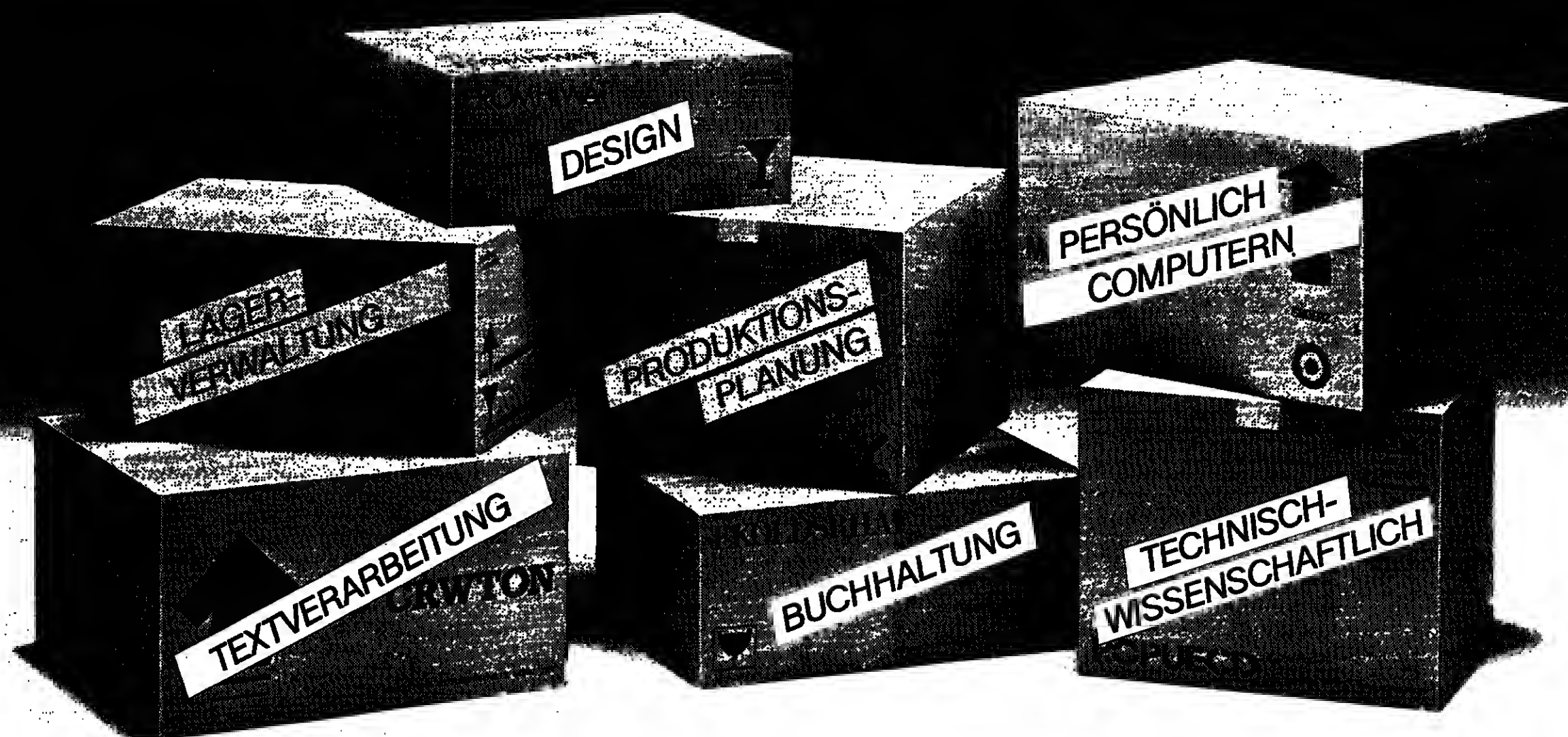
„hört, hört!“

Für nur **8 Mark 40*** mehr im Monat bekommen Sie auf Ihren Namen einen zweiten Telefon-Hauptanschluß für Ihre Wohnung. Hört, hört! Das ist schon ein „Bravo-Ruf“ wert. Mit einem Doppelanschluß (also zwei Telefonnummern) können Sie telefonieren und trotzdem erreichbar bleiben.

* Wie der günstige Preis zustande kommt? Ein Doppelanschluß kostet monatlich 40 Mark Grundgebühr, also nur 13 Mark mehr als ein einfacher Hauptanschluß. Und wenn Sie die zusätzlichen 20 freien Gebühreneinheiten à 23 Pfennig für den zweiten Anschlußgebühr erheblich gesenkt. Übrigens hat die Post auch die einmalige Anschlußgebühr jetzt nur noch 65 Mark!

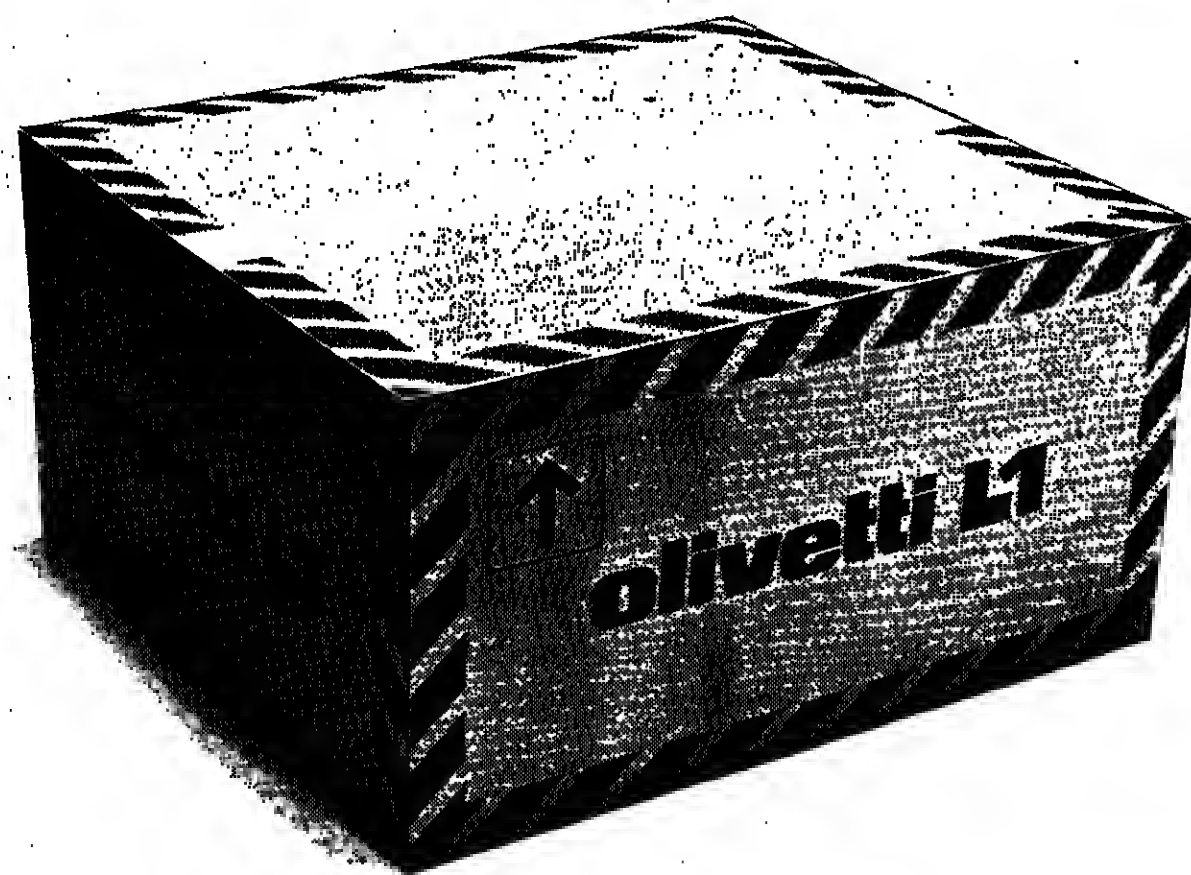
Doppelanschluß: Telefonieren und erreichbar bleiben.

ARBEITSGEMEINSCHAFT TELEFON

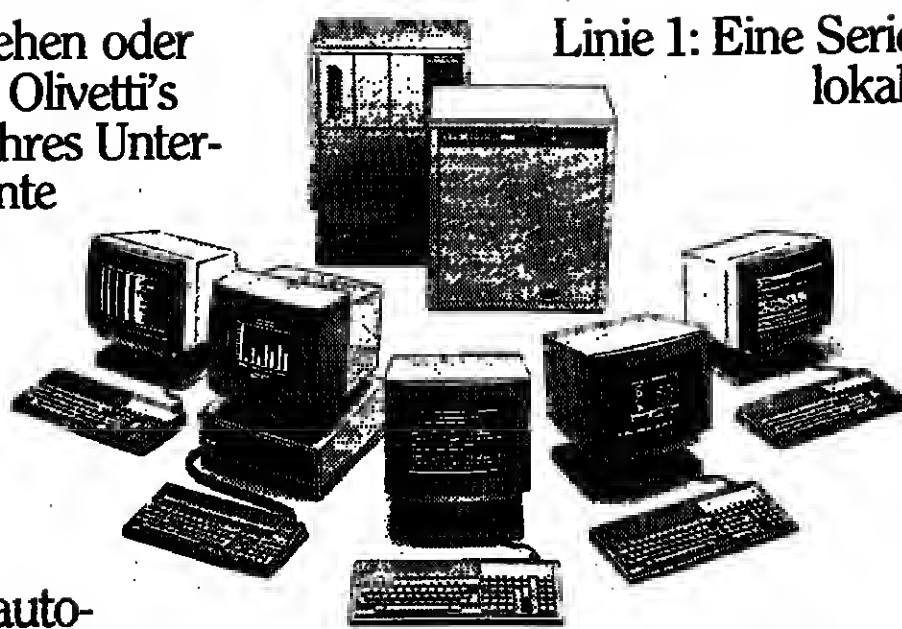


LINIE 1 VON OLIVETTI: DIE ALTERNATIVE IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

MULTIFUNKTIONALITÄT VON OLIVETTI: IHRE VORSTELLUNGEN – VON UNS VERWIRKLICHT.



Selbst wenn Sie noch nie etwas von ihr gesehen oder gehört haben ... Sie werden sofort wissen, was Olivetti's Linie 1 alles kann. Ihre Kenntnis der Probleme Ihres Unternehmens sagt Ihnen instinktiv, welche Instrumente Sie einsetzen müssen: Multifunktionale Systeme, die geeignet sind, die Probleme in den unterschiedlichen Bereichen Ihres Unternehmens gleichzeitig zu lösen. Im Management, in der Verwaltung, Planung und Entwicklung. In der Produktionsplanung und -kontrolle, bei der Verarbeitung technisch-wissenschaftlicher Daten. In der Büroautomation. Sie liefert klare Entscheidungshilfen. Und alle Worte und Daten werden sofort gespeichert. So sind sie bei Bedarf jederzeit und überall verfügbar. Ohne Verzögerungen, ohne Fehler.



Linie 1: Eine Serie von Prozessoren, die miteinander zu einem lokalen Netzwerk verknüpft werden können – zu jeder gewünschten Zahl von Arbeitsplätzen, so leistungsfähig und spezialisiert, wie Sie es wünschen. Dieser modulare Aufbau stellt die notwendige Verarbeitungskapazität bereit, wo immer und wann immer sie gebraucht wird. Außerdem ist die Linie 1 durch das Olivetti-Softwaresystem ebenso leicht zu bedienen wie zu programmieren. Olivetti, die Alternative in der Informationstechnologie.

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: _____
Firma: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
L1/42-Net

Von WALTER H. RUEB

Kurz vor Ende des fünften Jahres der sowjetischen Besetzung von Afghanistan verraten intensivierte und mit erhöhtem Material- und Truppeneinsatz geführte Kriegsführung die Absicht Moskaus, die Afghanistan-Frage militärisch zu lösen. Alle Beobachter sind sich einig: Seit dem Tod von Andropow und der Machtübernahme durch Tschernenko haben im Kreml die Befürworter einer politischen Lösung des Konflikts am Hindukusch ausgespielt. „Ich denke, daß Tschernenko die Lösung ausgegeben hat, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, ohne Rücksicht auf Verluste“, sagte ein Kenner der Szene einem Mitarbeiter des Schweizerischen Ost-Instituts. „Tschernenko ist übrigens in Turkestan kein unbeschriebenes Blatt. Dort hatte seine Karriere bei der GPU, der KGB-Vorgängerorganisation, begonnen. Er war strebsam. Man sagte ihm nach, er habe verwundete Muslime mit eigenen Händen erdrosselt, um von den Politoffizieren bemerkt zu werden. Er glaubt nur an die Gewalt und sonst an nichts.“

Die intensivierte Kriegsführung der Roten Armee ist gekennzeichnet

Moskau sucht am Hindukusch nur noch die militärische Lösung

Nene Taktik mit Flächenbombardements und gut vorbereiteten Offensiven / Kindersoldaten im Einsatz / Den Widerstandskämpfern fehlen Raketen

durch eine neue Taktik. Zwei ihrer Merkmale springen dem Beobachter sofort ins Auge: großangelegte Flächenbombardements und gut vorbereitete Offensiven mit starken Truppenverbänden im Landesinneren.

Vier Jahre lang hatten sich die Sowjets darauf beschränkt, Afghanistans Großstädte, Flugplätze, Militärstützpunkte und die für den Nachschub wichtige Ringstraße durch das Land unter Kontrolle zu halten. Nur von Fall zu Fall wurden Dörfer und Städte durch Angriffe aus der Luft für Überfälle auf sowjetische Truppen bestraft, die in ihrer Nähe stattgefunden hatten.

Heute werden bei großflächigen Vernichtungsaktionen ganze Dörfer und Städte aus der Luft dem Erdboden gleichgemacht. Im Pandschir-Tal führten die Sowjets im Frühjahr 1984 die erste Aktion nach der neuen Kampfstrategie durch. Im Sommer fielen Herat und ein Dutzend benachbarte Dörfer im Westen des Landes

durch weitere Flächenbombardements in Schutt und Asche. Die genaue Zahl der Opfer wurde nicht bekannt, sicher aber ist, daß sie in die Tausende ging. Im Logar-Tal südlich von Kabul und in der Großstadt Kandahar wurde die Taktik wiederholt. Die Sowjets hofften, mit ihrer neuen Taktik die Zivilbevölkerung entscheidend treffen und ihre Lebensgrundlagen und damit die Versorgung des Widerstands vernichten zu können.

Die größte sowjetische Offensive nach dem neuen Muster fand in der Grenzprovinz Paktia statt. Rund 14 000 Sowjetarmisten versuchten, drei von den Freiheitskämpfern belagerte Stützpunkte von Karmal-Armee und Roter Armee zu entsetzen. Die sowjetischen Truppen bekamen dabei starke Unterstützung aus der Luft: Hubschrauber des Typs MI 6, MI 8 und MI 24 griffen in die Kämpfe ein.

Die Hubschrauber gewährleisteten vor allem die Versorgung der einge-

schlossenen sowjetischen Verbände. Da sie jedoch in großer Höhe fliegen müssen, um nicht von Raketen der Guerrillas abgeschossen oder von oben durch Zerstörung der Rotorblätter zum Absturz gebracht zu werden, landet nach Aussagen von Augenzeugen ein Teil der Nachschubgüter regelmäßig in den Händen der Mudschahedin.

Die Offensive der Sowjets in den Provinzen Herat und Paktia hatten außer der Vernichtung von Widerstandszentren noch einen anderen Grund: Die Russen möchten die Infiltration von Widerstandskämpfern aus dem benachbarten Iran und Pakistan unterbinden. Zwar bezweifeln die meisten Beobachter, daß es den Sowjets gelingt, die Grenzen dichtzumachen, doch gibt es neuerdings auch Afghanen, die sich diesbezüglich skeptischer äußern. „Dank aufgestockter Bestände ist es der sowjetischen Armeeführung jetzt möglich, die Schließung der Grenzen nach Pakistan und Iran ins Auge zu fassen“,

sagte ein Gesprächspartner hierzu dem Schweizerischen Ost-Institut. „Die Sowjets haben es auch fertiggebracht, die eigenen Grenzen vom Schwarzen Meer bis zum Stillen Ozean hermetisch abzuziegeln. Sie um einige tausend Kilometer zu verlängern, ist eine Frage von Divisionen, Kriegsmaterial und KGB-Kontrolle. Und daran ist im Sowjetstaat kein Mangel, auch wenn es sonst an allem fehlt.“

An fast allem, was im Kampf gegen Panzer und Hubschrauber notwendig ist, fehlt es dem afghanischen Widerstand auch nach fast fünfjährigen Krieg noch. Nur vereinzelt können Boden-Luft-Raketen eingesetzt werden, wo es welche gibt, bereitet ihre Handhabung den Angehörigen des Widerstands oft Schwierigkeiten. Derweil erproben die Russen ihre neuesten und modernsten Waffen: den Helikopter MI 26 und den Panzer TU 81.

Neuerdings setzen die Sowjets nach Erkenntnissen mehrerer Guer-

rillagruppen auf den Einsatz von afghanischen Kindersoldaten. Als Zeuge dafür trat in der ZDF-Sendung von Gerhard Löwenthal der 12jährige Mohammed Nahir auf. Er bewies verblüffende Fertigkeiten im Umgang mit chinesischen und sowjetischen Maschinenpistolen, und er verfügte über erstaunliche militärische Kenntnisse.

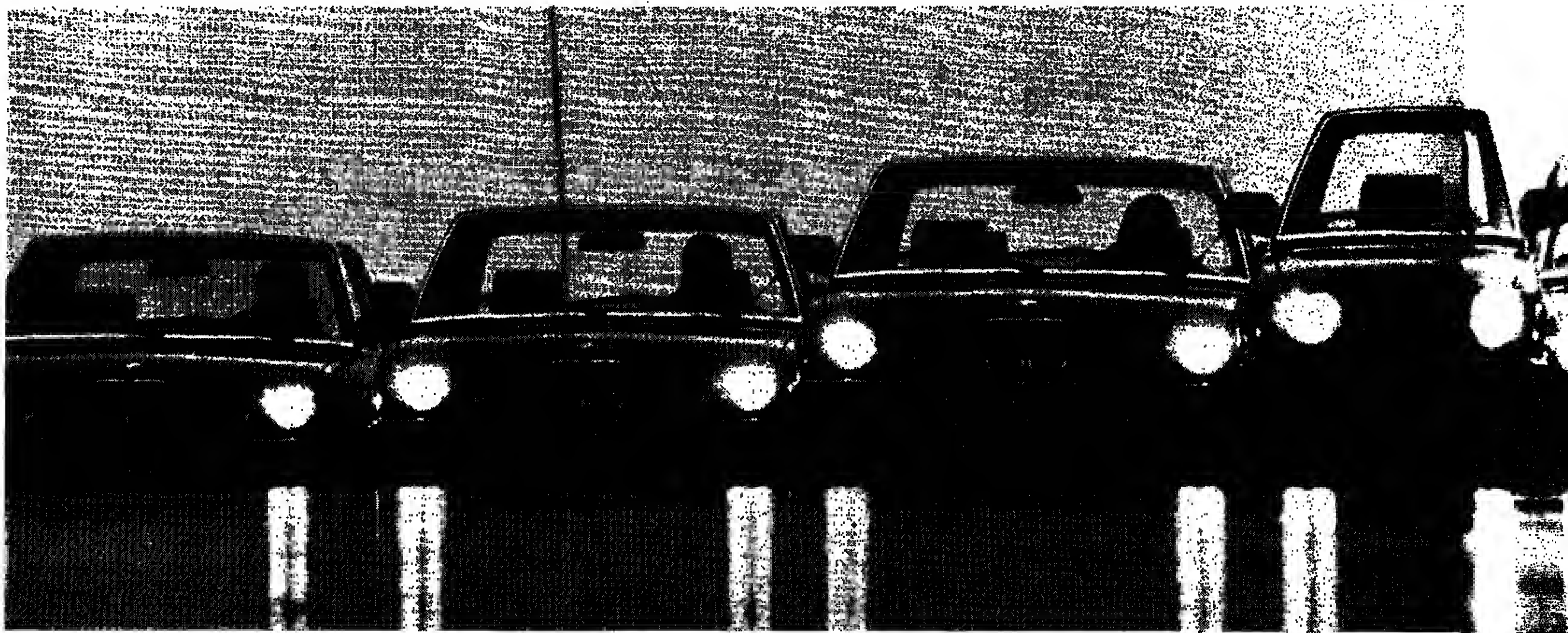
Der afghanische Junge ist Absolvent eines militärischen Kurses für Kindersoldaten in einem Lager im sowjetischen Samarkand. Dort lernte er, sich dem Feind kriechend zu nähern, Handgranaten zu benützen und Menschen zu töten. In Kandahar brachten die Sowjets nach Angaben von Nahir mehrere Kindersoldaten zum Einsatz.

Der afghanische Guerrillaführer Abdul Haq sagte im pakistanischen Peshawar, seine Männer hätten in den letzten sechs Monaten etwa 20 Kindersoldaten festgenommen. Sie seien zwischen acht und 15 Jahre alt

gewesen, von den Sowjets zur Spionage und zum Töten ausgebildet worden und mit Pistolen bewaffnet gewesen. Den Mudschahedin stelle sich angesichts der neuen sowjetischen Taktik eine schwierige Frage: Wie sollten die Gegner im Kindesalter behandelt werden?

Vor derartigen Fragen stehen die Stadtguerillas von Kabul und Umgebung nicht. In den letzten Tagen und Wochen machten sie durch zahlreiche Überfälle auf Regierungsgebäude des Karmal-Regimes, sowjetische Festungen und Garnisonen sowie den Flughafen Baghram nördlich der Hauptstadt von sich reden.

Nach Angaben von Beobachtern ist es den Mudschahedin gelungen, am Stadtrand von Kabul eine ganze Anzahl militärischer Stellungen mit leichten und schweren Waffen einzurichten. Trotz des Einsatzes sowjetischer Fallschirmjäger konnten sich die Freiheitskämpfer vor den Toren der Stadt halten. Die Intensität der Kämpfe in Kabul übertrifft in jüngster Zeit fast jene draußen im Lande, hieß es in Augenzeugenberichten. Doch bestehe ein wichtiger Unterschied: In und rund um Kabul seien die Mudschahedin die Angreifer.



Herbst '84:
Eine beispiellose Automobil-
Karriere auf einem neuen
Höhepunkt.

Die neue BMW 5er Reihe:
518i, 520i, 524td, 525e,
525e mit Katalysator, 525i, 528i,
M 535i.

Noch nie hatte die
exklusive Mittelklasse
soviel individuelles
Format.

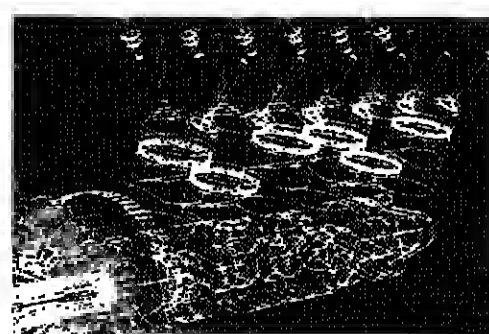
Elne seit langem vom Konzept her vorbildliche und technisch ebenso einzigartige wie zukunftsichere Automobil-Bau-reihe gewinnt immer größere Aktualität: Die technisch konsequent erweiterte, überarbeitete BMW 5er Reihe kann jetzt noch besser ganz individuelle Wünsche erfüllen – durch ein so breites Motoren- und Typenprogramm, wie es keine vergleichbare Modellreihe bieten kann. Mit dem neuen M 535i mit 3,5-l-6-Zylinder-Triebwerk gibt BMW dieser automobilen Klasse insgesamt neues Format und damit neue Perspektiven.

Und der 518i mit seiner neuen elektronischen Benzineinspritzung macht schon den Einstieg in die 5er Reihe zu einer zukunftsicheren Investition. Neben der klassischen I-Linie stehen spezielle Automobilkonzepte zur Verfügung: der Turbo-Diesel 524td und der nach dem eta-Konzept wirkungsgradoptimierte 525e, letzterer auch als Katalysatormodell.

Den technologischen Anspruch einer Automobil-Baureihe erkennt man schon an den Qualitäten des Einstiegsmodells. BMW 518i: Der Start in ein einmalig anspruchsvolles Automobil-Programm der gehobenen Mittelklasse.

Je fortschrittlicher ein Automobil den Kraftstoff verarbeitet, desto größer ist seine Zukunftssicherheit. Elektronische Benzineinspritzung ist hier aus Gründen der Ökonomie und Ökologie das Maß der Dinge, weil sie mehr Effektivität und damit auch Umweltfreundlichkeit möglich macht. Deshalb hat jetzt bereits der 518i ein Einstiegsmodell in die 5er Reihe die L-Jetronic – entscheidendes Merkmal eines Automobils, das auch noch in Jahren als fortschrittlich gelten und damit unnötigen Wertverlust vermeiden will.

Ein mechanischer Vergaser mag bei Fahrzeugen der kleinen Klasse noch akzeptabel sein. Bei anspruchsvollen und ganz besonders bei exklusiven ist es heute sicher nicht mehr.



Durch die elektronische Einspritzung erhöht sich beim 518i zugleich auch die aktive Sicherheit durch nochmals verbesserte Fahrleistungen. Und nicht zuletzt auch beim unvergleichlich komfortablen Fahren zeigt sich, daß eine elektronische Einspritzung heute das Maß der Klasse bei anspruchsvollen Automobilen ist.

BMW Triebwerkelektronik: Überlegene Basis für umweltbewußtes Fahren. Und ideale Voraussetzung für bestmögliche Abgasreinigung: BMW 525e mit Katalysator.

BMW bietet Ihnen selbstverständlich auch ein abgestimmtes Programm von Modellen mit Katalysatortechnik für den

Der neue BMW M 53
Dieses Hochleistung
Automobil ist ander
nicht deswegen vor
weil es so schnell fä
Sondern weil es
so fortschrittlich ist.

Ein sportliches Automobil unterlie heute ebenso wie jedes andere verä ten Bedingungen. Und dementsprechend enderen Erw gen anspruchsvoller Käufer. Wer das nicht sehen oder wahrhaben verwechselt vielleicht immer noch Hochleistung mit Höchstgeschwindi Doch für höhere Ansprüche gibt es dem M 535i eine viel bessere, souve Alternative.

Durch Hochleistung aus großem Hubraum entwickelt der M 535i d males Drehmoment, wo man den L schied zwischen Sportlichkeit 1. u



Betrieb mit bleifreiem Benzin an – z.B. den 525e mit Katalysator, auf Wunsch auch in Automatic-Version.

2. Klasse spüren kann: in mittleren Drehzahlbereichen, bei stischen Geschwindigkeiten.

**computergesteuerten Service-Intervall-
anzeige und der Energie-Control
(518i auf Wunsch).**



Delta fliegt nach über 90 USA-Städten. Von Küste zu Küste.

Von New York bis Texas, von Florida bis Kalifornien fliegt Delta Sie nach fast allen Städten in den USA. Nutzen Sie Deltas Nonstop-Flüge von Frankfurt nach Atlanta oder von Frankfurt nach Dallas/Ft. Worth, wo Sie müheloser Anschluß nach über 90 Städten erwartet.

Weiterhin bietet Delta täglich mehrere Flüge von den Knotenpunkten New York und Boston

nach vielen Städten im Süden, einschließlich 15 berühmten Urlaubszielen in Florida, sowie nach New Orleans, Dallas/Ft. Worth und Houston.

Wenden Sie sich an Ihr Reisebüro. Oder rufen Sie bitte unser Delta-Büro in Frankfurt an. Ruf: 069/23 30 24. Telex 416 233. Deltas Ticket Office befindet sich in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.



Delta.Profis auf der ganzen Linie:



Rasch: Ein rot-grünes Bündnis wäre für Berlin mehr als fatal

FDP-Landeschef fürchtet an kommunistischen Ideologien orientierte AL-Forderungen

F. DIEDERICH, Berlin

Schenkt man den Meinungsumfragen zum Ausgang der nächsten Berliner Parlamentswahlen am 10. März 1985 Glauben, so müßte sich die auch unlängst von Bundeskanzler Kohl vertretene Ansicht bewahrheiten, daß weder CDU noch SPD im Kampf um die absolute Mehrheit einen Erfolg verbuchen können. Für die Partei der Alternativen Liste (AL) in Berlin, die 1981 mit 7,2 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Parlamentsfraktion an der Spree avancierte, wird deshalb der 10. März 1985 zum Tag der Entscheidung werden.

Seit dem Einzug ins Parlament befindet sich die auch die Grünen repräsentierende AL im steten innerparteilichen Konflikt, in welchem Umfang staatliche Verantwortung übernommen werden kann – sei es als Zusammenarbeit mit der SPD oder gar als rot-grüne Koalition. Die Fraktionsmehrheit der AL zeigt grundsätzlich Bereitschaft zur Kooperation, die „Basis“ allerdings, der AL-Delegiertenrat, will die Koalitionsfrage auf die Zeit nach den Wahlen verschieben und ein Wahlprogramm verabschieden, dessen entscheidende Grundzüge allerdings seit langem bekannt sind.

Die CDU/FDP-Koalition ist sich einig darin, daß eine teilweise Übernahme der Regierungverantwortung durch die von der KPD stark unterwanderte Protestbewegung nicht wünschenswert sei. Die FDP-Landesvorsitzende Walter Rasch sprach jetzt die Erwartung aus, die Berliner SPD werde „bei der kleinsten Chance einer rechnerischen Mehrheit“ zusammen mit den Alternativen „zugreifen“ – auch wenn es dann den Kopf Hans Apels kosten sollte, der bislang jede Koalitionsabsicht mit der AL von sich weist, zu dem auch die Alternativen bisher keinerlei geistige Bindung fanden. „Ein rot-grünes Bündnis wäre für die Stadt mehr als fatal“, warnt Rasch und führt als Beispiel die innenpolitischen Ziele der Alternativen an, zu denen schon 1981 – ebenso wie zu wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen der AL – Berlin-Innenminister Heinrich Lummer (CDU) kritisch analysiert hatte: „Forderungen, die zumeist an linken bis kommunistischen Ideologien orientiert sind. Sie werden ohne Bezug zur Wirklichkeit erhoben und zeigen geradezu chaotische Züge.“

Als aktuellstes Beispiel mag hier ein justizpolitisches Papier der AL dienen, das als langfristiges Ziel die Abschaffung der Strafanstalten in der Stadt fordert und dabei verkündet, „daß dann Schwereverbrechen auf die Bevölkerung losgelassen werden“, so Berlins Justizsenator Hermann Oxfort (FDP).

Weitaus folgenschwerer wiegen aber die deutschland- und berlinpolitischen Visionen der AL, die von ihr selbst bereits in der „Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik“ formuliert worden sind. So hegen die Alternativen „ernste Zweifel“ daran, daß die alliierten Schutzkräfte in Berlin „die Freiheit der Berliner verteidigen wollen“. Die AL stellt dazu fest, das Engagement der Westalliierten solle lediglich „den Machtanspruch der Sieger symbolisieren“. Der „noch heute ausgeübte Besatzungsstatus“ sei „politische und in-

dividuelle Rechtslosigkeit“. Daran knüpft die AL die Forderung, die Westalliierten sollten ihre Truppen in Berlin „auf symbolische Einheiten vermindern“, alle Eingriffe in die Berliner Gerichtsbarkeit „unterlassen“ und „alle verfassungsmäßigen Rechte der Bevölkerung achten“. FDP-Chef Rasch vertritt die Auffassung, daß die AL damit „die Existenzfrage für ein freies West-Berlin stellt“.

Wie gerne die AL auch die Bindungen Berlins an den Bund in Frage stellt, dokumentiert sich regelmäßig im Parlament, wenn die AL bei der Abstimmung zur Übernahme von Bundesgesetzen diese in der Mehrzahl ablehnt, ohne jedoch deren Annahme letztlich verhindern zu können.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik setzt sich die AL für eine „ökologische Industriepolitik“ mit dem vorrangigen Ziel ein, die Berlin-Subventionen abzubauen. „Eine Forderung mit der Folge, daß das Engagement der deutschen Wirtschaft in Berlin sofort gestoppt würde“, charakterisiert Rasch diese Absicht. Eine von vielen Forderungen, die in Berlin von AL-Parlamentariern wie dem als anarchistischen Gewalttäter und Politclown bekannten Ex-Kommunisten Dieter Kunzelmann vertreten werden, der im vergangenen Jahr ins Abgeordnetenhaus „rotierte“. Dort versucht sich der Kommunist wie andere AL-Abgeordnete „als Systemveränderer, die es gut zu verstehen wissen, ihr Streben nach einer anderen Republik zu kaschieren“, beschreibt Berlins FDP-Chef Rasch die Erfahrungen aus dem parlamentarischen Alltag.

Probleme der Grünen mit dem Geld

1983 flossen fast 30 Millionen Mark Einnahmen in die Kasse / Rechtsstreit droht

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auch die Grünen sorgen sich ums Geld. Das jedoch nicht deshalb, weil sie am Hungertuch nagen oder gar morgen pleite sind. Im Gegenteil: Anders als die von Finanzexperten gepredigten „etablierten“ Parteien sind die politischen Newcomer fast schon erschrocken über den förmlich auf sie herniederprasselnden Geldstrom. So weist ihre „gläserne Kasse“, auf die sie besonderen Wert legen, im Rechenschaftsbericht für 1983 Gesamteinnahmen von 19.787 Millionen Mark aus. Unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen der öffentlichen Hand für die Wahlen kamen sogar, so Schatzmeister Hermann Schulz im WELT-Gespräch, innerhalb von gut einem Jahr rund 30 Millionen Mark „zusammen“.

Eigentlich müßten die anderen Parteien fast schon vor Neid erblasen, wenn Schulz feststellt: „Wir sind schuldlos. Wir haben sogar erhebliche Rücklagen.“ Dabei haben die Bundestagsneulinge „ein bißchen Angst“. Denn einerseits empfinden die Grünen selbst, daß aufgrund der Wahlergebnisse die öffentlichen Gelder „etwas stürmisch“ ins Haus strömen. Andererseits aber schreitet die Beitragsentwicklung der 31.000-Mitglieder-Partei eher zögerlich voran. Außerdem findet die Spendenbereitschaft ihre Grenzen in ihrer Wählerstruktur. Und Spenden aus Wirtschaft und Industrie? „Nein, haben wir nicht.“

Tatsächlich haben die Bundes-Grünen laut Rechenschaftsbericht gerade 50.294 Mark erhalten. Einschließlich der elf Landesverbände

waren ihnen 2,2 Millionen Mark zugeflossen. Darin enthalten sind aber unter anderem 143.989 Mark aus „Einkommen an Vermögen“ – Zinsen, also. Dabei kam mit 40.000 Mark laut Rechenschaftsbericht die größte Einzelspende vom Nürnberger Bundestagsabgeordneten Dieter Burgmann. Prompt wurde dem ehemaligen Bundesvorsitzenden in der Parteizentrale attestiert, daß er unter seiner 26 Bonner Fraktionskollegen sich noch am ehesten die gewünschte „Basis-Nähe“ erhalten habe. Diese führen – nicht zuletzt unter dem Druck des Sündelfinger Parteitagsschlusses – nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt Teile ihrer Diäten an die Öko-Fonds der Landesparteien ab. Das sind rund 750.000 Mark im Jahr. In diese von den Landesverbänden verwalteten Fonds gehen auch 80 Prozent aller Einnahmen.

Doch das sind nicht die eigentlichen Geld-Probleme der Grünen, deren Finanzrat am 25. Oktober über den inzwischen fertiggestellten Rechenschaftsbericht abstimmen muß. Die liegen eher in der Befürchtung, daß die Partei „Jugendwahn einmal erhebliche Summen“ an den Staat zurückzahlen muß. Denn nach dem Bundesverfassungsgericht und dem Parteienfinanzierungsgesetz müssen sich politische Organisationen „überwiegend“ (also zu mehr als 50 Prozent) aus eigenen Mitteln und nicht durch öffentliche Gelder finanzieren. Dabei reichen wohl kaum die zwei Mark aus, die die Bundespartei als Beitrag pro Mitglied erhält. Hinzu kommt ein möglicher Rechtsstreit über die Verwendung der Wahl-

kampfkostenersatzung durch die Grünen. Sie hatten im Parlament klar die nachträgliche Erhöhung von vier auf fünf Mark pro Wahlberechtigten abgelehnt. Dann aber haben sie aus diesen Zusatz-Geldern gleich drei neue Fonds geschaffen:

• **Rechtshilfsfonds.** Aus ihm werden zwar „keine Strafmandate“ erstattet. Bezahlte aber werden im Einzelfall zum Beispiel Verteidiger von gewalttätigen Demonstranten. Hier ist die Partei für dieses Jahr finanziell schon „ziemlich ausgelastet“.

• **Kampagnenfonds.** Mit ihm sollen Aktivitäten „im Umfeld“ der Grünen gefördert werden. So erhält ein Filmemacher aus den USA, der Atomkriegsängste weltweit aufzeigen will, 50.000 Mark. Mit einer ähnlichen Summe soll der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung rechnen können. Dort haben die Grünen aber immer noch wegen des „starken DKP-Einflusses“ und der jetzt deutlich gewordenen Interessenlage der SPD Bedenken. Man fühle sich „in der Rolle der häßlichen Melkkuhe“.

• **Internationaler Solidaritätsfonds.** Er soll nur aus den Mitteln des Europawahlkampfes gefüllt werden. Das sollen 500.000 Mark aus „stillegelegten Mitteln“ jährlich für fünf Jahre sein. Eine Absegnung für die Dritte-Welt-Aktionen muß der Parteitag im Dezember noch beschließen.

Ihre Bundesgeschäftsstelle lassen sich die Grünen im Jahr 1,5 Millionen Mark kosten. Damit finanzieren sie unter anderem elf Mitarbeiter. Der elfköpfige Vorstand arbeitet außer für Spenden „für die Ehre“ – bisher jedenfalls.

sei im Paragraph 1 von dem „Rundfunkunternehmen“ WDR die Rede, dem – an anderer Stelle – ausdrücklich „die wirtschaftliche Verwertung von Rundfunkproduktionen“ in Zusammenarbeit mit Dritten erlaubt werde. Zu diesem Zweck soll sich der WDR sogar an anderen (privaten) Unternehmen beteiligen können. Dies ist für die Verlegerseite der kritische Punkt. Nach dem Grundgesetz sei es nämlich unzulässig, die Vorteile der Anstaltsstruktur mit den Vorteilen der Unternehmensverfassung zu kombinieren.

„Könnte sich der WDR gemäß Paragraph 44 des Entwurfs an privaten Unternehmen beteiligen, so wären die Wettbewerbsvorteile des unter der Anstaltsmaske operierenden Rundfunkunternehmens WDR für die übrige Medienwirtschaft existenzgefährdend“, warnt der VDZ in seinem Schreiben an Rau. „Dem WDR stünden dann nicht nur – neben dem Gebührenprivileg – die (von der SPD oft genug als fragwürdig erkannten) Mittel aus „kommerzieller“ öffentlich-rechtlicher Werbung zu Gebote; die Verwertung von Rundfunkproduktionen in Zusammenarbeit mit Dritten würde den WDR vollends zu einem Mediengiganten machen, dessen Verbundvorteile private Unternehmen nichts entgegenzusetzen hätten.“

Und noch von einer anderen Seite her sehen die Verleger Gefahren heraufziehen: Mit dem Gesetzentwurf

soll dem WDR erlaubt werden, künftig „Druckwerke mit vorwiegend programmbezogenem Inhalt“ zu veröffentlichen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Soll damit die Rechtsgrundlage für die Herausgabe eigener Programmschriften gesichert werden? Eine solche Absicht stünde rechtlich auf unsicheren Füßen. Denn der Verfassungsrechtler Professor Rupert Scholz, heute Senator in Berlin, war 1982 in einer Untersuchung zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen, daß jede Form der Pressefreiheit gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes darstellt und damit der privatwirtschaftlichen Presse prinzipiell vorbehalten ist. Scholz hatte auch zu bedenken gegeben, daß eine von Rundfunkanstalten wirtschaftlich betriebene eigene Presse die konkurrierenden Presseunternehmen nicht nur in ihrem Grundrecht der Pressefreiheit, sondern auch in ihren Grundrechten der Berufs- und Eigentumsfreiheit verletzen könne. In der ARD sind bislang alle Versuche, eigene Programmschriften herauszugeben, an den Einwänden vornehmlich der Juristen gescheitert.

Die Zeitschriftenverleger wollen deshalb „nicht zögern, eine Annäherung des Bundesverfassungsgerichts durch betroffene Mitgliedsverbände anzuregen und zu fördern“, wenn der Entwurf in der vorliegenden Form verabschiedet werden sollte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fortwährende Aufrechnung

„Leserbrief: Sparzwang der Nation?“ WELT vom 24. September

Sehr geehrte Damen und Herren, leider erweckt der Leserbrief von Herrn Graf ohne fundierte Zahlenangaben den Eindruck, als ob es den Rentnern in unserem Lande besonders gut ginge, da nach seiner Darstellung das Netto-pro-Kopf-Einkommen je Familienangehörigen des öffentlichen Dienstes vom Netto-pro-Kopf-Einkommen der Rentner kaum „abweicht“.

Diese Darstellung ist unrichtig. Das durchschnittliche Netto-Jahreseinkommen der Rentner und Pensionäre (alle Familienmitglieder) lag 1982 bei 27.000,- DM. Hierin sind jedoch die 1,1 Millionen Pensionäre des öffentlichen Dienstes eingeschlossen, von denen aber über 50 % zum gehobenen und höheren Dienst zu zählen sind. Diese wesentlich über den Durchschnitt liegenden Ruhegehälter verändern das Bild hinsichtlich des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Rentner erheblich.

Herr Graf sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß nach den Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Ausgabe 1984, Basis 1983, die Durchschnittsrenten der Männer ab 65. Lebensjahr in der Altersrentenversicherung 1116,- DM und der Männer in der Angestelltenversicherung 1817,- DM betragen. Bei den Frauen sieht es noch schlechter aus, denn die Arbeiterwitwe erhält 367,- DM und die Angestelltenwitwe 632,- DM. Erfahrungsgemäß verfügt die Masse der Rentner über keine zusätzlichen Einnahmen.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß der öffentliche Dienst inzwischen 4.880.000 Beschäftigte zählt, die 1983 an Personal- und Sachausgaben bereits sage und schreibe 272 Milliarden DM benötigten. Bei einem Gesamtsteuereinkommen der Bundesrepublik in 1983 von 395 Milliarden DM entfallen somit satte 69 % aller Steuereinnahmen auf den Unterhalt des öffentlichen Dienstes. Die Sparmaßnahmen der neuen Regierung sind allerdings so bescheiden, daß man überhaupt nicht von fühlbaren Einschnitten beim öffentlichen Dienst sprechen kann.

Gemäß dem Finanzplan der Bundesregierung 1983 bis 1987 entfallen nämlich in 1983 nur 3,5 Milliarden DM von insgesamt 17,8 Milliarden DM auf Einsparungen beim öffent-

chen Dienst. Von den Gesamtkosten in Höhe von 272 Milliarden DM sind dies nur karge 1,3 %.

Für 1984 sind beim öffentlichen Dienst insgesamt 5,6 Milliarden DM an Einsparungen vorgesehen, u. a. Absenkung der Eingangsbesoldung (31 Mio DM), beschränkter Fortfall des Versorgungsanpassungszuschlages (426 Mio DM), Fortfall des Zuschusses für die Gemeinschaftsverpflegung (182 Mio DM) und die noch fragliche Verschiebung der Lohnanpassung auf 1985 in Höhe von 4,970 Milliarden DM.

Letzteres ist aber nur dann möglich, wenn die ÖTV auf eine rückwärts gerichtete Erhöhung der Löhne für 1984 verzichtet. Auch dann werden nur 2 % der Gesamtkosten des öffentlichen Dienstes eingespart.

Wirkliche Opfer brachten dagegen die Rentner, von denen 900.000 Kleinrentner an der Schwelle zur Sozialhilfe leben und die wie alle übrigen Rentner im Gegensatz zu den Pensionären des öffentlichen Dienstes weder ein 13. Gehalt zu Weihnachten noch Urlaubsgeld vom Staat erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
H. Behrendt,
Bendestorf

Mit Mehrheit

Sehr geehrter Herr Dr. Herlyn, in Ihrer Bewertung der nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen unter der Überschrift „Die rot-grünen Mehrheiten können für CDU und FDP 1985 eine Chance sein“ nennen Sie neben Münster die Stadt Rheine als Beispiel für den ländlichen Raum. Sie schreiben, daß in der klassischen CDU-Stadt Rheine die Union von 76,1 Prozent auf die magische 50-Prozent-Marke abrutschte. Diese Aussage ist falsch.

Richtig ist, daß die CDU bei der

Kommunalwahl 1979 56,1 Prozent erlangte und am 30. 9. 1984 die absolute Mehrheit mit 50,7 Prozent behaupten konnte. Die Ergebnisse der übrigen Parteien lauten: SPD 35,6 Prozent gegenüber 38,5 Prozent im Jahre 1979, FDP 4,9 Prozent gegenüber 5,4 Prozent im Jahre 1979, Grüne 8,9 Prozent.

Die CDU behält damit, wie auch schon in der abgelaufenen Ratsperiode, 28 Sitze im Rat der Stadt. Die SPD kam auf 19 Sitze statt bisher 20. Die Grünen erhielten 4 Ratsmandate.

Das von Ihnen gezeichnete Bild trifft ob der klaren Mehrheitsverhältnisse für Rheine nicht zu.

Mit freundlichem Gruß
Der Stadtdirektor,
Stadt Rheine

Ohne Vertretung

Der Zuschauer allein – und nur er – ist die legitimierte Jury (für Programmfragen), schrieb Horst Stein in seinem prägnanten Kommentar „Schlag 8“ (WELT vom 29. September). Aber wie soll sich der Wille der Zuschauer artikulieren? In keinem anderen öffentlichen Bereich ist die Bevölkerung so entmündigt wie bei den Rundfunkanstalten.

Während bei Bund, Ländern und Gemeinden, ja sogar bei der Bundesversicherungsanstalt oder den öffentlich-rechtlichen Krankenkassen von den Bürgern gewählte Vertreter versammelt sind, hat man im öffentlich-rechtlichen Medienbereich als angebliche Vertretung der Allgemeinheit damals auf Drängen der Besatzungsmächte einen mittelalterlichen Ständestaat etabliert, vielfach besetzt mit überlasteten Wirtschaftsmanagern und hohen Staatsfunktionären, die de facto niemandem Rechenschaftspflichtig sind.

Deswegen fordert die Aktion Funk und Fernsehen immer wieder die Ablösung der sog. gesellschaftlich relevanten Gruppen durch einen demokratisch gewählten Rundfunkrat. Nur ein solches Gremium wird dem Verfassungsgrundsatz des Art. 20 des Grundgesetzes gerecht, wonach der Volkssouverän seinen Willen in allen öffentlichen Bereichen durch allgemeine direkte und geheime Wahlen kundtut.

Mit freundlichen Grüßen
H. Walther,
Vorstandssprecher der
Zuschauervereinigung AFF, Köln

Personalien

EHRUNGEN

Der Bonner Publizist Erich Rotter ist von Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Den Orden überreicht am Donnerstag Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger. Rotter hat sich besondere Verdienste um die deutsch-israelischen Beziehungen erworben. 1961 hatte er als Redakteur des Westdeutschen Rundfunks die Fremdsprachenprogramme im Hörfunk des Senders eingerichtet. Außerdem gab er seinerzeit mit dem israelischen Journalisten Hans Landsberger die Zeitschrift „Israel Forum“ heraus. 1981 wurde Erich Rotter Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Er ist außerdem Mitarbeiter der „Tribüne“ und Herausgeber der „Nachost-Informationen“.

Der Präsident der Steuerberaterkammer Düsseldorf, Steuerberater Kurt-Rolf Enters, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Den Orden überreicht in der Landeshauptstadt Oberfinanzpräsident Heribert Seharbeck. Kurt Rolf Enters wurde 1973 Präsident der Kammer der Steuerbevollmächtigten. 1975 berief man ihn zum Präsidenten der Steuerberaterkammer Düsseldorf und zum zweiten Vorsitzenden des Verbandes der steuerberatenden Berufe e. V. Düsseldorf. Bis 1979 war er Mitglied des Präsidiums der Bundessteuerberaterkammer.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die aus Deutschland stammende Ordensschwester Fredesvinda Grundhöfer, Generalvikarin der Mariann Hiller Schwestern, Missionsschwester vom Kostbaren Blut, mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Die Ordensfrau hat mehr als 35 Jahre lang Missionsarbeit geleistet, vor allem in Südafrika. In ihrem Orden in Rom ist sie heute stellvertretende Generaloberin.

Der Vorsitzende des Hamburger Fahrlehrerverbandes, Rolf Walther, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt. Der 59-jährige Walther ist außerdem im Bundesvorstand der Fahrlehrer und Präsident der Europäischen Fahrlehrerassoziation.



DATAPOST

Für wichtige Dokumente, eilige Waren, Datenträger, Schriftstücke...

Verbindung nach Maß

... im Inland

Wenn Sie regelmäßig Nachrichten oder termingebundene Waren versenden, bietet sich der spezielle Versand-Service im Bereich der

Deutschen Bundespost an. Datapost-Sendungen werden schneller befördert und zu feststehenden (mit Ihnen vereinbarten) Zeiten übermittelt.

... ins Ausland

Den internationalen Expres-Kurierdienst der Deutschen Bundespost können Sie nach Bedarf nutzen.

Ihre Sendung ist meist schon am nächsten Werktag da – zuverlässig zum vereinbarten Zeitpunkt.

Datapost-Sendungen werden grundsätzlich bevorzugt behandelt und auf dem schnellstmöglichen Transportweg befördert – auf Wunsch auch bei Ihnen abgeholt. Damit's noch schneller geht, kann auch der Empfänger telefonisch benachrichtigt werden. Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann – Ihrem Kundenberater von der Post. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Liquidation, Insolvenzverfahren oder

Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingetragenes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing.), das Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Umfall, Krankheit, Todesfall) geraten sind - in dringenden Fällen kurzfristig - zur Verfügung stellt. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf/Vertriebsinnovation, Finanz-/Sachverhalte, Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungssteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Cheftage“. Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines

Geschäftsführers auf Zeit

Ist möglich, jeweils nach Erfordernis.

Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab. Kontaktaufnahme erbeten unter A 9899 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IDEEN - PATENTE
GEBRAUCHS-
MUSTER

zur Verwertung gesucht.
2 Hamburg 13, Postfach 32 31 51

„Champagne-Margot-Bonheur“ sucht zur Erweiterung seiner Geschäftsbereiche Wein- und Champagner-Importeur zum Vertrieb seiner Erzeugnisse.
Zuschrift: Ch. Margot-Bonheur, 10, rue de la République, 92 100 Nanterre.

Existenzgründung mit Zukunft

Wir sind eine internationale Investitionsgesellschaft mit Niederlassungen in 10- und 12- und 13- und 14- und 15- und 16- und 17- und 18- und 19- und 20- und 21- und 22- und 23- und 24- und 25- und 26- und 27- und 28- und 29- und 30- und 31- und 32- und 33- und 34- und 35- und 36- und 37- und 38- und 39- und 40- und 41- und 42- und 43- und 44- und 45- und 46- und 47- und 48- und 49- und 50- und 51- und 52- und 53- und 54- und 55- und 56- und 57- und 58- und 59- und 60- und 61- und 62- und 63- und 64- und 65- und 66- und 67- und 68- und 69- und 70- und 71- und 72- und 73- und 74- und 75- und 76- und 77- und 78- und 79- und 80- und 81- und 82- und 83- und 84- und 85- und 86- und 87- und 88- und 89- und 90- und 91- und 92- und 93- und 94- und 95- und 96- und 97- und 98- und 99- und 100- und 101- und 102- und 103- und 104- und 105- und 106- und 107- und 108- und 109- und 110- und 111- und 112- und 113- und 114- und 115- und 116- und 117- und 118- und 119- und 120- und 121- und 122- und 123- und 124- und 125- und 126- und 127- und 128- und 129- und 130- und 131- und 132- und 133- und 134- und 135- und 136- und 137- und 138- und 139- und 140- und 141- und 142- und 143- und 144- und 145- und 146- und 147- und 148- und 149- und 150- und 151- und 152- und 153- und 154- und 155- und 156- und 157- und 158- und 159- und 160- und 161- und 162- und 163- und 164- und 165- und 166- und 167- und 168- und 169- und 170- und 171- und 172- und 173- und 174- und 175- und 176- und 177- und 178- und 179- und 180- und 181- und 182- und 183- und 184- und 185- und 186- und 187- und 188- und 189- und 190- und 191- und 192- und 193- und 194- und 195- und 196- und 197- und 198- und 199- und 200- und 201- und 202- und 203- und 204- und 205- und 206- und 207- und 208- und 209- und 210- und 211- und 212- und 213- und 214- und 215- und 216- und 217- und 218- und 219- und 220- und 221- und 222- und 223- und 224- und 225- und 226- und 227- und 228- und 229- und 230- und 231- und 232- und 233- und 234- und 235- und 236- und 237- und 238- und 239- und 240- und 241- und 242- und 243- und 244- und 245- und 246- und 247- und 248- und 249- und 250- und 251- und 252- und 253- und 254- und 255- und 256- und 257- und 258- und 259- und 260- und 261- und 262- und 263- und 264- und 265- und 266- und 267- und 268- und 269- und 270- und 271- und 272- und 273- und 274- und 275- und 276- und 277- und 278- und 279- und 280- und 281- und 282- und 283- und 284- und 285- und 286- und 287- und 288- und 289- und 290- und 291- und 292- und 293- und 294- und 295- und 296- und 297- und 298- und 299- und 300- und 301- und 302- und 303- und 304- und 305- und 306- und 307- und 308- und 309- und 310- und 311- und 312- und 313- und 314- und 315- und 316- und 317- und 318- und 319- und 320- und 321- und 322- und 323- und 324- und 325- und 326- und 327- und 328- und 329- und 330- und 331- und 332- und 333- und 334- und 335- und 336- und 337- und 338- und 339- und 340- und 341- und 342- und 343- und 344- und 345- und 346- und 347- und 348- und 349- und 350- und 351- und 352- und 353- und 354- und 355- und 356- und 357- und 358- und 359- und 360- und 361- und 362- und 363- und 364- und 365- und 366- und 367- und 368- und 369- und 370- und 371- und 372- und 373- und 374- und 375- und 376- und 377- und 378- und 379- und 380- und 381- und 382- und 383- und 384- und 385- und 386- und 387- und 388- und 389- und 390- und 391- und 392- und 393- und 394- und 395- und 396- und 397- und 398- und 399- und 400- und 401- und 402- und 403- und 404- und 405- und 406- und 407- und 408- und 409- und 410- und 411- und 412- und 413- und 414- und 415- und 416- und 417- und 418- und 419- und 420- und 421- und 422- und 423- und 424- und 425- und 426- und 427- und 428- und 429- und 430- und 431- und 432- und 433- und 434- und 435- und 436- und 437- und 438- und 439- und 440- und 441- und 442- und 443- und 444- und 445- und 446- und 447- und 448- und 449- und 450- und 451- und 452- und 453- und 454- und 455- und 456- und 457- und 458- und 459- und 460- und 461- und 462- und 463- und 464- und 465- und 466- und 467- und 468- und 469- und 470- und 471- und 472- und 473- und 474- und 475- und 476- und 477- und 478- und 479- und 480- und 481- und 482- und 483- und 484- und 485- und 486- und 487- und 488- und 489- und 490- und 491- und 492- und 493- und 494- und 495- und 496- und 497- und 498- und 499- und 500- und 501- und 502- und 503- und 504- und 505- und 506- und 507- und 508- und 509- und 510- und 511- und 512- und 513- und 514- und 515- und 516- und 517- und 518- und 519- und 520- und 521- und 522- und 523- und 524- und 525- und 526- und 527- und 528- und 529- und 530- und 531- und 532- und 533- und 534- und 535- und 536- und 537- und 538- und 539- und 540- und 541- und 542- und 543- und 544- und 545- und 546- und 547- und 548- und 549- und 550- und 551- und 552- und 553- und 554- und 555- und 556- und 557- und 558- und 559- und 560- und 561- und 562- und 563- und 564- und 565- und 566- und 567- und 568- und 569- und 570- und 571- und 572- und 573- und 574- und 575- und 576- und 577- und 578- und 579- und 580- und 581- und 582- und 583- und 584- und 585- und 586- und 587- und 588- und 589- und 590- und 591- und 592- und 593- und 594- und 595- und 596- und 597- und 598- und 599- und 600- und 601- und 602- und 603- und 604- und 605- und 606- und 607- und 608- und 609- und 610- und 611- und 612- und 613- und 614- und 615- und 616- und 617- und 618- und 619- und 620- und 621- und 622- und 623- und 624- und 625- und 626- und 627- und 628- und 629- und 630- und 631- und 632- und 633- und 634- und 635- und 636- und 637- und 638- und 639- und 640- und 641- und 642- und 643- und 644- und 645- und 646- und 647- und 648- und 649- und 650- und 651- und 652- und 653- und 654- und 655- und 656- und 657- und 658- und 659- und 660- und 661- und 662- und 663- und 664- und 665- und 666- und 667- und 668- und 669- und 670- und 671- und 672- und 673- und 674- und 675- und 676- und 677- und 678- und 679- und 680- und 681- und 682- und 683- und 684- und 685- und 686- und 687- und 688- und 689- und 690- und 691- und 692- und 693- und 694- und 695- und 696- und 697- und 698- und 699- und 700- und 701- und 702- und 703- und 704- und 705- und 706- und 707- und 708- und 709- und 710- und 711- und 712- und 713- und 714- und 715- und 716- und 717- und 718- und 719- und 720- und 721- und 722- und 723- und 724- und 725- und 726- und 727- und 728- und 729- und 730- und 731- und 732- und 733- und 734- und 735- und 736- und 737- und 738- und 739- und 740- und 741- und 742- und 743- und 744- und 745- und 746- und 747- und 748- und 749- und 750- und 751- und 752- und 753- und 754- und 755- und 756- und 757- und 758- und 759- und 760- und 761- und 762- und 763- und 764- und 765- und 766- und 767- und 768- und 769- und 770- und 771- und 772- und 773- und 774- und 775- und 776- und 777- und 778- und 779- und 780- und 781- und 782- und 783- und 784- und 785- und 786- und 787- und 788- und 789- und 790- und 791- und 792- und 793- und 794- und 795- und 796- und 797- und 798- und 799- und 800- und 801- und 802- und 803- und 804- und 805- und 806- und 807- und 808- und 809- und 810- und 811- und 812- und 813- und 814- und 815- und 816- und 817- und 818- und 819- und 820- und 821- und 822- und 823- und 824- und 825- und 826- und 827- und 828- und 829- und 830- und 831- und 832- und 833- und 834- und 835- und 836- und 837- und 838- und 839- und 840- und 841- und 842- und 843- und 844- und 845- und 846- und 847- und 848- und 849- und 850- und 851- und 852- und 853- und 854- und 855- und 856- und 857- und 858- und 859- und 860- und 861- und 862- und 863- und 864- und 865- und 866- und 867- und 868- und 869- und 870- und 871- und 872- und 873- und 874- und 875- und 876- und 877- und 878- und 879- und 880- und 881- und 882- und 883- und 884- und 885- und 886- und 887- und 888- und 889- und 890- und 891- und 892- und 893- und 894- und 895- und 896- und 897- und 898- und 899- und 900- und 901- und 902- und 903- und 904- und 905- und 906- und 907- und 908- und 909- und 910- und 911- und 912- und 913- und 914- und 915- und 916- und 917- und 918- und 919- und 920- und 921- und 922- und 923- und 924- und 925- und 926- und 927- und 928- und 929- und 930- und 931- und 932- und 933- und 934- und 935- und 936- und 937- und 938- und 939- und 940- und 941- und 942- und 943- und 944- und 945- und 946- und 947- und 948- und 949- und 950- und 951- und 952- und 953- und 954- und 955- und 956- und 957- und 958- und 959- und 960- und 961- und 962- und 963- und 964- und 965- und 966- und 967- und 968- und 969- und 970- und 971- und 972- und 973- und 974- und 975- und 976- und 977- und 978- und 979- und 980- und 981- und 982- und 983- und 984- und 985- und 986- und 987- und 988- und 989- und 990- und 991- und 992- und 993- und 994- und 995- und 996- und 997- und 998- und 999- und 1000- und 1001- und 1002- und 1003- und 1004- und 1005- und 1006- und 1007- und 1008- und 1009- und 1010- und 1011- und 1012- und 1013- und 1014- und 1015- und 1016- und 1017- und 1018- und 1019- und 1020- und 1021- und 1022- und 1023- und 1024- und 1025- und 1026- und 1027- und 1028- und 1029- und 1030- und 1031- und 1032- und 1033- und 1034- und 1035- und 1036- und 1037- und 1038- und 1039- und 1040- und 1041- und 1042- und 1043- und 1044- und 1045- und 1046- und 1047- und 1048- und 1049- und 1050- und 1051- und 1052- und 1053- und 1054- und 1055- und 1056- und 1057- und 1058- und 1059- und 1060- und 1061- und 1062- und 1063- und 1064- und 1065- und 1066- und 1067- und 1068- und 1069- und 1070- und 1071- und 1072- und 1073- und 1074- und 1075- und 1076- und 1077- und 1078- und 1079- und 1080- und 1081- und 1082- und 1083- und 1084- und 1085- und 1086- und 1087- und 1088- und 1089- und 1090- und 1091- und 1092- und 1093- und 1094- und 1095- und 1096- und 1097- und 1098- und 1099- und 1100- und 1101- und 1102- und 1103- und 1104- und 1105- und 1106- und 1107- und 1108- und 1109- und 1110- und 1111- und 1112- und 1113- und 1114- und 1115- und 1116- und 1117- und 1118- und 1119- und 1120- und 1121- und 1122- und 1123- und 1124- und 1125- und 1126- und 1127- und 1128- und 1129- und 1130- und 1131- und 1132- und 1133- und 1134- und 1135- und 1136- und 1137- und 1138- und 1139- und 1140- und 1141- und 1142- und 1143- und 1144- und 1145- und 1146- und 1147- und 1148- und 1149- und 1150- und 1151- und 1152- und 1153- und 1154- und 1155- und 1156- und 1157- und 1158- und 1159- und 1160- und 1161- und 1162- und 1163- und 1164- und 1165- und 1166- und 1167- und 1168- und 1169- und 1170- und 1171- und 1172- und 1173- und 1174- und 1175- und 1176- und 1177- und 1178- und 1179- und 1180- und 1181- und 1182- und 1183- und 1184- und 1185- und 1186- und 1187- und 1188- und 1189- und 1190- und 1191- und 1192- und 1193- und 1194- und 1195- und 1196- und 1197- und 1198- und 1199- und 1200- und 1201- und 1202- und 1203- und 1204- und 1205- und 1206- und 1207- und 1208- und 1209- und 1210- und 1211- und 1212- und 1213- und 1214- und 1215- und 1216- und 1217- und 1218- und 1219- und 1220- und 1221- und 1222- und 1223- und 1224- und 1225- und 1226- und 1227- und 1228- und 1229- und 1230- und 1231- und 1232- und 1233- und 1234- und 1235- und 1236- und 1237- und 1238- und 1239- und 1240- und 1241- und 1242- und 1243- und 1244- und 1245- und 1246- und 1247- und 1248- und 1249- und 1250- und 1251- und 1252- und 1253- und 1254- und 1255- und 1256- und 1257- und 1258- und 1259- und 1260- und 1261- und 1262- und 1263- und 1264- und 1265- und 1266- und 1267- und 1268- und 1269- und 1270- und 1271- und 1272- und 1273- und 1274- und 1275- und 1276- und 1277- und 1278- und 1279- und 1280- und 1281- und 1282- und 1283- und 1284- und 1285- und 1286- und 1287- und 1288- und 1289- und 1290- und 1291- und 1292- und 1293- und 1294- und 1295- und 1296- und 1297- und 1298- und 1299- und 1300- und 1301- und 1302- und 1303- und 1304- und 1305- und 1306- und 1307- und 1308- und 1309- und 1310- und 1311- und 1312- und 1313- und 1314- und 1315- und 1316- und 1317- und 1318- und 1319- und 1320- und 1321- und 1322- und 1323- und 1324- und 1325- und 1326- und 1327- und 1328- und 1329- und 1330- und 1331- und 1332- und 1333- und 1334- und 1335- und 1336- und 1337- und 1338- und 1339- und 1340- und 1341- und 1342- und 1343- und 1344- und 1345- und 1346- und 1347- und 1348- und 1349- und 1350- und 1351- und 1352- und 1353- und 1354- und 1355- und 1356- und 1357- und 1358- und 1359- und 1360- und 1361- und 1362- und 1363- und 1364- und 1365- und 1366- und 1367- und 1368- und 1369- und 1370- und 1371- und 1372- und 1373- und 1374- und 1375- und 1376- und 1377- und 1378- und 1379- und 1380- und 1381- und 1382- und 1383- und 1384- und 1385- und 1386- und 1387- und 1388- und 1389- und 1390- und 1391- und 1392- und 1393- und 1394- und 1395- und 1396- und 1397- und 1398- und 1399- und 1400- und 1401- und 1402- und 1403- und 1404- und 1405- und 1406- und 1407- und 1408- und 1409- und 1410- und 1411- und 1412- und 1413- und 1414- und 1415- und 1416- und 1417- und 1418- und 1419- und 1420- und 1421- und 1422- und 1423- und 1424- und 1425- und 1426- und 1427- und 1428- und 1429- und 1430- und 1431- und 1432- und 1433- und 1434- und 1435- und 1436- und 1437- und 1438- und 1439- und 1440- und 1441- und 1442- und 1443- und 1444- und 1445- und 1446- und 1447- und 1448- und 1449- und 1450- und 1451- und 1452- und 1453- und 1454- und 1455- und 1456- und 1457- und 1458- und 1459- und 1460- und 1461- und 1462- und 1463- und 1464- und 1465- und 1466- und 1467- und 1468- und 1469- und 1470- und 1471- und 1472- und 1473- und 1474- und 1475- und 1476- und 1477- und 1478- und 1479- und 1480- und 1481- und 1482- und 1483- und 1484- und 1485- und 1486- und 1487- und 1488- und 1489- und 1490- und 1491- und 1492- und 1493- und 1494- und 1495- und 1496- und 1497- und 1498- und 1499- und 1500- und 1501- und 1502- und 1503- und 1504- und 1505- und 1506- und 1507- und 1508- und 1509- und 1510- und 1511- und 1512- und 1513- und 1514- und 1515- und 1516- und 1517- und 1518- und 1519- und 1520- und 1521- und 1522- und 1523- und 1524- und 1525- und 1526- und 1527- und 1528- und 1529- und 1530- und 1531- und 1532- und 1533- und 1534- und 1535- und 1536- und 1537- und 1538- und 1539- und 1540- und 1541- und 1542- und 1543- und 1544- und 1545- und 1546- und 1547- und 1548- und 1549- und 1550- und 1551- und 1552- und 1553- und 1554- und 1555- und 1556- und 1557- und 1558- und 1559- und 1560- und 1561- und 1562- und 1563- und 1564- und 1565- und 1566- und 1567- und 1568- und 1569- und 1570- und 1571- und 1572- und 1573- und 1574- und 1575- und 1576- und 1577- und 1578- und 1579- und 1580- und 1581- und 1582- und 1583- und 1584- und 1585- und 1586- und 1587- und 1588- und 1589- und 1590- und 1591- und 1592- und 1593- und 1594- und 1595- und 1596- und 1597- und 1598- und 1599- und 1600- und 1601- und 1602- und 1603- und 1604- und 1605- und 1606- und 1607- und 1608- und 1609- und 1610- und 1611- und 1612- und 1613- und 1614- und 1615- und 1616- und 1617- und 1618- und 1619- und 1620- und 1621- und 1622- und 1623- und 1624- und 1625- und 1626- und 1627- und 1628- und 1629- und 1630- und 1631- und 1632- und 1633- und 1634- und 1635- und 1636- und 1637- und 1638- und 1639- und 1640- und 1641- und 1642- und 1643- und 1644- und 1645- und 1646- und 1647- und 1648- und 1649- und 1650- und 1651- und 1652- und 1653- und 1654- und 1655- und 1656- und 1657- und 1658- und 1659- und 1660- und 1661- und 1662- und 1663- und 1664- und 1665- und 1666- und 1667- und 1668- und 1669- und 1670- und 1671- und 1672- und 1673- und 1674- und 1675- und 1676- und 1677- und 1678- und 1679- und 1680- und 1681- und 1682- und 1683- und 1684- und 1685- und 1686- und 1687- und 1688- und 1689- und 1690- und 1691- und 1692- und 1693- und 1694- und 1695- und 1696- und 1697- und 1698- und 1699- und 1700- und 1701- und 1702- und 1703- und 1704- und 1705- und 1706- und 1707- und 1708- und 1709- und 1710- und 1711- und 1712- und 1713- und 1714- und 1715- und 1716- und 1717- und 1718- und 1719- und 1720- und 1721- und 1722- und 1723- und 1724- und 1725- und 1726- und 1727- und 1728- und 1729- und 1730- und 1731- und 1732- und 1733- und 1734- und 1735- und 1736- und 1737- und 1738- und 1739- und 1740- und 1741- und 1742- und 1743- und 1744- und 1745- und 1746- und 1747- und 1748- und 1749- und 1750- und 1751- und 1752- und 1753- und 1754- und 1755- und 1756- und 1757- und 1758- und 1759- und 1760- und 1761- und 1762- und 1763- und 1764- und 1765- und 1766- und 1767- und 1768- und 1769- und 1770- und 1771- und 1772- und 1773- und 1774- und 1775- und 1776- und 1777- und 1778- und 1779- und 1780- und 1781- und 1782- und 1783- und 1784- und 1785- und 1786- und 1787- und 1788- und 1789- und 1790- und 1791- und 1792- und 1793- und 1794- und 1795- und 1796- und 1797- und 1798- und 1799- und 1800- und 1801- und 1802- und 1803

NACHRICHTEN

Prost holte noch auf

Paris (dpa) - Alain Prost (Frankreich) liegt nur noch dreieinhalb Punkte hinter dem Österreicher Niki Lauda vor dem letzten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Portugal. Der Internationale Automobilsport-Verband (FISA) hat nach dem Ausschluss des englischen Rennstalls Tyrrell eine Neuverteilung der WM-Punkte beschlossen. Jean-Marie Balestre (Frankreich) wurde in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Sundström auf Platz sechs

Paris (sid) - Der 20 Jahre alte Schwede Henrik Sundström nimmt in der Tennis-Welttrangliste den sechsten Platz ein. Es führt weiterhin Wimbledonieger John McEnroe (USA) vor seinem Landsmann Jimmy Connors, dem Tschechoslowaken Ivan Lendl, Mats Wilander (Schweden) und Andres Gomez (Ecuador).

Kathy Jordan kommt

Filderstadt (dpa) - Neben der deutschen Meisterin Isabel Cueto (Stuttgart) erhielt die Amerikanerin Kathy Jordan eine "Wild Card" für das Grand-Prix-Turnier in Filderstadt (15.-21. Oktober). Jordan wurde hinter Pam Shriver (USA) an Nummer zwei gesetzt, dadurch fiel Sylvia Hanika (München) als Achte aus der Setzliste.

Zeller soll Berater werden

München (sid) - Eiskunstlauf-Bundestrainer Erich Zeller wird nach Beendigung seiner Tätigkeit im Dienst der Deutschen Eiskunstlauf-Union (DEU) stehen. Der Verband arbeitet an einem Berater-Vertrag, den der wegen Erreichen des Pensionsalters zum 31. Januar 1985 ausscheidende Zeller ausfüllen soll.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Tokio, zweite Runde: Schopp (Deutschland) - Yanagi (Japan) 6:1, 6:3, Quilan (USA) - Elsterlechner (Deutschland) 6:1, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2.901.397,90, 2: 152.705,10, 3: 8616,80, 4: 154,50, 5: 11,30. - Toto, Eiferwette: Klasse 1: 228.045,80, 2: 17.103,40, 3: 890,80. - Auswahlwette: 16 aus 45: Klasse 1: 858.847,90, 2: 75.816,45, 3: 8748,00, 4: 136,20, 5: 11,00. - Rennquoten: Rennen A: Klasse 1: 38,50, 2: 9,10. - Rennen B: Klasse 1: 1254,70, 2: 101,00. - Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 547.996,80. (Ohne Gewähr).

BUNDESLIGA / Diskussion über die Vorschläge von Willi O. Hoffmann und Helmut Benthaus

„Vereine sollen mit sich selbst ins reine kommen“

BERND WEBER, Bonn

Am vergangenen Wochenende besuchten 176.000 Zuschauer die neun Begegnungen der ersten Fußball-Bundesliga. Es ist ein Schnitt von 19.000 pro Spiel, und der entspricht, zumal bei den nicht gerade optimalen Wetterbedingungen, durchaus den Erwartungen. Aber dennoch: Auch in dieser Saison verlässt der Besucherstrom die leidigen Vereinskasernen nicht gerade zu Freudenstürmen - im Gegenteil. Die verkorkste Europameisterschaft, hohe Arbeitslosenzahlen in den Bevölkerungs-Ballungsgebieten machen die Bundesliga zu schaffen. Und wie immer, wenn die Fans nicht so zahlreich wie erhofft in die Stadien pilgern, ist das Geschrei nach Reformen besonders groß. Die Bundesliga soll attraktiver werden, so lautet das Schlagwort. Und ausgefüllt wird es in letzter Zeit besonders häufig mit der Forderung nach ihrer Reduzierung.

Hermann Neuburger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), hat sich schon vor langer Zeit dafür stark gemacht, die Zahl der Erstligaklubs von derzeit 16 auf 12 zu senken. Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer tut es ihm gleich. Jetzt ist Willi O. Hoffmann, der Präsident von Bayern München, sozusagen mit einer Radikalforderung an die Öffentlichkeit getreten. In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ setzte er sich vehement dafür ein, die Bundesliga auf nur 14 Vereine zu ver-

ringern. Mit der Begründung: „Wir haben nicht so viele gute Spieler, wie wir es den Zuschauern immer weismachen wollen. Aber diese Spieler auf 14 Klubs verteilt, würde das gesamte Niveau des Profi-Fußballs schlagartig heben.“

Nach Hoffmanns Vorstellungen sollen die acht bestplatzierten Vereine in einer Play-off-Runde am Saisonende den Meister ermitteln. Das klingt durchaus noch realistisch. Aber das gewiß nicht mehr: Der Zirkel der 14 Ausgewählten soll über einen langen Zeitraum Bestand haben. Was im Klartext heißt: Es soll weder einen Auf- noch einen Abstieg geben.

DFB-Ligasekretär Wilfried Straub, der im übrigen nach Meinung des Bayern-Präsidenten aus seinem Verband ausscheiden und zum Angestellten, das heißt zum Manager der „Profi-Liga“ umfunktioniert werden soll, bezeichnete die Vorschläge von Hoffmann in einem Gespräch mit der WELT als „unausgegoren“. Sie sind es wohl auch.

Wahrscheinlich hat die Tatsache, daß Bayern München immer eine exponierte Stellung in der Bundesliga eingenommen hat (worauf die Verantwortlichen völlig zu Recht stolz sein dürfen), seinem Präsidenten den Blick für die Realität getrübt. Fest steht jedoch, daß die Bundesliga in vielen Jahren ihren Spannungsbogen in erster Linie durch die Abstiegskämpfe bezogen hat. Straub: „Die Fluktuation in der Liga ist ein ganz wesentlicher Punkt, um ihre At-

traktivität zu erhalten. Über die Reduzierung kann man natürlich reden.“ Hat man je auch schon geredet. Nur das Bild, das sich bei der Diskussion über dieses Thema ergab, ist bislang völlig uneinheitlich.

Wie bekannt, haben sich die Bundesliga-Manager vor nicht allzu langer Zeit bei einer Tagung in der Frankfurter DFB-Zentrale mit 17 gegen eine Stimme dafür ausgesprochen, die Zahl der Erstligaklubs auf 16 zu verringern. Indes, als die Vereinspräsidenten kurz danach in gleicher Sache Meinungsbildung betrieben, lautete das Abstimmungsergebnis 13:5 - gegen eine Reduzierung.

Straub zur WELT: „Der DFB, und insbesondere der Liga-Ausschuss, sind in der Vergangenheit mehrfach massiv von den Vereinen attackiert worden, weil sie angeblich, gerade was die Verkleinerung der Bundesliga betrifft, nicht reformwillig seien. Ich weise diesen Vorwurf mit Entschiedenheit zurück. Die Vereine haben nämlich an der falschen Haustür geklingelt. Sie sollten erst einmal mit sich selbst ins reine kommen und klar darlegen, was sie eigentlich wollen.“

Hoffmann war der eine, der seine Reformgedanken zur Diskussion gestellt hat. VfB Stuttgart-Trainer Helmut Benthaus der andere. Er erhob die Forderung: „Die Absteigeregel im Fußball muß unbedingt und sofort abgeschafft werden.“ Begründung: Die Regel sei längst überholt. Ohne sie würde der Fußball wesentlich konflikthafter, das Spiel attraktiver.

Und, so Benthaus: „In letzter Konsequenz würde auch weniger hart gespielt.“ Im Fußball-Fachblatt „Kicker“ wird der Trainer wie folgt zitiert: „Wenn einer die Absteigeregel durchbricht, ist jede Verteidigung darauf vorbereitet, die Notbremse zu ziehen. Und die Spieler, die den Ball führenden attackieren, spielen fast immer unfair.“

Das mag sehr wohl die eine Seite der Medaille sein. Aber: Um wieviel ärmer würde der Fußball, wenn sich seine Fans nicht mehr um die immer wieder auftretende Streitfrage, ob ein Tor aus Absteigstellung oder nicht erzielt wurde, die Köpfe heiß reden könnten? Nein, Abstieg und Absteig bleiben das Salz in der Fußball-Suppe. Daß sich Hoffmann und Benthaus Gedanken um ihr Metier gemacht haben, ist durchaus verdienstvoll. Das Ei des Kolumbus haben sie sicherlich nicht ausgedacht. Es steht zu befürchten, daß dazu niemand in der Lage sein wird. ...

*

In der Bundesliga kommt es heute zu den Spielen (20.00 Uhr): Hamburg - Bielefeld (2:0), Frankfurt - Uerdingen (2:2), Düsseldorf - München (4:1), Stuttgart - Dortmund (3:1), Leverkusen - Karlsruhe (-:), Schalke - Bremen (-:). Morgen (20.00 Uhr) findet noch das Spiel Mönchengladbach - Braunschweig (6:2) statt. Das Spiel Mannheim - Köln wurde verschoben. In Klammern die Ergebnisse vom letzten Jahr.

FUSSBALL / Italiens Bestechungsskandal

Der Weltverband untersucht

Jetzt schaltet sich der Weltfußball-Verband (FIFA) in den „Fall Kamerun“ ein. Laut Mitteilung von Generalsekretär Joseph S. Blatter in Zürich will der Verband den Gerichten wegen angeblicher Bestechung einiger Spieler Kameruns vor dem Spiel Italien - Kamerun während der WM-Endrunde 1982 in Spanien offiziell nachgehen. Eine Zusicherung gab Blatter dem italienischen Verbandssekretär Dario Borgogni, der zwecks Entlastung des Weltmeisters um Aufklärung des Falls bat.

Damit reagierten die FIFA und der italienische Verband auf die am 28.

September in der italienischen Wochenzeitung „Epoca“ erhobenen Vorwürfe, wonach sich Italien beim WM-Spiel gegen Kamerun mit unerlaubten Mitteln den Verbleib im Wettbewerb gesichert habe. Italien trennte sich am 23. Juni 1982 in Vigo im letzten Gruppenspiel von Kamerun 1:1 und qualifizierte sich damit für die nächste Runde. Kamerun blieb zwar in den Gruppenspielen ungeschlagen, schied aber dennoch aus.

Die Untersuchung der FIFA erfolgt aufgrund Artikel 2 der Statuten, nach denen der Verband verpflichtet ist, gegen unlautere Machenschaften im Spielbetrieb einzuschreiten.

OLYMPIA

Seoul behält die Spiele

dpa, Rom

Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) von Italien, Franco Carraro, hat ernste Bedenken gegen die Austragung der nächsten Olympischen Spiele 1988 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul angemeldet. Vor Journalisten schlug Carraro in Rom vor, lieber eine europäische Stadt als Austragungsort der Spiele auszuwählen und Seoul erst 1992 als Olympia-Stadt vorzuschlagen.

„Es scheint mir, daß viele glauben, es wäre besser, wenn Seoul Olympia-Stadt bliebe, aber erst 1992 drankäme. Diese Lösung würde Südkorea nicht zu sehr bestrafen und keinen Gesichtsvorteil für das Internationale Olympische Komitee bedeuten“, sagte Carraro, der auch Präsident der Vereinigung der Europäischen NOKs ist und aus Anlaß einer Tagung dieses Gremiums in Rom sprach.

„Es ist wahrscheinlicher, daß sich eine europäische Stadt zeitgerecht als Austragungsort der Spiele 1988 vorbereiten kann, als daß die Spiele in Seoul ohne Probleme ablaufen“, meinte der NOK-Präsident, der offenbar politisch motivierte Boykotte wie bei den vergangenen beiden Olympischen Spielen in Moskau und Los Angeles vermeiden möchte.

Als Beispiele für alternative Austragungsorte nannte Carraro Barcelona oder Paris, die sich für 1992 beworben haben. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ließ durch seine Direktorin Monique Berlioux erklären: „Eine Verlegung ist nicht möglich. Es bleibt bei Seoul 1988.“

*

Als „unmöglich“ bezeichnete Präsident Bernard Restout vom Europäischen Amateur-Box-Verband (EABA) das Vorhaben, die Kämpfe des olympischen Box-Turniers 1988 in Seoul wegen der Fernseh-Direktübertragungen in die USA für die Morgenstunden anzusetzen. Bei einem Besuch in Ost-Berlin erklärte der französische Verbands-Präsident: „Wir müssen in erster Linie an die Aktiven denken und nicht an das Fernsehen. Kämpfe am Morgen verbieten sich schon deshalb, weil die Boxer mindestens sechs Stunden vor dem Kampf gewogen werden müssen.“

SCHACH

10. Partie endete remis

LUDEK PACHMAN, Bonn

Titelverteidiger Anatoli Karpow und sein Herausforderer Garri Kasparow (beide UdSSR) einigten sich bei der zehnten Partie um die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau schon beim 15. Zug auf ein Unentschieden. Daher bleibt es bei der 4:0-Führung von Karpow, der die dritte, die sechste, die siebente und neunte Partie für sich entschieden hatte und damit nur noch zwei Siege benötigt, um seinen Titel zu behalten.

Die zehnte Partie dieses Wettkampfes in Moskau war nicht mehr als eine Demonstration der guten theoretischen Vorbereitung des Weltmeisters auf diesen Wettbewerb. Im siebenten Zug wählte Karpow eine weniger übliche Fortsetzung - fast ausschließlich 7... Le7 gespielt - und sein Zug (statt Sxc3) ist eine Neuerung. Der Herausforderer Kasparow opferte im zehnten Zug einen Bauern, der Weltmeister aber lehnte das Opfer ab - 11... Sxd5 wäre wegen 12. Sxd5 Lxd5, 13. Lb5 recht gefährlich. Das Spiel war dann ausgeglichen, trotzdem ist ein so vorzeitiges Unentschieden überraschend, denn wo will Kasparow überhaupt noch versuchen, dem Wettkampf einen neuen Verlauf zu geben?

Die Notation (Damen-indisch, Weiß Kasparow):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.Sc3 Lb7, 5.a3 d5, 6.exd Sxd5, 7.e3 Sd7, 8.Ld3 S5f6, 9.e4 c5, 10.d5 exd, 11.Lxd Ld6, 12.0-0 0-0, 13.Lg5 Dc7, 14.Lf5 a6, 15.Dd2 remis.

Für Kasparow erscheint die Lage so gut wie aussichtslos. Er müßte jetzt sechs Partien gewinnen und dürfte nur noch eine verlieren, wenn er Karpow den Titel abnehmen will. Die elfte Partie spielt Kasparow wieder mit den weißen Steinen, mit denen er drei seiner bisherigen vier Siege schaffte.

*

Bei dem in Wolgograd ausgetragenen Finale der Frauen steht es nach neun Partien 4,5:4,5. Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und Herausfordererin Irina Lewitina gewannen je zwei Partien. Die übrigen endeten remis und bringen hier je einen halben Punkt. Siegerin ist, wer acht einhalb Punkte erreicht. Steht der Kampf nach 16. Partien 8:8, bleibt es bei der bisherigen Weltmeisterin.

Schade, daß Rudolf Diesel das nicht mehr erlebt hat: M.A.N.-Formel 6.

Es war Rudolf Diesel, der 1897 bei M.A.N. den ersten Diesel-Motor der Welt entwickelte. Und 1923 entstand - auch bei M.A.N. - der Welt erster Fahrzeug-Dieselmotor mit Direkteinspritzung.

Eine lange Geschichte. Und was ist daraus geworden?

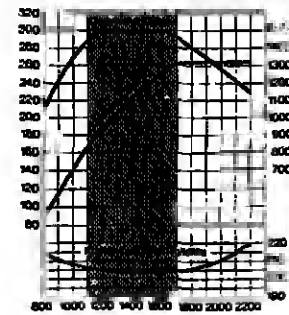
Eine heute einzigartige Motoren-Generation:

die Formel 6 von M.A.N.

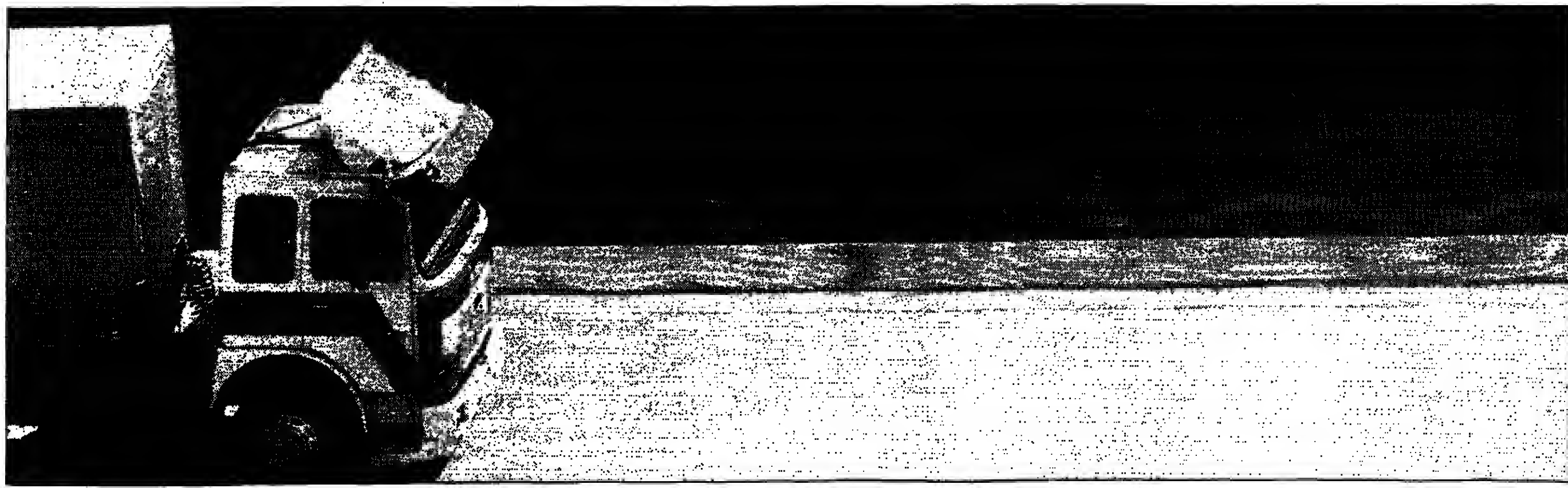
Und an deren Spitze steht ein Triebwerk besonderer Prägnanz. In einem Lkw von außergewöhnlicher Leistung.

Die jüngste Entwicklung, der M.A.N. 19.361 - natürlich mit Formel 6-Triebwerk - erzielte reihenweise Klassenrekorde. Im In- und Ausland. Die internationale Fachpresse bescheinigte: Extrem niedriger Verbrauch bei hoher Transportgeschwindigkeit.

Verständlich, daß solche Eigenschaften immer wichtiger werden, wo Kosten- und Zeitersparnis immer mehr an Bedeutung gewinnen.



M.A.N.
DER NAME FÜR NUTZFAHRZEUGE



M.A.N.-Formel 6 - 6-Zylinder-Reihenmotor mit kombinierter Aufladung und Ladeluftkühlung. Von 125 kW (170 PS) bis 265 kW (360 PS).

NH: Strafanträge gegen Besetzer zurückgezogen

hbk, Berlin
Wenige Tage nach Bekanntwerden einer umfangreichen Untersuchung über kriminelle Aktivitäten in den 50 legalisierten Berliner Häusern der Besetzerzone (WELT vom 1. 10.) zog die gewerkschaftseigene „Neue Heimat“ jetzt sämtliche Strafanträge gegen frühere Hausbesetzer zurück. Es sind 177 Personen, die in 26 Strafvorfällen belangt worden waren.

Weitere Vorwürfe, neben dem Hausfriedensbruch, werden von der Staatsanwaltschaft weiterverfolgt. Die „Neue Heimat“ erklärte, vor der Entscheidung, diese Anträge zurückzunehmen, habe man sich mit den zuständigen Berliner Behörden beraten. Der seitherzeit gebrochene Friede sei „unter größten Anstrengungen“ wiederhergestellt worden. Dies sei für die „Neue Heimat“ Grund genug, „etwas hinzuzufügen, das geeignet ist, diesen inneren Frieden zu stärken und zu festigen.“ Das Unternehmen wolle mit seinem Schritt auch eine „relative Gleichstellung“ zwischen den mit Strafe bedrohten Besetzern und den legalisierten und somit „rechtmäßigen“ Mietern erreichen.

Während der Amtszeit des SPD/FDP-Senats von Hans-Jochen Vogel und Guido Brunner waren im Frühjahr 1981 insgesamt 165 Häuser besetzt worden. Jetzt gelten nur noch zwei als besetzt. Das erwähnte Papier der Staatsanwaltschaft wies jedoch auf die starke kriminelle Belastung vor allem in 50 auf engem Raum in Kreuzberg liegenden Häusern hin.

Den Umfang der juristischen Aufarbeitung des Berliner „Häuserkampfes“ erhellen folgende Zahlen: Seit August 1980 leitete die Staatsanwaltschaft rund 2500 Ermittlungsverfahren gegen 5320 namentlich bekannte Hausbesetzer ein. In 2000 Fällen wurde das Verfahren wegen „mangelnden öffentlichen Interesses“ eingestellt und die Hauseigentümer auf den Privatklageweg verwiesen. In 205 Fällen erhob die Staatsanwaltschaft gegen 724 Beschuldigte Anklage oder beantragte einen Strafbefehl.

Als die Absicht der „Neuen Heimat“, die Strafanträge zurückzuziehen, im Sommer bekannt wurde, erklärte der damalige Justizsenator Hermann Oxfort (FDP): „Sollten alle laufenden Verfahren aufgrund von Rücknahmen der Strafanträge eingestellt werden müssen, hat das schwere Folgen, auch für die politische Moral in dieser Stadt.“

In einem Interview sagte er zu diesem Thema weiter: „Hausfriedensbruch kann eine schwerwiegende Straftat sein, wenn etwa einem Hauseigentümer – wie bei Besetzungen nicht ungewöhnlich – jahrelang das Recht auf sein Eigentum entzogen wird. Das Wort ‚Hausfriedensbruch‘ trifft hier einen Sachverhalt, der durchaus schwerer wiegt als gemeinhin angenommen wird.“ Trotz Oxforts Warnung hatte die FDP-Fraktion damals die Überlegungen der „Neuen Heimat“ ausdrücklich begrüßt.

„Im Frieden keine Sabotage“

AP, Bonn
Das Zuziehen von Sprengkammern in Brücken in Friedenszeiten ist nach Auffassung der Bundesregierung in aller Regel keine Sabotage, sondern Sachbeschädigung. Zu diesem Schluß kam der parlamentarische Staatssekretär Benno Erhard vom Bundesjustizministerium in seiner Antwort an den CSU-Rechtsexperten Fritz Wittmann, der um eine rechtliche Würdigung einer Aktion von Mitgliedern der „Friedensbewegung“ am 16. September in Frankfurt gebeten hatte, bei der Sprengschächte durch Zuziehen unbrauchbar gemacht worden waren.

Erhard argumentierte, zur Verwirklichung des Tatbestands „Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln“ nach Paragraph 109a des Strafgesetzbuches sei es erforderlich, „daß durch das Unbrauchbarmachen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, die Schlagkraft der Truppe oder Menschenleben gefährdet werden“. Dabei müsse es zu einer konkreten Gefährdung kommen, zum Herbeiführen eines Zustands, in dem der Eintritt des Schadens nahe liege. Eine derartige Gefahr werde bei Aktionen wie der in Frankfurt nur in besonderen Ausnahmefällen anzunehmen sein.

Chile: Führer der Opposition verhaftet

AP, Santiago
Die chilenische Militärregierung hat die Verhaftung aller Führungspolitiker der Opposition angeordnet, um einer neuen Welle öffentlicher Proteste zuvorzukommen. Ihnen wird vorgeworfen, durch die Teilnahme an den „Protesttagen“ im September gegen das Staatssicherheitsgesetz verstoßen zu haben.

Von der Maßnahme betroffen sind die Führer der „Demokratischen Allianz“, der die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und anderer Allende-Anhänger angehören, die sich ihrerseits in der „Demokratischen Volksbewegung“ zusammengeschlossen haben, sowie der Gewerkschaftsbewegung „Nationales Kommando der Arbeiter“.

Formaldehyd gilt nur als „krebsverdächtig“

DW, Berlin

Eine „Art Freispruch mangels Beweisen“ hat der gemeinsame Empfehlungsbereich dreier mit Gesundheitsschutz befaßter Behörden für das chemische Bindemittel Formaldehyd ergeben. Bundesgesundheitsamt, Umweltbundesamt und die Bundesanstalt für Arbeit konnten den Verdacht, Formaldehyd erzeuge Krebs beim Menschen, nicht schlüssig bejahen. Dafür gibt es nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler keine hinreichenden Anhaltspunkte, wenngleich nicht alle Verdachtsmomente ausgeräumt sind, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes, Heinrich von Lersner, in Berlin. Die drei Behörden stuften Formaldehyd faktisch jedoch als krebsverdächtig ein und empfehlen eine Verwendung nur unter strengen Auflagen.

In dem gemeinsamen Bericht an die Bundesministerien für Inneres und Gesundheit schlagen die Behörden unter anderem vor, Formaldehyd mit dem Satz „Irreversibler Schaden möglich“ zu kennzeichnen und den Einsatz von Formaldehyd-Produkten in Innenräumen zu begrenzen.

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler (CDU) meinte in einer

Stellungnahme zum Bericht der Ämter, dieser bewiese, „daß kein Anlaß bestand und besteht, in Hysterie zu verfallen“. Es existierte keine klare Beweise, daß Formaldehyd beim Menschen Krebs erzeuge.

Das Bundesarbeitsministerium machte darauf aufmerksam, daß es sich auch nach Vorlage des Berichts als richtig erwiesen habe, in den auch von ihm miteingereichten Entwurf einer neuen Gefahreinstoffverordnung Formaldehyd „nicht als krebszeugend, sondern krebsverdächtig“ einzustufen.

Geißler kündigte an, sein Ministerium wolle eine Gefahreinstoffverordnung vorlegen, die noch in diesem Jahr vom Bundeskabinett verabschiedet werden solle. In der Verordnung werde entsprechend dem Vorschlag des Berichts der bisherige Richtwert von 0,1 ppm (parts per million) für die Formaldehyd-Belastung vorgeschrieben. Das bedeutet, daß Erzeugnisse wie Spanplatten oder Möbel künftig so beschaffen sein müssen, daß das von ihnen abgegebene Formaldehyd nicht zu einer höheren Innenraumkonzentration führt. Diese Erzeugnisse werden von Bundesgesundheitsamt geprüft.

DGB kündigt Solidaritäts-Aktionen auch im öffentlichen Dienst an

Fehrenbach zur WELT: Arbeitszeitverkürzungen führen immer zu höherem Personalbedarf

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will seine Mitgliedsgewerkschaften in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen nötigenfalls zu ähnlichen Solidaritätsaktionen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufrufen, wie sie im Frühsommer zur Unterstützung der Forderung von IG Metall und IG Druck und Papier nach der 35-Stunden-Woche stattgefunden haben.

Im Gespräch mit der WELT begründete der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach die Doppel-Forderung nach höheren Einkommen für die 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit mit der Notwendigkeit, einen Solidaritätsbeitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Die größte der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die ÖTV, verlangt fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie zusätzlich zehn bezahlte freie Tage im Jahr. Rechnerisch soll dies einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden entsprechen.

Fehrenbach: „Wir gehen ganz pauschal davon aus, daß Arbeitszeitverkürzungen, in welcher Form auch immer, im Ergebnis zu mehr Personalbedarf führen – auch im öffentlichen Dienst.“ Das gelte auch für Arbeitszeitverkürzung durch zusätzliche freie Tage, die den Erfordernissen bestimmter Dienste besser entsprächen als die Verkürzung der Wochenstunden. „Dabei muß man sicher mit Blick auf die Vergangenheit die Feststellung treffen: Soweit von solchen Maßnahmen reine Verwaltungsarbeiten betroffen werden, sind die Auswirkungen hinsichtlich neuer Arbeitsplätze am geringsten gewesen.“ Vielsch sei verlangt worden, dieselbe Leistung in der kürzeren Zeit zu bewältigen. „Dort, wo die Dienste maßbar sind“ – als Beispiel nannte Fehrenbach den Postverteil- und Post-Zustelldienst – sei „zwangsläufig das Ergebnis, daß man mehr Kräfte einstellen muß“.

Ein Ausweichen auf Rationalisierung oder einen erhöhten Privatisierungsdruck in den Verwaltungen von Gemeinden, Ländern oder beim Bund erwartet der stellvertretende

DGB-Chef nicht durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Möglichkeiten würden ohnehin geprüft; die Entscheidungen seien nicht von den Ergebnissen der Tarifauseinandersetzung um die Arbeitszeit abhängig.

Die Forderung nach einem Durchbrechen der sogenannten „Nullrunde“ im Einkommensbereich ist in den Gewerkschaften nie strittig gewesen. Hier zeichnet sich auch ein Angebot der öffentlichen Arbeitgeber für die morgen in Stuttgart beginnende zweite Verhandlungsrunde ab, nachdem der Bundeskanzler und auch Finanzminister Stoltenberg schon ein Ende des sogenannten „Sonderopfers“ des öffentlichen Dienstes mit dem Ablauf dieses Jahres signalisiert haben.

Die Forderung der Gewerkschaften läßt sich nach Meinung Fehrenbachs nicht aufteilen in Einkommens- und Arbeitszeitforderung. Die Lösung müsse in jedem Fall „kombiniert“ sein. Allerdings machte Fehrenbach deutlich, daß er nur ein Volumen für realistisch halte, das den Abschluß in der gewerblichen Wirtschaft nicht übersteige.

ÖTV gegen den Ausstieg aus der Kernenergie

AP, Karlsruhe

Mit großer Mehrheit hat der Kongreß der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gestern einen Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt, der in mehreren Anträgen gefordert worden war. Die Mehrheit der Delegierten stimmte auf dem in Karlsruhe fortgesetzten 10. Gewerkschaftstag auch gegen einen Baustopp für Wiederaufbereitungsanlagen und den Ausstieg aus der Brütertechnologie. Der entsprechende Leitantrag, der von der Gewerkschaftsvorsitzenden Monika Wulf-Mathies mitgetragen wurde, fand 371 Befürworter, 278 Delegierte stimmten dagegen.

Frau Wulf-Mathies hatte vor der Abstimmung gewarnt, daß „ein Ausstieg aus der Kernenergie keine Patentlösung“ sei. Sie plädierte für den friedlichen Einsatz der Kernenergie im unbedingt erforderlichen Umfang sowie für die verstärkte Erforschung alternativer Energiequellen und eine verbesserte Sicherheit der Anlagen und meinte an, daß die Entsorgung sichergestellt werden müsse.

Rappe denkt über Große Koalition nach

dpa, Hanau

Die Hanauer Stadtverordneten haben der Absicht der Grünen, die beiden Nuklearbetriebe der Stadt stillzulegen, eine klare Absage erteilt. Einmütig forderten SPD, CDU und FDP im Stadtparlament die Landesregierung auf, im Interesse der Erhaltung der rund 2000 Arbeitsplätze die Nuklearfirmen Alkem und Nukem weiterzuführen. Nach Überzeugung des Vorsitzenden der IG Chemie und SPD-Bundestagsabgeordneter Hermann Rappe darf Ministerpräsident Holger Börner (SPD) der Forderung nach Schließung der Plutoniumwerke nicht nachgeben. Rappe sagte im Saarländischen Rundfunk, angesichts der aktuellen Situation müsse „über andere Bündnismöglichkeiten“ nachgedacht werden. Rappe sprach sich dafür aus, die Regierungsbildung in Bund und Ländern mit Großen Koalitionen zu ermöglichen.

„Weniger Schadstoffe durch Tempolimit“

hbk, Berlin

Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin haben jetzt die Kenntnisse des Umweltbundesamtes untermauert, wonach eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 Stundenkilometer auf Autobahnen und Tempo 80 auf Bundesstraßen den Schadstoffausstoß deutlich verringert.

Nach einer Untersuchung des TÜV-Fachbereichs „Verkehrswesen“ führt eine Tempobegrenzung zu folgenden günstigen Ergebnissen: Auch wenn sich nur 70 Prozent der Autofahrer an die Begrenzungen halten, würden jährlich 260 000 Tonnen Stickoxide – das heißt 26 Prozent sämtlicher Pkw-Schadstoffe – 33 000 Tonnen Kohlenwasserstoffe (sieben Prozent) und 540 000 Tonnen Kohlenmonoxid (zehn Prozent) weniger in die Luft abgegeben. Aus den Analysen unter dem Titel „Szenario Autoverkehr 2000“ geht ferner hervor, daß sich bei Tempo 100 auch erhebliche Mengen Benzin und Diesel einsparen ließen.

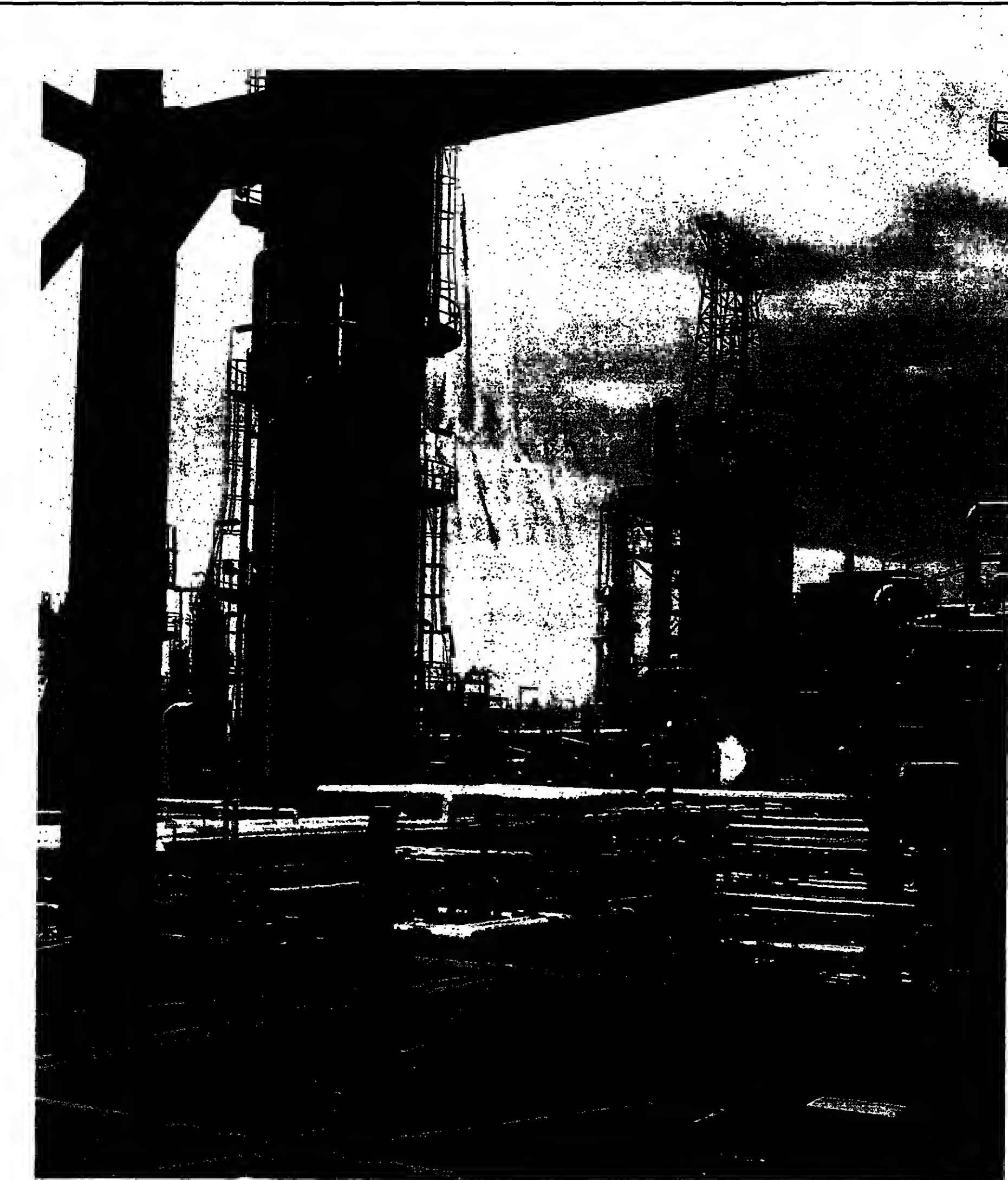
Zu gegenteiligen Meßwerten der Autoindustrie heißt es in der TÜV-Mitteilung: „Diese Angabe läßt sich auf den methodisch unzulässigen Vergleich zweier Emissionswerte zurückführen, die unter unterschiedlichen Bedingungen ermittelt wurden. In die Berechnungen der Automobilindustrie gingen bei niedriger Geschwindigkeit emissionssteigernde Beschleunigungs- und Leerlaufphasen ein, die den Verkehrsfluß auf Ausfallstraßen charakterisieren sollen. Bei höherer Geschwindigkeit wurde dagegen ein Emissionswert verwendet, der bei konstanter Geschwindigkeit ermittelt wurde.“

BKA kennt Domizil von RAF-Mitgliedern

DW/rtr/dpa, Münster

Das Bundeskriminalamt (BKA) kennt den Aufenthaltsort von im Ausland untergetauchten Mitgliedern der linksextremen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Dennoch seien die Gesuchten zur Zeit für das BKA „nicht verfügbar“, sagte dessen Vizepräsident Gerhard Boeden gestern bei einem Terrorismusseminar der Internationalen Polizeigewerkschaft. In der Breitenwirkung sei die RAF allerdings mittlerweile von den „Revolutionären Zellen“ (RZ) überflügelt worden, meinte Boeden. Trotz zahlreicher Verhaftungen schaffe es die RAF aber offenbar immer noch, neue Mitglieder zu gewinnen und sich neu zu formieren. RAF und RZ komme es darauf an, „mit geringem Einsatz und Risiko größtmöglichen Schaden“ zu verursachen.

Der Linksradikalismus ist nach Meinung von Boeden unverändert ein Kernproblem der inneren Sicherheit. Auch die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen, „die nicht unterschätzt werden dürfen“, bereiten Sorgen.



470 Millionen in deutsche ESSO Raffinerie investiert. Erfolg: Mehr Kraftstoff aus jeder Tonne Rohöl.

Öl wird noch viele Jahrzehnte die unersetzlichen Produkte für das Auto, für die energiesparende Ölheizung und die Chemie liefern. Es ist viel zu wertvoll, um als Schweröl unter Kraftwerkskesseln verheizt zu werden.

Wir sind deshalb ständig bemüht, den bei der Rohöl-Verarbeitung anfallenden Anteil schwerer Rückstände zu vermindern und dafür mehr Kraftstoff und leichtes Heizöl herauszuholen.

So investieren wir 470 Millionen Mark in unsere Raffinerie Karlsruhe und haben mit bis zu 1.200 Beschäftigten von 55 Firmen eine Konversionsanlage bauen lassen, mit der wir die schweren Rückstände des Rohöls weiterverarbeiten können.

Erstes Ergebnis dieser wichtigen Investition in die Zukunft: rund 20 Prozent mehr Kraftstoff und Heizöl aus jeder Tonne Rohöl.

Zweites Ergebnis: vorhandene Arbeitsplätze wurden gesichert, neue geschaffen.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.



Ein Mitglied der weltweiten EXXON Organisation

TV gegen
Ausstieg
der Kerne

Mittwoch, 10. Oktober 1984
Nr. 238

WELT DER WIRTSCHAFT

13

Eigentor in Brüssel

gibt es eine Reise, dann lässt es sich leicht schimpfen – so könnte man in Abwandlung des Sprichworts die Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dressler, vor dem SPD-Ortsverein in Brüssel (so etwas gibt es!) charakterisieren. Da zog der in der IG Druck und Papier großgewordene Funktionär in der belgischen Hauptstadt von Leder wider den Arbeits- und Sozialminister Bonn. „In der Bundesrepublik Deutschland setzen wir uns mit dem Bundesarbeitsminister Blum auseinander, der mit dem Abbau von Arbeitsstellen begonnen hat“, verkündete Dressler seinen Zuhörern. Blum blockierte die fünfte Richtlinie der EG über Struktur der Arbeitsgesellschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Und das, obwohl die EG ohne hinter dem deutschen Mitbestimmungsrecht zurückbliebe.

Was Dressler nicht sagte: Blum ist gerade von jenen „mit größtem Nachdruck“ aufgefordert worden, sich dem Richtlinienvorschlag zu widersetzen, mit denen Dressler sonst in einer Reihe für mehr Mitbestimmung zu kämpfen vorgibt. Der SPD-Abgeordnete Hans Urbanik aus Dortmund ist dabei, ebenso die Führung des DGB in Presseerklärung und Stellungnahme und Nord-

rhein-Westfalens Sozialminister Farthmann, der dies im Briefwechsel mit EG-Kommissar Narjes erörterte. Vielleicht war Dressler schlecht informiert – aber auch das ist keine Entschuldigung dafür, im Ausland über den politischen Gegner zuhause heranzuziehen.

Cappuccino

ds. (Mailand) – In Italiens Amtsstuben wird bald der Kaffee dampfen. In Diensterlassen haben die Ressortinhaber einiger Ministerien ihren Untergebenen verboten, die Arbeit durch Pausen in Caffehäusern zu unterbrechen. Die Staatsdiener opfern von ihrer sechsstündigen Arbeitszeit mindestens eine halbe bis eine Stunde täglich unerlaubt dem Cappuccino oder dem Espresso-Gang. Der Cappuccino-Erlass ist nur der erste einer Serie von Eingriffen, mit denen die Produktivität im öffentlichen Dienst erhöht werden soll. Ein zweiter wird in der für alle Dienststellen vorgesehenen Einführung der Stechuhr bestehen. Fachleute haben ausgerechnet, daß zu spät kommen, zu früh gehen und sonstige ausdienstliche Unterbrechungen die effektive Arbeitszeit täglich um ein Drittel kürzen. Dies scheint dem Staat jetzt zu viel zu werden, nachdem der Anteil der Fehlzeiten in der privaten Wirtschaft inzwischen nur noch etwa zwölf Prozent beträgt.

Schlüsselrolle Export

Von HARALD POSNY

Trotz Rekordbeteiligung deutscher und ausländischer Aussteller an den deutschen Fachmessen für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung muß sich die Bekleidungsindustrie der Bundesrepublik „warm anziehen“. Was die zum Teil hohen und in dieser Höhe nicht erwarteten Umsatzwachstumsraten nicht auf den ersten Blick zeigen: Die Bekleidungskonjunktur trägt „Streifenmuster“. So ist das Umsatzplus weitgehend durch den Export zustande gekommen. Der Exportanteil in der Damenoberbekleidung lag mit 29 Prozent, der in der Herrenbekleidungsindustrie mit 28 Prozent noch nie so hoch wie im letzten und laufenden Jahr.

Dennoch ist die Freude nicht ungegründet, weil auch hier einige Einflüsse mithelfen. In einigen Exportländern, auch in denen, die mit Mühe neu für den Export erschlossen worden sind, hat die Konjunktur früher Fahrt aufgenommen als bei uns; die Wachstumskurve dort wieder abflacht, muß mit erheblichen Mitteln der Absatz stabilisiert werden. Auf der anderen Seite hat beim Export die Dollarkursentwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie den Rücken gestärkt.

Die gestiegenen Ausfuhrerlöse haben – wie immer in Zeiten eines unsicheren und stagnierenden Inlandsmarktes – die wesentlich stärker zugenommenen Einfuhren nur geringfügig aufzuhalten können. Im DOB-Bereich erhöhte sich der Einfuhrüberschuß im 1. Halbjahr 1984 von 1,23 auf 1,72 Mrd. DM. Immerhin war die Einfuhr in diesem Zeitraum um 23 Prozent gewachsen.

Das wäre alles nicht so gravierend, wenn es die seit Jahrzehnten gewohnte nicht auf Rosen gebettete Bekleidungsindustrie mit Wettbewerbern – auch in Europa – zu tun hätte, die von ihren Regierungen, die es mit dem freien Handel nicht so ernst nehmen, gepöppelt werden. Das beginnt mit der Türkei, der aus politischen Gründen erlaubt wird, T-Shirts dann subventioniert Vormaltpreise zu einem Dumpingpreis zu exportieren, der nicht einmal mehr die Frachtkosten deckt. Das geht weiter in Italien, wo staatliche Holdings über Verlustabschreibungen rücksichtslos Verdrängungswettbewerb ermöglichen, ohne dafür von der EG in Brüssel gestraft zu werden, und endet nicht in der Volks-

republik China, die jetzt in Zeiten stärkerer politischer Öffnung nach außen auch die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen nutzt und deren maßlose Mengenforderungen in einem Abkommen bis 1988 auf vernünftige Zuwachsraten verringert werden könnten.

Noch immer ist es aber so, daß Importe, namentlich die aus Niedrig- und Niedrigkostenländern, von den EG-Nachbarn geschickt abgeblockt werden und sich fast ausschließlich auf dem deutschen Markt etablieren können. Angesichts des Vordringens von Drittländern-Konkurrenz besteht in diesem Produktionszweig kaum noch die Chance, auf dem Wege weiterer Automatisierung die Produktivität zu steigern. So hieft für viele Hersteller nur der Ausweg, mit der Verlagerung von Produktionsstellen in die Niedrigkostenländer das eigene Überleben zu sichern.

Die Schlüsselrolle kommt langfristig einem Gleichgewicht des Außenhandels zu, denn die deutsche Bevölkerungszahl sinkt, und mit ihr die Zahl der Verbraucher. Die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre werden mit ersten Anfangsgehalt nach ihrer Berufsausbildung nur gering zum Umsatz der Bekleidungsbranche beitragen, obwohl sich gerade jetzt ein Trend zur gepflegteren äußeren Erscheinung zeigt. Dennoch: Der Anteil der Bekleidung an den gesamten Verbrauchsausgaben geht zugunsten verteuert anderer Ausgaben bei Haushalten mit mittleren Einkommen zurück.

Der Verbraucher hat aber auch in den letzten Jahren seine Einstellung gegenüber der Bekleidung geändert. Mangelndes Selbstwertgefühl wird nicht mehr hinter markanter Kleidung versteckt, Käufer sind weniger impulsiv Anschaffungen, und – unterstützt von neuen Materialien und Verarbeitungswesen – gibt es für viele Konsumenten keine strikte Trennung nach Frühjahrs- oder Herbst- und Wintergarderobe. Sie verfügen über eine Garderobe „für alle Gelegenheiten“, die sie mit modischen Teilen von Fall zu Fall ergänzen. Dies alles ist vielleicht noch zu wenig von der Bekleidungsindustrie beachtet worden. Aber hier liegen neben dem Export noch die wenigen Überlebenschancen.

Der Verbraucher hat aber auch in den letzten Jahren seine Einstellung gegenüber der Bekleidung geändert. Mangelndes Selbstwertgefühl wird nicht mehr hinter markanter Kleidung versteckt, Käufer sind weniger impulsiv Anschaffungen, und – unterstützt von neuen Materialien und Verarbeitungswesen – gibt es für viele Konsumenten keine strikte Trennung nach Frühjahrs- oder Herbst- und Wintergarderobe. Sie verfügen über eine Garderobe „für alle Gelegenheiten“, die sie mit modischen Teilen von Fall zu Fall ergänzen. Dies alles ist vielleicht noch zu wenig von der Bekleidungsindustrie beachtet worden. Aber hier liegen neben dem Export noch die wenigen Überlebenschancen.

CHINA / Das Land hat zum ersten Mal Zusage für deutsche Kapitalhilfe erhalten

Peking erwartet nach Anlaufphase umfangreichere Leistungen von Bonn

Nach jahrelangem Bonner Zögern hat die Volksrepublik China jetzt erstmals eine Zusage über deutsche Kapitalhilfe erhalten. Die vom Kanzler in Aussicht gestellten 50 Millionen Mark werden auf beiden Seiten nur als ein Einstieg gewertet. Denn es liegt auf der Hand, daß das bevölkerungsreichste Land der Erde nach einer Anlaufphase etwa wie Indien behandelt werden muß, das jährlich 360 Millionen Mark erhält.

China ist bereits an deutscher Kapitalhilfe interessiert, seit es Ende 1979 vom Entwicklungshilfesausschuß (DAC) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Entwicklungsland anerkannt worden war. Doch Bonn beschränkte die Zusammenarbeit bisher auf die technische Hilfe. Dies aus der Überlegung, daß mögliche Kapitalhilfeszusage an Peking nicht zu Lasten anderer Entwicklungsländer gehen sollten. Kapitalhilfe sollte erst bewilligt werden, wenn das Entwicklungsbudget des Landes.

Die Kanzler-Zusage kommt auch jetzt noch insofern überraschend, als die sogenannte Rahmenplanung, die die regionale Verteilung der jährlichen Zusage enthält, für 1984 nichts über Hilfe an China aussagt. Erst der Entwurf für 1985, der als Bestandteil des Gesamtplans noch unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Zustimmung steht, weist die 50 Millionen Mark in der Reserve aus.

Über die voraussichtliche Verwendung dieser Mittel hat man offenbar weder in Bonn noch in Peking konkrete Vorstellungen. Jedenfalls kommt der Betrag für die chinesische

Projekt-Wunschliste, in der Stahlwerke, Kohlegruben, Rinnenschiffahrt, Eisenbahnwesen (Lokomotiven), Satelliten-Bildungsfernsehen und Kernkraftwerke an vorderster Stelle rangieren, schon allein vom Volumen her nicht in Betracht. Dies gilt selbst dann, wenn man im Wege der Mischfinanzierung mit kommerziellen Krediten ein Volumen von etwa 100 bis 120 Millionen Mark erreicht.

In der technischen Hilfe lassen die bisherigen Erfahrungen gewisse chinesische Prioritäten erkennen. Die Bonner Zusage erreichten bis 1982 einen Gesamtbetrag von 53 Millionen Mark und stiegen seitdem allmählich an (für 1985 etwa 30 Millionen Mark). China will die deutsche Hilfe gezielt einsetzen, um den technischen Anschluß an westliche Industriestandards zu erreichen. Vor allem will man die Lücke schließen, die in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung durch die beinahe zehn Jahre währende Kulturrevolution entstanden ist.

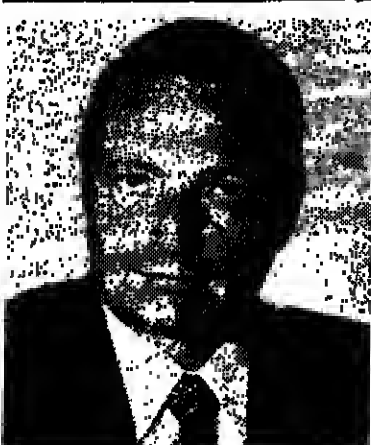
Zu den Projektkriterien der Chinesen für 1985 gehören nach den Konsultationen, die Staatssekretär Siegfried Lengel vom Bonner Entwicklungsmi-

geführt hat, unter anderem Materialprüfung, Normenwesen, Produkt- und Qualitätskontrolle sowie Energieversorgung (Schwerpunkt Öl und Kohle). Daneben haben bisher unter anderem Fragen wie Patentwesen, Managementausbildung sowie landwirtschaftliche Beratung eine große Rolle gespielt.

Damit wird auch aus deutscher Sicht eine Strategie erkennbar, die sich nicht so sehr an Einzelvorhaben orientiert, sondern „flächendeckend“ wirkt. Andernfalls würden die – gemessen am gewaltigen Ausbildungs- und Finanzbedarf des Landes – bescheidenen deutschen Beiträge eher untergehen. So denkt man in Bonn auch auf längere Sicht vor allem an Beratungsprojekte mit hoher Multiplikatorwirkung, die gezielt zur Behebung von Engpässen beitragen. Bevorzugte Wirtschaftszweige sind die Landwirtschaft (qualitative und quantitative Verbesserung der Selbstversorgung bei gebremstem Bevölkerungswachstum), die Kookonomie, die Energiegewinnung und Verkehrsinfrastruktur.

Seit April 1983 ist ein Rahmenabkommen über technische Hilfe in Kraft. Seit 1983 tagt jährlich die Gemischte Kommission abwechselnd in Bonn und Peking. Im chinesischen Außenwirtschaftsministerium gibt es inzwischen einen Koordinator für die bilaterale Zusammenarbeit, der als zentrale Anlaufstelle die Abwicklung erleichtern soll.

AUF EIN WORT



„Leistung ist ein Wort, das über viele zurückliegende Jahre keine Bedeutung zu haben schien. Dies war ein Trugschluß. In einem hochindustrialisierten Land wie der Bundesrepublik wird von Jahr zu Jahr jeder Arbeitsplatz hochwertiger, mit der Folge, daß sein Inhaber sich weiterbilden muß, wenn er Schritt halten will.“

Dr. Reinhard Bartsch, Vorstandsvorsitzender der Schleswig AG, Rendsburg. FOTO: WAGNER

Produktion und Stimmung gut

dpa/WVD, Bonn
Die Produktion und die Stimmung in der deutschen Wirtschaft haben sich nach Auffassung des Sparkassen- und Giroverbandes wieder deutlich verbessert. Wie der Verband gestern in seinem neuesten Konjunkturbericht hervorhebt, sei eine weitere vorsichtige Zinssenkung auf deutschen Kapitalmarkt möglich. Aufgrund einer besseren Ertragslage, niedrigerer Kosten, verbesserter Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte und einer international positiven Konjunkturerwartung könnte das für dieses Jahr angenommene reale Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent leicht überschritten werden.

AUSSENWIRTSCHAFTSBEIRAT

Lage der Weltkonjunktur freundlicher als erwartet

HEINZ HECK, Bonn
Die weltwirtschaftliche Großwetterlage stellt sich in diesem Herbst freundlicher dar, als Experten zu Jahresanfang erwartet hatten. Wie Wirtschaftsminister Bangemann gestern im Außenwirtschaftsbeirat seines Ministeriums erklärte, habe die konjunkturelle Besserung nicht nur viele Industrieländer, sondern auch immer mehr Entwicklungsländer erfasst. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist für die Industrieländer 1984 mit einem realen Wachstum von fünf, für die Entwicklungsländer von knapp vier Prozent zu rechnen.

Allerdings erwarten die internationalen Organisationen für die Industrieländer 1985 eine Abschwächung auf etwa 3,5 Prozent (IWF), vor allem durch die Entwicklung in den USA. Für die Dritte Welt wird dagegen so-

gar noch mit einer weiteren Steigerung gerechnet. Nach einer vorläufigen Schätzung des Welthandels von real 8,5 Prozent in diesem Jahr wird 1985 nur noch mit etwa 5,5 Prozent (IWF) gerechnet.

Für die Bundesrepublik erwartet Bangemann auch für den Rest des Jahres eine weitere Zunahme im Außenhandel. Seit Beendigung des Streiks gewinnen positive Erwartungen der Unternehmen die Oberhand. Von Januar bis August haben die Auslandsaufträge das Vorjahresniveau mit real rund 14 Prozent deutlich übertraffen. Die Exportzunahme 1984 wird real auf 8,5 bis neun Prozent geschätzt. Die Importe dürften bei fortschreitender Besserung der Inlandskonjunktur um sechs bis 6,5 Prozent ansteigen, der Handelsbilanzüberschuß aber nur wenig höher als im Vorjahr ausfallen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Agrarausgaben sind 1983 um ein Drittel gestiegen

WILHELM HADLER, Brüssel
Die Agrarausgaben der EG sind im vergangenen Jahr um fast ein Drittel (32,9 Prozent) gestiegen. Dies geht aus dem Jahresbericht über den Brüsseler Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft (EAGGF) hervor.

Einschließlich eines Nachtragshaushalts betrugen die Kosten für die Stützung der Agrarmärkte und der landwirtschaftlichen Einkommen danach 15,9 Milliarden ECU (35,2 Mrd. DM). Da die Einnahmen der EG erschöpft waren, mußten Ausgaben in Höhe von 675 Millionen ECU (1,5 Mrd. DM) auf das Haushaltsjahr 1984 verlagert werden.

1982 sind die Ausgaben in allen landwirtschaftlichen Sektoren gestiegen, am stärksten bei Milch, Getreide und Rindfleisch.

Grund für die Kostenlawine ist nach Darstellung der Kommission in erster Linie eine allgemeine Zunahme der Produktion. Sie führte in Verbindung mit zurückgehenden Ausfuhrn und einem gewissen Verbraucherrückgang zu vermehrten Interventionen und zu höheren Lagerkosten.

Zur Überschreitung der Mittelansätze haben auch die nachgehenden Weltmarktpreise beigetragen, die höhere Ausfuhrerlöse erforderten.

„Hauptempfängerland“ war 1983 mit 22,4 Prozent der Gesamtausgaben wieder Frankreich (1982: 22,9 Prozent). Auf dem zweiten Platz folgte erstmals die Bundesrepublik (19,3 nach 16,1 Prozent im Vorjahr).

PRIVATE KRANKENVERSICHERER / Kräftige Leistungszunahme erwartet

Zeiten der Kostendämpfung vorbei

HARALD POSNY, Köln
Die privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik rechnen für 1984 wieder mit einem kräftigen Anstieg der Leistungen, nachdem im Vorjahr – vor allem als Folge der neu eingeführten Gebühreneinrichtung für Ärzte (GOÄ) – eine starke Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu verzeichnen war. Die Prognosen der Versicherer zielen auf ein Leistungsplus (einschl. Beitragsrückerstattung) von über 7 Prozent auf etwa 8,7 Mrd. DM, nachdem es im Jahr zuvor nur 1,6 (6,4) Prozent waren, von denen nur ein Prozent reine Versicherungsleistungen waren.

Der Vorsitzende des Verbands der Privaten Krankenversicherer (PKV), Heinrich Frommknicht, führt diese Entwicklung, die im Zuwachs fast genau beim Leistungsplus von 7 Prozent (auf 4,6 Mrd. DM) im 1. Halbjahr 1984 liegt, vorsichtig einmal auf eine gestiegene Zahl von Behandlungen

und Krankenhausaufenthalten zurück, zum anderen aber auch auf einen Abrechnungsüberhang aus dem letzten Jahr, der im 1. Halbjahr 1984 reguliert worden ist. Im letzteren Fall müßten jedoch die Zahlen des 2. Halbjahres besser aussehen.

Die Steigerungsraten bei verschiedenen Leistungsausgaben können im Gegensatz zur GKV oft nur geschätzt werden. Ambulante Arztbehandlung dürfte im 1. Halbjahr bei der PKV um 2 bis 5 (GKV 7,8) Prozent teurer geworden sein, stationäre ärztliche Behandlung aber „zweistellig“. Die Pflege im Krankenhaus verteuerten sich um etwa 5 Prozent, Zahnbehandlung um 3 bis 4 Prozent.

Der starke Leistungsanstieg, dem Frommknicht und sein Verbandsvize Christoph Ueber nicht das Synonym „Kostenexplosion“ geben wollen, liegt damit – anders als 1983 – für 1984 deutlich über dem Prämien-

plus, das nach den vorliegenden Zahlen des 1. Halbjahres auch für das Gesamtjahr mit 4 (6 nach 9,5) Prozent veranschlagt und voraussichtlich 13,1 Mrd. DM betragen wird.

Von den Gesamtaufwendungen des Vorjahres, 11,65 Mrd. DM, waren 8,35 (8,27) Mrd. DM reine Versicherungsleistungen, von denen 36,2 Prozent auf das Krankenhaus entfielen. Das entsprach (ohne die gesunkenen Honorare der Krankenhausärzte) für eine Unterbringung und Pflege einem Anstieg der Leistungen um knapp 5 Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Der kostentreibende Faktor Krankenhaus hat damit alle anderen Kostenträger überflügelt, die wie bei den Ausgaben für ambulante ärztliche Behandlung sogar um 1,2 Prozent auf 1,5 Mrd. DM zurückgingen, allenfalls um 1,4 Prozent (Arzneien) bzw. 1,8 Prozent (Zahnbehandlung und -ersatz) moderat gewachsen sind.

PHOTOKINA-ERÖFFNUNG

Bangemann gegen Barrieren für Einfuhren aus Japan

WERNER NEITZEL, Köln
Rasche und nachhaltige Schritte zur Eindämmung und Zurückdrängung der protektionistischen Tendenzen hat am Dienstagabend in Köln Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gefordert. Die offensichtlich lähmende Unsicherheit über den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten solle auf diese Weise entscheidend verringert werden. Hier liege auch ein wesentlicher Schlüssel dafür, weshalb selbst der starke Sog der US-Einfuhren noch nicht zu einer Initialzündung für einen wirtschaftlichen Aufschwung auf breiter Grundlage geführt habe.

Bangemann, der die Photokina Köln 1984 – Weltmesse der Fotografie (10. bis 16. Oktober) – eröffnete, sprach davon, daß die faktische Öffnung des japanischen Marktes nach wie vor unbefriedigend sei. Die Handelsbeziehungen Japans mit der EG und der Bundesrepublik Deutschland litten unter einem fundamentalen Ungleichgewicht, das zu handelspolitischen Komplikationen führen könne. Die Handelspartner müßten alle Kräfte daran setzen, dieses Ungleichgewicht zu verringern. Nicht eine Beschränkung der europäischen und deutschen Einfuhren aus Japan sei das Ziel, sondern eine Erweiterung der Exporte nach Japan.

Auf die Situation im Wettbewerb der Fotobranche eingehend, verwies Bangemann darauf, daß japanische Hersteller in den letzten zwanzig Jahren namhafte deutsche Produzenten

zum Rückzug aus dem Amateur-Fotobereich gezwungen hätten. Nach der so einfachen Strategie der Marktdominanz durch Großserienproduktion bei sinkenden Stückkosten würden technologisch hochwertige Produkte vorübergehend über Preis verkauft, vermeintliche Gewinnchancen reizen zu Überproduktion, bis dann schließlich über die normalen Absatzkanäle nicht mehr absetzbare Überbestände auf grauen Märkten verschleudert werden müßten.

Den deutschen Herstellern attestierte Bangemann, sie seien durch Spezialisierung auf Erzeugnisse, die ihrer Personal- und Kostenstruktur angemessen seien, auf dem richtigen Wege. Dies zeige das kontinuierliche Wachstum sowie der hohe Exportanteil des investiven Fachsektors für Labor-, Kino- und Kopiereinrichtungen. Die weiteren Aussichten für die Binnenkonjunktur beurteilt Bangemann als günstig.

Jochen Münnich, Vorsitzender des Fotoindustrie-Verbandes, verwies darauf, daß bei einem im Jahre 1983 um 1,5 Prozent auf 9,6 Milliarden DM nachgehenden deutschen Fotomarkt der Fachsektor um 4 Prozent auf 5,2 Milliarden DM angewachsen ist. Auf der Photokina, an der sich 1246 Aussteller aus 37 Ländern beteiligen, werden Silberfotografie und elektronische Aufzeichnung nebeneinander präsentiert. Auf längere Sicht werde es – so Münnich – keine Entwicklung des „Entwerder-Ordnung“ geben; beide Verfahren ergänzten sich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Niederlande bezweifeln Fisch-Bericht der EG

Den Haag (dpa/WVD) – Starke Zweifel an der Richtigkeit eines der EG-Kommission vorliegenden Berichts über „graue“ Anlandungen von Fisch in mehreren niederländischen Häfen hat das niederländische Landwirtschaftsministerium geäußert. Man wolle erst wissen, wer seine Autoren seien. Die Behauptung, der niederländische Inspektionsdienst habe das Bestehen eines grauen Marktes selber zugegeben, sei „großer Unsinn“.

Rendite erneut gesenkt

Frankfurt (dpa/WVD) – Einen Tag nach der letzten Senkung der Rendite für Bundesobligationen hat die Deutsche Bundesbank diese erneut gesenkt. Sie beträgt mit Wirkung vom 10. Oktober 7,05 Prozent.

Antragsfrist verlängert

Bonn (dpa/WVD) – Die Antragsfrist für die Milchrente ist bis zum 31. März 1985 verlängert worden, teilte das Bundesernährungsministerium gestern mit. Insgesamt beabsichtige die Bundesregierung, Renten für den Verzicht auf die Lieferung von einer Million Tonnen Milch zu zahlen. Bisher seien rund 700 000 Tonnen genehmigt, für weitere 55 000 Tonnen lägen Anträge vor.

Griechenland verklagt

Luxemburg (dpa/WVD) – Die EG-Kommission hat gegen Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil es Ausländerkonten Angehöriger aus anderen EG-Mitgliedsstaaten seit 1983 blockiert. Das Land habe sich aber im EG-Beitrittsvertrag verpflichtet, die Guthaben stufenweise freizugeben.

Bank-Versicherung

Frankfurt (tr) – Nach der Deutschen Bank und einigen Sparkassen und Volksbanken steigt jetzt auch die Commerzbank in das Lebensversicherungs-Geschäft ein. Sie wird auch in diesem Jahr einen langfristigen Ratensparplan anbieten, für den eine Risikoversicherung mit monatlich fal-

lender Versicherungssumme abgeschlossen werden kann. Die Versicherung werde ein Konsortium übernehmen. Der Markt der Lebensversicherer ist durch den Banken-Vorstoß offensichtlich in Bewegung gekommen. So hietet der Gerling-Konzern im Gegenzug einen Renditeparplan mit Versicherungsschutz an.

Mehr Passagiere

Wiesbaden (dpa/WVD) – Der deutsche Luftverkehr verzeichnete im Juli einen Anstieg der Passagierzahlen um 2,7 Prozent auf 3,7 Millionen, davon 0,7 Millionen (plus 9,8 Prozent) auf Inlandsflüge und drei Millionen (plus 1,1 Prozent) auf Auslandsreisen. Den größten Verkehrsgewinn konnte die Luftfahrt im Juli bei Fracht verzeichnen. Mit 55 300 Tonnen ein- und ausgehender Fracht habe das Transportergebnis im Juli 1984 um 14 Prozent höher als im Juli 1983 gelegen. Insbesondere der gestiegene Export habe die Versandmenge an Luftfracht um 17 Prozent auf 27 600 Tonnen steigen lassen.

„Wirtschaftsinformatiker“

Düsseldorf (dpa/WVD) – Gute Berufschancen für die Zukunft hat der „Wirtschaftsinformatiker“, zu dem ab 1. Dezember die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf ausbildet. Aufgabe ist es, die Organisationsstrukturen des Betriebes zu überarbeiten und die Möglichkeiten der Datenverarbeitung betriebswirtschaftlich einzusetzen. Der berufsbegleitende Studiengang wird nach 2400 Unterrichtsstunden mit dem Kammerzertifikat abgeschlossen.

CSSR-Wirtschaftskontakte

Bremen (dpa/WVD) – Ein Ausbau des Umschlages tschechoslowakischer Waren über die bremischen Häfen hakt an der Berlin-Klausel. Dies erklärte Bremens Wirtschaftssenator Werner Lenz, der sich mit einer Bremer Delegation vier Tage lang zu Wirtschaftsgesprächen in Prag aufgehalten hatte. Seinen weiteren Angaben zufolge habe die CSSR an verbesserten wirtschaftlichen Kontakten großes Interesse gezeigt. 1983 wurden CSSR-Güter für rund 93 Millionen Mark über bremische Firmen im- und exportiert.

IFO

Protektionismus bedroht den Technologietransfer

dpa/WVD, Mailand
Auf die Gefahr zunehmender Handelschranken beim Austausch modernster technischer Entwicklungen zwischen Industrieländern hat der Leiter des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Heinrich Oppenländer, in Mailand hingewiesen. Auf einer Tagung der Dräger-Stiftung zu außenwirtschaftlichen Fragen sagte Oppenländer, der Protektionismus beim Technologietransfer zwischen Industrieländern sei mit großer Sorge zu beobachten.

Immer mehr deutschen Firmen werde etwa der Import neuester Computertechnik aus den USA mit handelspolitischen Maßnahmen verweigert. Damit seien Arbeitsplätze in der Bundesrepublik gefährdet. Oppenländer appellierte an die politischen Verantwortlichen, „im Interesse eines freizügigen Technologietrans-

fers die Hemmnisse abzubauen“. Skeptisch äußerte sich Oppenländer über die technische Umsetzung von Ergebnissen aus deutschen Forschungslabors. „Es dauert zu lange, bis sich die Forschung in Produkten niederschlägt, es fehlt an Innovationen.“

Die Bundesrepublik habe, so eine Ifo-Statistik, im Weltmarkt mit Hochtechnologieprodukten mit 20 Prozent Marktanteil bis 1982 den ersten Platz eingenommen, drohe aber nun von Japan überholt zu werden. Der Anteil Japans stieg von 7,9 Prozent 1970 auf 19,6 Prozent 1982. Der Anteil der USA belief sich vor zwei Jahren auf 12,5 Prozent. Bei Direktinvestitionen im Ausland müßten deutsche Unternehmen aktiver werden. Es gelte, Absatzmärkte zu sichern und damit die heimische Exportwirtschaft auf ihrem hohen Niveau zu halten.

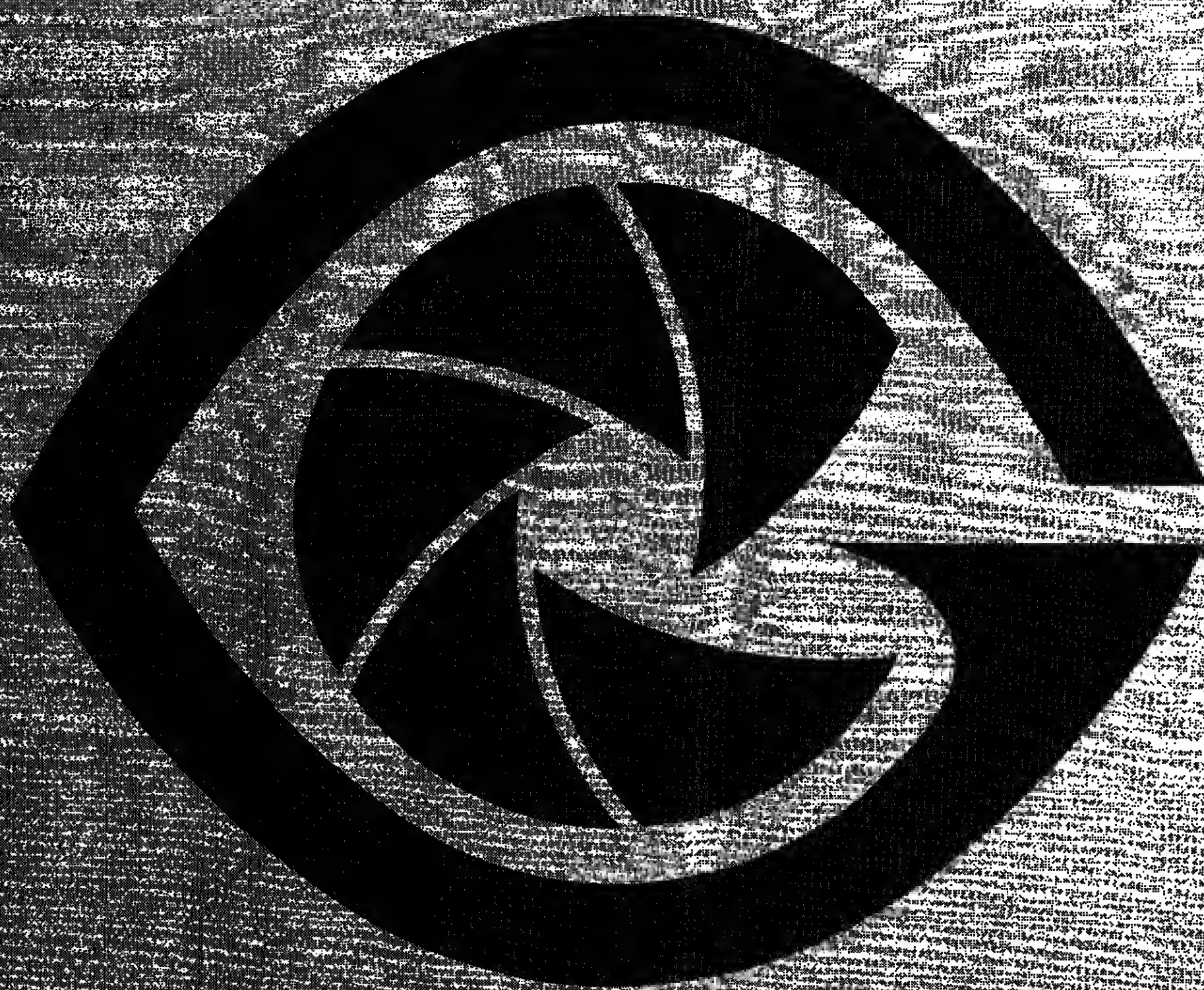
Ab heute in Köln
photokina
photokina
köl
10-16.10.
84

Der Sprung nach vorn

Weltmesse der Fotografie. Foto, Film, Video, Audiovision. Alle zwei Jahre die WELTMESSE DES BILDERS in Köln. Für alle, die anschauchen. Für die Manager von Technik, Verkauf und Marketing, für die Planer von PR-, Vid- und Trainingsprogrammen. Und für alle Berater in diesen Medien. So weiterführt wie die Messe: Die Bilder- und Filmschauen 1984 wieder auf dem Messegelände. Nach der photokina noch bis 28. Oktober geöffnet.

Köln/Messe

erhard Kien
rd 65 Jahr



CAMERA GRAND PRIX '84

Die höchste Auszeichnung für die Nikon FA.

In den vergangenen Jahren haben wir für unsere Kameras schon viele Auszeichnungen und Preise bekommen. Von den unterschiedlichsten Jurys. Darüber freuen wir uns.

Den „Camera Grand Prix“ jedoch zu gewinnen, ist uns eine ganz besondere Ehre.

Denn dieser Grand Prix, der alljährlich verliehen wird, gilt in Japan als die höchste Auszeichnung für Kameras.

Eine 45-köpfige Experten-Jury entscheidet anhand unterschiedlichster Kriterien, welche Kamera ihrer Meinung nach die Beste der Besten ist.

Dabei kommt es zum Beispiel darauf an, ob die Kamera ein neues Produktkonzept repräsentiert, wie ihre Handhabung ist, ihre Zuverlässigkeit, ob ihr Design gefällt und vieles mehr.

Was waren nun die Gründe der Jury, die Nikon FA zu ihrem Favoriten zu wählen?

Vieles war da ausschlaggebend.

Vor allem die neue, revolutionäre Mehrfeld-Belichtungsmessung, die auch unter sehr schwierigen Lichtverhältnissen automatisch für die jeweils optimale Belichtung sorgt. Ein Microcomputer vergleicht die verschiedenen Helligkeitswerte mit fest eingegebenen Werten, die auf der Auswertung von circa zehntausend Motiven basieren. So werden selbst Gegenlicht-Aufnahmen richtig belichtet.

Dieses System wurde von den Juroren zu recht als ein neuer Meilenstein im Kamerabau gelobt.

Aber in der Nikon FA stecken natürlich noch eine Reihe anderer Vorteile, die den Spaß am Fotografieren erhöhen.

Die doppelte Programmautomatik zum Beispiel.

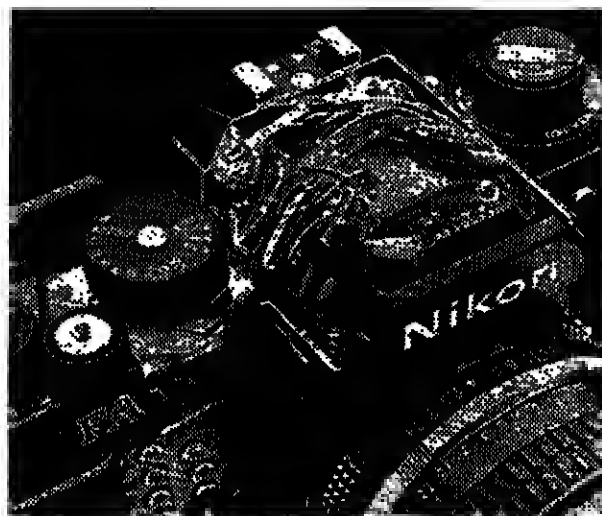
Die Blendenautomatik. Die Zeitautomatik. Oder die manuelle Belichtungsregelung.

Darüber hinaus bietet die Nikon FA eine TTL-Blitzautomatik. Und sie ermöglicht durch ihren Titanverschluss eine 1/4000 s kurze Belichtungszeit und eine 1/250 s Blitzsynchronzeit.

Bei alledem ist sie so überraschend unkompliziert, daß sie vom Profi wie vom Amateur gleichermaßen leicht zu bedienen ist.

Deshalb wurde die Nikon FA von der Jury auch in den Punkten Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit höher eingestuft als die gesamte Konkurrenz.

Wir freuen uns deshalb so sehr über dieses Ergebnis, weil wir meinen, daß der „Grand Prix '84“ aus Japan, dem Land der Fotografie, das Größte und Beste ist, was eine Kamera überhaupt erreichen kann.



Die Nikon FA hat die schönsten Bilder im Kopf.
Die Mehrfeld-Belichtungsmessung sorgt auch unter sehr schwierigen
Bedingungen für optimale Belichtungen.



KRUPP-KONZERN / Wehrtechnik stärkt Zivilgeschäft

Viel Aufwand für Neues

JOACHIM GEHLHOFF, Kiel
Tolerable 7 Prozent seines Fremdsatzes von 17,3 Mrd. DM (1983) macht der von der Essener Fried. Krupp GmbH geführte Konzern auf dem in der öffentlichen Auftragsvergabe wie in „der Parteien Gunst und Haß“ schwankungsreichen Feld der Wehrtechnik. Mindestens die Hälfte vom Umsatz ist es bei den vor zwei Jahrzehnten aus Hugo Stinnes Zusammenbruch erworbene Konzerntüchtigen Krupp Atlas Elektronik GmbH, Bremen, und Krupp MaK Maschinenbau GmbH, Kiel, deren Aktivitäten der Presse nun mit einem Doppel-Aspekt präsentiert wurden. Einerseits Expansions- und Ertragskraft, andererseits hoher Aufwand für Produktinnovation nicht nur im militärischen Bereich.

Glanzstück ist dabei Atlas Elektronik. In den letzten sieben Jahren hat das Unternehmen die Zahl seiner zu fast der Hälfte von Ingenieuren und Technikern besetzten Arbeitsplätze auf 2800 (1500) gesteigert und den Umsatz mit den für 1984 erwarteten 420 Mrd. DM (davon die Hälfte Wehrtechnik) nahezu verdreifacht. Nachhaltig stimme auch die verschwiegene Rendite, die Geschäftsführungs-Vorsitzender Karl-Friedrich Triebold vor Steuern mit etwa 5 Prozent vom Umsatz andeutet. Noch ein Stück größer ist mit einer Jahresrate von 25 Mrd. DM der aus eigener Kasse bestrittene Aufwand für Forschung und Entwicklung.

Der geht, mit klarem Elektronik-Schwerpunkt, in den Aufbau einer zum Teil „in der Welt führenden“ Palette intelligenter Produkte in den drei Hauptbereichen der Firma: „Wehrtechnik“ von Solaranlagen für Kriegsschiffe bis zu Feuerleit-

systemen zum für den Kampfpfeiler Leopard 2; „Prozessdatensysteme“ zum Einsatz von Industrie-Medizin; „Schiffselektronik“ von Radar- und Fidschortungssystemen für die Hochseefischer.

Gedämpft als in Bremen klingen die sehr positiven Wachstumsprognosen für Umsatz und Ertrag in Kiel. Verzagtheit freilich läßt auch da der Geschäftsführungs-Vorsitzende, Hugo Hartung, nicht erkennen. Die heutige MaK, einst Torpedowerkstatt der kaiserlichen Marine und mit ihren derzeit 3400 Leuten schon drittgrößter Industrie-Arbeitgeber im industriearmen Schleswig-Holstein (nach Salzgitters HDW-Werft und Drägerwerke/Lübeck), lebt mit ihrem 1984er Umsatz von 1,2 (1,4) Mrd. DM vor allem aus drei Bereichen.

Voran die Wehrtechnik mit knapp 0,8 (1) Mrd. DM, derzeit konzentriert auf den Zusammenbau von Leo 2 (mit höchstens einem Viertel eigener Wertschöpfung am 4 Mrd. DM teuren „Endprodukt“), wo MaK knapp hinter Flicks Münchner Krauss-Maffei der zweite Generalunternehmer ist. Danach der Dieselmotorenbau für Seeschiffe und Land-Kraftmaschinen, der trotz Schiffbaukrise insgesamt noch passabel arbeitet und für die nächsten Jahre moderates Wachstum verspricht. Als Schlüsselstück der Schienenfahrzeugbau, bei dem zumal das Lokomotivgeschäft ein offenbar dauerhaft hartes Brot ist.

Resümee des MaK-Chefs Magerer als aus Bremen, aber noch nie mit Verlust sei die Essener Konzernunternehmung, zumindest Stabilität im Umsatz auf Jahre hinaus auch dank Ausbau der großen eigenen Weltmarktposition bei Motoren zu erwarten sei.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Friedel Rathmann Schachtelbau GmbH, Herne: J. Pörsch Josef Berg Baumbetrieb, Albstadt: Albstadt-Bielefelder Schütte GmbH, Bunde GmbH, Helmut Winter sen., Kaufm., Ratingen: Garmersbach, Nachl. d. Doris Margareta Acker, Wehl: I. Meeschen Gluckstadt, Nachl. d. Heinrich Osterhaus, Lübeck:

MARTIN BRINKMANN / „Böse Politik der Gießkanne“ brachte Einbußen - Besserung frühestens 1985/86

Hohe Verluste auch im laufenden Jahr

DOMINIK SCHMIDT, Bremen
Die sichtbare Erholung des deutschen Zigarettenmarktes findet bei der Martin Brinkmann AG, Bremen, zumindest im Rechnungswerk keinen Niederschlag. Das mehrheitlich zu Rothmans International, London, gehörende Unternehmen mußte im Geschäftsjahr 1983/84 (31.3.) bei einem Umsatz von 2,62 (2,71) Mrd. DM einen Verlust von 58,5 Mrd. DM hinnehmen, nachdem im Vorjahr noch ein geringer Überschuss von 0,87 Mrd. DM erwirtschaftet wurde.

Theo M. van Gorkom, der im März 1984 Henry Gluck als Vorstandsvorsitzenden abgelöst hatte, läßt keinen Zweifel daran, daß auch im laufenden Geschäftsjahr mit ähnlich hohen Verlusten gerechnet werden muß. Erst 1985/86 dürften die Umstrukturierungsmaßnahmen wirksam werden und auch ertragsmäßig Erfolg bringen. Der Verlust wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Brinkmann Holding GmbH, Berlin, übernommen.

Die Verlagerung der Zigarettenproduktion von Bremen nach Berlin, die einhergeht mit einem drastischen Ab-

bau der Belegschaft, bezeichnete van Gorkom als „reine Kostenüberlegung“. Beide Maßnahmen seien aber unabhängig voneinander entschieden worden; das zeitliche Zusammentreffen sei rein zufällig. Wenn es nach den Vorstellungen des Managements gegangen wäre, hätte Brinkmann den Standort Bremen ganz aufgegeben. Der Verzicht der Brinkmann-Belegschaft auf das 14. Monatsgehalt bis 1987 (jährlich 2 Mrd. DM) habe letztlich dazu geführt, daß vorerst 450 gewerbliche Arbeitsplätze in Bremen erhalten bleiben.

Bis Ende 1985 wird Brinkmann die Mitarbeiterzahl - im Jahresdurchschnitt 1983/84 wurden noch 3458 Personen beschäftigt - auf 2100 reduziert haben. Davon entfallen auf Berlin 750 Beschäftigte. Die Aufwendungen für die Sozialpläne beziffert van Gorkom auf rund 50 Mrd. DM im laufenden Geschäftsjahr, nachdem dafür bereits 1983/84 etwa 15 Mrd. DM zur Verfügung gestellt wurden.

Kritisch äußert sich der neue Vorstandschef zur Arbeit des bisherigen Managements. Der Rückgang des Marktanteils in der Bundesrepublik

auf 13,5 (14,1) Prozent bei Zigaretten und auf 25,2 (28,8) Prozent bei Tabak-Feinschnitt sei nicht zuletzt auf eine falsche Marketing-Strategie zurückzuführen. Brinkmann habe zuwenig Rücksicht auf die starken Marken des Hauses genommen und eine „böse Politik der Gießkanne“ praktiziert. Dies werde sich jetzt ändern.

Vor diesem Hintergrund verdienen die Änderungen im Brinkmann-Vorstand Beachtung. Die bisherigen stellvertretenden Vorstandsmitglieder Werner E. Klatten (Marketing und Vertrieb) und Carlos Landmark (Finanzen) wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern berufen. Aus Altersgründen ausscheiden werden 1985 Heinz Bahl (Personal) und Wilfried Rückmann (Tabak-Einkauf). Beide werden nicht ersetzt.

Im Geschäftsjahr 1983/84 hat Brinkmann im Inland 15,5 (15,3) Mrd. Zigaretten verkauft. Die im Vergleich zum Gesamtmarkt (plus 5,4 Prozent auf 114,7 Mrd. Stück) geringe Zunahme führte zu den erneuten Anteilseinbußen. Die wichtigste Marke, die „Lord Extra“, verzeichnete noch Marktanteile von 6,59 (7,93) Prozent,

„Lux Filter“ rutschte auf 2,08 (3,16) Prozent ab. Nach Klattens Worten hat sich die Situation für Brinkmann inzwischen gebessert. Im Segment der leichten Zigaretten halte Brinkmann einen Marktanteil von 45 Prozent. „Lord“ und „Peer-Export“ zeigten eine stabile Tendenz, während „Lux“ wieder hinzugewinne. Die neu ins Sortiment genommene „Dunhill“ soll vor allem das Image aufbessern.

Für das Kalenderjahr 1984 rechnet Klatten mit einem Anstieg der Zigarettenproduktion in der Bundesrepublik auf 118 Mrd. Stück. Weitgehend normalisiert habe sich das Preisgefüge. Die Niedrigpreis-Angebote hätten ihren Anteil, der noch im Mai bei 30 Prozent lag, auf 10 Prozent reduziert. „No-names“-Zigaretten schlagen nur noch mit 4 Prozent Anteil zu Buche.

Unbefriedigend ist nach wie vor die Situation bei Feinschnitt-Tabak. Davon setzte Brinkmann im Berichtsjahr 4026 (3785) Tonnen ab. Die neu ausgebrochenen Preiskämpfe erschwerten den Wettbewerb. Brinkmann investierte 1983/84 bei Abschreibungen von 32,3 (43) Mrd. DM gut 30 (31) Mrd. DM in Sachanlagen.

Grundig: Größeres Programm in China

dpa/VWD, Fürth

Die Grundig AG, Fürth, will ihre Beziehungen zu China ausbauen. Nach Angaben der Unternehmensleitung soll der 1983 geschlossene Vertrag zwischen Grundig und der Poshan Radiofabrik über die Lizenzproduktion von Fernsehgeräten in China in diesem Jahr auf die Lieferung von 70 000 Bausätzen erweitert werden.

Der Verkauf der Geräte erfolgt unter dem Namen Grundig in der Provinz Kanton. Um auch in Mittel- und Nordchina präsent zu sein, werden zur Zeit Verhandlungen mit Partnern in Shanghai und Peking geführt. Ferner sollen noch im Herbst intensive Verhandlungen über die Fertigung von Grundig-Videoefernoren geführt werden. Mit der Lieferung entsprechender Bausätze und der Aufnahme der Lizenzfertigung in China wird Anfang 1985 gerechnet.

Sanierungskonzept ausgearbeitet

dpa/VWD, Wien

Mit Investitionen in Höhe von 1,6 Mrd. Schilling (229 Mrd. DM) und einer Personalvermehrung von zehn Prozent soll der österreichische Industriemulti Steyr-Daimler-Puch, Wien, saniert werden, dessen Produktpalette vom Traktor über Traktoren bis zu Panzern reicht. Das Konzept hat ein Konsortium internationaler Firmenberater angefertigt.

Steyr-Generaldirektor Michael Malzacher erklärte dazu, früher habe der Militärbereich die Verluste der zivilen Produktion ausgeglichen. Im Jahre 1982 seien aber Verluste in Höhe von 614 Mrd. (87,7 Mrd. DM) und 1983 von 289 Mrd. Schilling eingetreten. Im laufenden Jahr könne eine Milliarde erreicht werden. Damit wären bei einem Verlustvortrag von 900 Mrd. Schilling die Reserven des Unternehmens aufgebraucht.

BERLINER VEREIN / Ergebnis wesentlich verbessert

Beiträge bleiben stabil

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Berliner Verein Krankenversicherung aG, Berlin und Köln, hat 1983 sein wirtschaftliches Ergebnis wesentlich verbessert. Das Geschäftsergebnis von 32,7 Mrd. DM lag um 9,5 Mrd. DM über dem Vorjahr und wurde durch die günstige Entwicklung der Leistungsausgaben geprägt.

Beitragsentnahmen von 254 Mrd. DM (plus 11,8 Prozent) standen Aufwendungen von 191 Mrd. DM (plus 2,9 Prozent) gegenüber. Damit wurde eine Leistungsquote von 94,2 (88,2) Prozent erzielt. Bis zum 4. Quartal nächsten Jahres will der Berliner Verein die Beiträge stabil halten, schon bis jetzt hat die Gesellschaft die Tarife unverändert gehalten. Mittel der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden genutzt, um erforder-

liche Mehrbeiträge für längere Zeit zu finanzieren. Dieser Rückstellung sind aus dem Geschäftsergebnis 1983 rund 30,2 (21,7) Mrd. DM zugeflossen, rund 2,5 (1,5) Mrd. DM wurden den Rücklagen zugewiesen.

Die zum Konzern gehörende Lebensversicherung aG erzielte 1983 einen Zugang von 116 (111) Mrd. DM Versicherungssumme, deren Bestand rund 639 (539) Mrd. DM erreichte. Die Kapitalanlagen erhöht sich um 12 Prozent auf 169 Mrd. DM. Bei einer Durchschnittsverzinsung von 8,1 Prozent wurden 13,4 Mrd. DM an Kapitalerträgen erwirtschaftet. Von den Rohüberschüssen von 8,9 (10,2) Mrd. DM wurden 8,7 (10,0) Mrd. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, der Gewinnreserve der Versicherer, zugeführt.

NIXDORF

Vorstoß in die Nachrichtentechnik

H. HILDEBRANDT, Frankfurt

Bei der Nixdorf Computer AG, Paderborn, hält das stürmische Wachstum an. Insgesamt rechnet Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, für 1984 mit einem Ergebnis, das um 20 Prozent über dem 2,71-Mrd.-DM-Umsatz des Vorjahres liegen wird. Gleichzeitig steigt die Mitarbeiterzahl um rund 2700 auf fast 20 000. Erhöht wurden auch die Sachinvestitionen. Schwerpunkte sind hier Forschung und Entwicklung sowie die Vertriebsorganisation, aber auch der Ausbau der Fertigung. Deren Kapazität ist in Teilbereichen inzwischen um mehr als 100 Prozent ausgelastet, nicht zuletzt durch „eine hervorragende Entwicklung von Auftragsingang und -bestand“, wie Luft in Frankfurt herausstellte.

Besonders positiv entwickelt sich zur Zeit der Bankenbereich. Durch den Auftrag einer Großbank aus Malaysia konnte hier erstmals im südostasiatischen Bereich Fuß gefaßt werden. Beachtlich ist auch das Wachstum im Handelssektor. Auch am geplanten Banking-POS-Test in Berlin wird Nixdorf teilnehmen. Insgesamt erfreulich wird die Investitionsbereitschaft des Mittelstandes bezeichnet.

Beachtliche Anstrengungen werden im Bereich der Nachrichtentechnik unternommen. Im laufenden Jahr liegt der wertmäßige Anteil der neuinstallierten Telefonanlagen auf digitaler Basis bereits bei fünf Prozent, eine Verdoppelung ist als Nahziel vorgesehen. Auch bei der sich abzeichnenden Integration von Sprech-, Text-, Bild- und Datenkommunikationen werden verstärkte Aktivitäten entwickelt.

So erteilte die Deutsche Bundespost bereits einen Auftrag zum Aufbau einer Breitband-Vermittlung in Hannover, die bis April 1985 eingerichtet wird. Die Zukunftsspekte in der Nachrichtentechnik unmißverständlich Horst Nasko, für diesen Bereich zuständiges Vorstandsmitglied: „Unser strategisches Ziel ist hier ein genauso breites Standbein wie im Computerbereich, wobei es allerdings fraglich ist, ob man diese in weiter Zukunft überhaupt noch von der Nachrichtentechnik trennen kann.“

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Becker/Böhme: Kraftverkehrs-haftpflichtschäden. C. F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg 1983, 692 S., (geb.), 98 Mark.

Böhme, ein angesehener Sachverständiger auf dem Gebiet des Kfz-Schadenrechts, führt das von Becker begründete und in über drei Jahrzehnten bewährte Werk weiter fort. Das Grundschema wurde überwiegend beibehalten, doch sind in Aufbau und Gliederung wesentliche Überarbeitungen erfolgt, die das Buch noch handlicher und übersichtlicher gestalten. Neu aufgenommen wurden u. a. die Kapitel „Steuern“, „Kosten“ und „Regulierung von Verkehrsunfällen mit Ausländern im In- und Ausland“. Überflüssig zu erwähnen, daß die neueste Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet ist und das Werk so eine aktuelle Informationsquelle für die tägliche Regelungspraxis darstellt.

Wolfgang Theobald: Vor-GmbH und Gründerhaftung. Carl Heymanns Verlag KG, 1984, 164 S., 84 Mark.

Unter den mannigfaltigen Problemstellungen der Vorgesellschaft trieb die Frage nach der Gründerhaftung in der Vor-GmbH eine geraume Zeit ein Schattendasein. Die Handelsänderung des Paragraphen 11 Abs. 2 GmbHG stand mehr im Mittelpunkt des Interesses, eingebettet in die Fragen nach der Rechtsnatur der Vorgesellschaft, ihrem Verhältnis zur fertigen GmbH und dem Vorbelastungsverbot. In dem systematischen Standpunkt nach betrifft auch die Gründerhaftung die Haftungsverhältnisse zwischen Errichtung und Eintragung der GmbH ins Handelsregister. Die Einordnung und rechtswissenschaftliche Aufarbeitung der Gründerhaftung erfolgt im Vergleich zur Handelsänderung. Daran entwickelt der Erfasser Haftungssystem, rechtliche Grundlagen und Ausgestaltung der Gründerhaftung.

Both, GmbH-Gesetz mit Erläuterungen. Beck Verlag München 1983, 694 Seiten, 58 Mark.

Im Rahmen „Gelbe Reihe“ stellt der vorliegende Band einen Kurzkommmentar mit der charakteristischen Zielsetzung dar, sowohl eine umfassende und zuverlässige systematisch geordnete Darstellung des geltenden Rechts zu liefern als auch die neuere Rechtsprechung und die wichtigere wissenschaftliche Diskussion wiederzugeben. Das GmbH-Gesetz, zuletzt durch die Novelle vom 4. Juli 1980 grundlegend geändert, wird in einer übersichtlichen Weise kommentiert, die sich vor allem an den Praktiker wendet. Zahlreiche Nachweise aus dem umfangreichen Schrifttum zu den Neueregungen sind ebenso eingearbeitet wie erste grundlegende Entscheidungen. Das Bilanzrichtlinie-Gesetz als Bundesgesetzdrucke-Gesetz ist

sichtigt. Zuverlässig und informativ ist der kleine Kommentar ebenso aber prägnant, handlich und nicht zuletzt preiswert.

Thomas Kallig: Die Betriebsaufspaltung. Erich Schmidt Verlag, 1984, 168 S., 46 Mark.

Die Betriebsaufspaltung hat sich in den letzten Jahren zu einer betriebswirtschaftlich attraktiven Unternehmensform entwickelt. Die Sicherung der Unternehmenskontinuität durch angestellte Geschäftsführer, die Einschränkung der Mitspracherechte Dritter und die Haftungsbeschränkung auf das normalerweise nicht so beträchtliche Betriebsvermögen der Betriebskapitalgesellschaft sind die herausragenden Vorteile der Betriebsaufspaltung. Die vorliegende aktuelle Neuerscheinung behandelt in konzentrierter Form die bei der Konzipierung einer Betriebsaufspaltung auftretenden schwierigen Rechtsfragen und gibt eine zufriedenstellende Hilfeleistung für eine individuelle unternehmensgerechte Entscheidung.

Von Hartlieb, Handbuch des Film-, Fernseh- und Videorechts, 2. völlig neu bearbeitete Auflage des Filmrechts Handbuchs, Beck Verlag München 1984, 494 Seiten, 148 Mark.

Das Handbuch des Filmrechts erschien in erster Auflage vor 27 Jahren, als die Auswertung des Filmwerks im Filmtheater dominierte. Inzwischen ist gleichrangig seine Auswertung im Fernsehen und durch Videokassetten getreten. 1986 wurde ein neues Urhebergesetz mit eigenen filmrechtlichen Normen erlassen. Seit 1987 gibt es eine gesetzlich geregelte Filmförderung in Deutschland. Neue oder geänderte Strafvorschriften haben die Grenzen der Filmfreiheit teilweise erweitert, teilweise eingeengt. Eine umfangreiche Rechtsprechung hat weitgehend neue rechtliche, für die Praxis wichtige Maßstäbe gesetzt. Das filmrechtliche Vertragswerk wurde auf vielen Gebieten erneuert, erweitert oder wesentlich geändert. Der Autor hat daher das Handbuch nach Gesamtkonzept und in den einzelnen Abschnitten und Kapiteln völlig neu geschrieben. Der Charakter eines Handbuchs für die Praxis wird dadurch unterstrichen, daß immer zunächst eine geschlossene Darstellung der behandelten Materie gegeben wird. Am Ende des Kapitels finden sich Rechtsprechung und Rechtslehre, mit Ausrichtung auf die Praxis. Das Handbuch („aus der Praxis für die Praxis“) soll sowohl dem filmwirtschaftlich und dem filmrechtlich nicht vorgebildeten verständlich sein. Auch die Medien der nahen Zukunft, Satelliten-Fernsehen, Pay-Television, Kabelfernsehen, sind schon mit angesprochen. Daher behalten die behandelten grundsätzlichen Rechtsfragen für lange Zeit ihre Bedeutung. Insgesamt legt der Autor mit der zweiten Auflage ein Grundlagenwerk vor,

daß alle mit dieser Spezialmaterie Beschäftigten zur Orientierung und bei Zweifelsfragen immer gern hinzuziehen werden.

Arnold Beckmann: Leben wollen. Verlag Klempner & Witsch 1984, 346 S., 19,90 Mark.

Professor Dr. A. Beckmann, Direktor des Instituts für Landwirtschafts-ökonomie der TU Berlin, zieht eine bedrückende Bilanz der Umweltveränderungen und der Umweltpolitik der letzten 15 Jahre. Er zeigt auf, daß zwar eine rege Umweltpolitik betrieben und daß in der Bundesrepublik ein modernes Umweltrecht geschaffen wurde, was aber nicht verhindern konnte, daß die Umweltsituation sich verschlechtert hat. Sein Konzept für eine evolutionäre Umweltpolitik verlangt eine Abkehr von den alten Vorstellungen, eine Zusammenarbeit von Regierung, Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft unter Infragestellung unserer heutigen Wertbegriffe und unseres Gesellschaftssystems.

Hans Schuk: Erfolgreicher Terminhandel. Gabler-Verlag 1984, 237 S., 48 Mark.

In den USA haben die technische und auch die Fundamentalanalyse im Terminhandel längst die verdienten Anerkennung gefunden. Die in der Bundesrepublik stiefmütterliche Behandlung dieses Komplexes muß sich schleunigst ändern, denn die Terminmärkte in London, New York und Chicago zeigen vielfältige Wege, Gewinne zu erwirtschaften. Der Autor hat ein systematisches Arbeitsbuch vorgelegt, das den Leser bei gründlicher Mitarbeit mit einem Geschäftszweig vertraut macht, der ohne Übertrieb als einer der interessantesten, aufregendsten und profitabelsten bezeichnet werden kann. Dem Buch gelingt es, das vielseitige Gebiet des Terminhandels in seiner Gesamtheit darzustellen und die immanenten Risiken einzukreisen.

Walter L. Zimmermann: Datenverarbeitung - 2. Auflage. Gabler-Verlag 1984, 398 S., 48 Mark.

Das in der Neuauflage insgesamt fünf Bände umfassende Lehrbuch der elektronischen Datenverarbeitung berücksichtigt eine Reihe technischer, organisatorischer Neuerungen: Bildschirm, Terminal, Datenfernverarbeitung, dialogorientierte Programmiersprachen, Personalcomputer-Systeme und dem Erlernen einer Programmiersprache. Der vorliegende erste Band will folgende Ziele erreichen: Stoffvermittlung ohne Vorkenntnisse, Darstellung der gesamten Datenverarbeitung, Problematik, Praxisnähe und Ausrichtung an den Interessen der Anwender, dazu ist es erforderlich, die Darstellung herstellerneutral zu halten und Spezifika der kommerziell-administrativen Datenverarbeitung und der Informatik zu berücksichtigen.



Erfahren als Bank -
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot
und internationalen Verbindungen stehen
wir Ihnen als große Universalbank zur
Verfügung.

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in
Bonn, Frankfurt, London, New York, Singapur, Wien, Toronto, Johannesburg und Luxemburg.
Sie erreichen uns auch über Btx: * 38000 #.

729.50	727.50
735.25	733.50
740.00	739.00
741.50	747.00
751.00	750.00
770.40	775.50
791.00	793.00
12 600	25 000

Börse

8. 10.	8. 10.
55.85	55.55
56.10	56.00
56.35	56.60
57.25	57.25
58.55	58.65
59.75	59.75
60.80	60.80
2 900	6 500

Börse

8. 10.	8. 10.
730.50-730.50	730.50-730.50
823.00-823.00	823.00-823.00
328.00-328.00	328.00-328.00
331.00-331.00	331.00-331.00


1022.0	1021.0-1021.5
1029.5	1044.5-1044.5
1021.0	1021.0-1021.0
-	1045.0-1045.5

1025.0-1025.0	1025.0-1025.0
1042.0-1042.0	1042.0-1042.0
609.00-609.00	609.00-609.00
654.00-656.00	654.00-656.00
90205-9150	90205-9150
9465-9475	9465-9475

-	307-308
-	83-85

Der ersten Dinge und drei.

Develop 10



Develop 20

**drei klassischen
Kopierer.**

Develop 20: Arbeitsplatz-
etwas Praktischeres als
20, wo man sie braucht?
Der Kopierautomat der
einfachster und kleinster
Kopierpapiere. Develop 30,
Kopierer für alle Arten von
elektronisch gesteuert.
In Deutschland entwickelt und

Test-Gutschein.

Ich möchte eines Ihrer drei Geräte
testen. Stellen Sie mir eins für 14 Tage den

- ☐ Develop 10 Minikopierer
- ☐ Develop 20 Normalkopierer
- ☐ Develop 30 Multikopierer

unverbindlich zur Verfügung. Bei mir eins
fallen im Monat etwa _____ Kopien an.

Name und Anschrift

h 10 0134
Telefon (0 7156) 208-0

Develop Kopierer

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzver-
öffentlichungen an allen acht deutschen
Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düssel-
dorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover,
München und Stuttgart.

W 3402

DIES KÖNNTE DAS BESTE GESCHÄFT SEIN.
DAS SIE AUF IHRER NÄCHSTEN
GESCHÄFTSREISE ABSCHLIESSEN.

Es sind alle die Klein-
ketten, die Sheraton
Towers einzigartig machen. Alles
ist da, angefangen von dem Kom-
fort eines luxuriösen übergros-
sen Zimmers bis zu der Bereit-
stellung eines Schreibdienstes.
Wählen Sie 061/29.53.06 für
Ihre Reservierung.

Das Geschäft ist zu gut,
um es sich entgehen zu lassen.

Sheraton Towers
Brussels-Sheraton Hotel ®
Place Royale 3
1000 Brüssel

wurden ebenfalls preisgünstig erworben gehalten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/Dm	1,507,40	1,414,54	2,267,88
Frnk./Dm	1,500,00	1,400,00	2,250,00
Pfund/Dm	2,280,49	2,067,40	3,407,00
FF/Dm	24/8	35/33	107/81

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 10. Tagesgeld 4,55-5,35 Prozent; Monatsgeld 4,75-5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,35-6,1 Prozent.

Privatbankensätze am 9. 10. 10 bis 20 Tage 4,05 G 30 bis 60 Tage 4,30 G 90 bis 120 Tage 4,65 G 3 bis 6 Monate 5,10 G 7 bis 12 Monate 5,30 G 18 bis 24 Monate 5,50 G 30 bis 36 Monate 5,75 G 36 bis 48 Monate 5,85 G 48 bis 60 Monate 5,95 G 60 bis 72 Monate 6,05 G 72 bis 84 Monate 6,15 G 84 bis 96 Monate 6,25 G 96 bis 108 Monate 6,35 G 108 bis 120 Monate 6,45 G 120 bis 132 Monate 6,55 G 132 bis 144 Monate 6,65 G 144 bis 156 Monate 6,75 G 156 bis 168 Monate 6,85 G 168 bis 180 Monate 6,95 G 180 bis 192 Monate 7,05 G 192 bis 204 Monate 7,15 G 204 bis 216 Monate 7,25 G 216 bis 228 Monate 7,35 G 228 bis 240 Monate 7,45 G 240 bis 252 Monate 7,55 G 252 bis 264 Monate 7,65 G 264 bis 276 Monate 7,75 G 276 bis 288 Monate 7,85 G 288 bis 300 Monate 7,95 G 300 bis 312 Monate 8,05 G 312 bis 324 Monate 8,15 G 324 bis 336 Monate 8,25 G 336 bis 348 Monate 8,35 G 348 bis 360 Monate 8,45 G 360 bis 372 Monate 8,55 G 372 bis 384 Monate 8,65 G 384 bis 396 Monate 8,75 G 396 bis 408 Monate 8,85 G 408 bis 420 Monate 8,95 G 420 bis 432 Monate 9,05 G 432 bis 444 Monate 9,15 G 444 bis 456 Monate 9,25 G 456 bis 468 Monate 9,35 G 468 bis 480 Monate 9,45 G 480 bis 492 Monate 9,55 G 492 bis 504 Monate 9,65 G 504 bis 516 Monate 9,75 G 516 bis 528 Monate 9,85 G 528 bis 540 Monate 9,95 G 540 bis 552 Monate 10,05 G 552 bis 564 Monate 10,15 G 564 bis 576 Monate 10,25 G 576 bis 588 Monate 10,35 G 588 bis 600 Monate 10,45 G 600 bis 612 Monate 10,55 G 612 bis 624 Monate 10,65 G 624 bis 636 Monate 10,75 G 636 bis 648 Monate 10,85 G 648 bis 660 Monate 10,95 G 660 bis 672 Monate 11,05 G 672 bis 684 Monate 11,15 G 684 bis 696 Monate 11,25 G 696 bis 708 Monate 11,35 G 708 bis 720 Monate 11,45 G 720 bis 732 Monate 11,55 G 732 bis 744 Monate 11,65 G 744 bis 756 Monate 11,75 G 756 bis 768 Monate 11,85 G 768 bis 780 Monate 11,95 G 780 bis 792 Monate 12,05 G 792 bis 804 Monate 12,15 G 804 bis 816 Monate 12,25 G 816 bis 828 Monate 12,35 G 828 bis 840 Monate 12,45 G 840 bis 852 Monate 12,55 G 852 bis 864 Monate 12,65 G 864 bis 876 Monate 12,75 G 876 bis 888 Monate 12,85 G 888 bis 900 Monate 12,95 G 900 bis 912 Monate 13,05 G 912 bis 924 Monate 13,15 G 924 bis 936 Monate 13,25 G 936 bis 948 Monate 13,35 G 948 bis 960 Monate 13,45 G 960 bis 972 Monate 13,55 G 972 bis 984 Monate 13,65 G 984 bis 996 Monate 13,75 G 996 bis 1008 Monate 13,85 G 1008 bis 1020 Monate 13,95 G 1020 bis 1032 Monate 14,05 G 1032 bis 1044 Monate 14,15 G 1044 bis 1056 Monate 14,25 G 1056 bis 1068 Monate 14,35 G 1068 bis 1080 Monate 14,45 G 1080 bis 1092 Monate 14,55 G 1092 bis 1104 Monate 14,65 G 1104 bis 1116 Monate 14,75 G 1116 bis 1128 Monate 14,85 G 1128 bis 1140 Monate 14,95 G 1140 bis 1152 Monate 15,05 G 1152 bis 1164 Monate 15,15 G 1164 bis 1176 Monate 15,25 G 1176 bis 1188 Monate 15,35 G 1188 bis 1200 Monate 15,45 G 1200 bis 1212 Monate 15,55 G 1212 bis 1224 Monate 15,65 G 1224 bis 1236 Monate 15,75 G 1236 bis 1248 Monate 15,85 G 1248 bis 1260 Monate 15,95 G 1260 bis 1272 Monate 16,05 G 1272 bis 1284 Monate 16,15 G 1284 bis 1296 Monate 16,25 G 1296 bis 1308 Monate 16,35 G 1308 bis 1320 Monate 16,45 G 1320 bis 1332 Monate 16,55 G 1332 bis 1344 Monate 16,65 G 1344 bis 1356 Monate 16,75 G 1356 bis 1368 Monate 16,85 G 1368 bis 1380 Monate 16,95 G 1380 bis 1392 Monate 17,05 G 1392 bis 1404 Monate 17,15 G 1404 bis 1416 Monate 17,25 G 1416 bis 1428 Monate 17,35 G 1428 bis 1440 Monate 17,45 G 1440 bis 1452 Monate 17,55 G 1452 bis 1464 Monate 17,65 G 1464 bis 1476 Monate 17,75 G 1476 bis 1488 Monate 17,85 G 1488 bis 1500 Monate 17,95 G 1500 bis 1512 Monate 18,05 G 1512 bis 1524 Monate 18,15 G 1524 bis 1536 Monate 18,25 G 1536 bis 1548 Monate 18,35 G 1548 bis 1560 Monate 18,45 G 1560 bis 1572 Monate 18,55 G 1572 bis 1584 Monate 18,65 G 1584 bis 1596 Monate 18,75 G 1596 bis 1608 Monate 18,85 G 1608 bis 1620 Monate 18,95 G 1620 bis 1632 Monate 19,05 G 1632 bis 1644 Monate 19,15 G 1644 bis 1656 Monate 19,25 G 1656 bis 1668 Monate 19,35 G 1668 bis 1680 Monate 19,45 G 1680 bis 1692 Monate 19,55 G 1692 bis 1704 Monate 19,65 G 1704 bis 1716 Monate 19,75 G 1716 bis 1728 Monate 19,85 G 1728 bis 1740 Monate 19,95 G 1740 bis 1752 Monate 20,05 G 1752 bis 1764 Monate 20,15 G 1764 bis 1776 Monate 20,25 G 1776 bis 1788 Monate 20,35 G 1788 bis 1800 Monate 20,45 G 1800 bis 1812 Monate 20,55 G 1812 bis 1824 Monate 20,65 G 1824 bis 1836 Monate 20,75 G 1836 bis 1848 Monate 20,85 G 1848 bis 1860 Monate 20,95 G 1860 bis 1872 Monate 21,05 G 1872 bis 1884 Monate 21,15 G 1884 bis 1896 Monate 21,25 G 1896 bis 1908 Monate 21,35 G 1908 bis 1920 Monate 21,45 G 1920 bis 1932 Monate 21,55 G 1932 bis 1944 Monate 21,65 G 1944 bis 1956 Monate 21,75 G 1956 bis 1968 Monate 21,85 G 1968 bis 1980 Monate 21,95 G 1980 bis 1992 Monate 22,05 G 1992 bis 2004 Monate 22,15 G 2004 bis 2016 Monate 22,25 G 2016 bis 2028 Monate 22,35 G 2028 bis 2040 Monate 22,45 G 2040 bis 2052 Monate 22,55 G 2052 bis 2064 Monate 22,65 G 2064 bis 2076 Monate 22,75 G 2076 bis 2088 Monate 22,85 G 2088 bis 2100 Monate 22,95 G 2100 bis 2112 Monate 23,05 G 2112 bis 2124 Monate 23,15 G 2124 bis 2136 Monate 23,25 G 2136 bis 2148 Monate 23,35 G 2148 bis 2160 Monate 23,45 G 2160 bis 2172 Monate 23,55 G 2172 bis 2184 Monate 23,65 G 2184 bis 2196 Monate 23,75 G 2196 bis 2208 Monate 23,85 G 2208 bis 2220 Monate 23,95 G 2220 bis 2232 Monate 24,05 G 2232 bis 2244 Monate 24,15 G 2244 bis 2256 Monate 24,25 G 2256 bis 2268 Monate 24,35 G 2268 bis 2280 Monate 24,45 G 2280 bis 2292 Monate 24,55 G 2292 bis 2304 Monate 24,65 G 2304 bis 2316 Monate 24,75 G 2316 bis 2328 Monate 24,85 G 2328 bis 2340 Monate 24,95 G 2340 bis 2352 Monate 25,05 G 2352 bis 2364 Monate 25,15 G 2364 bis 2376 Monate 25,25 G 2376 bis 2388 Monate 25,35 G 2388 bis 2400 Monate 25,45 G 2400 bis 2412 Monate 25,55 G 2412 bis 2424 Monate 25,65 G 2424 bis 2436 Monate 25,75 G 2436 bis 2448 Monate 25,85 G 2448 bis 2460 Monate 25,95 G 2460 bis 2472 Monate 26,05 G 2472 bis 2484 Monate

Kongresse · Tagungen · Konferenzen

INSELHALLE LINDAU

IHR HAUS FÜR ALLE FÄLLE

Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Sale teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen,
Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübner)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz
LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen,
Ferienwohnungen und Privatzimmern
Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 08382/4035

LINDAU

Tagungen-Kongresse in der alten Herzogs- u. Universitätsstadt

INGOLSTADT ist IN

Information: Städtisches Fremdenverkehrsamt in der Kurfürstlichen Reitschule,
Hallerstraße 5, 8070 Ingolstadt, Telefon (0941) 3 05-4 15/4 16/4 17

Seminare + Tagungen
in der Mitte
der Bundesrepublik

Siegerlandhalle

• Kongresssaal mit 2000 bis 2500 Personen
• Moderner Konferenzbereich
• Großkitchen für 1000 Personen und Saal
• Parkhaus mit 1000 Parkplätzen
• Tagungshotel im Ort
• Direkter Autobahnanschluss (A 9) (Bayerland)

Intermar

Glückstadt - Insel - Ort
Timmendorfer Strand - Badsegeberg

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen, Konferenzen,
Seminare im Intermar-Stil
sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren
Prospekt an!

Wir sind auch Ihr Partner für
Urlaub, Wochenende und Freizeit.
Ihre Buchung nimmt jedes
Intermar-Kollegium entgegen oder
informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung.
Strandstr. 94
2408 Timmendorfer Strand
Tel. 04503-64 26, Tlx. 261 440

IN KONSTANZ TAGEN

Das heißt: die Gewährleistung
haben, neben bester
Unterbringung,
repräsentativen Tagungs-
räumen eine ideale
Arbeitsatmosphäre und
genügend gesellschaft-
liche und kulturelle
Veranstaltungen vorzu-
finden.

Reizvolle Natzeile im
Bodenseegebiet machen
eine individuelle Rahmen-
programmgestaltung leicht.
Theater, Konzerte,
Blumeninsel Mainau,
Internationale Spielbank,
Autofähre Tag und Nacht.

Fordern Sie die
Informationsbroschüre.
Warum gerade Konstanz
bei der Tourist-Information
Abt. III, Postfach 1230
7750 Konstanz oder
Telefon (07531) 26 43 76
unverzüglich an.

**Seminare
Tagungen
Kongresse!**

Bitte Veranstalter-Broschüre
anfordern!

Ihr Partner:
Verkehrsverein der
Freien Hansestadt Bremen
Mitglied GCS, ICCA
054 21-32 78 00, 5. 244 854
am besten selbst ankommen

Bremen

Hotel Schloß Gevelinghausen

Das gute und preiswerte Haus für kleine Tagungen und
Seminare. Tagungsräume für 10 bis 50 Personen, 50 Betten,
sämtliche Zimmer mit Bad/Dusche, WC, Radio, Telefon und
Barbecue-Schwimmbad, Sauna, Solarium und eigene
Terrasse. In unmittelbarer Nähe des bekannten Freizeit-
zentrums FORT FUN mit den vielen Möglichkeiten aktiver
Erholung. Überzeugen Sie sich, fordern Sie unsere
Tagungsmappe mit Spezialangeboten an.

Hotel Schloß Gevelinghausen
5787 Olsberg 8 - Gevelinghausen - Telefon (02504) 2074

WOHLGEMERKT

Seit 11. Mai 1984 ist Leben drin –
in der Halle für Alle! –
... und Leonberg liegt immer am Weg!

Stadthalle Leonberg
Postfach 17 63 - Römerstr. 110
7250 Leonberg 17 - 07152 / 204490

**STADT HALLE
LEONBERG**

**STADTGARTEN
Schwäbisch Gmünd**

- modernes Tagungszentrum mit Flair
- vernünftiges Preisniveau
- Räumlichkeiten für 12 bis 1200 Personen
- aktuelle und funktionelle Technik
- umfassender Service

Bitte fragen Sie an: STADTGARTEN Schwäbisch Gmünd
Rektor-Klaus-Str. 9 - 7070 Schwäbisch Gmünd
Telefon 07171 690 12 - Telex 7 248 855 stvg d

Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide

Hotel Riebeckhof

Ringhotel, 2112 Jatzburg, Tel. 0 41 83 / 20 44
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel.
70 Betten, Lift, Konferenzraum,
Saal: 10 - 80 Personen.

KUR-HOTEL "AM KAISERBRUNNEN" BRAKEL

Ruhe - Erholung - Entspannung zwischen Bad Driburg und Hoster (nahe
Verkehrsmittel, direkt am Wald und Kaiserbrunnen, herrliche Parklandschaft,
Waldpfad, Jap. Garten, Tennis, Konferenzräume, Saal, Solarium,
Schwimmbad - Sauna, Massage, Fitnessraum, US, Bundesgaststätte (jährl.
dichtl.) - Grillplatz - Tennisplätze - Wohnheim (jährl. d.) - Elisenhof.
Alle Hausverordnungen.

2402 Brakel (Hannoverland), Telefon 05 22 72 81 31 - 81 34

Tagen im grünen des Odenwaldes

Hotel Riebeckhof

Es erwartet Sie
ein komfort. Landhotel m. 66 Zim. (alle m. D.,
a. Bad/WC), Gut belebte Strassen, länd-
liche Ruhe, Hallenbad, Sauna, Solarium,
Spezialküche leicht u. bekömmlich.
Räume f. 40-60 Personen, Leinwand, Red-
nerpult, Fischer, Overhead-Projektor.
Auf Wunsch besondere Extras
und Incentive-Programme.
Fordern Sie unser Tagungsangebot an.

Siegridsbrunnen
6140 Gießenbach, Kreis Gießen
Odenwald 480 m, Tel. 062 07 4 31

Burghotel (am Wildpark) 2843 Dinklage i. O., Tel. 0 44 43 10 25-26 o. 777

Mitten im Burgwald gelegen.

Ideal für Tagungen,
Betriebsfeste,
Kongresse etc.
Nur 1400 m
von der Abfahrt.

Löhne - Dinklage der Autobahn Hansallinie (50 km nördl. Osnabrück).

**Kongresse · Tagungen
Konferenzen**

erscheint monatlich.
Informationen über Anzeigen erteilt Ihnen gern:

DIE WELT
Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 37 41 33 oder 0 40 / 3 47 44 83

Kühlerhof

heißt die Innovation
für Ihren
Tagungskalender

- moderne Tagungs-
technik
- im First Class Hotel
- nur 3 AB-Abfahrten von
Zürich
- mitten in schöner Natur.

Fordern Sie die neue Tagungs-
mappe an!

Hotel Kühlerhof gibt jeder Tagung
wirkliche Impulse.
Hotel Kühlerhof, Am Kühlerhof,
2357 Bad Bramstedt, Tel. 04182/301,
Tlx. 2 380 104

DRESEN

in ruhiger Lage
gegenüber den 7 Bergen
5300 Bonn-Bad Godesberg
T. (02 28) 36 40 51-54, Telex 03 85 417

Ideal für Erholung,
Tagungen, Kongresse,
Empfangs- und Familienfeiern
Schwimmbad - Saal - nachmittags
der beliebte 4 Uhr-Tanztel

Trimm Trab:
Das neue Laufen,
ohne zu schaukeln

Tagungen, Seminare, Verkaufsmittel-
tagungen, Landhotel Ummehor Mühle,
4800 Niebelsch-Strasse, Tel. 05 22
4 88 32.

**Sport-Hotel
Vogelsberg**

mitten in HESSEN
3 km von der BAB Kassel-Frankfurt
* Abfahrt Alsfeld-West
* Tennisplätze, Sauna, Hallenbad
* Massage, Solarium, Kegelbahnen
* Tagungsräumlichkeiten bis 200 Pers.
* Komplettes Tagungsequipment

ARRANGEMENTS ab 99,- DM je Person

Ob Sie eine
Geschäftsbesprechung für 6 Personen
oder eine
Veranstaltung für 600 Teilnehmer
ausrichten müssen, im revita-Hotel kein Problem.
15 Veranstaltungsräume mit modernster Ausrüstung,
800 Betten, mehrere Restaurants, Café, Bar,
aufmerksamer Service, vernünftige Preise.

revita

Hotel - Kongresszentrum
3422 Bad Lauterberg/Harz
Tel.: (0 55 24) 8 31 Telex: 9 6 245

**Hotel
Landhaus
Höpen**

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massage,
Doppelgastbetten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hanno-
ver-Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns - wir informieren Sie gern.

3043 Schnoorndörp (Lüneburger Heide) Tel. 05133/031 Telex 924193

**Tagen Sie mal auf
unsere
Kosten**

Wenn Sie mit dem Tagungsge-
schäft zu tun haben, dann laden
wir Sie ein: Tagen Sie mal auf
unsere Kosten in einem DORINT
Hotel Ihrer Wahl. Damit Sie den
Coupon ausfüllen - und ihn mit dem Blick! Dann gewinnen Sie eines von
zwei Wochenenden für zwei Personen, die DORINT Monat für Monat verlost.

DORINT-Tagungsservice an Ort und Stelle testen können. Sie brauchen nur den
Coupon ausfüllen - und ihn mit dem Blick! Dann gewinnen Sie eines von
zwei Wochenenden für zwei Personen, die DORINT Monat für Monat verlost.

DORINT Hotels in Aachen - Am-
berg - Bad Brückenau - Bad
Kissingen - Bad Nauheim - Biers-
dorf/Südlich - Fichtelberg/Schwar-
wald - Dreieck bei Frankfurt
Goslar - Hameln - Insel/Obb.
Kaiserslautern - Kassel - Leoni am
Stamm. See - Mönchengladbach
Schönhausen/Ostsee - Trier
Winterberg sowie Hotels in
Belgien und der Schweiz.

Ich sende mir von der Werbung bald, falls ich gewinne,
mich das DORINT Hotel selbst an:

Name, Funktion, Firma, Anschrift:

Tatsachenbericht: es ist jedem, der Rechtsweg
ist ausgeschlossen.

Coupon einreichen an:

Tagungsbüro, Postf. 641,
4050 Mönchengladbach 2
Tel. 0 21 66-45 88-0

Dorint

STELLENANGEBOTE

**Berufs-Chancen
in der
Elektronik/EDV-Branche**

... unter diesem Titel erschien in der WELT am
6. Oktober

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus
diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie daran interessiert - sei es, daß Sie sich
beruflich verändern wollen oder sich einfach mal
über die Angebote der Elektronik-Branche infor-
mieren möchten?
Dann schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten
in wenigen Tagen die Ausgabe zugeschickt - selbst-
verständlich kostenlos.

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30,
2000 Hamburg 36
Bitte schicken Sie mir kostenlos die WELT vom
6.10.84 mit zahlreichen Berufs-Chancen in der
Elektronik-Branche

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____

01-138

Die Handwerkskammer Osnabrück-
Emsland - Körperschaft öffentlichen
Rechts - sucht zum 1. 1. 1985 einen

Wirtschaftsingenieur (grad.)

für Fragen der Innovationsberatung.

Erste berufliche Erfahrungen oder eine
abgeschlossene Lehre sind er-
wünscht. Eine Ausrichtung auf den
Metallbereich ist vorteilhaft.

Die Tätigkeit ist zunächst befristet bis
zum 31. 12. 1986.

Die Vergütung richtet sich nach BAT.

Bewerbungen erbitten wir bis zum 20.
10. 84 an die Handwerkskammer Osnabrück-
Emsland, Bramscher Str.
134-136, 4500 Osnabrück.

Namhafte Import-Gesellschaft
mit Sitz im Ruhrgebiet
sucht kurzfristig einen

Diplom-Kaufmann/Betriebswirt

um 35 Jahre mit Wohnsitz im engeren Ruhrgebiet zur

Entlastung der Geschäftsleitung.

Es handelt sich um nachstehende Aufgabenbereiche:
- Personalwesen (Arbeitsrecht/Sozialversicherungsrecht)
- EDV-Organisation
- Aufbau-/Ablauf-Organisation
- Rechnungswesen/Betriebswirtschaft
- Controlling

Diese Aufgabenstellung kann in ihrer Vielseitigkeit sicherlich
nur von einem mittelständischen Unternehmen geboten wer-
den.

ENGAGEMENT / analytisches Denken / mehrjährige Berufser-
fahrung / gute engl. Sprachkenntnisse / PRÄZISORIENTIE-
RUNG mit betont ausgeprägter ARBEITSWEISE zum DETAIL
inkl. der erforderlichen NACHVERFOLGUNG sowohl von
ROUTINE- als auch von PROJEKTVORGÄNGEN sind wesent-
liche Voraussetzungen für diese Position.

Wenn Sie interessiert sind, bitten wir um Überreichung Ihrer
Bewerbungsunterlagen (tabell. Lebenslauf, Lichtbild, Zeug-
nisse, frühester Eintrittstermin, Gehaltsvorstellung etc.) unter
Y 10 177 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ZANDERS
Feinpapiere AG · Bergisch Gladbach und Düren

Wir sind ein international führendes Feinpapier-Unter-
nehmen mit ca. 3800 Mitarbeitern und einem umfas-
senden Programm an Feinpapieren für Werbung, Ver-
packung, Verlagswesen, Büro- und Informationstech-
nik.

In unserem Haus hat das Thema „Werbung“ seit
langem eine anerkannte zentrale Bedeutung. Neue
Aufgaben, neue Konzeptionen müssen realisiert wer-
den. Wir suchen daher zum baldmöglichen Eintritt
einen

Werbefachmann

als Gruppenleiter für unser bekanntes und anspruchs-
volles Produkt - CHROMOLUX -

Sie sind dem Werbeleiter im Rahmen des gegebenen
Budgets verantwortlich für das genannte Produkt. Die
Planung und Durchführung von Werbemaßnahmen in
Zusammenarbeit mit freien Gestaltern, Textern, Foto-
grafen setzt sicheres Urteilsvermögen für anspruchs-
volles Design voraus. Werberpraxis in Wirtschaft oder
Agentur sind daher unentbehrlich.

Aufstiegchancen sind gegeben, so z. B. Übernahme
von Stellvertretungsaufgaben für den Werbeleiter.

Wenn Sie glauben, der richtige Mann für uns zu sein,
bitten wir um Ihre aussagefähigen Unterlagen.

ZANDERS
Feinpapiere AG

An der Gohrmühle, D - 5060 Bergisch Gladbach 2
Personalabteilung
Telefon 0 22 02 / 1 53 61

Tapferer Soldat - aber ein Feind der Republik

Wege eines Deutschen

Im Oktober 1913 wurde der 43-jährige Oberleutnant Paul von Lettow-Vorbeck, Kommandeur des II. See-Bataillons in Wilhelmshaven, zum Befehlshaber der kaiserlichen Schutztruppe in Kamerun ernannt. Bevor er diesen Posten antrat, disponierte man um: Im April 1914 wurde er Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, einer schwachen Einheit, der 200 Weiße und 2400 schwarze Soldaten (Askaris) angehörten.

Paul von Lettow-Vorbeck, geboren 1870, Generalsohn aus pommerischem Adel, war einer der wenigen Offiziere mit Auslandserfahrung in der Königlich-Preussischen Armee. Er gehörte dem Ostasiatischen Expeditionskorps 1900/01 in China an und wurde während des Herero- und Hotentotten-Aufstandes 1905/06 schwer verwundet.

Im kaiserlichen Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika fand er ihm ungewohnte Verhältnisse vor: In militärischer Hinsicht unterstand er dem

Lettow-Vorbeck - ZDF, 25.05. Uhr

Kommando der Kaiserlichen Schutztruppen in Berlin. In Darassalam aber, der Hauptstadt Deutsch-Ostafrikas, war sein oberster Befehlshaber der Gouverneur Dr. Schnee, der dem Reichskolonialamt unterstand. Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, wollte der Gouverneur im Fall eines englischen Angriffs das gesamte Schutzgebiet (mehr als doppelt so groß wie das Deutsche Reich) sofort den Engländern übergeben. Aber Lettow-Vorbeck machte dem Gouverneur klar, daß er in solchem Fall nicht mit seinem Gehorsam rechnen könne.

Der erste Angriff der bei Tanga an der Ostküste gelandeten Engländer wurde 1914 blutig abgewiesen. Lettow-Vorbeck brachte unter Aufbietung aller Reserven seine kleine Streitmacht zeitweilig auf 3000 Weiße und 11 000 Askaris. Im Kleinkrieg behauptete er bis 1917 Teile des Schutzgebietes. Schließlich waren auf dem Höhepunkt dieses ostafrikanischen Krieges rund 300 000 Mann britische

und andere Truppen gegen Lettow-Vorbeck und seine Leute im Einsatz.

Nachdem es aussichtslos wurde, sich im Schutzgebiet zu behaupten, trug er den Krieg in die portugiesische Kolonie Mosambik und dann nach Britisch-Rhodesien. Munition, Verpflegung, die dringend benötigten Medikamente lieferten die von ihm eingenommenen feindlichen Vorratslager. Als der Krieg 1918 in Europa zu Ende ging, kapitulierten er auf Weisung aus Berlin am 25. November 1918 in Abercorn. Er verfügte noch über 155 Weiße und rund 1700



Paul von Lettow-Vorbeck
FOTO: DIE WELT

Askaris. Die britischen und südafrikanischen Generale fanden seine militärische Leistung bewundernswürdig. Die Heimat feierte ihn als Helden eines verlorenen Krieges.

Wieder in Deutschland, stellte er ein Freikorps auf, mit dem er in Hamburg in revolutionäre Kämpfe eingriff. Als Kommandeur der Reichswehr-Brigade 9 nahm er 1920 am Kapp-Putsch demokratiefeindlicher Militärs gegen die neue Republik teil. Das war das Ende seiner Soldatenlaufbahn. Seinem Ruhm tat dies freilich keinen Abbruch. Im Dritten Reich begrüßte er zwar den Neuaufbau einer starken Armee, hielt aber sonst Distanz zur NSDAP. 1964 starb er, 94-jährig, in Hamburg.

WALTER GÖRLITZ

Gelungene Spurensuche

Gewöhnlich wird man im Abspann oder Nachspann mit den Namen der Schminkkünstler, Beleuchter und Toningenieur geplagt. Am Ende des hervorragenden Beitrags „Die Welt des James Joyce“ von Sean O'Moradha und Colbert Kearny erfährt man weder, wem die deutsche Fassung (und leichte Kürzung) des Originals zu verdanken war (Peter Leppke), noch wer die vortrefflichen deutschen Sprecher waren. Auch diese seien hier nachgetragen: Christian Brückner, Volker Kraft, Wolf Rathjen und Barbara Vocke.

Den irischen Autoren dieser Dokumentation ist es wahrhaftig gelungen, ein ganzes bewegtes Dichterleben in den Zeitraum von achtzig Minuten hineinzustellen, hauptsächlich mit dem Mittel zeitgenössischer Fotografien, aber auch mit stimmungsvollen Farbfilmstrecken von den Schauplätzen Dublin, Triest, Zürich und Paris in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Mündliche Zeugnisse über das von vielen Härten des Schicksals getriebene Leben des James Joyce hatte man sich u. a. von Nichten und Neffen, von Pariser Literaturkundigen und Freunden aus dem langen Triester Exil zusammengeholt.

Das Werk, so schwierig es ist, von dem zeitkritischen Novellenband „Dubliners“ über den ebenso undurchdringlichen wie Anstoß erregenden „Ulysses“ bis zu dem kaum noch entzifferbaren „Finnegans Wake“, kam über den zahlreichen biographischen Einzelheiten nicht zu kurz.

Unter diesen waren viele, wie das Verhältnis zum Vater, die Schulzeit an einer teuren wie an einer billigen Jesuitenschule, der vergebliche Versuch, in Dublin ein Kino zu betreiben - alles aus dem reichen Fundus der Joyce-Biographie von Richard Ellmann geschöpft - selbst für manche treuen Joyce-Leser eine Überraschung.

Ein beglückender später Fernsehabend, an den man noch lange zurückdenken wird.

HELLMUT JAESRICH

Eingetrübte Objektive

Dokumentarische Erzählweisen sollten sie belegen, die vier Episoden des Films „Heimatkunde“, einer Gemeinschaftsarbeit von Nachwuchsautoren. Die vier „Filmen“ kommen weitgehend ohne Dialoge aus, jedoch nicht gänzlich ohne das gesprochene Wort. Da hört man die Stimme aus dem „off“ mit Weisheiten wie: „Der Mensch. Den Ort, an dem er wohnt, nennt er Heimat, sein Leben Geschichte.“ Bodenständiger klingt da schon der Spruch eines friesischen Bauern, nach dem dort, wo Häuser stehen, keine Kartoffeln mehr wachsen können.

Ein weiteres Heimat-Bild zeigt Einblicke von einem Kongreß, auf dem Vertreter der politischen Linken nach neuen Perspektiven für sich und die Gesellschaft suchen. Was optisch und akustisch bleibt, sind jedoch nur: Pfriffe und Gejohle, die jede Diskussion verhindern.

Das zweite Bild - Titel „Lewer duad us slaw“ - beschäftigt sich mit den Problemen eines alten Bauern auf Sytt. An ihm sind Wohlstand und technischer Fortschritt spurlos vorbeigegangen. Noch immer pflügt er mit dem Pferd. Der Landmann grübelt über die Auswirkungen des Tourismus auf seiner Insel, und wie zum Hohn fahren Züge voller Autos über den Damm nach Sytt. Dazu Bilder von Dünen und Deichen.

Die beiden letzten Episoden zeigen eine Stadtrundfahrt durch das Frankfurter Bankenviertel und die Eindrücke eines jungen Griechen, der mit der Bahn nach Deutschland reist. Für Anna, die Reiseleiterin aus der Main-Metropole, scheint die Welt, die sie zeigen muß, ausschließlich aus Banken zu bestehen. Der junge Grieche hingegen sieht immer dann, wenn er aus seinem Zug schaut, Atomkraftwerke und Industrieanlagen. Eine merkwürdige Streckenführung der Bundesbahn...

„Denk“ ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.“ Dieser Film dürfte eher das Gegenteil bewirken und eine der höchsten Ausschaltquoten der letzten Zeit erzielt haben.

DIETER SALZMANN

KRITIK



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Die wunderbaren Männer mit der Kurbel

11.55 Unschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

14.00 Tagesschau

14.10 Mode, Mädchen, Manager

Neues von deutschen und internationalen Laufstegen. Wer auch diesen Herbst und Winter modisch gekleidet überstehen will, sollte diese Sendung nicht verpassen. Denn außer Make-up-Tips präsentiert dieser Messebericht von der 50. Modewoche in München modische Kleidung, die auch an nächsten Herbsttagen und frostigen Winterabenden kalte, schlechte Laune aufkommen lässt.

14.55 Stadtschau (1)

Siebenteilige Reihe. Heute in Saarbrücken. Ein Schnitzjagd für Fixe. Ein Nachmittagsspaß für schnelle Denker mit finken Beinchen. Es gilt: In 20 Minuten vier Aufgaben zu lösen. Zwei Kindergruppen sollen versuchen, Buchstaben aufzuspielen, die ein bestimmtes Lösungswort ergeben. Hierbei können sich auch die Kinder zu Hause beteiligen. Wer die richtige Antwort weiß, soll im Studio anrufen.

17.50 Tagesschau

Dazu: Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Heimat

8. Kapitel: Der Amerikaner - 1945-1947. Der Hunerück hat sich schnell an die Sieger aus Amerika gewöhnt, und Lott, das inzwischen heran-gewachsene Töchterchen von Katharinas Bruder, hat herausgefunden, daß bei den GIs oft bereits ein bloßes Lächeln genügt, um Kaugummi, Schokolade und Kaffee zu bekommen. Überhaupt die Amis: Alles, was sie haben, riecht für die Leute förmlich nach Reich-tum.

22.00 Brennpunkt

Aktuelle Sendung

22.30 Tagesschau

23.00 Quäsey

Ring frei für den Tod. Luke Stoke, ein thailändischer Boxer, fällt beim Kampf gegen einen jungen Gegner plötzlich der-or-ab, daß der Ringrichter auf technischen K.o. erkennen muß. Wenig später stirbt Stoke in seiner Garderobe. In Quincys Augen hat der Tod des Boxers keine natürliche Ursache. Eine Annahme, die sich immer mehr bewahrheitet...

23.45 Tagesschau

14.00 heute

14.04 Neues aus Uhlensbusch

Anschl. heute-Schlagzeilen

14.35 Top-Top

Der kleine Hund und der große Knochen

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Ilustrierte

Zu Gast: Tommy Steiner, Orchestral Manoeuvres in the Dark

17.50 Bobbi Hood

Der Wettkampf

Dazu: heute-Schlagzeilen

18.55 mittwochslo - 7 am 33

Spiel 77

19.00 heute

19.30 Direkt

Jugendmagazin

20.15 Kanakalchen D

Folgende Themen sind vorgesehen:

Prog und die Folgen: Drama hinter den Botschaftskulissen?

Neuland aus der DDR-Provinz: Greifswald mit 35 Jahren DDR-Erfahrung

Kinder, Küche, Kambinat - Frauenalltag in der DDR

Die geringste Chance: Mädchen und Sonderschüler auf dem Lehrstellenmarkt

21.00 Die 2

Adel vernichtet

Roger Moore mal vier: Der smarte

Mine spielt heute nicht nur den Lord Brett Sinclair, sondern auch noch drei weitere Rollen. Im Kreis der hochwohlgeborenen Familie geht es nämlich bedingungslos zu.

Ein Unhold lichtet auf unheimliche Weise die Reihen der Sinclairs. Und deshalb hält Mr. Moore, der Schöne, für die ganze Sippschaft sein Näschen ins Kameralicht.

21.45 heute-Journal

22.05 Sport aktuell

Berichte von der Fußball-Bundesliga

22.35 Guck mal, die Penner

Zwei Wochen unter Stadtstreichern

Zerrissene, schmutzige Kleidung ist ihr äußeres Kennzeichen, Alkohol ihr ständiger Begleiter, beliebt sind die „Penner“ bei keinem. Uta Claus lebte 14 Tage in der Düsseldorfer Altstadt unter ihnen, um auf die Problematik dieser Minderheit aufmerksam zu machen.

23.05 Lettow-Vorbeck

Der deutsch-ostafrikanische Imperativ

Buch und Regie: Christian Doerner

0.40 heute

WEST

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Mittwochs in Köln

Informationen und Unterhaltung

Musik: Maryland Jazzband

21.45 off-off

Freizeit und Fitness

Moderation: Lottor Scheller

22.15 Yorktown: Der Geist eines Slages

Französischer Dokumentarfilm (1982)

Regie: Marcel Ophüls

23.40 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Vogelschwärme im Wattenmeer

19.15 Antiquitäten in Serie

19.30 Milch und Fleisch aus Abfall

Landwirtschaft 2000

20.00 Tagesschau

20.15 Schaufenster

21.00 Bandonen (2)

21.45 Voyagesurprise

Französischer Spielfilm (1947)

23.30 Thirty six

0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Filmstunde (5)

19.00 Meter und Freizeit

19.45 Herrchen gesucht

Herrchenlose Tiere suchen ein Zuhause

20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven

21.30 Drei aktuell und Sport

22.00 Gloria

Ungarischer Film von Eva Zsuzs

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:

19.00 Abendschau

Nur für Rheinland-Pfalz:

19.00 Abendschau

Nur für das Saarland:

19.00 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:

19.25 Nachrichten

Mit Billy Joel

20.15 Samstags

Aus dem Kulturleben

21.00 Wollen Sie mit mir tanzen?

Französischer Spielfilm (1959)

Mit Brigitte Bardot, Henri Vidal, Dawn Addams u. a.

22.25 Theater-Talk

Mit Maria Wimmer

22.58 Nachrichten

BAYERN

19.00 Bayern-Kini '84

19.05 Christian Wondertrottel

20.15 „Sketchy“

20.45 Zeitpegel

21.30 Rundschau

21.45 Die Schrecken des Krieges

4. Folge: General Graf Hugo

22.40 Z. E. M.

Begegnungen mit Bäumen

22.45 Und was geschieht mit den Menschen?

23.30 Rundschau

23.55 News of the Week

Ab jetzt in Ihrem Kopf:

Laut der neusten Media-Analyse Führungskräfte über die Bilanz, das Schweizer Wirtschafts Magazin:

78% der Bilanz-Leser-Führungskräfte sind selbstständige Unternehmer oder leitende Angestellte.

44% investieren in Kunst aller Art.

56% füllen ihr Portefeuille mit Aktien.

67% programmieren ihren Erfolg mit den neusten Computern.

70% stossen mit den besten Cognacs an.

89% kommen frühestens mit einem Mittelklassewagen auf Touren.

(Darum sollten in den nächsten Ausgaben der Bilanz, des Schweizer Wirtschafts Magazins, auch Ihre Inserate zu sehen sein.)

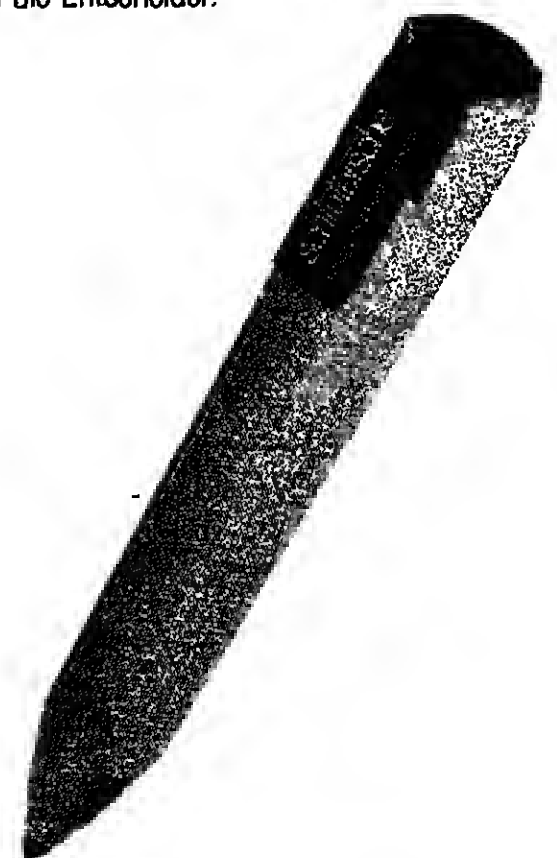
bilanz

Iva

Gesamtvertretung für das Ausland:
IVA AG für internationale Werbung
Mühlebachstrasse 43
CH-8032 Zürich
Tel. 00411-251 24 50
Telex 53 844 Iva ch

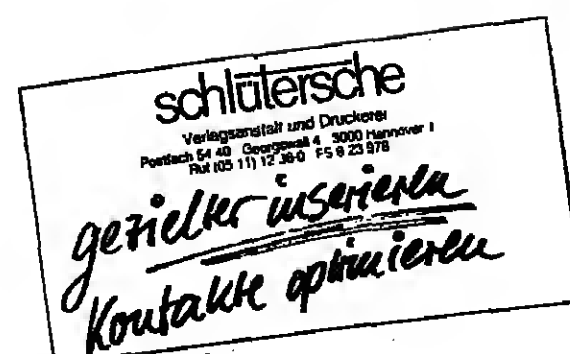
Gesamtvertretung für die Bundesrepublik Deutschland:
Geyer International Marketing
Bgm.-Stöckle-Strasse 10
8939 Bad Wörishausen
Tel. 08274-60 03

Zielgruppe
Unternehmer, Führungskräfte, Leitende und Freiberufler:
sie sind die Entscheider.



Zielgruppengerechte

Kontakte **Z. B. Eisenwarenborse** in den von Ihnen gesuchten Marktsegmenten **Z. B. Druckwelt** schaffen Ihnen **Z. B. Bindereport** die Fachtitel **Z. B. Niedersächsisches Ärzteblatt** der Schlüterschen Verlagsanstalt und Druckerei **Z. B. Der praktische Tierarzt** Direkt **Z. B. Deutsches Tierärzteblatt** ohne Streuverluste **Z. B. TIHO-Anzeiger** in dem von den Lesern **Z. B. Niedersächsische Wirtschaft** gesuchten aktuellen redaktionellen Umfeld **Z. B. Nordwestdeutsches Handwerk** Mit jedem **Z. B. Unsere Sicherheit** dieser Werbeträger **Z. B. Die Einzelhandelszeitung** maximieren Sie die Kontakte **Z. B. Die Industrie der Steine und Erden** zu Ihren Gesprächspartnern **Z. B. Fechtsport** in den jeweiligen Teilmärkten. **Z. B. Theaterzeitung**



Tragische Pastorale

gas - Heute vor dreihundert Jahren wurde Antoine Watteau geboren, der „Meister der galanten Feste“, wie er sich dank einer Akademieauszeichnung nennen durfte. Die Titel seiner Bilder lauten alle ähnlich: „Le Plaisir pastoral“, „La Réunion champêtre“, „L'Assemblée galante dans un Parc“. Und wir begegnen auf ihnen stets der gleichen Szenerie: tändelnden Pärchen, hingelagert in freier Natur, Lautenspielern, putzigen Hündchen, halb verborgenen Gewässern, olivfarbenen oder goldleuchtenden Baummassen, die sich mit den silbernen Horizonten zu vermischt scheinen.

Eine Welt des ewigen Feiertags breitet sich da aus, aber auch eine Welt, die den Stachel der Sehnsucht in sich trägt, in deren weichen Schatten Melancholie nistet, deren Schlüsselwort nicht „Ankunft“ lautet, sondern „Abfahrt“, „Einschiffung“, „L'Embarquement“. Hin und wieder taucht ein Bajazzo aus der Nacht in den Fackelschein der Festgesellschaft, und es ist ein trauriger Bajazzo, wie auch Watteau selbst ein tragischer, früh von tödlicher Krankheit gezeichnete Künstler war, der gern in Italien gewesen wäre und doch nie hinkam.

Es war die Grundierung der Galanterien mit dunklen Schicksalston auf seinen Bildern, die Watteau über alle seine Nachfolger und Nachahmer weit hinaushebt. Und es war die unvergleichliche Beherrschung der „venezianischen Technik“, des flimmernden Lichts auf Gewässern und Bäumen, die Watteau zum Meister der Epoche machte und in vieler Hinsicht zum Vorläufer der modernen Kunst.

Leider hat Watteaus impressionistische Malweise auch bewirkt, daß seine Gemälde erschreckend schnell altern und heute kaum noch einen adäquaten Eindruck des ursprünglichen Zustands vermitteln. Fast könnte man glauben, die Materie habe sich mit dem trübseligen Meister gegen die Nachwelt verschworen, um ihr den direkten Blick auf das zu verwehren, was die erträumten Kavaliers und Damen Arkadien und der Aphrodite rein und unverstellt genießen.

Eröffnung an der Met

Domingos Triumph mit Wagner

Aus dem Foyer der Met ertönen die Lohengrin-Fanfare, gespielt von den Bühnen-Bläsern, schon im Kostüm. Wie immer man zum „Lohengrin“ steht - es sind großartige Fanfaren.

Plácido Domingo singt den Lohengrin. Jeder wartet auf „Nun sei bedankt“. Wie wird das ausfallen? Wird der ideale Sänger des italienisch-französischen Repertoires Wagner singen können? Er hat es schon einmal versucht, 1968 in Hamburg. Wir wissen, daß es ihm schlecht bekam. Er brauchte Monate, um sich davon zu erholen. Obwohl Lohengrins Part vorwiegend lyrisch ist, so ist doch das Heldentenor-Element darin enthalten“, sagte er zu einem Interviewer. „Man singt immer und immer in der gleichen Stimmlage - der Lage, die wir 'passaggio' nennen. Das ist sehr ermüdend. Wenn man mal nach unten könnte und dann meinetwegen hinauf zum hohen H wie in den italienischen Partien - alles wäre leichter.“

Er ist überzeugt, daß sich seine Stimme ein solides Fundament erobert hat - er muß sich nun vor Wagner nicht mehr fürchten. Lohengrin ist die einzige Rolle, die Domingo deutsch auf der Bühne gesungen hat. Selten bekommt man derartig ins Mini-Detail gehendes durchprobirtes Orchester-Musizieren zu hören, wie jetzt unter James Levine.

Langsam, sehr langsam, und doch nicht schleppend, beginnt das Lohengrin-Vorspiel. Der Vorhang hebt sich über der acht Jahre alten Eberding-Ming-Cho-Lee-Inszenierung. Ein druckvoll, historisch verworren - prähistorisch im ersten Akt, romanisch und märchenhaft-phantastisch im zweiten - das entspricht dem Stück, in dem sich Geschichte und Märchen mischen. Chor, Herold (Brent Ellis), König (Aage Haugland) - alles vorzüglich. Lohengrin erscheint hoch oben auf der Bühne, bedankt sich beim Schwan (den man nicht sieht), nach hinten singend, so daß man zunächst nicht genau weiß, wie es war. Schwarzhaarig, nicht blond, ein weiß-schimmerndes Samt- oder Seidengewand statt der Rüstung - mehr Engel als Held. Als Tenor bestand Domingo die Probe mit Glanz.

Elsa war Anna Tomova-Sintov - enttäuschend am Anfang, aber sie gewann an Kraft und Glanz im zweiten und dritten Akt. Eva Martons Ortrud war großartig, dramatisch, kraftvoll - lang anhaltender Applaus nach ihrer Anrufung der alten Götter im zweiten Akt, bei der, ganz am Ende, ihre Stimme einen halben Ton absackte, was den Beifall besonders anzufeuern schien.

KURT OPPENS

„Zeitung in der Schule“: Ein Projekt mit Zukunft

Wortcollagen für die Abc-Schützen

Mehr und mehr Menschen schenken sich die Mühe, Zeitung zu lesen. Die Statistiken sprechen von einer zunehmenden Abwanderung der Lesereisen in den elektronischen Bereich, die in den USA schon seit langem zu beobachten ist und sich auch in der Bundesrepublik ankündigt. Die Zeitungen müssen aufpassen, daß sie vor allem junge Menschen nicht frühzeitig und damit für immer an die elektronischen Medien verlieren.

Diese Gefahr ist erkannt, und seit einigen Jahren läßt der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger vielfältige Projekte zur Förderung des Zeitungslesens durchführen, von denen das vom Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP) entwickelte Experiment „Zeitung in der Schule“ gewiss zu den wichtigsten zählt. Es wurde bereits mit gutem Erfolg in zahlreichen Haupt- und Realschulen „auf Zeit“ verwirklicht, nämlich jeweils fünf Monate lang, in deren Verlauf dort Zeitungslesens als Schulfach betrieben wurde. Das Unternehmen - das fortgesetzt wird - zielt darauf ab, den Jugendlichen klarzumachen, daß Zeitungslesens nicht nur unterhaltend, sondern auch gewinnbringend sein kann. Deshalb sollen sie u. a. mit Aufbau und Gliederung der Zeitung bekenntnis gemacht werden, aktuelle Informationen aufnehmen und zu nutzen verstehen und nicht zuletzt gedruckte Zeitungsinformationen von der auditiven und audiovisuellen Information unterscheiden lernen.

Damit wurde gleich mehrerlei erreicht. Zum einen wurde bei der überwiegenden Mehrheit (78 Prozent) der Schüler das Interesse an der Zeitung als Informationsquelle und Lebenshilfe geweckt und dauerhaft gefördert, zum anderen bei den meisten (74 Prozent) das Interesse an bestimmten Themen - vom Sport über die Anzeigen und Lokalnachrichten bis zu Politik, Wirtschaft und Kultur, in dieser Reihenfolge - gesteigert. Und schließlich kamen auch die pädagogischen Ansprüche nicht zu kurz, denn „aktueller als mit der Zeitung kann man eigentlich nicht unterrichten“, bekannte ein an dem Experiment beteiligter Rektor.

Es hat sich herausgestellt, daß die Zeitung das Zeug dazu hat, in allen Schulstufen den Unterricht zu bereichern. Das hatte im übrigen schon der „Vater der modernen Pädagogik“, Johann Amos Comenius, um die Mitte des 17. Jahrhunderts erkannt und darum die Zeitungselektur mit obligatorischer Diskussion darüber in den Lehrplan seiner Musterschule eingeführt. Das machte Schule, und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieb die Zeitung als universelles Bildungsmittel in den Schulen und Lehranstalten gebräuchlich.

Natürlich kann mit der Zeitung nur etwas anfangen und aus ihr lernen, wer schon lesen kann. Was aber ist mit den jüngsten Schülern, die noch das Abc mit Mühe buchstabieren, mit denen das Fernsehen jedoch keinerlei Mühe hat, weil es sich längst im Kinderzimmer eingenistet hat? Auch für die Kleinen hat sich der Bundesverband der Zeitungsverleger etwas einfallen lassen; er gab ihnen Zeitungen in die Hand, nicht zum Lesen, sondern zum Zerschneiden und Kle-

ben, zum spielerischen Umgang mit Gedrucktem, zum Basteln und Gestalten. Auch dies im Rahmen des Projekts „Zeitung in der Schule“. Professionelle Collage-Künstlerinnen wie Ursula Spinner-Cerutti und Christine Wilms haben sich dafür zur Verfügung gestellt und mit Schülern in mehreren Städten „Kunst aus Zeitungspapier“ produziert.

Natürlich ist dieser Ausdruck vielfältig und anmaßend; gerade Zeitungsleute, denen es darauf ankommt, ihre Seriosität im Umgang mit Worten und Begriffen jungen Menschen zu beweisen, sollten ihn vermeiden. Von Kunst kann selbstverständlich keine Rede sein, wozu auch? Es handelt sich um kindliche Klebebilder, Ergebnisse des elementaren Basteltriebs, den jeder aus Kindertagen kennt. Das ist die naive Stufe schöpferischen Tuns, ein uralter Vorgang des Bildens in spielerischer Freiheit. Insofern müßte diese Aktion bei den Kindern ganz natürliche Erfolgsaussichten gegenüber der elektronischen Konkurrenz haben. Und in der Tat waren die Kinder ganz offensichtlich mit viel Begeisterung und Talent bei der Sache.

Auf seiner Jahrestagung in Trier stellte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger die ersten Ergebnisse dieser Aktion in einer erstaunlich umfangreichen und rundum erfreulichen Ausstellung vor. Höchst wunderbare, phantasievolle und überraschend kunstfertige Bilder gab es da zu sehen; für Erwachsene eine Fundgrube kindlicher Einfälle und Vorstellungen. An diesen meist bunt gehaltenen Collagen aus Zeitungsschnipseln schienen waschechte Surrealisten und naive Pop-Künstler abwechselnd geirrt, geklickt und gepinselt zu haben. Aber ihre Naivität ist weit entfernt von der künstlichen Naivität der Berufs-Naiven, und auch ebenso weit von der Formkraft der mitausstellenden „Profis“ Jutta Keil und Ursula Spinner-Cerutti.

Natürlich lernen sie dadurch nicht, kritisch mit der Zeitung umzugehen (Spinner-Cerutti; das ist Unsinn). Aber sie lernen beläufig etwas von dem Ding „Zeitung“, kennen, wenn sie Fettdruck und Schlagzeilen entnehmen oder in den Anzeigenspalten sich zusammensuchen, was sie zum Einkleben gerade gebrauchen können: Möbelstücke für die Inneneinrichtung eines „Traumhauses“, Männlein und Weiblein für ein Wirtshauschen, Tonbandspulen für Kopf und Augen eines monströsen Zeitgenossen (Man Ray könnte darüber nuscheln werden), oder was immer sich findet, auch im redaktionellen Teil und in den Bildern, Bildern aus der Antike, aus Mode und Science-fiction, vom Sport natürlich und aus der Kinder-Belletristik. Im übrigen ist ihnen der Text gleichgültig; er liefert ihnen strukturierte Flächen, kräftige Konturen, Mosaiksteinchen. Denn sie arbeiten ja nicht mit der Zeitung, sondern mit Zeitungspapier. Immerhin, sie lernen dabei auf unkonventionelle Weise die Zeitung zu schätzen, und sie wissen von nun an, was das ist, eine Zeitung. Die Ausstellertung war nach Trier schon in Frankfurt und Lüneburg zu sehen, die weiteren Stationen stehen noch nicht fest.

EO LUNEN

Kassel: Dario Fos Stück „Offene Zweierbeziehung“

Bettgeflüster der Untreue

Die Ehe ist erfunden worden, um das Patriarchat zu retten.“ Achtung: Hier handelt es sich keineswegs um das Zitat aus einem neuen Emanzenstück, es ist Originalton aus „Offene Zweierbeziehung“ von Franca Rame und Dario Fo, das gerade am Staatstheater Kassel, im Stadttheater Gießen und am Jungen Theater in Göttingen seine deutschsprachige Erstaufführung erlebte. Die bemerkenswerteste Inszenierung ist die Kasseler unter Carlos Tatic. Sie spricht von Witz und Charme, man kann sich den Bauch vor Lachen kaum halten. Dabei ist es ein ernstes, eigentlich trübseliges Thema: die völlig gestörte Beziehung eines älteren Ehepaares, seiner lächerlich-verrückten Ausbrüche und Selbsttherapieversuche.

Mit dem Mittel der Satire wird hier eine höchst moderne Verücktheit der Menschheit aufs Korn genommen: die institutionalisierte Untreue. Tatic zieht dabei alle Register des komödiantischen Theaters. Er hat zwei glänzende Protagonisten zur Verfügung: Sabine Wackernagel und Elmar Roloff. Sie sind so gut, daß sie auch aus dem Telefonbuch zitiert könnten, man würde ihnen mit Wonne dabei zusehen.

Apropos Wonne: Um deren rasche und möglichst vollständige Erlangung für Mann und Frau geht es ja hauptsächlich im Stück. Man will sich „selbstverwirklichen“. Zuerst fängt der Mann damit an als Don Juan im Westentaschenformat, ein nur auf das Geschlechtliche fixierter „Mäuschensammler“, er erklärt seiner Frau grob und völlig unsentimental die Vorteile der offenen Zweierbeziehung. Ihrer häufigen wie lästigen

Selbstmordversuche (28 Optalidon-zipfen kleingehackt, angereichert mit 50 weiteren Tabletten zu einem finalen Schlafcocktail) überdrüssig, möchte er sozusagen ein Heimobdell für den Eigenbedarf in der gemeinsamen Wohnung des Ehepaares einrichten, während sie aus Rasche einen Puff gegenüber der Firma ihres Mannes aufbauen will. Jeder diskutiert seine Bettgeschichten mit dem anderen ausgiebig und zur Freude des voyeuristischen Publikums.

Schließlich besinnt sich die Frau, macht eine Abmagerungskur, „entspannt sich“, und als sie vom „Erethococcus“, einem neuen Virus, befallen wird, findet sie einen Gitarre spielenden, Gedichte schreibenden, grünen Privatdozenten für Nuklearenergie. Damit hat der Ehemann nicht gerechnet. Pöbellich funktioniert die offene Zweierbeziehung nicht mehr. Der zunächst fiktive, dann tatsächlich vorhandene, antirakale, nukleare Daniel-Disenfried-Privatdozent führt zur Umkehrung aller bisherigen Verhältnisse - und das Stück endet mit dem Selbstmord des Ehemannes.

Er, der seinerseits einer viele Jahre jüngeren Intellektuellen („mit enormem Gesäß und auch sonst keine ausgesprochene Schönheit“) zu nahe getreten war, die ihrerseits mit einem verheirateten Mann ein Techtelmechtel hatte, der wiederum seinerseits mit einer anderen Frau mit Kindern. ... Kurz: Am Ende des Stückes wird bei allem Gelächter klar, so geht's nicht. Für eine solche totale Freiheit ist der Mensch seelisch nicht eingerichtet, aber lachen kann er darüber. Und das hilft manchmal.

CHRISTIAN ANDREE



Der Schrecken aus dem Kinderzimmer

FOTO: WARNER-COLUMBIA

Film: „Familien-Bande“ des holländischen Regisseurs Ruud van Hemert

Die Höllenbrut am heimischen Herd

Der holländische Regisseur Ruud van Hemert begründete seinen ersten Spielfilm „Familien-Bande“ damit, daß „in den meisten Familien sich Eltern und Kinder gegenseitig die Hölle heiß machen“. Und er setzte hinzu: „Ich weiß es, ich habe selbst vier Kinder.“ Wir wissen nicht, wie es bei Hemerts dahinter zugetrieben, können nur hoffen, nicht so brutal und lieblos wie in seinem Erstlingswerk.

Daß keine Idylle zu erwarten ist, spürt man bereits zu Beginn: Langsam schwenkt die Kamera auf einen Hubschrauber-Landeplatz. Dröhnend erheben sich die Maschinen, kreisen drohend über einer sonnenbeschienenen Wiesen- und Waldlandschaft, aus der sich die einzelnen weißen Villen herausheben. Dann Schwenk auf das Familien-Drama: Es ist eines dieser bühnenhaften Häuser.

Hier lebt ein gutsituiertes Ehepaar mit seinen vier Kindern. Sie, eine blonde, adrette Hausfrau, die tennis-spielend und flüchtig ihren Tag verbringt, er, ein NATO-Offizier, der bei Hubschrauberstaffel angehört. Bei den Kindern handelt es sich um einen muffigen 17-jährigen, einen schmol-

lenden Teenager und zwei vier- und dreijährige Jungen. Die beiden sind nett anzusehen, mit wachen Gesichtern. Besonders Akkema, die 15-jährige Schülerin aus Amsterdam, schlägt nicht nur die Jungen in Bann.

Doch dieser freundliche Eindruck täuscht. Es handelt sich schlicht um eine „Höllensbrut“, denn anders lassen sich ihre Taten nicht erklären: Beim Weckerrasseln geht neben dem Ehebett eine Bombe hoch, die Villa wird unter Wasser gesetzt, die Eltern werden nachts mit Gas betäubt, es werden Autos zerstört, Gärten verwüstet. Und selbst die Kleinsten reißen noch genüsslich Zwiebackkrümel ins Ehebett.

Da der Regisseur vorgibt, wie es so schön heißt, problembewußt zu sein, darf man vermuten, daß sein „anarchischer“ Comic auf seelische Grausamkeit zielt. Klar wird nämlich nicht, warum die hübsch gekleideten und gut genährten Kinder zum gemeinen Krieg gegen die Eltern aufbrechen. So fängt denn auch die Kamera vorzugsweise die Perspektive der Kinder ein, zeigt die Großen in

jener Untersicht, die bedrohlich und angsteinflößend macht.

Um schließlich dem drohenden Erziehungsthem zu entgehen, verschärfen sich die Kinder im Haus hinter Stacheldrahtwällen und verriegelten Türen, nachdem die Eltern ausgesperrt wurden. Nun geht es so wild zu wie in den ersten Berliner Kinderläden: Die Wände werden beschmiert, der Müll stürzt sich, die Kinder verspritzen Ketchup und werfen mit Pfannkuchen um sich.

Der Schluß ist besonders lustvoll-makaber inszeniert. Auf der Hatz nach ihren Kindern, die mit dem Auto flüchten, sausen die Eltern in eine Baugrube, die gerade zugeschüttet wird. Niemand bemerkt den Unglücksfall. Höhepunkt der geschmacklichen und filmischen Entgleisungen: Nur ein schlichter Antennen-Wimpel vom Auto ragt noch aus der frisch geteerten Straßendecke und zittert im Wind.

Angeblieh hat diese degoutante Posse einen Bombenerfolg in Holland: Es wurden mehr Besucher als bei „E.T.“ gezählt!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Die 13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik in Metz

Auf den Spuren der seligen Sappho

Pierre Boulez, der mit Abstand renommierteste aller französischen zeitgenössischen Komponisten, machte es möglich: Um sich die französische Erstaufführung des neuen Boulez-Werkes „Répons“ zu sichern, nahmen die 13. Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik in Metz sogar eine Terminverschiebung in Kauf - statt wie sonst Mitte November fanden sie bereits jetzt statt.

„Répons“ war den Aufwand wert. Das Stück, dessen erste Fassung bereits 1981 in Donaueschingen zu hören war und das jetzt in der verlängerten, aber immer noch nicht vollständigen Version vorliegt, zählt zu den virtuosen, zu den klanglich perfekten Kompositionen der letzten Jahre. Über den flüchtig bewegten Klangkaskaden des Orchesters kann sich die Brillanz der sechs Solisten ausdrucksvoll entfalten. Es dominieren wirbelnde Perkussionsklänge; Raumklängeffekte und gelegentliche elektronische Verfremdungen sorgen zusätzlich für Klangreize.

Daß mit dieser Perfektionierung von Boulez' Musiksprache, mit seiner

zunehmenden Souveränität im Umgang mit den orchestralen Möglichkeiten auch manchmal eine gewisse technokratische Kälte einhergeht, war einem Konzert mit älteren Kompositionen des Franzosen zu entnehmen: damals klang's zwar weniger elegant, aber eben auch ungünstiger und explosiver.

Was sich sonst noch eingepreßt hat im Laufe von neun Konzerten mit Neuer Musik? Am wenigsten vielleicht von den ur- und erstauferführten Stücken jüngerer Komponisten. Das reichte von mangelhafter Beherrschung des Kompositionshandwerks über eine hoffnungslos anachronistische Tonsprache bis hin zur platten Albernheit. Natürlich gab es auch Ausnahmen: Zu den erhellenden Produktionen zählten etwa Hans-Jürgen von Bose sensible, expressive „Sappho-Gesänge“ oder auch Paul Méfano „Scène III“, eine geschickte, subtile und durchaus witzige Auseinandersetzung mit dem Phänomen Oper. Die Koreanerin Younghee Paeng steuerte mit „No-UI“ ein brüskes, unverblühtes, geräuschhaftes Streichtrio bei, vom „Trio basso“

übrigens mit großem Engagement wiedergegeben - wie überhaupt die Interpreten eher Bewunderung verdienen als manche der aufgeführten Werke.

Den wohl nachhaltigsten Eindruck hinterließ das Konzert, mit dem das Festival eröffnet wurde. Hier waren zwar keine musikalischen Novitäten, dafür aber mit der Jungen Deutschen Philharmonie ein hervorragendes Orchester und ebenso hervorragende Werke zu hören. Witold Lutoslawski dirigierte z. B. seine „Novlette pour Orchestre“ von 1979: die formale Anlage der fünf kurzen Charakterstücke ist überschaubar, jede Steigerung, jeder instrumentale Effekt sitzt, die Klang-Disposition ist perfekt. Ähnlich auch der zweite Teil, in dem Heinz Holliger ein eigenes Werk („Atembogen“) und Bernd Alois Zimmermanns grandiose und verblüffend moderne „Sinfonie in einem Satz“ von 1961 dirigierte. Neue Musik kann nämlich manchmal auch regelrecht Spaß machen - wenn handwerkliches Können, Ausdruckskraft und Originalität zusammenkommen.

STEPHAN HOFFMANN

Biograph Friedrichs, Chronist der Vertreibung: Zum Tode Theodor Schieders

Präzises Erzählen als höchstes Gebot

Mit Theodor Schieder ist einer der Großen der Geschichtswissenschaft von der Bühne des Lebens abgetreten, der den Ruf der deutschen Historikerschaft über schwerste Zeiten hinweg bewahren half.

Er wurde am 11. April 1908 als Sohn eines Notars im schwäbischen Öttingen geboren. Seine wissenschaftlichen Anfänge liegen im Übergang von der Weimarer Republik zur Herrschaft Hitlers. Schon in seiner 1938 erschienenen Dissertation über „Die kleindeutsche Partei in Bayern, in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871“ bewies er ein erstaunliches Maß an wissenschaftlicher und politischer Eigenwilligkeit. Die unbefangene Anerkennung der politisch-geistigen Leistungen des deutschen Liberalismus im Vorfeld der Reichsgründung war damals keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Zu den Jahren, die den Menschen und den Wissenschaftler Schieder in nachhaltiger Weise prägten, gehört seine Zeit an der Königsberger Universität, wo er sich bei dem Historiker Kurt von Raumer habilitierte und 1942 auf den Lehrstuhl berufen wur-

de, den Hans Rothfels bis zu seiner erzwungenen Emigration innehatte. In dieser Zeit entstanden Arbeiten über die politische Ideenwelt der deutschen Ordensritter und über die preußische Königskrönung 1701.

Seiner Verwurzelung in der Geschichte und der Lebenswelt der ehemaligen deutschen Ostgebiete ist es zu verdanken, daß unter seiner Federführung in den Jahren 1954-1961 die große fünfbandige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa“ herausgegeben wurde, eine Meisterleistung, die in der Geschichte der deutschen Wissenschaft gehört.

Schieder verzichtete niemals darauf, Geschichte erzählend zu schreiben. Dem modischen Trend der „Strukturgeschichte“ machte er nicht mit. Die geistige Nähe Schieders zu den Großen der Historikerkunft, zu Jacob Burckhardt, Max Weber und Otto Hintze, ist in allem, was er schrieb, unübersehbar.

Schieder verlor nie den Blick für das Einmalige des geschichtlichen Vorganges. Diesem Phänomen war

JOURNAL

Ausstellungen zum Gedenken an Diderot

AFP/dpa, Paris/Düsseldorf
Eine Ausstellung aus Anlaß des 200. Todestages des französischen Schriftstellers und Enzyklopädisten Denis Diderot (1713-84) ist in der alten Pariser Münze, dem „Hôtel de la Monnaie“, eröffnet worden. Die Ausstellung ist Diderot als „erstem Kunstkritiker“ Frankreichs gewidmet. Diderot hatte damals für die von Friedrich Melchior Grimm herausgegebene „Correspondance Littéraire“ Beiträge über die Kunstausstellungen des „Salon“ (im Louvre) geschrieben. Eine allgemeine Ausstellung über Werk und Wirkung des Gelehrten zeigt das Düsseldorfer Heinrich-Heine-Institut vom 21. Oktober bis zum 2. Dezember.

Mannheimer Filmwoche hat begonnen

dpa, Mannheim
In Mannheim hat die 33. Internationale Filmwoche begonnen. Bis zum Samstag konkurrieren 34 Filme um den mit 10 000 Mark dotierten Großen Preis. Darunter sind zehn Erstlingsfilme. Die Filmwoche setzt nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr ihren Wettbewerb „Filme der Dritten Welt“ fort. Dafür hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 10 000 Mark als Hauptpreis zur Verfügung gestellt. Neben den beiden Hauptpreisen vergibt die Filmwoche einen Preis für einen in besonderem Maße sozialpolitisch engagierten Film, den Josef-von-Sternberg-Preis.

Museumsneubau für Wikingersammlung

dpa, Schleswig
Der rund zwölf Millionen Mark teure Museumsneubau für die „Wikingersammlung Halthaus“ am Haddesbyer Moor bei Schleswig ist fertiggestellt. Somit kann in den kommenden Monaten der letzte Schritt, nämlich die fachgerechte Ausstellung der Grabungsergebnisse, folgen. Kernstück der Ausstellung wird ein 16 Meter langes, 1979/80 aus der Schlei geborgenes Wikingerschiff sein. Die Eröffnung des neuen Museums ist für Herbst 1985 geplant.

Mensch und Arbeit auf dem Forschungsprüfstand

dpa, Aachen
Das Institut für Psychologie der Technischen Hochschule Aachen hat seine Arbeit in Forschung und Lehre ganz auf das Thema „Mensch und Arbeit“ mit Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie ausgerichtet. „Eine solche Ausbildung im Bereich der Ergonomie (Arbeitswissenschaft) beim Hauptstudium und der postgradualen Ausbildung gibt es bisher nirgendwo in der Bundesrepublik“, versicherte der neue Direktor des Instituts, Prof. Andries Frans Sanders.

„Noema“: eine neue Kulturzeitschrift

DW, Salzburg
Dem Übel, daß sich die meisten Kulturzeitschriften angeblich nur mit der Kunst der Vergangenheit, nicht aber mit der zeitgenössischen Kunst auseinandersetzen, will die neue Kulturzeitschrift „Noema“ Kunst + Kritik abhelfen. Herausgeber sind der Salzburger Musikwissenschaftler Alexander Pühringer und der Wiener Theaterwissenschaftler Nikolaus Hellmayr. Das erste Heft, das sich mit dem streischen Herbst 1984 beschäftigt, bringt u. a. Beiträge von Vinko Globokar, Mauricio Kagel sowie den Text des Zweipersonenstückes „Blasius“ von G. M. Hofmann. Die Vierteljahrschrift erscheint in Salzburg (Postfach 37) und kostet 9 Mark, im Jahresabo 32 Mark.



Der Schwabe mit der Liebe zu Ostdeutschland: Theodor Schieder (1908-1984) FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

AXEL SCHÜTZSACK

Bringt Winter Frankreich das große Elend?

A. GRAF KAGENECK, Paris
Die Bürgermeister der 51 Städte Frankreichs mit mehr als 100 000 Einwohnern läuten Sturm: Wenn nicht sofort etwas geschieht, wird es im kommenden Winter in Frankreichs Großstädten zu einem menschlichen Drama bisher ungekannten Ausmaßes kommen. Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen werden den Kälte- oder Hungertod sterben, da sie unter dem Existenzminimum leben, keinerlei Ressourcen mehr haben und schutzlos der Unbill der Natur preisgegeben sind. „Wir stehen vor dem ganz und gar unbekannten Problem einer neuen Armut und müssen sofort handeln, denn der Winter steht vor der Tür“, sagte Jacques Chirac, Bürgermeister der Hauptstadt Paris, auf einer Pressekonferenz im Rahmen seiner Kollegen aus Metz, Besançon, Toulouse und Le Mans. Chirac hatte die Öffentlichkeit als erster schon im Juli auf die heraufziehenden Gefahren aufmerksam gemacht. Die seit Jahren stabile, in einigen Gebieten sogar zurückgehende „endemische“ Armut ist bei der anhaltenden Wirtschaftskrise in Frankreich plötzlich durch das Meer der Arbeitslosigkeit angeschwollen, die nach Ablauf ihrer meist dreijährigen Unterstützungsfrist über keinerlei Mittel mehr verfügen und ihre letzten privaten Reserven (Kasparnisse, Auto, Wohnung) verbraucht haben. Ihre Zahl wird von der Arbeitslosenunterstützung auf zur Zeit 600 000 geschätzt, aber sie soll sich pro Semester um 100 000, vor allem Jugendliche, vermehren. Diese verfügen in einigen Städten nur noch über einen Notgroschen von 40 Franc (13,50 Mark) pro Tag.

Hand in Hand damit geht eine rasante Zunahme der Kriminalität, vor allem der Kaufhausdiebstähle, der Ehescheidungen und der Selbstmorde. Das brachte den populären Billigladen-König Frankreichs, Edouard Leclerc, dazu, öffentliche Speisungen für die Armen einzurichten. „Besser sie essen meine Suppe, als daß sie meine Regale ausrauben“, sagte er.

Die Großstadtbürgermeister sind besonders deshalb beunruhigt, weil die Menschen nach einem „uralten Reflex“ (Monsieur Longueville, Bürgermeister von Limoges) in die Stadt fliehen, wenn es ihnen schlechtgeht. So schwilt die Stadtbevölkerung seit drei Jahren in Frankreich wieder an, ohne daß die Einnahmen der betroffenen Städte dadurch wachsen. Im Gegenteil: Sie sind dem Phänomen allein nicht mehr gewachsen und wenden sich immer lauter um Hilfe an den Staat. Die Stadt Besançon bildet eine Ausnahme: Sie führte aus eigenen Mitteln ein „garantiertes soziales Minimum“ ein, von dem bereits 12 000 Menschen leben können.

„Josephine“ erschwert Landung des Shuttle

Pannen im US-Raumflugzeug sind weitgehend behoben

A. BÄRWOLF, Hamburg
Der 13. Flug eines amerikanischen Raumflugzeugs Space Shuttle war auch gestern von technischen Problemen gezeichnet. In der Kabine des mit fünf Männern und zwei Frauen besetzten geflügelten Satelliten herrschte weiterhin eine zu hohe Temperatur. Wie das Kontrollzentrum in Houston am fünften Tag der ersten Raumreise einer siebenköpfigen Besatzung bekanntgab, lag die Temperatur der künstlichen Atmosphäre von „Challenger“ bei 29,4 Grad, nachdem die Sensoren an den Vortagen schon 32,7 Grad Celsius angezeigt hatten. Die erwünschte normale Temperatur liegt bei 23,8 Grad.

Auch bekommen die Astronauten langsam die Vereisungsprobleme mit Abwässern in den Griff. Sie achten streng darauf, daß sich nicht erst wieder wie beim letzten Flug eines Shuttle große Eiszapfen an den Austrittsöffnungen der Abwässer bilden können. Diese großen Eisbrocken könnten beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre über empfindlichen Elementen des Raumflugzeugs beschädigen und eine Katastrophe herbeiführen. Beim letzten Flug mußten die Eiszapfen in einem riskanten Manöver mit dem großen Kran an Bord des Shuttle abgeschlagen werden. Die Astronauten achten jetzt streng darauf, daß die Temperatur der Abwässer vor dem Ablassen nicht zu niedrig liegt. Andernfalls wird kein „Dump“ vorgenommen.

Unterdessen ist der in geostationärer Höhe von 36 000 Kilometer Höhe geparkte Datenübertragungs-Satellit TDRS wieder aktiviert worden, nachdem der Datenspeicher vorübergehend durch einen „kosmischen Blitz“ außer Gefecht gesetzt worden war. Durch verschiedene Schaltmanipulationen gelang es den Bodenstellen, den Datenfluß über die kosmische Relaisstation, die scheinbar über einem Punkt der Erde stillsteht, wieder herzustellen. Wie das Kontrollzentrum der WELT mitteilte, ist die Ursache der Störung noch unbekannt.

Möglicherweise hat eine Sonneneruption mit ihren Schauern von Protonen die Störung verursacht. Bei Ausfall des Datenübertragungs-Satelliten können die Informationen des großen Radars an Bord von „Challenger“ nur teilweise zur Erde übermittelt werden. Das mehr als zehn Meter lange Radar ist in der Lage, auch unter die Erdoberfläche zu „sehen“. Beispielsweise lassen sich geologische Merkmale unter dem Sand der Sahara erkennen. Mit den ersten Versuchsgeräten waren schon vor einigen Jahren von Flugzeugen aus in Mittelamerika die Reste von Bauwerken alter Kulturen entdeckt worden.

Wie das Kontrollzentrum gestern weiter mitteilte, wird der tropische Sturm „Josephine“ höchstwahrscheinlich lange vor der für Samstag in Florida vorgesehenen Landung das Gebiet von Cape Canaveral passieren. Dennoch ist eine Landung des Shuttle auf der Betonpiste an der Startstelle fraglich. Das Astronautencorps hat sich bei der NASA-Führung dafür stark gemacht, daß bei zweifelhaften Wetterbedingungen an Cape die Order zur Landung in der kalifornischen Wüste nicht erst im letzten Augenblick gegeben werden.

Der Kommandant des 13. Shuttle-Unternehmens, Kapitän zur See Bob Crippen, wird „Challenger“ wahrscheinlich nicht auf einer nassen Piste landen wollen, falls der tropische Sturm vor Samstag das Gebiet von Cape Canaveral durchzieht. Auch ist noch nie zuvor eine vollautomatische Landung geübt worden. Die zur vollautomatischen Landung des mit rund 340 Stundenkilometern aufsetzenden Raumflugzeugs notwendige Mikrowellen-Anlage hat sich noch nicht zuverlässig genug erwiesen.

Das mit Spannung erwartete Außenbordmanöver des Astronauten Leestma und der Astronautin Sullivan, die die Betankung eines Satelliten mit hochgiftigem Treibstoff simulieren sollen, ist unterdessen wegen der Antennenprobleme auf morgen verschoben worden.

LEUTE HEUTE

Carolines Ehen

Es ist schon eine verzwickte Sache. Caroline von Monaco, verheiratete Casiraghi, früher verheiratete Junot, hat alles, was sich manche Frau wünscht. Und doch bleibt ihr eines wohl für immer versagt: die Annulierung ihrer Ehe mit Philippe Junot, von dem sie sich 1980 scheiden ließ. Für die Kirche besteht nämlich diese Ehe noch fort, was für die Prinzessin aus Monaco die fatale Folge hat, daß sie kirchlich mit Junot und bürgerlich mit Stefano Casiraghi verheiratet ist. Und daher auch ihr Kind nicht taufen lassen kann. Einziger Ausweg: ein Dispens der Kirche. Caroline setzte alle Hebel in Bewegung, doch Rom blieb hart. Der Hintergrund: Im Vatikan liegen inzwischen 170 000 Protestbriefe gegen einen Dispens von Mottos: Was dem einfachen Volk nicht verzeihen wird, soll auch dem Fürstentum nicht verzeihen werden.

Julio Iglesias, der 40jährige spanische Schlagersänger, der nach Meinung der konservativen Zeitung „ABC“ mehr für Spanien getan hat, als alle Politiker zusammen, machte in München Station auf seiner Welttournee. Und alle, alle strömten sie herbei: in Jeans und Abendkleidern, im Netz und im Selbstgesteckten, um diese „musikalische Legende“ hautnah zu erleben. Dieser Julio Iglesias, äußerlich eine Symbiose zwischen pindolischen Bankangestellten und schmalzigem Vorstad-

Julio Iglesias bei seinem Konzert in München. Eine Stimme von bezaunderndem Schmelz, gepreßt in hundert Millionen Schallplatten. Geschäftsmännern überspielt er mit Charme. Das Geheimnis seines Erfolges: Lieder voller Nostalgie, Trübsal für Verliebte. Er singt von Sonne und Wind und Menschen, die nichts als Liebe brauchen. Und die wird zum Kleister.
FOTO: GÖNTHER REISS

Schmelz und Schmalz – eiskalt serviert

Von ROSE-M. BORNGÄSSER

Wild zucken die blickfarbenen Spotlights auf, die Leinwand verflucht sich gähnend rot, als er in der Erfolgspose des ewig Siegreichen zehn Minuten nach acht Uhr die Bühne betritt. Ein ohrenbetäubendes Klatschen hebt vom Boden des vollbesetzten Olympiastadions ab, widerhallt von Wänden und Decken: Im gleißenden Scheinwerferlicht Julio Iglesias in persona. Die Szene vermischt im Dunkeln, als der Sänger zum Mikrofon greift. „Begin of the Beguine“, tröpfelt's langsam wie bittender König von der Bühne, ein Hauch von Wärme umfängt die Zuschauer. Die Stimme des Mannes schmeichelt, kost, schwillt an – und schlägt alle in Bann. Schon saust eine füllige Blondine mit einem Rosenstrauß an die Rampe. Von ganz oben läßt sich der Star hernieder, kniet nimmt er die Rosen entgegen, haucht einen Kuß auf die Fingerspitzen seiner Verehrerin.

Julio Iglesias, der 40jährige spanische Schlagersänger, der nach Meinung der konservativen Zeitung „ABC“ mehr für Spanien getan hat, als alle Politiker zusammen, machte in München Station auf seiner Welttournee. Und alle, alle strömten sie herbei: in Jeans und Abendkleidern, im Netz und im Selbstgesteckten, um diese „musikalische Legende“ hautnah zu erleben. Dieser Julio Iglesias, äußerlich eine Symbiose zwischen pindolischen Bankangestellten und schmalzigem Vorstad-



Casanova, wie er da steht im korrekten dunklen Anzug mit Weste. Seine Lieder, Liebeslieder voller Nostalgie, Traumbilder für Verliebte. Er singt unermüdlich von Sonne und Wind, von Menschen, die nichts als Liebe brauchen. Liebe als permanenter Kleister für alle Risse der Welt. Mehr als 100 Millionen Schallplatten hat er verkauft. Alle 25 Sekunden wird irgendwo auf der Welt eines seiner Lieder gespielt.

Immer mehr Fans drängen sich an die Rampe, längst häufen sich die Blumensträuße hinter ihm. Iglesias lächelt, sagt „dankeschön“, haucht Küsse und singt ohne Pause: „Vivir a dos“, „Momenta“, „Noches de Yacaré“. Die Schlagersängerin quillt auf, wird wild und dicker, die musikalische Verlockung hüllt längst alle ein. Manchmal treibt er seine Stimme ins Fortissimo. Und noch ein bißchen höher. Sein „Cucurucucu Paloma“, macht atemlos, die Magenregion vibriert, die Stimme ist saftig. Es ist nicht einsehen, warum die Jungs noch am Verstärker regeln. „Julio for ever“ prangt auf einem Transparent.

Worin gründet sich eigentlich Iglesias enorme Karriere? In der schmelzenden Stimme, ist sie allein schon Warenzeichen? Oder sind es die Melodien? Dabei sind seine schmeichelnden Lippenbekenntnisse perfekt gestylt, sind ein ausgeklügeltes Kalkül aus Geschäftsinteresse und Latin-Jo-Ver-Charme. Denn der, der oben singt, der vergeudet keine Gefühle.

Ein Mann, der mit seinem Kürbis lebte

AP, Colling
Der Amerikaner Harry Hurley war sich seiner Sache sicher. Mit seinen 254 Kilo schweren Kürbismonster würde er in diesem Jahr den Preis der Weltkürbisvereingung für den schwersten Kürbis der Welt gewinnen. Doch groß war die Enttäuschung, als er zum Schluß mit seinem Monsterfrucht nur den dritten Rang belegte. Den ersten Preis gewann sein Landsmann Norman Gallagher. Seine Frucht brachte 278 Kilo auf die Waage. Für Gallaghers Frau war das allerdings keine Überraschung. „Er lebte im Kürbis“, berichtete Frau Gallagher über die Vorbereitungen ihres Mannes auf den Erfolg. Die „Ehre“, den dicksten Kürbis gezeitigt zu haben, wird Herrn Gallagher mit 10 000 Dollar (rund 30 000 Mark) vergütet.

Kreuzfahrt auf der Rhône

AFP, Lyon
Kreuzfahrten werden im kommenden Frühjahr an Bord eines Passagierdampfers auf der Rhône zwischen Lyon und Avignon organisiert. Das Schiff gehört der holländischen Gesellschaft Stichting Watertransport, die seit Jahrzehnten für Kreuzfahrten auf dem Rhein zuständig ist. Die Fahrt von Lyon nach Avignon soll in fünf Etappen stattfinden.

Vier Dänen ausgepeitscht

dpa, Kopenhagen
Vier Dänen sind am Montag in einem Gefängnis in Saudi-Arabien mit je 75 Peitschenhieben dafür bestraft worden, daß sie in einem Gerichtsverfahren wegen eines Autounfalls angeklagt worden waren. Dies gab das ägyptische Außenministerium in Kopenhagen bekannt. Soweit bekannt, hätten die vier Männer die Peitschenhiebe, die ihnen im Gefängnis der Stadt Najran verabreicht wurden, relativ gut überstanden. Die Dänen sind seit Mai in Haft, nachdem bei einem angeblich von ihnen verursachten Autounfall ein jemenitischer Koch gestorben war.

Hungerkatastrophe droht

dpa, Addis Abeba
In den nördlichen Landesteilen Äthiopiens verhungern täglich etwa 250 Menschen. Dies erklärte der Vertreter des katholischen Hilfswerks „Catholic Relief Service“ während einer Krisensitzung der äthiopischen Behörden mit 16 westlichen Geberländern gestern in Addis Abeba. Wegen der anhaltenden Dürre sind in weiten Teilen des Landes derzeit rund sieben Millionen Menschen von Hunger bedroht. 1974 starben während der Hungerkatastrophe 200 000 Äthiopier.

Politiker verbannt

AP, Palermo
Der frühere Bürgermeister der sizilianischen Hauptstadt Palermo, Vito Ciancimino, ist in ein einsames sizilianisches Dorf verbannt worden. Er soll dort den Ausgang der Ermittlungen abwarten, die gegen ihn wegen des Verdachts der Verbindungen zur Verbrecherorganisation Mafia geführt werden. Der geständige Mafia-Boss Tommaso Buscetta hatte eine Verbindung des Bürgermeisters mit der Verbrecherorganisation behauptet.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

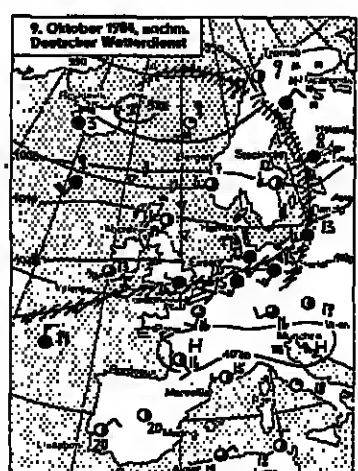
SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Laßt den Fröschen ihre Schenkel.“ Motto eines Aufrufs des World Wildlife Fund, der weltweiten Bedrohung der Frösche entgegenzutreten.

WETTER: Wolkig und Regen

Wetterlage: Tiefdruckgebiet überqueren die Nordhälfte Deutschlands mit milder Meeresluft. Im Süden macht sich der Einfluß einer Hochdruckzone über den Alpen bemerkbar.



3. Oktober 1988, mittags
Deutscher Wetterdienst
Stellen: 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte
Wetter: 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte
Wetter: 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte
Wetter: 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte, 12 Städte

Vorhersage für Mittwoch:

Im Norden stark bewölkt bis bedeckt, zeitweise Regen oder Sprühregen. Temperaturen 14 bis 17 Grad. Nächtl. Tiefstwerte um 12 Grad. Im Süden wolkig, in Alpentälen auch Aufhellungen und niederschlagsfrei. Tageshöchstwerte 15 bis 20 Grad. Nächtl. Abkühlung auf 11 bis 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten:

Auch im Norden freundlicher und kaum noch Niederschläge.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:

Berlin	15°	Kairo	33°
Bonn	17°	Kopenhagen	14°
Dresden	18°	Las Palmas	25°
Essen	15°	London	15°
Frankfurt	18°	Madrid	18°
Hamburg	14°	Mailand	17°
List/Sylt	14°	Mailorca	20°
München	16°	Monza	11°
Stuttgart	15°	Nizza	20°
Alders	12°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	15°
Athen	25°	Prag	15°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	15°	Stockholm	12°
Budapest	15°	Tel Aviv	25°
Bukarest	18°	Tunis	18°
Helsinki	8°	Wien	17°
Istanbul	23°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.30 Uhr, Untergang: 17.38 Uhr; Mondanfang: 18.30 Uhr, Untergang: 7.56 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Selbst der Ahnherr des Königshauses war illegitim

HELMUT VOSS, London

„Ich wollte, ich hätte diesen Einfall nie gehabt.“ Diesen Stoßseufzer läßt Harold Brooks-Baker, der Herausgeber des dem deutschen Gotha vergleichbaren englischen Adelshandbuchs „Burke's Peerage“, hören, wenn er heute auf ein in seinen Augen immer noch lobenswertes Unterfangen angesprochen wird. Brooks-Baker möchte in der neuen Ausgabe von „Burke's“ für 1993 außer den rund 40 000 „legitimen“ Adelsangehörigen auch erstmals die unehelichen Sprößlinge von Blaublütigen und die Nachkommen von Söhnen und Töchtern auflisten, die – wie es eine englische Redensart formuliert – auf der falschen Seite der Zudecke gezeugt wurden.

Doch Probleme mit einem Computer und vor allem Probleme bei der Katalogisierung der „Bastards“ haben den Erscheinungstermin der seit 1970 ersten Neubearbeitung von „Burke's Peerage“ bereits von April auf Juni und möglicherweise sogar auf den Herbst nächsten Jahres hinausgezögert. „Ich weiß bisher noch nicht einmal, ob ich 200 oder 2000 uneheliche Nachkommen aufnehmen muß, von den Nachkommen unehel-

cher Kinder ganz zu schweigen“, klagt der Adels-Archivar, „soweit ich feststellen konnte, gibt es in England nicht eine einzige adeliche Familie ohne uneheliche Sprößlinge. Selbst bei der königlichen Familie gibt es buchstäblich Dutzende von unehelichen Abkömmlingen.“

Brooks-Bakers Plan ist bei weitem nicht so „shocking“, wie er angesichts der Aufregung, die in England selbst die barmloseste Eskapade von Prinz Andrew nach sich zieht, wirken muß. Kenner der englischen Geschichte wissen, daß es kaum einen Hochadelstamm ohne Verästelungen gibt, die ohne kirchlichen Segen zustande gekommen sind, und daß häufig sogar die Stämme selbst die Folge heimlicher Bettfreuden sind. Dazu gehört der „Ahnher“ der königlichen Familie, Wilhelm der Eroberer, und dazu gehören die Stammväter von nicht weniger als fünf der insgesamt 25 königlichen Herzöge. Es waren samt und sonders uneheliche Söhne von König Karl II., einem der potentesten – 80 Kinder – Monarchen der englischen Geschichte.

„Man darf nicht vergessen“, erläutert Brooks-Baker, „daß uneheliche Abkömmlinge vor der Regie-

rungszeit von Königin Viktoria kaum Aufhebens gemacht wurde. Ihr sozialer Status war in erster Linie von der Position der Mutter abhängig. Wenn sie aus den richtigen Kreisen kam, erhielt der „Bastard“ nicht selten selbst einen Titel. Erst Königin Viktoria sorgte dafür, daß Teufelskinder, die Folgen hatten, vertuscht werden mußten. Trotzdem hörten sie natürlich nicht auf. König Eduard VII. hatte beispielsweise so viele uneheliche Kinder, daß es schwer ist, ihre genaue Zahl zu dokumentieren. Das gleiche trifft für König Georg IV. zu. Auch König Georg V. hinterließ mehr Kinder, als die meisten ahnen. König Georg VI. führte demgegenüber ein geradezu braves Leben: Von ihm ist nicht bekannt, daß er irgendwelche außerehelichen Kinder zeugte.“

Well Unehelichkeit heute wieder „nicht automatisch als Makel angesehen“ wird, glaubt der „Burke's Peerage“-Herausgeber, in der geplanten Neuauflage des 158 Jahre alten Adelshandbuchs ungestraft auch die illegitimen Abkömmlinge der im Buch Registrierten nennen zu können. „Das Problem dabei ist nur, daß das nur mit Einverständnis der Betroffenen geschehen kann und daß sie und

ich häufig geteilter Meinung darüber sind, welche Kinder erwähnt werden sollen und welche nicht. Wenn beispielsweise ein Herzog, der sechs uneheliche Kinder hat, zu mir sagt, daß er nur zwei von ihnen erwähnt haben möchte: Was macht man da? Auf der anderen Seite gibt es Leute wie jenen europäischen Exilkönig, der mich seit Jahren geradezu beschwört, in die nächste Ausgabe von „Burke's Peerage“ auch alle seine unehelichen Kinder mit aufzunehmen.“

Brooks-Baker und seine Direktion, an deren Spitze eine Kusine von Königin Elizabeth, Lady Elizabeth Anson, steht, hoffen, das neue Handbuch allen Schwierigkeiten zum Trotz doch noch so rechtzeitig auf den Markt bringen zu können, daß genügend Kunden den Kaufpreis von umgerechnet 380 Mark bezahlen, um die uneheliche Ergänzung zu bereicherte „Burke's Peerage“-Ausgabe für den Verlag zum Geschäft zu machen. Auch uneheliche Nachfahren des Viktorien-Enkels Kaiser Wilhelm II. werden darin erwähnt werden. „Im deutschen Hochadel“, sagt Brooks-Baker, „ist das noch viel schlimmer als hier in England.“ (SAD)

Aus alt mach' neu: Neuer Glanz fürs Holz, Farbspritzten, Antifouling, Abdichten, Mastenpflege, Holzdeck: Schutz und Pflege, Schiffsnamen aus Folie und Farbe usw., usw. 39 Seiten starker Sonderteil.

Die YACHT zur Boots-Ausstellung.

Deutschlands führende Yachtzeitschrift bringt zur Boots-Ausstellung International Hamburg das umfangreichste Heft des Jahres. In der soeben erschienenen Ausgabe Nr. 21 ist vor allen Dingen der große Sonderteil zum Thema Bootüberholung von hohem praktischen Nutzen. Ein weiteres Schwerpunktthema: Bodensee! Wie gefährlich ist der See – asphaltiert, vergiftet, übersättigt? Die YACHT gibt es im Zeitschriftenhandel. Sollte sie da einmal vergriffen sein, wenden Sie sich per Postkarte an: YACHT-Leser-Service, Siedewall 21, D-4800 Bielefeld 1. Wir schicken Ihnen die aktuelle Ausgabe.

Yacht

Gesunde Ernährung oder Die Sehnsucht nach Wohlbefinden

In der Heilkunde vergangener Epochen hatte die Diätetik - die Lehre von der richtigen Ernährung - stets eine herausragende Bedeutung. Erst in diesem Jahrhundert wurde sie durch revolutionisierende Entwicklungen im medizinischen und pharmazeutischen Bereich in den Hintergrund gedrängt. Durch das Auftreten ernährungsabhängiger Zivilisationskrankheiten bahnt sich jetzt wieder eine Rückbesinnung auf die Diätetik an.

Was liegt näher, als die Folgen von Ernährungsfehlern durch entsprechende Ernährungsumstellungen zu beseitigen. Das ist einfach, preiswert, frei von unerwünschten Nebenwirkungen und kommt dem gegenwärtigen Trend „Zurück zur Natur“ entgegen. Deshalb gewinnt die Diät nicht nur in Klinik und Arztpraxis, sondern auch in der Gastronomie und in der Kantineverpflegung ständig an Aktualität.

Entscheidend für diese Entwicklung ist, daß die moderne Diätetik im Gegensatz zu den überlieferten Diätregeln, die sich vorwiegend auf Erfahrung und Beobachtung, teils auch auf Glauben stützten, eine wissenschaftlich erprobte und anerkannte Disziplin ist.

Moderne Diätetik ist wissenschaftlich gesichert

Seit es möglich geworden ist, mit modernen Untersuchungsverfahren den physiologischen Nährstoffbedarf des Menschen zu ermitteln und die Wirkung bestimmter Diätmaßnahmen auf den Organismus genau zu kontrollieren, haben die Wissenschaftler das Gebiet der Diätetik von Pseudo- und Wunderdiäten entrümpelt.

Was noch übriggeblieben ist, gilt nach heutigem Erkenntnisstand als wissenschaftlich hinreichend gesichert.

Ein weiterer Garant der Sicherheit ist die enge Zusammenarbeit der diätetischen Lebensmittelindustrie mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, die durch zahlreiche wissenschaftliche Kolloquien dokumentiert wird. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen laufend in die Produkte ein.

Durch das Zusammenwirken all dieser Faktoren wird ein hohes Qualitätsniveau erreicht, wie es bei der Selbstzubereitung von Diätkost oder Kindernahrung am häuslichen Herd praktisch nicht zu verwirklichen ist, zumal den meisten Verbrauchern das dafür erforderliche Ernährungswissen fehlt. Das dürfte auch einer der Gründe sein, warum mitunter gesunde Normalbürger, die noch nicht „diätetisch“ sind, aber vorbeugend etwas für ihre Gesundheit tun wollen, zu Diätkost greifen.

Auch auf den Convenience-Vorteil, der heute im gesamten Lebensmittel-sortiment eine große Rolle spielt, brauchen Diätbedürftige nicht zu verzichten. In diätetischen Lebensmitteln ist das jeweilige Diätprinzip - vermehrte oder verminderte Zufuhr bestimmter Nährstoffe unter kontrollierten Bedingungen - bereits eingebaut.

Diätfehler sind dadurch praktisch ausgeschlossen. Lästiges Wiegen, Abmessen und Rechnen entfällt. Die Zubereitung ist einfach. Das ist wichtig für berufstätige, alte und alleinstehende Personen, aber auch für größere Haushalte, wo nur ein Familienmitglied Diätkost bekommt.

Neben einer gesundheitsfördernden Wirkung, Sicherheit und Convenience erwartet der Diätverbraucher auch Genuß.

Vorbei sind die Zeiten, als Diät gleichgesetzt wurde mit fader Brei- und Kost. Eine Diät muß schmecken, wenn sie über längere Zeit eingehalten werden soll. Wäre der Diätbedürftige allein auf das normale Lebensmittelsortiment angewiesen, dann müßte er auf vieles verzichten. Für

einen Diabetiker beispielsweise wäre alles Süße tabu, wenn ihm nicht die Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe sowie die damit hergestellten diätetischen Lebensmittel zur Verfügung stünden.

Diese Produkte ersparen ihm eine Außenseiterrolle und erweisen sich als echte Problemlöser bei der Durchführung der Diät. Indem sie den Diätbedürftigen ein fast ebenso abwechslungsreiches Lebensmittelanangebot erschließen, wie es der gesunde Normalverbraucher hat, und dabei Gesundheit und Genuß miteinander in Einklang bringen, verbessern Diätprodukte entscheidend die Lebensqualität.

Unterschied zu Reform- und Biokost

Von Arzneimitteln unterscheiden Diätprodukte sich dadurch, daß sie Lebensmittel, also für die Ernährung bestimmt sind. Im Unterschied zu den ebenfalls gesundheitsorientierten Reform- und Biokost sind diätetische Lebensmittel gesetzlich definierte Erzeugnisse für bestimmte Verwendungszwecke.

Diätetische Lebensmittel werden in Reformhäusern, Drogerien und Apotheken angeboten und haben zunehmend Eingang in die Fachabteilungen der Lebensmittelgeschäfte, Supermärkte und Warenhäuser gefunden. Beratungsbedürftige Produkte heben dem Fachhandel vorbehalten. Ihre Zahl dürfte größer werden sein, seit durch die 6. Diätverordnung für den Verbraucher verständliche Krankheitsangaben auf dem Etikett stark eingeschränkt worden sind.

Die rund 70 Firmen der diätetischen Lebensmittelindustrie erzielten im Jahre 1983 einen Gesamtumsatz von rund zwei Milliarden Mark. Hiervon entfiel etwa ein Drittel auf Säuglings- und Kleinkindernah-

rungen, der Rest auf Produkte der Erwachsenen-diätetik (Krankenkost, Nährstoffkonzentrate).

Im Kindernahrungsmarkt scheinen bei weiter sinkenden Geburtenziffern und zunehmender Stillzeitigkeit kaum noch Steigerungen möglich zu sein, zumal bereits 90 Prozent der Mütter in den ersten beiden Lebensjahren ihres Kindes vom reichhaltigen Angebot der Kindernahrungsmittelindustrie Gebrauch machen.

Bei den Diätzeugnissen für Erwachsene sieht die Prognose dagegen erheblich günstiger aus. Die weit verbreitete ernährungsabhängige Krankheiten hat dazu geführt, daß heute rund zehn Millionen Bundesbürger als diätbedürftig einzustufen sind.

Nach kürzlich vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Zahlen haben im Jahre 1982 jedoch nur drei Millionen regelmäßig und 825 000 Bürger gelegentlich Diätkost zu sich genommen. Daraus errechnet sich ein Marktpotential von weiteren sechs Millionen Diätverbraucher.

Wie aus neueren Angaben des Bundesgesundheitsministeriums hervorgeht, entstehen durch ernährungsabhängige Krankheiten jährlich mindestens 40 Milliarden Mark an direkten und indirekten Kosten. Im Rahmen notwendiger kostendämpfender Maßnahmen wird die Diät als preiswerte, wirksame und nebenwirkungsfreie Behandlungsform bei vielen Gesundheitsstörungen mehr und mehr Bedeutung erlangen.

Freiheit von künstlichen Farbstoffen und Konservierungsmitteln sowie größtmögliche Schadstoffarmut machen diätetische Lebensmittel für die durch Umweltschäden aufgeschreckten Verbraucher attraktiv.

Nicht zuletzt verspricht das gestiegene Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein günstige Aussichten für Diätprodukte.

GERHARD RÜSCHEN

Diät kontra Wunderkur

dem - Der Begriff Diät ist im Zusammenhang mit teilweise unseriösen „Wunderkuren“ zum Schlangwerden arg strapaziert worden und hat zu Unrecht einen faden Beigeschmack erhalten. Dabei ist Diät in den achtziger Jahren alles andere als fade, eintönige Kost. Schon gar nicht beschränkt sie sich allein auf das Ahmagern. Seit die diätetische Lebensmittelindustrie sich der besonderen Ernährungsbedürfnisse von diätbedürftigen Personen angenommen hat, werden Entsaugung und Vercich klein, Abwechslung und Genuß groß geschrieben.

Für jede wissenschaftlich anerkannte Diätform gibt es maßgeschneiderte Lebensmittel, bei denen das jeweilige Diätprinzip bereits „eingebaut“ ist. Sie erleichtern wesentlich die Einhaltung der Diät, indem sie dem Diätbedürftigen ein nahezu ebenso breites Lebensmittelanangebot erschließen, wie es der gesunde Normalverbraucher hat. Daß mit dem Begriff „diätetisch“ bei Lebensmitteln kein Mißbrauch getrieben wird, dafür bürgen die strengen Bestimmungen der Diätverordnung.

Wichtige Erkenntnisse der modernen Ernährungswissenschaft sind in diese Vorschriften eingeflossen. Sie gelten nicht allein für die Krankenkost, sondern auch für Lebensmittel, die für besonders empfindliche gesunde Verbrauchergruppen mit speziellen Ernährungsanforderungen angeboten werden. Dazu zählen zum Beispiel Säuglinge, Kleinkinder, Schwangere, Stillende und Senioren.

Die Zukunftsaussichten werden in der Diätbranche durchaus positiv beurteilt. Denn ernährungsbedingte Zivilisationskrankheiten sind in der Bevölkerung weit verbreitet. Der Zwang zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und eine zunehmend kritischere Einstellung gegenüber Arzneimitteln haben die Diät wieder stärker in den Blickpunkt des Interesses gerückt.

Bei der „Diät-Verordnung“ kennt der Gesetzgeber kein Pardon

Mit keinem anderen Verbrauchsgut kommt der Mensch sein Leben lang so unmittelbar und direkt in Berührung wie mit seiner Nahrung. Lebensmittel sind unabdingbare Voraussetzung für seine Existenz, sie sind „Mittel zum Leben“.

Die berechtigten Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich Qualität und Sicherheit der Lebensmittel sind hoch, entsprechend groß ist seine Sensibilität, wie die öffentliche Diskussion um unsere Ernährung, gerade vor dem Hintergrund der heutigen Umweltsituation, zeigt.

In einer besonderen Situation befinden sich die Verbraucher, die darauf angewiesen sind - oder die sich dafür entschieden haben -, sich ganz oder teilweise anstelle der üblichen Kost mit diätetischen Lebensmitteln zu ernähren. Sie sind besonders schutzbedürftig, da diese Lebensmittel nicht nur der Ernährung oder dem Genuß dienen, sondern darüber hinaus ihrem besonderen physiologischen Zustand Rechnung tragen müssen.

Das deutsche Lebensmittelrecht, zum Teil basierend auf EG-Bestimmungen, gehört sicher zu den Rechtsbereichen mit der größten Regeldichte. Seine vielfältigen Vorschriften sollen den Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken und Schäden und vor Irreführung und Täuschung - also seinen Geldbeutel - schützen. Entsprechend dem besonderen Schutzbedürfnis der Käufer diätetischer Lebensmittel sind in der sogenannten „Diät-Verordnung“ spezielle Regelungen erlassen, die zum Teil weit über die Anforderungen hinausgehen, die an das „normale“ Lebensmittelangebot gestellt werden.

Definitionsmäßig sind diätetische Lebensmittel - wie es die Diät-Verordnung sagt - „Lebensmittel, die bestimmt sind, einem besonderen Ernährungszweck dadurch zu dienen, daß sie die Zufuhr bestimmter Nährstoffe oder anderer ernährungsphysiologisch wirkender Stoffe steigern oder vermindern oder die Zufuhr solcher Stoffe in einem bestimmten Mischungsverhältnis oder in bestimmter Beschaffenheit bewirken“. Diätetische Lebensmittel müssen sich von anderen Lebensmitteln vergleichbarer Art durch ihre Zusammensetzung oder ihre Eigenschaften maßgeblich unterscheiden.

Diese Unterscheidung kommt in besonderen Vorschriften über die Zusammensetzung, die Kennzeichnung der Produkte ebenso zum Ausdruck wie in detaillierten Werberegulungen. Den besonderen Anforderungen entsprechen die Bestimmungen über die Zulassung sogenannter Zusatzstoffe: bestimmte Stoffe für Lebensmittel des allgemeinen Verzehrs sind gene-

rell ausgeschlossen, oder es sind für sie andere Anwendungsgebiete vorgesehen oder andere Höchstmengen festgelegt worden.

Für Rückstände an Pflanzenschutzmitteln in diätetischen Erzeugnissen für Säuglinge oder Kleinkinder bestehen besondere Grenzwerte, ebenso hinsichtlich des Nitratgehaltes.

Besonders wichtig für den Käufer diätetischer Lebensmittel ist ihre Kennzeichnung, die sie unmissverständlich als solche ausweisen muß (zum Beispiel „diätetische Lebensmittel mit Süßstoff“, „Diabetiker-Konfitüre“, „glutenfreie Zwieback“) und darüber hinaus wichtige Informationen vermitteln soll (zum Beispiel „natriumarm, kochsalzarm“). Über die recht umfangreiche Kennzeichnung der „normalen“ Lebensmittel hinaus geben die Etiketten diät-

etischer Erzeugnisse über weitere Eigenschaften und Kriterien Auskunft, zum Beispiel über den durchschnittlichen Gehalt an Kohlenhydraten, Fetten und Eiweißstoffen, über den physiologischen Brennwert - „... kJ (... kcal)“ - sie warnen den Verbraucher (zum Beispiel „kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken“), oder sie weisen darauf hin, daß das Lebensmittel bei bestimmten Voraussetzungen „nur für gesunde Säuglinge und Kleinkinder“ geeignet ist.

Wie für alle Lebensmittel darf auch die Werbung für diätetische Produkte nicht irreführend sein. Angesehen davon dürfen - mit wenigen, genau umrissenen Ausnahmen - keine Aussagen gemacht werden, die sich auf die „Beseitigung, Linderung oder Verhütung von Krankheiten beziehen“. Dieses sehr restriktive Verbot, das auch Aussagen unmöglich macht, die wahr sind und wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, begründet der Gesetzgeber mit der Notwendigkeit zu verhindern, Krankheiten im Wege der Selbstmedikation mit Lebensmitteln vorzubeugen und zu bekämpfen. In engem Rahmen läßt die Diät-Verordnung bestimmte Aussagen zu, so „geeignet zur Verhütung und Behandlung von Jodmangel“, „zur besonderen Ernährung bei Diabetes im Rahmen eines Diätplanes“. Die Anbieter diätetischer Lebensmittel sind über diese Restriktionen nicht glücklich; sie sehen sich oftmals daran gehindert, dem Verbraucher wesentliche Informationen über die Funktion der Produkte geben zu können.

Es ist unbestritten, daß gerade der Bereich diätetischer Lebensmittel strengen Regelungen unterworfen sein muß, sofern sie geeignet und notwendig sind, den Verbraucher zu schützen und ihm die in einer speziellen Situation erforderlichen Informationen zu vermitteln. Gesetze und Verordnungen sind so gut und so wirksam wie ihre Durchführung, sei es durch den verantwortungsbewußten Hersteller, sei es durch die Überwachungsbehörden. Beide müssen zusammenwirken, um ein vielfältiges und den Bedürfnissen der Käufer-schicht entsprechendes Angebot diätetischer Lebensmittel zu gewährleisten.

Lebensmittelrechtliche Anforderungen, die zum Schutz des Verbrauchers erlassen sind, können aber nur dann in vollem Umfang ihre Wirkung entfalten, wenn der Verbraucher sich seiner eigenen Sorgfalt bewußt ist. Dies gilt insbesondere für die umfangreichen Kennzeichnungsbestimmungen; sie können nur ihre Information vermitteln, wenn der Verbraucher sie auch liest und verstehen kann. MATTHIAS HORST

INHALT

Ballast - der Stoff, aus dem die Mäslis sind Seite II
Vorbeugen ist immer noch besser als Heilen Seite III
In Europa ist nicht alle Diät „diätetisch“ Seite IV
Astronauten-Diät jetzt für Schwerkranken Seite V
„Die beste Ernährung für den Säugling: Muttermilch“ Seite VI
Mit vier Prinzipien gegen den Hochdruck Seite VI

Die Autoren

Dr. Gerhard Rüschchen, Frankfurt - 1. Vorsitzender des Bundesverbandes der Diätetischen Lebensmittelindustrie
Dipl.-Volksw. Heinz Werner, Bad Homburg - Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Diätetischen Lebensmittelindustrie
Dr. Heinz Meyer, Frankfurt - Vorsitzender des Ausschusses „Analysemethoden-Produkt-hygiene“ des Bundesverbandes der Diätetischen Lebensmittelindustrie
Matthias Horst, Bonn - Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde
Professor Dr. Otto Hövels, Frankfurt - Direktor des Zentrums der Kinderheilkunde der Frankfurter Universitätsklinik
Professor Dr. med. Reinhold Kluthe, Freiburg
Professor Dr. med. Heinrich Kasper, Würzburg
Professor Dr. Hellmut Mehnert, München
Privat-Dozent Dr. med. Dietmar Sailer, Erlangen

alevita

Wenig Salz - viel Geschmack

Für alle, die salzarm essen sollen oder wollen

- Jeder Bundesbürger konsumiert durchschnittlich pro Tag ca. 12-15 Gramm Kochsalz. Das ist ca. 4mal mehr als notwendig und für alle, die salzarm essen sollen sogar gesundheitsschädigend. Zum ersten Mal gibt es jetzt ein salzarmes Ernährungsprogramm - Alevita von Nestlé. Es besteht aus Diät-Würzmitteln, klaren Suppen, Fertigsuppen und Soßen. Dieses Sortiment entspricht der Diätverordnung für natriumarme Produkte, das heißt, es enthält weniger als 0,3 g Kochsalz/100 g Fertigerzeugnis.
- In den Alevita Produkten ist Kochsalz durch eine erlesene Würzmischung ersetzt. Der würzige Geschmack bleibt voll erhalten.
- Alevita Produkte sind schnell und einfach zubereitet und sorgen für Abwechslung. Probieren Sie's mal.

Wenn Sie Näheres über die Zubereitung kochsalzreicher Speisen wissen möchten, dann schreiben Sie an:
Alevita Ernährungsberatung
Postfach 80 01 26,
8000 München 80



Das salzarme Ernährungsprogramm

NESTLÉ

Die industrielle Bearbeitung von Lebensmitteln nahm in letzter Zeit ständig zu. Als Folge davon taucht die Frage auf, wie weit durch eine derartige „Großproduktion“ die Qualität unserer Nahrung erhalten werden kann. Dies gilt besonders für die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern.

Qualität der Babykost beginnt schon mit der Aussaat

In der Babynahrung müssen alle lebenswichtigen Stoffe, die ein gesundes Gedeihen garantieren, ausreichend enthalten sein. Gleichzeitig müssen Stoffe, die den noch unreifen Organismus belasten könnten, nach Möglichkeit vermieden werden. An Säuglingen und Kleinkindern werden deshalb von Kinderärzten und Gesetzgebern besonders hohe Anforderungen gestellt.

Die Qualität eines Produktes wird im wesentlichen bestimmt von der Beschaffenheit der eingesetzten Rohstoffe, den angewandten Verarbeitungsverfahren und der richtigen Verpackung. Die Qualitätssicherung muß daher an diesen Stellen einsetzen. Am wichtigsten ist die genaue Kontrolle der Rohstoffe. Denn wenn sie mit unerwünschten Rückständen von Pestiziden, Schwermetallen oder Nitrat belastet sind, kann das während der Produktion meistens nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Sowohl für pflanzliche als auch für tierische Rohstoffe werden deshalb von der Kindernahrungsindustrie umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So hat zum Beispiel der Nitratgehalt in Lebensmitteln in den letzten zwei Jahrzehnten eine immer größere Bedeutung erlangt. Es begann vor ungefähr 20 Jahren mit der genaueren Untersuchung von Spinat. Fast gleichzeitig wurden auch andere Gemüse auf breiter Ebene geprüft, besonders die, die für die Säuglingsernährung in Frage kommen. Dabei stellte sich heraus, daß auch in



Hoher Qualitätsstandard auch bei „Großproduktion“ von Nahrungsmitteln

FOTO: STEVENS

Karotten nicht unbeträchtliche Nitratgehalte aufweisen können. Kinderärzte, Forschungsinstitute verschiedener Fachrichtungen und die Industrie haben sich gemeinsam dieses Problems angenommen. Der Gesetzgeber hat die Entwicklung durch flankierende Maßnahmen begleitet, indem er in der Diätverordnung einen niedrigen Grenzwert für den Nitratgehalt in Kindernahrung festgelegt hat.

Andererseits ist zu bedenken, daß zum Beispiel für die Züchtung wenig nitrat-speichernder Gemüsesorten allgemein mit einer Dauer von zehn Jahren zu rechnen ist. So wird verständlich, daß man hier nur schrittweise vorankommen kann, zumal pflanzenphysiologische Erkenntnisse zum Teil noch erarbeitet werden müssen.

Muster fürs Labor

Wegen der strengen gesetzlichen Auflagen im Hinblick auf Nitrat- und Pestizidrückstände wird das Gemüse für die Herstellung von Babykost schon seit vielen Jahren zum überwiegenden Teil im Vertragsanbau erzeugt. Dabei ist es möglich, die Sorten vorzuschreiben sowie die Kulturanweisungen vorzugeben, zum Beispiel Fruchtfolge, Düngung, Pflanzenschutz und Erntekriterien. Ständige Kontrollen während der Wachstumsperiode und bei der Ernte sorgen für die Einhaltung der gegebenen Auflagen. Zum Erntepunkt gehen Ausfallmuster ins Laboratorium. Erst

nach dessen Gutbefund wird das Gemüse zum Versand freigegeben. Bei der Ankunft in der Produktionsstätte erfolgt die Wareneingangsprüfung, deren Ergebnisse mit denen der Ausfallmuster und den Beobachtungen der Feldinspektoren übereinstimmen müssen. Das alles vollzieht sich routinemäßig innerhalb kürzester Zeit, damit die Rohware möglichst frisch zur Verarbeitung gelangt. Schonende Garmethoden verhindern Qualitätsverluste bei den Nährstoffgehalten. Die Endkontrolle des Produktes, bei der neben den Rückstandswerten auch die Einhaltung der Zusammensetzung und die einwandfreie Sterilisation überprüft werden, dient eigentlich nur noch zur Bestätigung, daß das Qualitätsüberwachungssystem funktioniert.

Fleisch, das für Kindernahrungen verwendet wird, unterliegt ähnlich strengen Qualitätssicherungsmaßnahmen. Um die Anwendung von Tierarzneimitteln sicher unter Kontrolle zu haben, wird die Fleischherstellung in eigener Regie betrieben. Es werden die Kälber kurz nach der Geburt von Landwirten gekauft, die seit Jahren ihre Milch an die Kindernahrungsindustrie liefern und daher vertrauenswürdig sind. In Vertragsmästereien, die unter tierärztlicher Aufsicht stehen, wachsen die Tiere heran. Nach dem Schlachten wird das Fleisch auf Rückstände an Tierarzneimitteln kontrolliert und nur bei einwandfreiem (negativem) Befund zur Weiterverarbeitung freigegeben.

Die hygienische Qualität von Kindernahrungsprodukten ist bis zu einem gewissen Grad durch den Gesetzgeber vorgegeben. In der Regel stellen die Produzenten an ihre Erzeugnisse jedoch noch höhere Anforderungen. Oberstes Gebot ist in jedem Fall eine gute allgemeine Betriebshygiene. Dazu gehören sowohl genaue Reinigungs- und Desinfektionspläne als auch die hygienische Überwachung und laufende Belehrung des Personals.

Hoher Standard

Eine maßgebende Rolle bei der Qualitätssicherung spielt die Analytik. Falsche Analysenergebnisse können zu falschen Entscheidungen führen. Es ist daher grundsätzlich notwendig, die analytischen Methoden ebenso wie die Analytiker zu überwachen.

Das sind nur einige Beispiele von Kontrollen, die für die Qualität eines Produktes ausschlaggebend sind. Tatsächlich sind es noch sehr viel mehr. Der damit verbundene erhebliche materielle Aufwand kann nur durch die Großproduktion gerechtfertigt werden. Die Kindernahrungsindustrie produziert nach der Devise: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Das Ergebnis ist ein Qualitätsstandard, der bei der Selbstzubereitung von Kinderkost im Haushalt kaum zu erreichen ist.

HEINZ MEYER

Ballast – der Stoff, aus dem die Müslis sind

Die Ernährung in den Industrieländern hat sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges grundlegend geändert. Lebensmittel wie Brot, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, die früher im wesentlichen den Energiebedarf deckten, werden immer weniger verzehrt, während der Konsum von Fett, Fleisch, Zucker, Eiern, alkoholischen Getränken zum Teil erheblich gestiegen ist.

Um die Jahrhundertwende lag der mittlere Pro-Kopf-Verbrauch an Fett in Deutschland bei rund 90 Gramm und an Kohlenhydraten bei etwa 440 Gramm pro Tag, während derzeit täglich im Mittel 130 Gramm Fett und 340 Gramm Kohlenhydrate pro Kopf der Bevölkerung aufgenommen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Verzehr an Zucker seit Beginn des Jahrhunderts von etwa 19 auf jährlich 37 Kilogramm pro Kopf gestiegen ist.

Eine Folge dieser Änderungen der Ernährungsgewohnheiten ist ein erheblicher Rückgang im Verzehr an unverdaulichen Bestandteilen pflanzlicher Nahrung, den sogenannten Ballaststoffen. Diese Stoffgruppe, die von den Verdauungssystemen des Magen- und Darms nicht abgebaut wird, setzt sich aus einer Vielzahl chemisch unterschiedlicher Substanzen zusammen.

Bis Anfang der 60er Jahre wurden sie im wahren Sinne des Wortes als „Ballast“ angesehen. Man nahm an, daß sie den Verdauungstrakt durchlaufen, ohne wesentliche Wirkungen zu entfalten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen wurden Ballaststoffe von der Medizin und Ernährungswissenschaft kaum beachtet und untersucht.

Das Interesse an dieser Stoffgruppe wurde geweckt, nachdem englische Ärzte aus epidemiologischen Untersuchungen und langjährigen Erfahrungen in Ostafrika den Schluß gezogen hatten, daß ein geringer Ballaststoffverzehr die Entstehung von Erkrankungen insbesondere der Verdauungsorgane, des Stoffwechsels und der Kreislaufränge begünstigt. Bei Bevölkerungsgruppen wie etwa den Bantus in Ostafrika – die mittlere tägliche Bal-

laststoffaufnahme liegt hier bei etwa 80 Gramm, während sie in den westlichen Industrieländern mit 20 bis 25 Gramm täglich angegeben wird – gibt es viele Erkrankungen nicht beziehungsweise sehr selten, die in den westlichen Industrieländern häufig vorkommen, zum Teil mit weiter steigender Tendenz.

Dies sind im Bereich der Verdauungsorgane Cholesteringallensteine, funktionelle Störungen des Dickdarms, vor allem die Darmträgheit (Obstipation), Dickdarmdivertikel, Dickdarmkrebs, Hämorrhoiden, weiterhin die Fettleber, der Diabetes mellitus, Erhöhungen der Blutfettkonzentration und die hierdurch begünstigten arteriosklerotischen Gefäßerkrankungen, von denen dem Herzinfarkt die größte Bedeutung zukommt.

Bei der Interpretation solcher epidemiologischer Untersuchungen muß natürlich berücksichtigt werden, daß sich, abgesehen von der Ernährungsweise, die gesamte Lebensweise dieser sich traditionell ernährenden Bevölkerungsgruppen vom Lebensstil in westlichen Industrieländern unterscheidet, was ebenfalls Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat.

Positive Ergebnisse

Die Rolle der Ballaststoffe wird seit Jahren weltweit diskutiert und wissenschaftlich untersucht. Zunehmend werden Ergebnisse bekannt, die belegen, daß ein geringer Verzehr an Ballaststoffen und der hiermit immer verbundene vergleichsweise hohe Verzehr an Zucker, Weißmehl und Fett negative Wirkungen auf den Gesundheitszustand haben.

In einer Reihe von Ernährungsempfehlungen haben diese Erkenntnisse bereits ihren Niederschlag gefunden. So empfiehlt beispielsweise der „Ernährungsbericht 1984“ der Deutschen Gesellschaft für Ernährung einen höheren Verzehr an ballaststoffreichen Lebensmitteln. Auch den Amerikanern wird in den Ernährungsrichtlinien der USA eine Verringerung des Verzehrs raffinierter Kohlenhydrate und eine Steige-

rung des Konsums an ballaststoffreichen Getreideerzeugnissen, Früchten und Gemüse nahegelegt.

Ausgehend von den oben erwähnten Erkenntnissen hat man versucht, die Erkrankungen, die auf einen geringen Ballaststoffverzehr zurückgeführt werden, mit ballaststoffreichen Kostformen zu beeinflussen.

Die meisten in der Regel positiven Behandlungsergebnisse liegen bei Erkrankungen der Verdauungsorgane, insbesondere der Stuhlverstopfung und deren Folgeerkrankungen, vor. Der günstige Effekt von Ballaststoffen kommt bei diesen Krankheiten im wesentlichen über eine Vermehrung des Stuhlvolumens und die hierdurch bedingte Verringerung des Drucks im Darm beziehungsweise die Beschleunigung der Darmpassage zustande. Folglich haben sich Ballaststoffe mit hoher Quellfähigkeit besonders bewährt.

Reich an solchen Ballaststoffen ist Getreidekleie. Die bei der diätetischen Behandlung am häufigsten eingesetzte Weizenkleie hat einen Ballaststoffgehalt von 44 Prozent und Vollkornbrot von neun bis zehn Prozent. Der Ballaststoffgehalt von Weizenmehlprodukten liegt niedrig. Er beträgt für Weißbrot beispielsweise zwei bis drei Prozent und für gegart polierten Reis nur 0,8 Prozent.

Da viele Patienten nicht bereit sind, die Ernährungsweise umzustellen, wird in der Regel die zur Therapie erforderliche Ballaststoffmenge in Form von Weizenkleie empfohlen. Die Dosierung beträgt meist ein bis drei Esslöffel pro Tag.

Wegen der hohen Wasseraufnahmefähigkeit muß auf eine ausreichende Trinkmenge geachtet werden. Der gewünschte therapeutische Effekt stellt sich meist erst nach Tagen ein. Eine Bedeutung haben ballaststoffreiche Lebensmittel weiterhin bei der Diabetesbehandlung. Wegen des günstigen Effektes auf die Blutzuckerkonzentration sollten Kohlenhydrate bevorzugt in Form ballaststoffreicher Lebensmittel wie Vollkornprodukte, Hülsenfrüchte und grobem Gemüse verzehrt werden.

HEINRICH KASPER

Wenn Sie bei Ihrer Ernährung das Cholesterin beachten müssen:



ملکة امه لائل

Fragen der Ernährung interessieren

WR. Bonn

Drei Viertel der deutschen Mütter zeigen großes Interesse an Ernährungsfragen, wie sich im Rahmen einer Erhebung für den Ernährungsbericht 1984 herausgestellt hat. Je jünger die Mütter und ihre Kinder sind, desto mehr befassen sie sich mit diesem Thema. Insbesondere möchten sie mehr wissen über Schadstoffe (68 Prozent), Konservierungs- und Farbstoffe (64 Prozent), Auswahl kindgerechter (44 Prozent) und gesunder (33 Prozent) Lebensmittel und richtige Zubereitung von Nahrung (30 Prozent).

Ratschläge zum Abnehmen werden von 23 Prozent, zum Zunehmen von 14 Prozent und Tipps für Ernährungsprobleme von 18 Prozent der Mütter gewünscht. Auch über die Lagerung von Lebensmitteln möchten viele Bürger mehr Informationen erhalten.

Bei Ernährungsproblemen, die nicht allein gelöst werden können, wird hauptsächlich der Arzt zu Rate gezogen, gefolgt von Verwandten, Freunden und Bekannten. Im Falle von Säuglingen und Kleinkindern werden auch häufig andere Informationsquellen zu Hilfe genommen, zum Beispiel Bücher über Babyernährung (28 Prozent), Broschüren von Babykostherstellern (26 Prozent), Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften (23 Prozent).

Ernährungs- und Verbraucherberatungsstellen werden nur selten beansprucht. Eine Ausnahme bilden die Mütterberatungsstellen, die von 32 Prozent der Mütter mit Kleinkindern aufgesucht werden.

Zwei Milliarden Mark für Diätprodukte

WR. Bad Homburg

Der Gesamtumsatz an diätetischen Lebensmitteln betrug im Jahr 1983 zwei Milliarden Mark. Daran waren Diätprodukte für Erwachsene mit 61 Prozent, Säuglings- und Kleinkinderernährung mit 35 Prozent und Nährstoffkonzentrate mit vier Prozent beteiligt. Der Kindernahrungsumsatz in Höhe von rund 700 Millionen Mark teilte sich wie folgt auf: 44 Prozent Babykost in Gläsern, 31 Prozent Säuglingsmilchnahrung, 21 Prozent Getreidebreie, vier sonstige Erzeugnisse.

Vorbeugen ist besser als heilen

Vorbeugende Maßnahmen wurden in den 50er Jahren zuerst in den USA durchgesetzt, nachdem dort die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Todesfälle erheblich zugenommen hatten. Um die Ursachen dieser Entwicklung zu erforschen und nach Möglichkeiten ihrer Verhütung zu suchen, stellte sich ein Teil der Bevölkerung in der Kleinstadt Framingham zur Verfügung.

Bei der Fährdung nach Stoffwechselstörungen zur Erklärung der hohen Todesrate an Herzinfarkten stießen die Ärzte auf mehrere dafür verantwortlich zu machende Faktoren, vor allem inhalierendes Zigarettenrauchen, Bluthochdruck und erhöhte Blutfettwerte besonders des Cholesterins. Bei Freiwilligen wurde festgestellt, daß viele von ihnen zu dick, manche auch zuckerkrank waren oder eine Gicht hatten. Nach den Befunden wurde das sogenannte „Risikofaktorenkonzept“ aufgestellt und damit die Grundlage für vorbeugende Maßnahmen geschaffen.

Zunächst in Framingham begonnen, ist das „Interventionsprogramm“ dann auch auf den „Anticorony Club“ in New York ausgedehnt und von dort auf viele, mit den gleichen Problemen „kämpfende“ westliche Industrienationen übertragen worden. Schon 1959 haben die amerikanische kardiologische Gesellschaft (AHA) und mit ihr das nationale Gesundheitsinstitut (NIH) Empfehlungen für besonders gefährdete Personengruppen aber auch für die Gesamtbevölkerung ausgearbeitet, denen sich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit zwei Expertenpublikationen von Rom (1979) und Genf (1982) angeschlossen. Unter WHO-Schirmherrschaft ist vom Herzinfarktzentrum Heidelberg das Eberbach-Wieslocher Modell für vorbeugende Maßnahmen auf Gemeindeebene entwickelt worden.

Die zunächst in den USA aufgestellten Risikofaktoren für die Entstehung von Herz- und Gefäßerkrankungen als Folge sich über Jahre und Jahrzehnte ausbildender Arteriosklerose stellen die Grundlage für alle zu ergreifenden vorbeugenden Maßnahmen dar. Die Richtigkeit des Risikokonzepts ist inzwischen weltweit durch epidemiologische Untersuchungen, Tierexperimente und an Familien mit an-

geborenen Hypercholesterinämien bestätigt worden. Länder wie zum Beispiel Finnland mit extrem hohen Durchschnittswerten an Cholesterin im Blut haben auch besonders hohe Sterberaten an Herzinfarkten, während Nationen mit niedrigen Cholesterinspiegeln wie unter anderem in Japan, den Mittelmeer- und Entwicklungsländern nur wenig Herzinfarkttote haben. Die statistisch signifikanten Differenzen sind vor allem in den unterschiedlichen Ernährungsge-wohnheiten zu suchen. Die finnische

den letzten 15 Jahren vorbeugende Großaktionen zu einer Senkung der Sterberate an Herzinfarkt um 25 Prozent geführt. In der Bundesrepublik ist zwar die Zahl jugendlicher Koronarinfarkte rückläufig, aber nicht die der gesamten Todesrate an Herz- und Kreislauf-Erkrankungen. Im Unterschied zu vielen Staaten in West und Ost wird im Bundesgebiet nämlich das Arterioskleroseproblem immer noch zum Teil kontrovers diskutiert, weil gesicherte Erkenntnisse über falsche Lebens- und Ernährungsge-wohnheiten einfach nicht akzeptiert

sikos um zwei Prozent. Dieses Ziel zu erreichen, ist gar nicht so schwer. Erste Voraussetzung ist die Kenntnis über den eigenen Cholesterinspiegel im Blut:

- Beträgt das Gesamtcholesterin weniger als 200 mg/dl, so besteht keine Gefahr für eine koronare Herzkrankheit, wenn der Betreffende nicht raucht und keinen Bluthochdruck hat;
- bis 220 mg/dl ist das Risiko noch gering, steigt jedoch bis 260 mg/dl deutlich an;
- bei mehr als 260 mg/dl ist auf jeden



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kost ist sehr fettreich mit viel tierischem Eiweiß, die der Japaner dagegen fettarm, aber reich an Fisch und Ballaststoffen. In Italien und Griechenland wird ausschließlich mit Olivenöl gekocht und gebraten und viel Gemüse verzehrt. Siedeln dagegen japanische Familien in die USA über und übernehmen dort die Ernährungsge-wohnheiten ihres Gastlandes, gleicht sich ihre Zahl an Herzinfarkten derjenigen der US-Amerikaner an.

In den USA, in Kanada und Australien wie in Skandinavien haben in

werden. Davon blieb auch ein Gutachten nicht verschont, das ein internationales Expertengremium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Auftrag der Bundesregierung angefertigt hat. Dieses Gutachten ist durch die Veröffentlichungen der AHA und WHO und jetzt auch durch den 1984 publizierten Groß-Versuch des „Lipid-Research-Clinics-Coronary Primary Prevention Trial“ (LRC-CPPPT) bestätigt worden. Danach führt eine Senkung des Bluthochsterinswertes um ein Prozent zu einer Reduzierung des koronaren Ri-

Fall eine diätetische Behandlung erforderlich, die bei Werten über 300 mg/dl medikamentös ergänzt werden sollte.

Die erfolgreiche Ernährungsumstellung in den USA hat schon jetzt zu einer Abnahme der durchschnittlichen Cholesterinkonzentration von 235 mg/dl auf 210 mg/dl geführt. Bei uns dagegen wird immer noch zu viel, zu fett, zu süß und zu salzig gegessen. Dieses Fehlverhalten macht sich auch in der zunehmenden Zahl über-gewichtiger Hochdruckkranker bemerkbar. Denn gerade aus der Grup-

pe der sogenannten „milden“ Hyper-toniker rekrutieren sich die meisten Herzinfarkte. Gemäß den in Amerika gemachten Erfahrungen, wo 75 Prozent aller Patienten gut eingestellt sind, empfiehlt es sich, Personen mit diastolischen Blutdruckwerten zwischen 90 und 104 mmHg zunächst einer diätetischen Behandlung zuzuführen, mit der allein sich oftmals die Werte bereits normalisieren lassen. Nur dann, wenn eine Kostumstellung nicht genügt, sollte zusätzlich eine medikamentöse Therapie eingeleitet werden.

Die von allen Expertengremien übereinstimmend vorgeschlagenen Ernährungsweise, sollte im Kalorien-verbrauch den tatsächlichen Bedürfnissen zur Erhaltung oder Erreichung eines Normalgewichtes angepaßt werden. Der Fettverbrauch sollte 30 bis 35 Prozent der Nahrungskalorien nicht überschreiten und das Nahrungscholesterin nicht mehr als 300 mg pro Tag betragen. Fett ist ein wichtiger Energiespender. Von den drei darin enthaltenen Fettsäuren kann der Organismus die gesättigten und einfach ungesättigten (Ölsäure) selbst synthetisieren, sie sind daher nicht lebenswichtig. Nur die mehrfach ungesättigten Fettsäuren, deren Hauptvertreter die Linolsäure ist, müssen dem Menschen mit der täglichen Nahrung zugeführt werden.

Sie sind essentiell wie einige Amino-säuren, wie Vitamine, Mineral-stoffe und Spurenelemente. Linol-säure wird gebraucht für den Aufbau von Zellmembranen, für eine normale Blutgerinnung, Synthese von Ge-webshormonen, zum Beispiel den Prostaglandinen, und für eine Senkung erhöhter Bluthochsterinkonzentrationen. Daraus ergibt sich die Forderung, tierische Fette aus Fleisch- und Milchprodukten zu meiden und durch linolsäurereiche Pflanzenöle und Diätmargarinen zu ersetzen, wobei das Verhältnis der drei Fettsäuregruppen 1:1:1 betragen sollte.

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen wird es vielleicht auch im Bundesgebiet möglich sein, ähnlich viele Infarkttote zu verhüten, wie die 335 000 in den USA allein in den Jahren von 1968 bis 1978.

LOTTE LUDWIG

Reinheit auch bei Diätbier

WR. Bonn

Das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Reinheitsgebot für die Bierherstellung gilt uneingeschränkt auch für Diätbier. Um dieses Spezialgetränk für Diabetiker geeignet zu machen, muß allerdings der Kohlenhydratgehalt vermindert werden.

Das geschieht durch eine hohe Vergärung. Durch diese Vergärung steigt die Alkoholkonzentration an, was für Zuckerkrankte nicht erwünscht ist. Um die Vorschrift der Diätverordnung zu erfüllen, wonach Diätbier nicht mehr Alkohol enthalten darf als ein vergleichbares Normalbier, muß mit Hilfe aufwendiger Verfahren ein Teil des Alkohols wieder entfernt werden.

Damit kommt es auch zu einer für Diabetiker günstigen Kalorienver-minderung. Normalbier hat einen Brennwert von etwa 43 kcal/100 ml. Bei Diätbier sind es nur etwa 31 kcal/100 ml. Die übrigen Inhaltsstoffe – wie Mineralsalze, Vitamine und Eiweißstoffe – sind bei beiden Bier-sorten gleich. Der Anteil des Diätbiers am gesamten Bierausstoß in der Bundesrepublik ist gering.

Dennoch gibt es eine Reihe von Brauereien, die das komplizierte Her-stellungsverfahren beherrschen und damit dem Diabetiker den Biergenuß im Rahmen seines Diätplans ermögli-chen.

Tagesrationen für „Schwergewichtler“

WR. Bad Homburg

Diätetische Lebensmittel, die zur Verwendung als Mahlzeit oder als Tages-ration für Übergewichtige be-stimmt sind, enthalten pro Mahlzeit nicht mehr als 1675 kJ, bei Tagesrationen nicht mehr als 5025 kJ.

Weitere Bestimmungen der Diät-verordnung sorgen dafür, daß trotz Kalorienbeschränkung der Min-destbedarf an hochwertigem Eiweiß, Kohlenhydraten, essentiellen Fettsäuren, Vitaminen und Mineralstof-fen durch diese Produkte gedeckt wird. Sie eignen sich für eine kura-mäßige Anwendung, ohne daß Mangel-erscheinungen zu befürchten sind.

milupa das führende Unternehmen für Kinder- und Diät-nahrung.

Die Milupa Gruppe steht weltweit im Dienste des Kindes. Alleine in Deutschland wird fast jedes zweite Kind mit Kindernahrungen von Milupa groß. Kinderärzte und Millionen Mütter in aller Welt bringen der Milupa AG und ihren Produkten volles Vertrauen entgegen. Neben den Säuglings- und Kindernahrungen sind die Sanosan Babypflege-Serie und die diätetischen Dr. Kousa und Forsana Produktgruppen, sowie die bekannten Pulmoll Produkte ausschlaggebend für die Bedeutung der Milupa AG. Langjährige Erfahrungen, intensive Forschung und Entwicklung sowie ständige wissenschaftliche Kontrollen erbringen eine optimale Qualität aller Produkte. Heute und morgen.

milupa

Milupa AG · 6382 Friedrichsdorf/Ts.

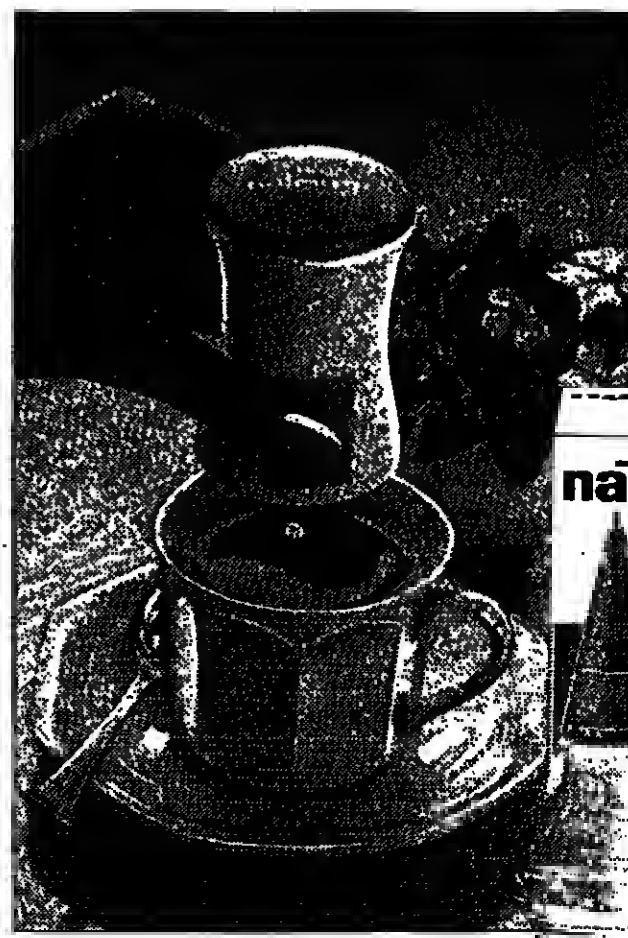
Mit natreen kann man Tag für Tag viele Kalorien sparen.



Keine Kalorien bitte!

Immer mehr süßen ihren Kaffee oder Tee nur noch mit natreen und sparen dabei viele Kalorien. Denn natreen gibt Ihrem Kaffee oder Tee die reine, feine Süße, aber ganz ohne Kalorien (Joule). Mit dem Inhalt der abgebildeten Tafeldose zum Beispiel können Sie über 10.000 Kalorien sparen.

Aber viele süßen ihre Speisen, Desserts, Fruchtsalate ebenfalls mit natreen. Denn mit ein paar Spritzern aus der praktischen Tafelflasche lassen sich schnell und einfach die herrlichsten kalorienverminderten Süßspeisen bereiten. So sparen Sie zusätzlich noch eine Menge Kalorien. Noch mehr Kalorien können Sie sparen, wenn Sie auch zum Kochen und Backen natreen-flüssig verwenden.



Unter ständiger Qualitätskontrolle von Bayer Leverkusen



natreen ist ein diätetisches Lebensmittel zur kalorienverminderten Ernährung und zur besonderen Ernährung bei Diabetes mellitus im Rahmen eines Diätplanes. Es ist auch in Österreich und in der Schweiz erhältlich.

natreen diätsüße

zum Süßen ohne Kalorien

Bier, Wein und Sekt für Diabetiker

WR. Bonn
Für Diabetiker gibt es kohlenhydratarme Bier-, Wein- und Sektsorten. Lebererkrankte und Promillebewußte können ihren Durst mit alkoholfreiem Bier stillen. Bestimmte Fruchtsäfte mit hohem Gehalt an Vitaminen und Mineralstoffen dienen zur Bekämpfung entsprechender Mangelerscheinungen. Auch verschiedene Kaffee- und Teesorten sowie Heilwässer sind diätgeeignet bei Beschwerden im Verdauungstrakt oder Bluthochdruck. Nicht zu vergessen sind die besonders nährstoffreichen Trinknahrungen, wie sie zum Beispiel im Hochleistungsport oder in der Intensivmedizin zum Einsatz kommen. Der weitaus größte Anteil entfällt auf die kalorienarmen Erfrischungsgetränke für Gewichtsbe- wußte und Diabetiker. 1983 sind davon 270 Millionen Liter getrunken worden. Das sind etwa sechs Prozent der Gesamtmenge an süßen alkoholfreien Erfrischungsgetränken. Bei den Amerikanern ist bereits jede vier- te Limonade kalorienarm.

Diätverordnung als gesetzliche Grundlage

WR. Bonn
Im Unterschied zu anderen ge- sundheitsorientierten Produkten sind diätetische Lebensmittel gesetz- lich definierte Erzeugnisse für be- stimmte Verwendungszwecke. Die gegenüber normalen Lebensmitteln strengeren Anforderungen an Di- äterzeugnisse sind in der Diätverord- nung festgelegt.

Es könnten mehr sein...

WR. Bad Homburg
Etwa drei Millionen Bundesbürger nehmen der Statistik zufolge regel- mäßig, rund 825 000 gelegentlich Di- ätstark zu sich. Die Zahl der diäte- tischen Personen wird dagegen auf zehn Millionen geschätzt. Besorren- erregend ist, daß nur knapp die Hälf- te der 2,25 Millionen Zuckerkranken eine Diät befolgen. Ermüchternd klingt auch die Zahl von rund 600 000 Deutschen, die laut Erhebung des Statistischen Bundesamtes mit Hilfe einer Diät abnehmen wollen.



Soloist und Müßi machten es möglich: Strahlend zeigt Kugelstoßerin Claudia Losch ihre Goldmedaille, die sie bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles gewann. FOTO: AP

Mit „Hochleistungskost“ zu olympischen Ehren

Schon seit den Olympischen Spie- len der Antike ist bekannt, daß Erfolg im Sport auch von einer geziel- ten, leistungsfördernden Ernährung abhängt. Mit modernen Untersu- chungen konnte dieser Zusammen- hang bestätigt werden.

Im Gegensatz zum „Normalbür- ger“ wird der Leistungssportler im- mer wieder bis an die Erschöpfungs- grenze gefordert. Wenn die Ernäh- rung nicht darauf eingestellt wird, kommt es bald zu Mangelerscheinun- gen, Leistungsabfall, erhöhter Verlet- zungsgefahr bis hin zum Zusammen- bruch.

Eine einheitliche „Hochleistungs- kost“ gibt es allerdings nicht. Die Nahrungs- und Ernährungs- setzung variiert je nach Art, Dauer und Intensität der sportlichen Belastung.

Deshalb muß der Speiseplan eines Sprinters anders aussehen als der eines Marathonläufers oder Gewichthe- bers. Bei Kraftsportarten ist Eiweiß besonders wichtig. Es sorgt für den Aufbau und die Erhaltung der Mus- kelsubstanz.

Kommt es auf eine schnelle Ener- giebereitstellung an, dann stehen Kohlenhydrate im Vordergrund. Fett liefert die für Dauerbelastungen nö- tige Energie. Allen Sportler-Kostfor- men gemeinsam ist eine erhebliche Steigerung der Kalorienzufuhr. 5000 und mehr Kalorien täglich sind keine Seltenheit.

Hinzu kommt ein erhöhter Bedarf an Wasser und Mineralstoffen, um die Schweißverluste auszugleichen und damit vorzeitiger Ermüdung, Muskel- verhärtung und Muskelkrämpfen vorzubeugen. Vitamine sind für einen reibungslos funktionierenden Stoff- wechsel unerlässlich, ohne den sport- liche Höchstleistungen nicht möglich sind.

Mit „normaler“ Nahrung sind all diese Anforderungen kaum zu erfül- len; allein die Bewältigung der erfor- derlichen Mengen bereitet vielen Sportlern Schwierigkeiten. Sie grei- fen deshalb gern zu den Nährstoff- konzentraten der diätetischen Le- bensmittelindustrie als Zusatz zu normalen Kost.

Krank durch falsche Ernährung

WR. Bad Homburg
Auf 40 Milliarden Mark werden seit- neuseit die jährlichen Kosten durch ernährungsabhängige Krank- heiten beziffert. Das ist Grund genug, von der kostendämpfenden, wirksa- men und nebenwirkungsfreien Diät- behandlung mehr Gebrauch zu ma- chen. Wer durch Ernährungsfehler krank geworden ist, sollte, bevor er zu anderen Mitteln greift, zunächst ver- suchen, durch entsprechende Ernäh- rungsumstellung wieder gesund zu werden.

Was bedroht unsere Gesundheit?

WR. Frankfurt
Nicht die streng geprüften Zusatz- stoffe und auch nicht die Schadstoff- rückstände in Lebensmitteln bedro- hen unsere Gesundheit, sondern die Tatsache, daß nach wie vor im Über- maß gegessen und getrunken wird. Die Folge ist eine Vielzahl ernäh- rungsabhängiger Wohlstandskrank- heiten, während Krankheitsfälle durch Schadstoffspuren in der Nah- rung in der Bundesrepublik nicht be- kannt geworden sind. Durch man- gelnde hygienische Sorgfalt beim Umgang mit Lebensmitteln erkrän- ken indessen alljährlich Zehntau- sende, und es kommen sogar Todes- fälle vor.

„Grüne Liste“ als Nachschlagewerk

WR. Bad Homburg
Diät von A bis Z – von Aufbaukon- zentrat bis Zuckeraustauschstoff reicht die Palette diätetischer und di- ätgeeigneter Lebensmittel. Sie sind enthalten in dem Produktverzeichnis des Bundesverbandes der diäteti- schen Lebensmittelindustrie, der „Grünen Liste“. Eine Vielzahl von Er- zeugnissen von rund 80 Herstellern ist darin mit genauen Angaben über Zusammensetzung und Verwen- dungszweck aufgeführt. Daneben enthält die „Grüne Liste“ weitere wichtige Informationen für die Praxis der Diätberatung. In einer Auflage von 90 000 Exemplaren wird dieses nützliche Nachschlagewerk Ärzten und Ernährungsfachkräften kosten- los zur Verfügung gestellt.

In Europa ist nicht alle Diät „diätetisch“

In Europa wird zu wenig gesund- heitsbewußt gegessen, meint Jo- han Ganzvoort, Generalsekretär des EG-Verbands der diätetischen Le- bensmittelindustrie (IDACE) mit Sitz in Paris. Der gertenschlanke Nieder- länder beurteilt die diätetischen An- strengungen der Europäer skeptisch; gewisse Fortschritte seien in den letz- ten Jahren doch erzielt worden, räumt er in einem WELT-Gespräch ein.

Nun hat die IDACE weniger die Aufgabe, Verbraucher vom Nutzen diätetischer Ernährungsweise zu überzeugen. Der Verband wurde 1959 vor allem mit dem Zweck gegründet, eine Harmonisierung der Lebensmit- telgesetzgebung der EG-Staaten im Diätetik-Bereich zu bewirken. Nach zäher Kleinarbeit erließ schließlich Ende 1979 der Rat der Gemeinschaft eine entsprechende Richtlinie, die zielt speziell auf die Beseitigung indi- rekt Handelshemmnisse ab.

Tatsächlich hat die Bezeichnung „diätetisch“ nicht in allen EG-Staaten die gleiche Bedeutung. Keinesfalls fällt darunter etwa all das, was in einem Reformhaus gekauft werden kann. Auch ist Diätetik nicht mit Diät zu verwechseln. Vielmehr handelt es sich um die Produktengruppe, die zwischen „normalen“ Lebensmitteln und Medikamenten liegt. So einigte man sich auf die EG-Definition der „Lebensmittel für eine besondere Er- nährung“.

Der EG-Richtlinie zufolge muß es sich dabei um Lebensmittel handeln, die sich 1. aufgrund ihrer besonderen Zusammensetzung oder des besonde- ren Herstellungsverfahrens deutlich von den Lebensmitteln des allge- meinen Verzehrs unterscheiden, 2. für den angegebenen Ernährungszweck eignen und 3. mit dem Hinweis dar- auf in den Verkehr gebracht werden, daß sie für diesen Zweck geeignet sind.

Diese von der Herstellerseite ver- hältnismäßig weit gefasste Definition wird für die Verbraucherseite stark eingegrenzt. Danach muß es sich um Personen handeln, deren Verdau- ungsprozess oder der Stoffwechsel ge- stört ist oder die sich in besonderen psychischen Umständen befinden und deshalb einen besonderen Nut- zen aus der kontrollierten Aufnahme bestimmter, in der Nahrung enthal- tener Stoffe ziehen können. Klar defi- niert ist nur, daß alle Lebensmittel für

Säuglinge und Kleinkinder (bis zu drei Jahren) als diätetische anzu- sehen sind.

Den Umsatzwert dieses Sektors der Lebensmittelindustrie beziffert Ganzvoort auf jährlich zwei bis drei Milliarden europäischer Währungs- einheit (ECU). Wieviel davon auf die einzelnen Mitgliedstaaten und auf die verschiedenen Diätetik-Gruppen ent- fallen, ließe sich nicht sagen, da die Zollstatistik keine genaue Abgren- zung gibt. Auch würden, so Ganz- voort, einige Produzenten ihre stati- stischen Geheißnisse nicht preisge- ben.

Immerhin hat der Verkaufszu- wachs bei diätetischen Lebensmit- teln in fast allen EG-Ländern wäh- rend der letzten Jahre den der norma- len Lebensmittel übertraffen, erklärt Ganzvoort. Dies gelte vor allem für die Bundesrepublik Deutschland. Das sei weniger eine Gegenreaktion zur deutschen „Freiwelle“, als viel- mehr der Erfolg systematischer Auf- klärungskampagnen.

Sehr besorgt stellt Ganzvoort fest, daß die meisten Ärzte ernährungs- wissenschaftlich schlecht ausgebildet seien. Was die Mediziner von Diätetik an den Universitäten mitbekämen, sei „vollkommen ungenügend“. Viele Ärzte seien deshalb unfähig, ihren Patienten richtige Ratschläge für eine angemessene Ernährung zu geben.

Die Aufklärungsarbeit müßte nach Ganzvoort schon in der Grundschul- le beginnen; bis man hier ein befriedi- gendes Niveau erreicht, würde noch einige Zeit vergehen. Viel wäre schon gewonnen, wenn man weniger esse und sein Gewicht in Grenzen halte. Diätetische Lebensmittel sind viel- fach teurer als „normale“ Lebensmit- tel, aber dennoch „zwei- bis dreimal billiger als eine medizinische Be- handlung, die durch sie verhindert werden könnte“.

Der Preisunterschied erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die diäteti- schen Lebensmittel besonders stren- gen Kontrollen unterworfen sind. Auch die Herstellung selbst verur- sacht zusätzliche Kosten. Die EG- Kommission hat die Reinheitskrite- rien der Stoffe mit besonderem Er- nährungszweck und der Zusatzstoffe genau festgelegt. Andererseits wird der Begriff „diätetisch“ besonders vor Mißbrauch geschützt.

JOACHIM SCHAUFUSS

Restriktionen behindern das Angebot

H.W. Bad Homburg
Europa ist noch weit von einem einheitlichen Lebensmittelrecht ent- fernt. Das zeigte sich deutlich beim V. Internationalen Lebensmittelrechts- kongress, der im September unter dem Thema „Lebensmittelrecht und Ernährung“ in München stattfand.

Mehr als 200 Teilnehmer der vor 20 Jahren gegründeten Vereinigung für Lebensmittelrecht (EPLA) aus Groß- britannien, Frankreich, Spanien, Ita- lien, der Schweiz, Österreich, den Be- nex-Ländern und der Bundesrepu- blik Deutschland befaßten sich vor- wiegend mit Fragen aus dem Bereich der diätetischen Lebensmittel oder wie es im europäischen Sprachge- brauch heißt – Lebensmittel für be- sondere Ernährungswecke. Hier herrschen zum Teil knappe Rechtsun- terschiede in den einzelnen Ländern.

Das behindert den grenzüber- schreitenden Warenverkehr; Für diät- bedürftige Verbraucher in Ländern mit restriktiver Handhabung des Lebensmittelrechts wird das Angebot an Diätprodukten beträchtlich ge- schmälert. Damit wird der Einsatz der Diätetik als erfolgreiche Behand- lungsmäßnahme bei ernährungsab- hängigen Zivilisationskrankheiten erschwert.

Bevor nach neuen Gesetzen und Verordnungen gerufen wird – dar- über waren sich die Juristen, Chemi- ker, Lebensmitteltechnologen und Ernährungswissenschaftler einig – sollte stets die Alternative freiwilliger Vereinbarungen der Wirtschaft erwo- gen werden. Hierfür gibt es bereits einige Beispiele, und man hat gute Erfahrungen damit gemacht.

Daß Diätetik heute eine wissen- schaftliche Disziplin ist, steht außer Zweifel. Auch ist die diätetische Le- bensmittelindustrie durch die EG- Richtlinie für Diätzeugnisse als ei- genständige Industriebranche sozia- len offiziell anerkannt worden.

Dennoch bestehende unterschied- liche Auffassungen oder irrtige Vor- stellungen über den Nutzen der Diät- etik sind nicht zuletzt durch einen unzureichenden Wissensstand in we- ten Teilen der Bevölkerung zu erklä- ren. Mehr Information ist also erfor- derlich. Es wäre jedoch der falsche Weg, sie durch eine „Superkenn- zeichnung“ von Lebensmitteln errei- chen zu wollen.

Die Aufbaukost für appetitlose Patienten



In jeder Apotheke erhältlich

Pfrimmer+Co. Pharmazeutische Werke Erlangen GmbH

Schneekoppe – Ernährung für ein gesünderes Leben.

Gesunderhaltend und gesundheitsfördernd: Schneekoppe Diät-Kost

Für eine dem Bedarf ange- paßte kontrollierte Ernährung, die schmeckt.

Schneekoppe-Diät-Produkte sind nach neuesten ernährungs- wissenschaftlichen Erkenntnissen entwickelt und entsprechen der gesetzlichen Diät-Verordnung.

Immer mehr Ärzte empfehlen Schneekoppe-Diät-Kost.

Im Lebensmittelhandel erhältlich.



Fordern Sie den Fit-Kost-Ratgeber mit wertvollen Informationen und Rezepten an. Schneekoppe, Postfach 101852, 4650 Gelsenkirchen

Noch kein Mittel gegen Krebs

WR. Bonn
Neben 19 wissenschaftlich anerkannten Diätformen gibt es zahllose „Pseudodiäten“ und „Wunderkuren“, deren Wirkung nicht nachweisbar, zumindest aber umstritten ist. Im Ernährungsbericht 1984 ist eine kritische Bewertung der häufigsten als Diät propagierten Kostformen vorgenommen worden. Demnach gibt es bis jetzt keine Diät, die gegen Krebs, Rheuma, Multiple Sklerose oder Hautkrankheiten hilft, wenn die Krankheit bereits besteht. Folglich wird man auch diätetische Lebensmittel für diese Anwendungsbereiche vergeblich suchen.

Mehr Mütter stillen länger

WR. Bad Homburg
Seit 1976, dem Jahr mit der niedrigsten Stillquote hat die Muttermilchernährung von 52 auf 68 Prozent zugenommen mit weiter steigender Tendenz. Die durchschnittliche Stilldauer hat sich im gleichen Zeitraum von fünf auf fast acht Wochen verlängert. Regionale Untersuchungen zeigen Stillquoten von 85 Prozent.

Ein Drittel aller Kinder mit Untergewicht

WR. Bad Homburg
Überraschend ist die Feststellung des Ernährungsberichts 1984, daß bei Kindern nicht Übergewicht vorherrscht, sondern daß etwa ein Drittel der Kinder, vor allem Mädchen, deutliches Untergewicht aufweisen.

Es schmeckt zu gut

WR. Bonn
Die Bundesbürger, vor allem die Altersgruppen über 30 Jahre, essen immer noch mehr als sie brauchen. Zu viel Fett, zu viel Zucker und zu viel Alkohol sind laut Ernährungsbericht 1983 die Hauptursachen für häufiges Übergewicht. Dadurch werden Herz-Kreislauferkrankungen, Bluthochdruck, arteriosklerotische Erkrankungen der Gefäße, Zuckerkrankheit und Gicht begünstigt. Bei vernünftiger Ernährungs- und Lebensweise wären diese Erkrankungen weitgehend zu vermeiden.

Astronauten-Diät hilft den Schwerkranken

Die in der Küche selbst hergestellten flüssigen Diäten sind passé, weil sie bezüglich ihrer Energie-, Eiweiß-, Vitamin-, Mineralien- und Spurenelemente-Zusammensetzung nicht bedarfsdeckend sind. Will man eine solche Diät ernährungsphysiologisch wertvoll gestalten, bedarf es eines großen küchentechnischen und personellen Aufwandes, der diese Kost sehr teuer macht. Daneben ist auch das Risiko der Verunreinigung mit Bakterien durch viele Arbeitsgänge sehr hoch. Beim abwehrgeschwächten Patienten können dadurch sogar Infektionen hervorgerufen werden.

Moderner industriell hergestellte Diäten vermeiden dieses Risiko. Grundsätzlich werden dabei zwei Gruppen unterschieden, nämlich die nährstoffdefinierten und die chemisch definierten Diäten. Unter nährstoffdefinierten Produkten versteht man standardisierte, genau definierte Nahrungsmittel natürlichen Ursprungs, die als Fertigprodukte angeboten, nicht mehr aufbereitet werden müssen. Die Verwendung einer solchen Diät setzt eine ungestörte Resorptionsfähigkeit des Darms und normales Stoffwechselverhalten beim Patienten voraus. Sie ist trinkbar oder wird über eine Sonde in den Magen oder Dünndarm transportiert.

Eine nährstoffdefinierte Diät ist bedarfsdeckend, das heißt bei alleiniger Zufuhr gewährleistet sie über praktische unbegrenzte Zeit einen normalen Stoffwechsel. Sie ist zudem in der Lage, bereits eingetretene Verluste wieder auszugleichen. Sie stellt gewissermaßen die Standarddiät für alle diejenigen Patienten dar, die aus irgendwelchen Gründen nicht essen können oder dürfen, aber bei denen der Magen-Darm-Trakt intakt ist. Diese Diäten haben sich bei der Kurz- und Langzeiternährung Schwerkranker bestens bewährt.

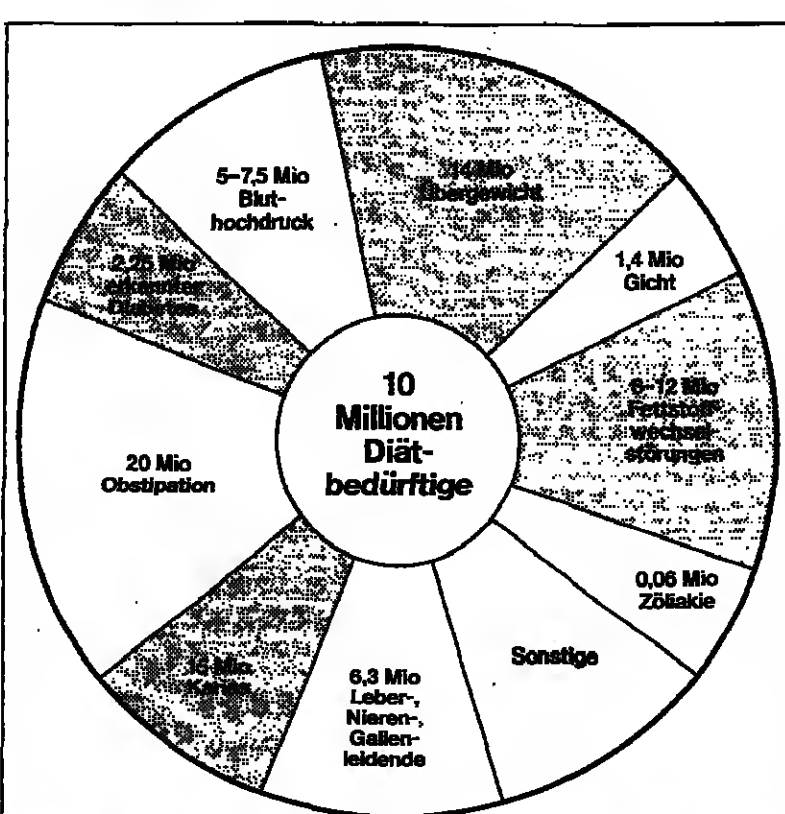
Unter chemisch definierten Diäten versteht man eine ebenfalls industriell vorgefertigte Nahrung, bei der die einzelnen Bausteine aus bestimmten synthetischen oder durch Abbau natürlicher Produkte gewonnenen Einzelkomponenten bestehen. Sie werden ebenfalls in standardisierter und balancierter Form angeboten. Chemisch definierte Diäten enthalten keine Ballaststoffe und sind fettarm. Sie sind frei von Cholesterin und Purinkörpern. Die Resorption dieser

Diäten erfolgt im Magen-Darm-Kanal, ohne daß dazu eine Verdauungsleistung des Darms erforderlich ist. Sie können somit Patienten verabreicht werden, die nicht mehr in der Lage sind, normale Nahrungsbestandteile zu verdauen.

Die chemisch definierten Diäten wurden ursprünglich entwickelt, um Ernährungsprobleme bei Weltraumflügen zu lösen (Astronauten-Diät). Sie kamen aber zu diesem Zweck nicht zum Einsatz und wurden dann in der Medizin zur Ruhigstellung des Darms bei entzündlichen Darmerkrankungen, beim Kurzdarmsyndrom, bei Malabsorption und bei vielen anderen Krankheiten und Zuständen verwendet, die keine normale Nahrungsaufnahme erlauben. Neuerdings sind Diäten entwickelt worden, die noch besser vom Organismus aufgenommen und verwertet werden als die ursprünglich chemisch definierten Diäten.

Der Anwendungsbereich von Sondenkost ist in den letzten Jahren dank der enormen Verbesserung dieser Ernährungsform ständig erweitert worden. So gelingt es, schwerstkranken Patienten mit Störungen der Nahrungsaufnahme oder der Nahrungsverwertung praktisch über unbegrenzte Zeit zu ernähren. Dies gilt nicht nur für das Krankenhaus, wo zum Beispiel Bewußtlose oder Patienten mit Schluckstörungen zu versorgen sind, sondern in zunehmendem Maße auch für ambulante Patienten. So können beispielsweise Krebskranke mit Hilfe solcher Diäten bezüglich ihres Ernährungszustandes und ihres Körpergewichts stabilisiert werden und so andere Behandlungsmaßnahmen besser verkraften. Auch ältere Menschen, die infolge nachlassenden Hungergefühls oft zuwenig Nahrung aufnehmen, lassen sich mit solchen Diäten versorgen.

Heute ist kein Patient mehr auf Krankenhäuser oder Heime angewiesen, weil die Ernährung nicht gesichert ist. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Kranken haben bereits gelernt, sich selbst über eine Sonde zu ernähren. Leider werden jedoch in den meisten Fällen die Kosten der lebensrettenden Diäten von den Krankenkassen nicht übernommen, so daß häufig aus finanziellen Gründen davon Abstand genommen werden muß. DIETMAR SAILER



Untersuchungen ergaben: Etwa 14 Millionen Deutsche haben Übergewicht, fünf bis sieben Millionen leiden unter Bluthochdruck und sechs bis zwölf Millionen unter Fettstoffwechselstörungen.

Diätetische Lebensmittel für Kranke und Gesunde

Ein Katalog von 19 Krankheiten, bei denen die Diät zur ärztlichen Therapie gehört, haben Mediziner und Ernährungswissenschaftler im Jahre 1978 unter Federführung des Bundesgesundheitsamtes erarbeitet. Hierzu zählen so häufige Erkrankungen wie Bluthochdruck, Fettsucht, Fettstoffwechselstörungen, Zuckerkrankheit, Gicht und Verstopfung. Aber auch bei selteneren Krankheiten, wie angeborenen Stoffwechselstörungen, Nahrungsmittelallergien, Unterernährung, bestimmten Bauchspeicheldrüsenerkrankungen, Leber- und Nierenleiden, kann auf die Diätbehandlung nicht verzichtet werden.

Zum Teil ist sie sogar lebensrettend oder ermöglicht überhaupt erst eine normale geistige und körperliche Entwicklung. Für all diese Diätformen gibt es maßgeschneiderte Produkte, die diätetischen Lebensmittel.

Diätprodukte sind jedoch nicht ausschließlich für die Ernährung von

Kranken bestimmt. Auch Gesunde, zum Beispiel Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kleinkinder, Senioren und Hochleistungssportler, haben von der Norm abweichende Ernährungsbedürfnisse und können von speziell darauf abgestimmten Diätprodukten profitieren.

Die diätetische Lebensmittelindustrie produziert für eine besonders empfindliche Verbrauchergruppe. Ihre Erzeugnisse sind hinsichtlich Zusammensetzung und Kennzeichnung, Hygiene und Rückstandsaufbau strengen Bestimmungen unterworfen als normale Lebensmittel. Sie sind in der Diätverordnung festgelegt und garantieren ein hohes Maß an „Sicherheit in der Diätetik“.

Zusätzlich zu diesen Vorschriften werden produktspezifische Richtlinien und firmeneigene Qualitätsstandards erfüllt, die in der Regel deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. G. R.

Die Köstlichkeiten aus der Diabetes-Küche

Beim Diabetes mellitus, der Zuckerkrankheit, handelt es sich um eine erbliche chronische Erkrankung, die mit Diät, Bewegungstherapie und gegebenenfalls Tabletten oder Insulin zu behandeln ist. Dabei stellt die Diät die Grundlage jeder Form der Diabetesbehandlung dar, gleichgültig, ob es sich um junge, eher normalgewichtige Patienten, die Insulin spritzen müssen, handelt, oder um ältere, zumeist übergewichtige Patienten, bei denen das vorrangige Therapieziel in der Gewichtsabnahme besteht.

Drei wichtige Grundprinzipien bestimmen das Diätverhalten aller Diabetiker: die Einhaltung einer „kaloriengerechten“ Diät, also die mengenmäßig richtige Zufuhr von Energie in Form von Lebensmitteln, die ein ideales Körpergewicht garantiert. Zum anderen sollen die Mahlzeiten auf viele kleine Portionen verteilt werden, und schließlich ist darauf zu achten, daß Zucker, der rasch – gleichsam überfallig – aus dem Darm in die Blutbahn aufgenommen werden und den Blutzucker erhöhen, vermieden werden. Solche Zucker, die in der Diätetisch nicht enthalten sein dürfen, sind insbesondere Saccharose (Rohrzucker und Rübenzucker), Traubenzucker und Malzzucker.

Die diätetische Lebensmittelindustrie hat sich mit Erfolg darum bemüht, für Arzt und Patient Diätprodukten zur Verfügung zu stellen. Dabei sind zunächst Konserven und andere genormte Produkte für Diabetiker und insbesondere übergewichtige Zuckerkrankke zu nennen, deren Einsatz im Mahlzeitenplan jeden Fehler vermeiden läßt. Solche Lebensmittel sind genau deklariert, so daß der Patient gemäß seinem Diätplan die richtigen Nahrungsmittel in der vorgeschriebenen Menge zuführen kann.

Eine weitere wesentliche Erleichterung bringt die Möglichkeit des Verzehr von Zuckeraustauschstoffen und Süßstoffen mit sich. Wie oben ausgeführt, sind die üblichen Zucker wegen ihrer raschen blutzuckererhöhenden Wirkung für den Diabetiker verboten. Dies gilt gemäß einer Stellungnahme der Deutschen Diabetes-Gesellschaft trotz zum Teil anderslautender Meldungen nach wie vor.

Zuckeraustauschstoffe (Fruchtzucker...

ker, Sorbit, Xylit) werden langsamer in die Blutbahn aufgenommen und zum Teil insulinabhängig verwertet. Mit Hilfe dieser Zuckeraustauschstoffe lassen sich wohlschmeckende Speisen und Getränke zubereiten (es sei in diesem Zusammenhang an Diabetikermarmeladen erinnert, die die Schwierigkeiten, die sonst im Hinblick auf den Brotaufstrich bei Diabetikern bestehen, lindern helfen). Solche Zuckeraustauschstoffe sind in die Kohlenhydrat-(Broteinheits-) Berechnung einzubeziehen, da sie kalorienhaltig sind.

Für Süßstoffe (zum Beispiel Cyclamat und Saccharin) gilt letztere Forderung nicht; von diesen Substanzen kann der Diabetiker ohne Berechnung im Kostplan so viel nehmen, wie er zur Stützung seiner Speisen benötigt. Extrem hohe Dosen sind aus prinzipiellen Gründen zu vermeiden, werden aber nach allgemeiner Erfahrung von den Patienten sowieso nicht gewünscht. Frühere Mitteilungen, wonach Süßstoffe bestimmte Formen von Krebs im Tierversuch erzeugen haben sollen, haben sich auf Grund ausführlicher Nachuntersuchungen des Deutschen Krebsforschungsinstituts und anderer Institutionen als völlig haltlos erwiesen. Natürlich kann der Diabetiker durch Einbeziehung der genannten Süßungsmittel eine ganze Reihe von Lebensmitteln (wie Backwaren) bei Berechnung essen, was die Lebensqualität erhöht.

Normales Bier muß wegen seines Malzalkoholgehaltes vermieden werden. Hier steht ein fast kohlenhydratfreies Diätbier zur Verfügung, das über den üblichen Alkoholgehalt von Vollbier verfügt. Allerdings ist der Genuß von Diätbier mit dem Arzt abzusprechen, damit nicht andere Gründe, die einen Alkoholgenuß verbieten (zum Beispiel Leberschäden, Nervenentzündungen) übersehen werden. Auch ist zu bedenken, daß insbesondere bei Übergewichtigen der Kaloriengehalt von Alkohol im wahrsten Sinne des Wortes ins Gewicht fällt.

Der Einsatz diätetischer Lebensmittel ist dann stets von Nutzen, wenn die Einbeziehung in die Ernährung des Diabetikers mit dem Arzt abgesprochen wird.

HELLMUT MEHNERT

„Natürlich Reformhaus. Wegen der kompetenten Beratung in Ernährungs- und Diätfragen.“



Marga Richter, Augsburg, Ernährungs- und Diätberaterin

Ganzheitlich gesundes Leben hängt wesentlich von einer gesunden Ernährung ab. Ihr neuform-Reformhaus berät Sie deshalb nicht nur in allen Fragen der gesunden Ernährung, sondern hat auch ein umfassendes Angebot an Vollwert-Lebensmitteln. Und wer aus gesundheitlichen Gründen eine Diät einhalten muß, findet nirgendwo anders als im neuform-Reformhaus ein solch umfassendes Angebot diätetischer Lebensmittel. Auch für seltene Diätformen, wie z. B. die glutenfreie Diät. Und dazu die kompetente Fachberatung – ein weiterer Vorteil, den Ihnen die neuform-Reformhäuser als Fachgeschäfte für die Gesundheit bieten.

Für folgende Diät- und Ernährungsformen erhalten Sie von Ernährungsmedizinern ausgearbeitete Pläne.

Diätpläne: Übergewicht, Diabetes, arteriosklerotische Blutgefäßerkrankungen, Bluthochdruck, Fettstoffwechselstörungen, erhöhter Blutharnsäuregehalt und Gicht, rheumatische Krankheiten, Magenkrankheiten, Erkrankungen der Leber, der Gallenwege, der Bauchspeicheldrüse und des Darms, chronische Darmverstopfung, leichte chronische Nierenerkrankungen, Krebserkrankungen, Zöliakie und Sprue, Hauterkrankungen, Untergewicht. Ernährungspläne: Gesund essen und trinken – aber wie? Wie essen und trinken während Schwangerschaft und Stillzeit? Wie sollen Kinder essen und trinken? Wie essen und trinken in der zweiten Lebenshälfte? Wie essen und trinken im Breiten- und Leistungssport? Außerdem: Das ABC der Vitamine und Mineralstoffe. Sie erhalten alle genannten Diät- und Ernährungspläne in den neuform-Reformhäusern und -Depots.

neuform-Reformhäuser und -Depots.



Alles Gute für Ihre Gesundheit

Zu sparsam an der falschen Stelle

WR. Bad Homburg

Etwa 3700 Diätassistentinnen und ernährungsmedizinische Beraterinnen arbeiten nach Angaben des einschlägigen Berufsverbandes zur Zeit im Bundesgebiet. In Anbetracht der weit verbreiteten ernährungsbedingter Zivilisationskrankheiten ist diese Zahl absolut unzureichend. In letzter Zeit sind in diesem Bereich sogar Planstellen gestrichen worden. Damit wird „Kostendämpfung“ an der falschen Stelle betrieben. Der Ausbau der Ernährungs- und Diätberatung dürfte auf lange Sicht die billigere Lösung sein.

Wissenschaftliche Angaben sind erlaubt

WR. Bad Homburg

Diätetische Mittel dürfen, soweit die Diätverordnung es zulässt, mit krankheitsbezogenen Angaben versehen sein, wenn diese wissenschaftlich hinreichend gesichert sind. Solche Angaben sind häufig notwendig, um die bestimmungsgemäße Anwendung der Erzeugnisse im Rahmen einer Diät zu gewährleisten. Dennoch handelt es sich nicht um Arzneimittel, sondern, weil sie ausschließlich der Ernährung dienen, um Lebensmittel.

Kochsalzgehalt unter Weltniveau

WR. Bonn

Keine Mutter muß befürchten, daß der Kochsalzgehalt von Säuglings- und Kleinkindernahrung zu hoch wäre. Er liegt in der Bundesrepublik Deutschland im Mittel sogar unter den Werten der Weltgesundheitsorganisation. Für eine weitere Senkung besteht kein Anlaß, zumal dann der Anreiz zu unkontrolliertem Nachsalzen der Fertigkost immer größer wird. Ob zwischen der Kochsalzaufnahme im Säuglings- und Kleinkindalter und der Entstehung von Bluthochdruck beim Erwachsenen ein Zusammenhang besteht, ist noch offen. Unbewiesen ist bislang auch, daß Gewöhnung an salzigen Geschmack in den ersten Lebensjahren die Voraussetzung für späteren erhöhten Kochsalzkonsum schafft.

„Die beste Ernährung für den Säugling ist die Muttermilch“

Fast 80 Prozent der Mütter setzen sich mit Ernährungsfragen auseinander. Treten Ernährungsprobleme bei Säuglingen und Kleinkindern auf, dann wird der Arzt als kompetente Informationsquelle zu Rate gezogen. Ein Thema, um das die Besorgnisse der Mütter immer wieder kreisen, ist die Sicherheit in der Säuglingsernährung. Die WELT sprach mit Professor Otto Hövels, Direktor des Zentrums der Kinderheilkunde der Frankfurter Universitätsklinik.

WELT: Was ist die optimale Ernährung für das Neugeborene und den Säugling?

Hövels: Die beste Ernährung für Neugeborene und Säuglinge während der ersten Lebensmonate ist die ausschließliche Ernährung mit Muttermilch, das Stillen. Muttermilch ist in ihrer Zusammensetzung und hinsichtlich ihrer Veränderung während der Stillperiode den Bedürfnissen Neugeborener und junger Säuglinge am besten angepaßt. Sie gewährleistet die notwendige Energiezufuhr. Ihre Nährstoffe sind so zusammengesetzt, daß sie den Flüssigkeitshaushalt des Kindes am wenigsten belasten und an die Leistungen der noch unreifen Niere die geringsten Anforderungen stellen. Muttermilch stärkt durch ihre immunologischen Eigenschaften die Infektabwehr des Kindes.

WELT: Welche Bedeutung hat die Ernährung des Säuglings für die Gesundheit und Entwicklung des Kindes im späteren Leben?

Hövels: Sie muß die für ein gutes Längen-, Gewichts- und Gehirnwachstum notwendigen Stoffe in der erforderlichen Menge, verbunden mit dem dazwischenliegenden Energiegehalt, bereitstellen. Dies ist eine der Voraussetzungen dafür, daß Kinder auch später normal wachsen. Allerdings ist der Längenzuwachs pro Jahr nie wieder so groß wie im ersten Lebensjahr. Übergewicht im Säuglingsalter muß übrigens nicht bedeuten, daß diese Kinder, sofern sie nicht überernährt werden, auch später fett bleiben. Eine bedarfsgemäße Ernährung ist nicht nur auf der Basis der Muttermilch, sondern auch durch adaptierte oder teildaptierte Milchpräparate möglich.

WELT: Welchen Anteil haben Ernährungsstörungen an den Erkrankungen im Säuglings- und

Kleinkindalter? Wie ist die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verlaufen?

Hövels: Wir haben seit dem 2. Weltkrieg einen ganz erheblichen Rückgang der infektiösen und ernährungsbedingten Durchfallerkrankungen im Säuglings- und Kleinkindalter zu verzeichnen. Dies ist einmal Folge ganz erheblicher Verbesserungen auf dem Gebiet der allgemeinen Hygiene, für die ich die Wasserqualität als ein Beispiel nennen möchte. Dazu kommt, daß die ernährungsphysiologischen sinnvoll zusammengesetzten Säuglingsnahrungen eine weit größere Sicherheit vor der Übertragung von Infektionen bieten als Nahrungen, welche Mütter mit Kuhmilch daheim selber herstellen. Durchfälle sind auch heute noch im Säuglingsalter keine seltene Erkrankung. Doch ist mit erheblichen Folgen, bleiben der Beeinträchtigung der Entwicklung oder gar mit Todesfällen unter unseren Lebensbedingungen in der Regel nicht zu rechnen.

WELT: Welche Rolle spielen die Produkte der Kindernahrungsindustrie? Inwieweit tragen sie zu einer Verbesserung der Sicherheit in der Ernährung des Säuglings bei? Werden die Qualitätsanforderungen erfüllt?

Hövels: Außer dem bereits erwähnten Beitrag zur bakteriologischen Sicherheit der Säuglingsernährung haben sich die von der Kindernahrungsindustrie hergestellten Milchnahrungen in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich geändert. Man versucht, die Belastung des Wasserhaushaltes und der Nierenfunktion junger Säuglinge durch Anpassung oder Teilanpassung (adaptierte bzw. teildaptierte Säuglingsmilch) der Nahrungszusammensetzung an die Muttermilch so gering wie möglich zu halten. Wesentlich erscheint mir, daß der Fettanteil, sei es in Bezug auf die Konzentration, sei es in Bezug auf den Gehalt an lebenswichtigen Fettsäuren, durch industrielle Techniken dem Fettgehalt der Muttermilch angepaßt werden konnte. Dies ist insofern ein Fortschritt, als früher die selbst hergestellte Säuglingsnahrung im Verhältnis zu den angesprochenen Fertignahrungen mehr Kohlenhydrate und weniger Fett enthielt.

Leider führte die fortschreitende Verbesserung der Säuglingsfertig-

nahrungen zu einem ganz erheblichen Rückgang des Stillens. Die Entscheidung, ob der Säugling gestillt oder mit der Flasche ernährt wird, bedeutet nämlich heute nicht mehr die Inkaufnahme eines höheren Krankheitsrisikos. Wenn Kinderärzte trotzdem dem Stillen den Vorrang geben, dann auch wegen der Möglichkeit eines engeren Kontaktes zwischen Mutter und Kind. In letzter Zeit hat das Stillen wieder zugenommen.

Ebenso wie die industriell hergestellten Milchnahrungen erfüllen die auf dem Markt angebotenen Obst-, Gemüse- und Fleischzubereitungen für Säuglinge in Gläsern hohe Anforderungen in Bezug auf Nährstoffqualität und Freiheit von Schadstoffen – Anforderungen, deren Erfüllung bei Herstellung im Haushalt nicht gewährleistet ist. Im Laufe des letzten Jahrzehnts ist der Kochsalzgehalt dieser Nahrungen deutlich vermindert worden. Der Minimalbedarf des Säuglings wird jedoch gedeckt. Korrekturen des Zuckergehaltes sind bei manchen Produkten möglich. Doch wird das Problem der „Gewöhnung an die Geschmacksqualität süß“ meines Erachtens in der Öffentlichkeit, insbesondere was seine Bedeutung für die Entstehung von Fettsucht bei älteren Kindern anlangt, erheblich überschätzt.

WELT: Welche Entwicklung in der Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern hält der Kinderarzt für wünschenswert?

Hövels: Ich befürworte eine ganz erhebliche Zunahme der Stillhäufigkeit und Stilldauer. Mir ist bewußt, daß dies auch von sozialpolitischen Entscheidungen abhängt. Allerdings bleibt die Tatsache, daß Muttermilch einen weit höheren Fettgehalt als Säuglingsfertigmilch hat, beunruhigend. Trotz des allgemeinen Eindrucks, daß sich dies bisher nicht nachteilig ausgewirkt hat, möchte ich eine genauere Klärung dieser Sachverhalte möglichst bald wünschen, da die Pestizidkonzentration nur langsam zurückgehen wird.

Ich wünsche mir ferner eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, den beratenden Ärzten und der Kindernahrungsindustrie. Nur so läßt sich erreichen, daß ein vernünftiges und abwechslungsreiches Nahrungsangebot nicht nur besteht, sondern auch sinnvoll genutzt wird.

Steigender Vitaminbedarf bei Senioren

WR. Bonn

Wir leben heute ungefähr doppelt so lange wie unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Gestiegener Wohlstand und bessere Ernährung haben neben vielen anderen Faktoren dazu beigetragen. Bei zurückgehender Geburtenrate wird der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung immer größer. Damit gewinnen auch die Ernährungsprobleme der Senioren immer mehr an Bedeutung. Im höheren Lebensalter wird der Kalorienbedarf geringer. Der Bedarf an Nährstoffen, wie Vitaminen und Mineralstoffen, bleibt dagegen gleich hoch wie in jüngeren Jahren oder steigt sogar an. Beide Erfordernisse lassen sich leicht miteinander vereinbaren, wenn zum Teil speziell mit diesen Nährstoffen angereicherte diätetische Lebensmittel verwendet werden.

Auch unterwegs die richtige Nahrung

WR. Düsseldorf

Für Diätbedürftige, die auch unterwegs und im Urlaub auf einwandfreie, unter fachlicher Anleitung zubereitete Diätkost Wert legen, gibt es den „Wegweiser für Diätbedürftige“. Dieses Verzeichnis der mit dem Gütezeichen „Diätverpflegung“ – einem dreiteiligen Blatt – ausgezeichneten Gastronomie- und Kurbetriebe ist erhältlich bei: Gütegemeinschaft Diätverpflegung e.V., Moorenstraße 5, 4000 Düsseldorf 1.

Alternativen zum Zucker

WR. Bad Homburg

Für Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe als Alternativen zum Zucker haben die Bundesbürger 1983 mehr als 143 Millionen Mark ausgegeben. Das sind 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Nicht darin enthalten ist der Süßstoffabsatz über Kauf- und Warenhäuser, so daß der tatsächliche Umsatz noch höher ist. Auf Saccharin und Cyclamat in flüssiger Form oder als Tabletten entfielen davon 82,2 Prozent. Wertmäßig werden zwei Drittel als flüssiger Süßstoff verkauft. Die flüssige Angebotsform gewinnt jedoch zunehmend an Boden bei der Zubereitung von Speisen in der Küche. Noch relativ neu ist die „Streusüße“, die ähnlich wie Zucker zu handhaben ist und im Vergleich zu diesem eine Kalorienersparnis von 90 Prozent ermöglicht. Zu den klassischen Süßstoffen Saccharin und Cyclamat ist vor einiger Zeit das neue Aspartame hinzugekommen. Weitere Substanzen werden demnächst erwartet. Damit ergeben sich in Zukunft für alle möglichen Verwendungszwecke vielfältige Mischungsmöglichkeiten. Durch die Kombination verschiedener Substanzen wird nicht nur der Geschmack verbessert, sondern auch die Süßkraft gesteigert, so daß insgesamt eine geringere Menge benötigt wird.

Mit vier Prinzipien gegen den Hochdruck

An der Entstehung der häufigsten Form des arteriellen Hochdrucks, der sogenannten essentiellen Hypertonie, an der in der Bundesrepublik Deutschland 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung leiden, sind Ernährungsfaktoren maßgeblich beteiligt.

Es ist in erster Linie die in westlichen Ländern verbreitete Überernährung mit Kalorien, aber auch mit Kochsalz, die für die Ausbildung des lebensverkürzenden Hochdrucks verantwortlich sind. Frühzeitige gezielte Ernährungsumstellung kann bei etwa zwei Drittel der Patienten das Rad wieder zurückdrehen und ohne Anwendung von Medikamenten zu einem befriedigenden Behandlungsergebnis führen.

Vier Diätprinzipien kommen für die Behandlung dieser essentiellen Hypertonie in Betracht: Verminderung der Natriumzufuhr, Erhöhung der Kaliumzufuhr, verminderte Energiezufuhr bei Patienten mit Übergewicht sowie hohe Zufuhr an essentiellen Fettsäuren (Linolensäure).

Was die Natriumzufuhr angeht, bringt schon die Verminderung der täglichen Kochsalzaufnahme von zur Zeit zehn bis 15 Gramm auf die Empfehlungswerte für Gesunde, die halb so hoch angesetzt werden, einen deutlichen blutdrucksenkenden Effekt.

Verminderung der Natriumzufuhr

Eine weitere Verminderung der Natriumzufuhr in Form einer natriumarmen Diät, bei der die tägliche Natriumzufuhr auf weniger als 2,4 Gramm begrenzt ist, was eine Kochsalzzufuhr von weniger als sechs Gramm bedeutet, stellt die klassische Basisbehandlung des Hochdrucks dar. Besonders blutdrucksenkend wirkt sich die Einschränkung auf 1,2 Gramm Natrium beziehungsweise drei Gramm Kochsalz pro Tag und weniger aus.

Unter natriumarmer Kost ist die optimale Wirkung auf den Blutdruck nach zwei bis drei Wochen erreicht. Die Natriumdiätetik hat in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen. Sie stellt eine Art kausaler, an der Ursache angreifender Behandlung dar. Grundsätzlich spricht – mit individuellen Unterschieden – jeder Hochdruckkranke auf Kochsalzentzug an.

Eine Vielzahl von leichten und mittelschweren Hochdruckformen lassen sich allein durch Kochsalz- und spezielle Käsesorten kein Kochsalz zum „Nachsalzen“ mehr verwendet werden darf. Hier bietet sich die Möglichkeit, mit einem kaliumreichen Kochsalzersatzmittel zu „salzen“. Verordnet der Arzt eine stärkere Einschränkung, zum Beispiel auf drei Gramm Kochsalz/Tag, muß ein Teil der Lebensmittel durch natriumarme diätetische Lebensmittel ersetzt werden.

Die zweite diätetische Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Er-

höhte Kaliumzufuhr. Bei epidemiologischen Untersuchungen war aufgefallen, daß Völkerstämme, die kein Kochsalz verwenden, bei denen der Anstieg des Bluthochdrucks mit dem Alter ausbleibt und die keine Hochdruckkrankheiten kennen, in der Regel viel Kalium verbrauchen.

Durch Verflüchtigung hoher Kaliummengen läßt sich auch die Hypertonie bei Ratten günstig beeinflussen. Verschiedene Studien zeigen, daß Kaliumzulagen selbst unabhängig von der Natriumzufuhr eine Senkung des Blutdrucks bewirken.

Erhöhte Zufuhr essentieller Fettsäuren

Die Wirkung von Kalorienreinschränkung alleine auf den Blutdruck war lange umstritten. Zumindest zu Beginn der achtziger Jahre war die Ansicht vorherrschend, daß beim Übergewichtigen erst dann eine Blutdrucksenkung eintritt, wenn man die Natriumzufuhr beschränkt. Neuere Untersuchungen konnten nun den Zusammenhang zwischen Gewichtsabnahme und Blutdruckverhalten eindeutig belegen.

Die vierte Diätmaßnahme, die in der Lage ist, den Blutdruck bei Hypertonikern zu senken, ist die erhöhte Zufuhr an Linolensäure. Bei Studien über die Wirkung von niedriger Fett- und Cholesterinzufuhr waren nebenbei auch Blutdruck und andere Meßwerte registriert worden. Dabei ist den Wissenschaftlern der blutdrucksenkende Effekt von Versuchsdiäten mit relativ hohem Gehalt an Linolensäure aufgefallen.

Bei Übergewicht ist ein normales Körpergewicht anzustreben. Bei normalen Ausgangsgewicht kommen zunächst, wenn vom Arzt nicht anders verordnet, die Regeln einer abwechslungsreichen gemischten Kost zur Anwendung. Viel Vollkornprodukte, Gemüse und Obst sorgen für eine hohe Kaliumzufuhr. Die Kochsalzzufuhr soll sechs Gramm pro Tag nicht übersteigen.

Wie soll sich der Kranke ernähren?

Das bedeutet, daß unter Vernetzung beziehungsweise Einschränkung von besonders salzhaltigen Lebensmitteln wie Schinken, Salzheringe und spezielle Käsesorten kein Kochsalz zum „Nachsalzen“ mehr verwendet werden darf. Hier bietet sich die Möglichkeit, mit einem kaliumreichen Kochsalzersatzmittel zu „salzen“. Verordnet der Arzt eine stärkere Einschränkung, zum Beispiel auf drei Gramm Kochsalz/Tag, muß ein Teil der Lebensmittel durch natriumarme diätetische Lebensmittel ersetzt werden.

REINHOLD KLUTHE

HIPP

für gesunde Ernährung.



HIPP KG · 8068 Pfaffenhofen

Die Natur erzeugt Vitamine und lebenswichtige Wirkstoffe in Hülle und Fülle. Das Vitaquellwerk sorgt dafür, daß diese Naturschätze möglichst unversehrt auf Ihren Tisch kommen.

So entstehen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und strengsten Richtlinien die Vitaquell-Spitzenprodukte. Und so arbeitet seit Jahrzehnten ein ganzes Werk erfolgreich für die Erhaltung der Gesundheit. Greifen Sie zu:

- Vitaquell Sonnenblumenöl
- Vitaquell Extra
- Vitaquell Goldhonig
- Vitaquell Distel Öl
- Hansa
- Leithin

natürlich nur im Vitaquellhaus

Wenn Sie den Geschmack lieben, greifen Sie zu Vitaquell